

E i n l a d u n g

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 15.12.2009, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Gut Wahnbek, An der Bäke 39, 26180 Rastede

Rastede, den 03.12.2009

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|---|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.06.2009 | |
| TOP 4 | Vertreter/in im Aufsichtsrat der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft
Vorlage: 2009/179 | Berichterstatter: Herr Steinhausen |
| TOP 5 | B-Plan 91 Schulsportanlage Feldbreite
Vorlage: 2009/143 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 6 | Bebauungsplan 63 B - 3. Änderung
Vorlage: 2009/220 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 7 | Bebauungsplan 79 C - Südlich Schlosspark
Vorlage: 2009/221
- Vorlage wird nachgereicht - | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 8 | 43. Flächennutzungsplanänderung - Gewerbegebiet Leuchtenburg III
Vorlage: 2009/218
- Vorlage wird nachgereicht - | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 9 | Bebauungsplan Nr. 59 - Gewerbegebiet Leuchtenburg III
Vorlage: 2009/219
- Vorlage wird nachgereicht - | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |

- | | | |
|---------------|--|---|
| TOP 10 | Festsetzung der Verkaufspreise für gemeindeeigene Flächen Ecke Bachstraße / Haydnstraße
Vorlage: 2009/180 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 11 | Entwicklung Sozialstation gGmbH
Vorlage: 2009/056A | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 12 | Änderung der Verwaltungskostensatzung
Vorlage: 2009/083 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 13 | Haushalt 2008 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2009/148 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 14 | Darlehensaufnahme aus der KSBK
Vorlage: 2009/142 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 15 | Kreditrichtlinie für die Gemeinde Rastede
Vorlage: 2009/201 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 16 | Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Märkte" in der Gemeinde Rastede ab 2010 mit Blick auf die Ergebnisse 2006 bis 2008 und Kalkulation 2009
Vorlage: 2009/199 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 17 | Festsetzung von Gebührensätzen im Bereich der Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung
Vorlage: 2009/202 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 18 | Gebührensatzsatzung 2010 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung
Vorlage: 2009/203 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 19 | Jahresabschluss 2008 des optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede
Vorlage: 2009/188 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 20 | Haushalt 2007 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 2009/173 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |
| TOP 21 | Bericht des Bürgermeisters | |
| TOP 22 | Schließung der Sitzung | |

Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Bürgermeister stellen können.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/179

freigegeben am 30.09.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Günther Henkel

Datum: 30.09.2009

Vertreter/in im Aufsichtsrat der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	27.10.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Herr Bürgermeister Decker wird als Mitglied in den Aufsichtsrat der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft entsandt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft mbH werden die Aufsichtsratsmitglieder von der Gesellschafterversammlung jeweils für drei Jahre bestellt. Jedes Gesellschaftsmitglied, also auch die Gemeinde Rastede, verfügt über einen Aufsichtsratssitz. Bis zum heutigen Tage hin wurde als Vertreter im Aufsichtsrat immer der jeweils amtierende hauptamtliche Verwaltungsbeamte gewählt, zuletzt in der Sitzung des Rates am 07.11.2006.

Bereits an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass ein Vertreter nicht gewählt wird, da dies den Regelungen des GmbH-Gesetzes widersprechen würde.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/143

freigegeben am 13.08.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 13.08.2009

B-Plan 91 Schulsportanlage Feldbreite

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	31.08.2009	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.09.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 2 und 3 Satz1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 23.06.2009 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht durchzuführen.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der redaktionellen Änderung angepasst.
5. Der Bebauungsplan Nr. 91 – Schulsportfläche Feldbreite nebst Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede stellt für den Bereich westlich der geplanten Gemeinbedarfsnutzung an der Feldbreite und südlich der Grundschule Feldbreite in der Ortschaft Rastede den Bebauungsplan Nr. 91 „Schulsportfläche Feldbreite“ auf. Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplanes 91 zielt auf die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Angebots an zentral-örtliche Einrichtungen.

Vorgesehen ist ein Schulsportplatz mit der Möglichkeit der Vereinsnutzung durch Leichtathleten. Zu diesem Zweck wird im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 91 die Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche für sportliche Zwecken dienenden Gebäuden und Einrichtungen

verfolgt. Zur Abrundung der vorhandenen Wohnbebauung werden die straßenseitigen Flächen nördlich des Buschweges als allgemeines Wohngebiet (WA) mit Grundflächenzahl 0,4 und eingeschossiger Bauweise festgesetzt.

Die Aufstellung dieses Planes dient der Innenentwicklung und wurde im vereinfachten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt. Ein Umweltbericht und die Änderung des Flächennutzungsplanes waren mithin entbehrlich. Die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes muss zu einem späteren Zeitpunkt lediglich redaktionell erfolgen.

Wesentliche Anregungen und Bedenken haben sich im Übrigen nicht ergeben.

Das beauftragte Planungsbüro Diekmann & Mosebach hat den in der Anlage beigefügten Entwurf erarbeitet und wird in der Sitzung weitere Ausführungen machen.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung mit textlichen Hinweisen
3. Begründung

GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland

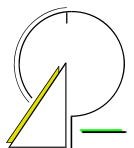
Bebauungsplan Nr. 91

„Schulsportfläche Feldbreite“ (gem. § 13a BauGB)

Beteiligung der Behörden und sonstiger
Träger öffentlicher Belange und
der Öffentlichkeit (§ 13 (2) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

10.08.2009



Träger öffentlicher Belange**von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

1. Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Bezirksstelle Oldenburg-Nord
Im Dreieck 12
26127 Oldenburg
2. Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Forstamt Oldenburg
Im Dreieck 12
26127 Oldenburg
3. Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
Referat Archäologie
Stützpunkt Oldenburg
Ofener Straße 15
26121 Oldenburg
4. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg
Theodor-Tantzen-Platz 8
26122 Oldenburg
5. EWE NETZ GmbH
Netzregion Oldenburg/Varel
Donnerschweer Straße 22-26
26123 Oldenburg
6. transpower stromübertragungs gmbH
Betriebszentrum Lehrte – Leitungen
Vor dem Nordwald 14
31275 Lehrte
7. Gasunie Deutschland Services
Pelikanplatz 5
30177 Hannover
8. ExxonMobil Production Deutschland GmbH
Riethorst 12
30659 Hannover
9. E.ON Netz GmbH
Betriebszentrum Lehrte – Leitungen
Eisenbahnlängsweg 2a
31275 Lehrte
10. Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen
Willy-Brandt-Platz 7
28215 Bremen
11. Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen GmbH
Willy-Brandt-Platz 7
28215 Bremen

Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Landkreis Ammerland
Ammerlandallee 12
26655 Westerstede
2. DB Services Immobilien GmbH
Immobilienbüro Bremen
Kompetenzzentrum Baurecht
Bahnhofsplatz 14
28195 Bremen
3. Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH + Co. KG
Bavinkstraße 23
26789 Leer
4. Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband
Georgstraße 4
26919 Brake

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	
<p>Ich bitte darum, die Nummerierung der Flächennutzungsplanberichtigungen gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB nicht separat von der Nummerierung der Flächennutzungsplanänderungen vorzunehmen, sondern sie in diese einzugliedern (s. a. Protokoll der Dienstbesprechung Städtebau des Landkreises Ammerland mit den Gemeinden am 22.03.2007).</p> <p>Im Hinblick auf die schalltechnische Stellungnahme zu Geräuschemissionen durch Schulsportaktivitäten (ted GmbH, Bremerhaven, vom 01.07.2009) bitte ich bei der Umsetzung der Planung sicherzustellen, dass nur die dort beschriebenen Nutzungen unter Beachtung der Ausführungshinweise des Schallgutachters stattfinden werden.</p> <p>Die abweichende Bauweise sollte m. E. auch textlich festgesetzt werden (s. Begründung, Ziffer 5.4, S. 5).</p> <p>Meine Untere Denkmalschutzbehörde macht auf anliegend beigefügte Baudenkmale bzw. Fundstellen aufmerksam.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In der Gemeinde Rastede werden die Berichtigungen des Flächennutzungsplanes mit eigener Nummerierung geführt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde Rastede wird dafür Sorge tragen, dass die im Lärmgutachten empfohlenen Maßnahmen bei der Umsetzung der Sportanlage entsprechend berücksichtigt werden.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt. Eine entsprechende textliche Festsetzung wird in der Planzeichnung ergänzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Plangebiet sowie im näheren Umfeld sind keine Baudenkmale vorhanden. Bei den beigefügten Baudenkmale handelt es sich um den denkmalgeschützten Palaisgarten und ein geschütztes Gewächshaus, die sich in weiterer Entfernung zum Geltungsbereich befinden und somit durch das Planvorhaben nicht berührt sind.</p>
DB Services Immobilien GmbH Immobilienbüro Bremen Kompetenzzentrum Baurecht Bahnhofsplatz 14 28195 Bremen	
<p>Die DB Services Immobilien GmbH, als von der Deutschen Bahn AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der DB AG als Träger öffentlicher Belange und aller Unternehmensbereiche zum o. g. Verfahren.</p> <p>Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 91 „Schulsportfläche Feldbreite“ grenzt direkt an die planfestgestellte Eisenbahnstrecke 1522 Oldenburg - Wilhelmshaven von Bahn-km 11,51 bis 11,75 links der Strecke.</p>	<p>Die Hinweise der Bahn werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung zur Sportstätte entsprechend beachtet. Es werden in Abstimmung mit der Bahn notwendige Abstände eingehalten, um</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Diese Strecke soll im Bezug auf den Jade-Weser-Port ertüchtigt werden. Aus Sicht der Deutschen Bahn bestehen keine Bedenken gegen die o. g. Bauleitplanung, wenn folgende Auflagen und Hinweise beachtet werden:</p> <p>Der Bestand und die Betriebsfähigkeit der planfestgestellten Bahnanlagen dürfen durch die o. g. Bauleitplanung nicht gefährdet werden. Bezüglich der durch den Eisenbahnbetrieb der DB ausgehenden Immissionen (u. a. Lärm, Erschütterungen, dynamische Schwingungen), weisen wir auf den Bestandschutz hin, damit hieraus später keine Forderungen abgeleitet werden können. Nach dem Prioritätsgrundsatz ist bei der Schaffung neuer Nutzungs- und Baurechte auf bestehende Rechte Rücksicht zu nehmen, und eventuell erforderliche Schutzmaßnahmen sind dem Planungsträger der neu hinzukommenden Nutzung und nicht der Deutschen Bahn aufzuerlegen. Bei der Erstellung eines Lärmgutachtens ist mit einer Steigerung des Verkehrsaufkommens auf der Schiene zu rechnen (Qualifizierte Lärmprognose).</p> <p>Ferner möchten wir darauf hinweisen, dass die o. g. Eisenbahnstrecke elektrifiziert werden soll (Hinblick auf den Jade-Weser-Port). Zur Elektrifizierung gehören u. a. die Fahrleitungsmasten mit der entsprechenden Oberleitung und Leiterseilen. Ferner sollen jeweils links und rechts der Strecke sogenannte Verstärkungsleitungen mitgeführt werden. Genaue Planunterlagen (Ausführungsplanung) liegen uns noch nicht vor. Zur gegebenen Zeit ist dann auch mit Immissionen aus dem elektrischen Zugbetrieb zu rechnen (elektromagnetischen Beeinflussungen). Ferner werden Schutzabstände zu den stromführenden Anlagen nach VDE notwendig. Einzelheiten ergeben sich aus dem noch ausstehenden Planfeststellungsverfahren zu Elektrifizierung der Strecke.</p> <p>Ab- und Oberflächenwasser darf zum Bahngelände hin nicht abgeleitet werden. Zum Schutz des Eisenbahnverkehrs vor den Gefahren aus der Nutzung des Sportgeländes ist zwischen dem Sportgelände und der Eisenbahnstrecke eine Einfriedung erforderlich. Die Einfriedung muss geeignet sein, Unbefugten das Betreten der Bahnanlagen zu verwehren. Die Einfriedung ist ohne Tür und Tor zu erstellen und ist dauernd in einem guten Zustand zu halten. Die entsprechende Höhe der Einfriedung ergibt sich aus den auf dem Sportplatz betriebenen Sportarten (z. B. Ballfangzaun). Bei Neuanpflanzungen in der Nähe zu Bahnanlagen sind die Richtlinien „Landschaftspflege (Grün an der Bahn)“ Nr.: 882 ff zu berücksichtigen.</p>	<p>die geplante Ertüchtigung der Bahntrasse nicht zu beeinträchtigen. Das Sportgelände wird gemäß Anforderung entsprechend eingefriedet. Im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens erfolgt eine Beteiligung der Deutschen Bahn AG.</p>

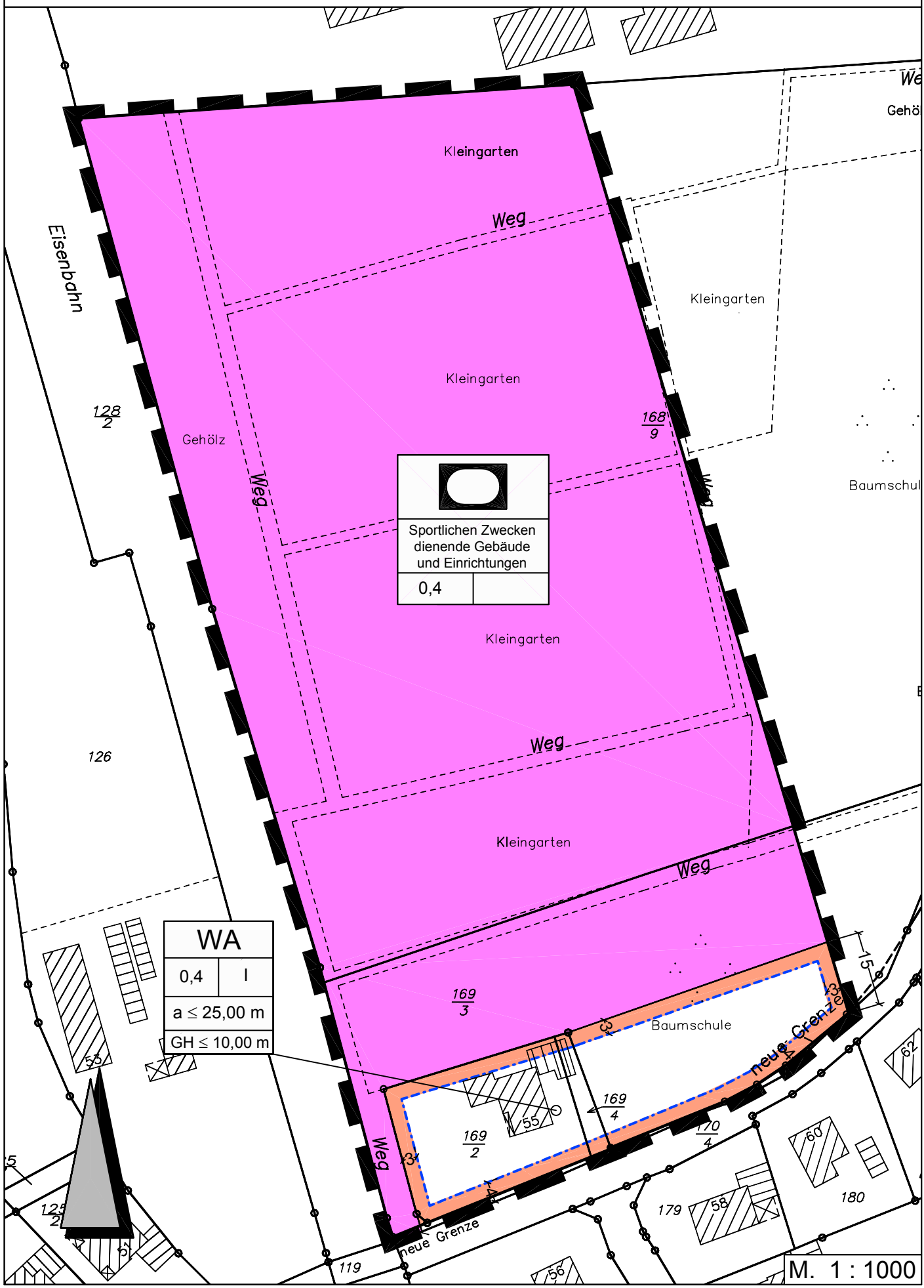
Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>gen, zu beziehen bei der DB Kommunikationstechnik GmbH, Medien- und Kommunikationsdienste, Logistikcenter, Kriegsstraße 136, 76133 Karlsruhe, Tel.: 0721/938-5965, Fax: 0721/938-5509 oder E-Mail: dzd-bestellservice@bahn.de.</p> <p>Bei Bauanträgen und Baumaßnahmen im Planbereich, auch Verkehrsplanungen und Sportstättenbau, ist die Deutsche Bahn AG über die rechts im Briefkopf genannte Stelle zu beteiligen.</p>	
<p>Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH + Co. KG Bavinkstraße 23 26789 Leer</p>	
<p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage aus den beiliegenden Bestandsplänen ersichtlich ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei Baumaßnahmen zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können.</p> <p>Eigene Maßnahmen der Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH und Co. KG zur Änderung bzw. Erweiterung des Telekommunikationsnetzes sind im genannten Planbereich nicht vorgesehen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die betreffenden Leitungen verlaufen vornehmlich im Straßenraum des Buschweges außerhalb des vorliegenden Plangebietes und sind durch das Planvorhaben somit nicht berührt. Bei künftigen Erschließungsmaßnahmen im Bereich des Buschweges sind die einzelnen Hausanschlüsse entsprechend zu beachten.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake</p>	
<p>Im Bereich des Bebauungsplangebietes befinden sich Versorgungsleitungen DN 100, DN 50 und Hausanschlussleitungen. Das ausgewiesene Planungsgebiet kann im Rahmen einer erforderlichen Rohrnetzerweiterung an unsere zentrale Trinkwasserversorgungsleitung angeschlossen werden. Wann und in welchem Umfang diese Erweiterung durchgeführt wird, müssen die Gemeinde Rastede und der OOWV rechtzeitig vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten gemeinsam festlegen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass für die ordnungsgemäße Unterbringung</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die betreffenden Leitungen verlaufen vornehmlich im Straßenraum des Buschweges außerhalb des vorliegenden Plangebietes und sind durch das Planvorhaben somit nicht berührt. Künftige Erschließungsmaßnahmen erfolgen in Abstimmung mit dem OOWV.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>von Versorgungsleitungen der Freiraum von Entsorgungsleitungen freizuhalten ist. Dieser darf wegen erforderlicher Wartungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten weder bepflanzt noch mit anderen Hindernissen versehen werden. Um Beachtung der DIN 1998 und des DVGW Arbeitsblattes W 400-1 wird gebeten. Wir bitten vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten um einen Besprechungstermin, an dem alle betroffenen Versorgungsträger teilnehmen.</p> <p>Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsanlagen in dem anliegenden Plan ist unmaßstäblich. Die genaue Lage gibt Ihnen Dienststellenleiter Herr Kaper von unserer Betriebsstelle in Westerstede, Tel.: 04488/845211, in der Örtlichkeit an. Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplanes gebeten.</p>	

Gemeinde Rastede

Bebauungsplan Nr. 91

"Schulsportfläche Feldbreite"



PRÄAMBEL UND AUSFERTIGUNG

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Rastede den Bebauungsplan Nr. 91 bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung am als Satzung beschlossen.

Rastede, (Siegel) (Bürgermeister)

VERFAHRENSVERMERKE

PLANUNTERLAGE

Kartengrundlage: Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) Maßstab: 1 : 1.000

Die diesem Plan zu Grunde liegenden Angaben des amtlichen Vermessungswesens sind nach § 5 des Nds. Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen geschützt (Nds. GVBl. 2003, Seite 5). Die Verwertung für nichteigene Zwecke und die öffentliche Wiedergabe ist nur mit Erlaubnis der Vermessungs- und Katasterbehörde zulässig. Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Dipl.-Ing. Alfred Menger, Westerstede
- öffentlich bestellter Vermessungsingenieur -

PLANVERFASSER

Der Entwurf dieser Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach.

Rastede, Dipl. Ing. O. Mosebach
(Planverfasser)

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 91 im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BauGBortsüblich bekannt gemacht worden.

Rastede, (Bürgermeister)

BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT / DER BEHÖRDEN

Die Beteiligung der Öffentlichkeit hat i. R. einer öffentlichen Auslegung nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB vom bis stattgefunden. Ort und Dauer der Auslegung wurden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht. Den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit dem Anschreiben vom nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Rastede, (Bürgermeister)

SATZUNGSBESCHLUSS

Der Rat der Gemeinde Rastede hat den Bebauungsplan Nr. 91 bestehend aus der Planzeichnung nach Prüfung der Stellungnahmen in seiner Sitzung am sowie die Begründung als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen.

Rastede, (Bürgermeister)

INKRAFTTRETEN

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 91 ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan Nr. 91 ist damit am rechtsverbindlich geworden.

Rastede, (Bürgermeister)

VERLETZUNG VON VERFAHRENS- UND FORMVORSCHRIFTEN

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 91 wurde keine Verletzung von Vorschriften im Sinne des § 215 BauGB beim Zustandekommen des Bebauungsplanes und der Begründung geltend gemacht.

Rastede, (Bürgermeister)

BEGLAUBIGUNG


Diese Ausfertigung des Bebauungsplanes Nr. 91 stimmt mit der Urschrift überein.


Rastede, (Bürgermeister)


PLANZEICHENERKLÄRUNG

Anlage 2 zu Vorlage 2009/143

1. Art der baulichen Nutzung

 allgemeines Wohngebiet (WA)


 Flächen für den Gemeinbedarf

 Zweckbestimmung: Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

2. Maß der baulichen Nutzung

0,4 zulässige Grundflächenzahl (GRZ), z. B. 0,4
I zulässige Anzahl der Vollgeschosse, z. B. I
GH ≤ 10,0 m maximale Gebäudehöhe ≤ 10,00 m

3. Bauweise

 Baugrenze
a ≤ 25,00 m abweichende Bauweise ≤ 25,00 m

4. Sonstige Planzeichen

 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA) gem. § 4 BauNVO sind die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gem. § 4 (3) BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 (6) Nr. 1 BauNVO).
- Innerhalb des Geltungsbereiches gelten für die Gebäudehöhe (GH) gem. § 16 (2) BauNVO folgenden Höhenbezugspunkte:

Oberer Bezugspunkt: obere Gebäudekante
Unterer Bezugspunkt: Straßenoberkante (Fahrbahnmitte) der nächsten Erschließungsstraße (Buschweg)
- In der abweichenden Bauweise gem. § 22 (4) BauNVO sind die Gebäude mit seitlichem Grenzabstand als Einzelhäuser oder Doppelhäuser mit einer Gesamtlänge von ≤ 25 m zu errichten, Hausgruppen sind nicht zulässig. Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind auf diese Gebäudelänge nicht anzurechnen.

NACHRICHTLICHE HINWEISE / ÜBERNAHMEN

- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind dieses gem. § 14 (1) des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen dem Nds. Landesamt für Denkmalpflege, Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 (2) des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen zutage treten, so ist unverzüglich die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Ammerland zu benachrichtigen.
- Es ist die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Bau-nutzungsverordnung - BauNVO 1990) anzuwenden.

Gemeinde Rastede

Bebauungsplan Nr. 91

"Schulsportfläche Feldbreite"

gemäß § 13a BauBG

Endfassung 10. August 2009

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement
Oldenburger Straße 211 26180 Rastede Tel. (04402) 9116-30 Fax 9116-40



GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland

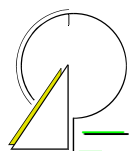


Bebauungsplan Nr. 91
"Schulsportfläche Feldbreite"
(gem. § 13a BauGB)

BEGRÜNDUNG

Endfassung

10.08.2009



INHALTSÜBERSICHT

1.0	ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG	1
2.0	RAHMENBEDINGUNGEN	1
2.1	Kartenmaterial	1
2.2	Räumlicher Geltungsbereich	1
2.3	Städtebauliche Situation	1
3.0	PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE	2
3.1	Raumordnerische Vorgaben	2
3.2	Vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung	2
4.0	ÖFFENTLICHE BELANGE	2
4.1	Belange von Natur und Landschaft	2
4.2	Belange des Denkmalschutzes	3
4.3	Belange des Immissionsschutzes	4
5.0	INHALT DES BEBAUUNGSPLANES	5
5.1	Art der baulichen Nutzung	5
5.2	Maß der baulichen Nutzung	5
5.3	Gemeinbedarfsflächen	5
5.4	Abweichende Bauweise	5
5.5	Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	6
6.0	VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR	6
7.0	VERFAHRENSGRUNDLAGEN/-ÜBERSICHT	7
7.1	Rechtsgrundlagen	7
7.2	Verfahrensübersicht	7
7.2.1	Aufstellungsbeschluss	7
7.2.2	Beteiligung der Öffentlichkeit / der Behörden	7
7.3	Planverfasser	7

ANHANG

5. Berichtigung des Flächennutzungsplanes

1.0 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Anlässlich aktueller Entwicklungsabsichten stellt die Gemeinde Rastede für den Bereich westlich der geplanten Gemeinbedarfsnutzungen an der Feldbreite und südlich der Grundschule Feldbreite in der Ortschaft Rastede den Bebauungsplan Nr. 91 „Schulsportfläche Feldbreite“ auf, um den Raum für Schulsportnutzungen in Anspruch zu nehmen.

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt, das Angebot an zentralörtliche Einrichtungen im Mittelzentrum Rastede bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und hat zu diesem Zweck für den innerörtlichen, bereits durch öffentliche Nutzungen (Grundschule Feldbreite, Sporthalle und Hallenbad) vorgeprägten Bereich an der Feldbreite ein städtebauliches Konzept aufgestellt. Dieses sieht eine Revitalisierung der brachgefallenen Flächen der ehemaligen Schlossgärtnerei westlich der Feldbreite durch Gemeinbedarfsnutzungen vor. Neben der Unterbringung von Gemeinbedarfseinrichtungen an der Feldbreite soll auf der westlich anschließenden Fläche bis zur Bahntrasse (Oldenburg – Wilhelmshaven) ein neuer Schulsportplatz mit umlaufender Kampfbahn entstehen. Zu diesem Zweck wird im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 91 die Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche für sportlichen Zwecken dienenden Gebäuden und Einrichtungen verfolgt. Zur Abrundung der vorhandenen Wohnbebauung werden die straßenseitigen Flächen nördlich des Buschweges als allgemeines Wohngebiet (WA) mit ortstypischem Verdichtungsmaß (Grundflächenzahl 0,4, 1 Vollgeschoss) festgesetzt.

Planungsziel des Bebauungsplanes Nr. 91 ist die Entwicklung von bedarfsgerechten Versorgungseinrichtungen, die der mittelzentralen Funktion Rastede entsprechen und zur städtebaulichen Verdichtung beitragen. Da es sich bei der beabsichtigten Entwicklung hinsichtlich des Standortes und des Planumfanges (Grundfläche unter 2 ha) deutlich um eine Maßnahme der Innenentwicklung handelt, wird der Bebauungsplan Nr. 91 im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a (1) Satz 2 Nr. 1 BauGB durchgeführt.

2.0 RAHMENBEDINGUNGEN

2.1 Kartenmaterial

Die Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 91 wurde unter Verwendung der digitalen Kartengrundlage des öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs Alfred Menger, Westerstedde im Maßstab 1 : 1.000 erstellt.

2.2 Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 91 befindet sich in der Ortschaft Rastede und umfasst eine, ca. 2,17 ha große Fläche südlich der Grundschule Feldbreite und nördlich des Buschweges. Die exakte Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches ist der Planzeichnung zu entnehmen.

2.3 Städtebauliche Situation

Der Geltungsbereich liegt im innerörtlichen Bereich des Mittelzentrums Rastede in einem Raum, der durch unterschiedliche öffentliche Nutzungen städtebaulich vorgeprägt ist. Das Plangebiet wird derzeit von einem Kleingartengelände eingenommen. Im südlichen Planungsraum am Buschweg befindet sich ein Wohngebäude. Westlich des Plangebietes verläuft die Bahntrasse der Bahnlinie Oldenburg – Wilhelmshaven. Nördlich des Plangebietes befindet sich die Grundschule Feldbreite und unmittelbar nördlich davon die Sporthallen der Gemeinde, die auch für Großveranstaltungen genutzt

werden. Östlich des Geltungsbereiches liegen die aufgegebenen Flächen der Schloßgärtnerei, die in Kürze für weitere Gemeinbedarfsnutzungen in Anspruch genommen werden. Der Raum südlich des Plangebietes ist durch eine Wohnbebauung in regional-typischer offener Bauweise gekennzeichnet.

3.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE

3.1 Raumordnerische Vorgaben

Nach § 1 (4) BauGB unterliegen Bauleitpläne einer Anpassung an die Ziele der Raumordnung. Aus den Vorgaben der übergeordneten Planungen ist die kommunale Planung zu entwickeln bzw. hierauf abzustimmen. Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP, 2008) wird die Gemeinde Rastede als Mittelzentrum eingestuft. In Mittelzentren sind entsprechend der landesplanerischen Zielsetzung zentralörtliche Einrichtungen und Angebote für den gehobenen Bedarf bereitzustellen.

Im aktuellen Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Ammerland, 1996 wird die Ortschaft Rastede als Standort mit der Schwerpunktaufgabe Sicherung und Entwicklung von Wohnstätten sowie als Standort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung dargestellt. Das mit dem Bebauungsplan Nr. 89 verfolgte Planungsziel der städtebaulichen Verdichtung des Ortszentrums von Rastede durch Gemeinbedarfsnutzungen stimmt mit den regionalplanerischen Zielsetzungen überein.

3.2 Vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung

Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Rastede wird das Plangebiet als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Sportplatz“ und im südwestlichen Abschnitt als Wohnbaufläche (W) dargestellt. Der Bebauungsplan Nr. 91 mit der Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche und eines allgemeinen Wohngebietes (WA) weicht insofern geringfügig vom Flächennutzungsplan ab. Da mit dem Bebauungsplan eine Maßnahme der Innenentwicklung verfolgt und die städtebauliche Entwicklung hiervon nicht beeinträchtigt wird, ist gem. § 13a (2) Nr. 2 BauGB eine Flächennutzungsplanänderung nicht erforderlich. Der Flächennutzungsplan wird im Wege der 5. Berichtigung angepasst (s. Anhang). Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 91 liegt derzeit keine verbindliche Bauleitplanung vor.

4.0 ÖFFENTLICHE BELANGE

4.1 Belange von Natur und Landschaft

Der vorliegende Bebauungsplan wird aufgrund der innerörtlichen Lage im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt. Für Bebauungspläne mit einer zulässigen Grundfläche $\leq 20.000 \text{ m}^2$ sind nach § 13a (2) Satz 1 Nr. 4 BauGB Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a (3) Satz 5 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Eine Eingriffsbilanzierung ist insofern nicht durchzuführen. Gemäß § 13a (1) Nr. 1 BauGB sind die Grundflächen mehrerer Bebauungspläne, die in einem engen, sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang aufgestellt werden, mitzurechnen.

Im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 91 wird innerhalb des Plangebietes eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 festgesetzt. Bei der Plangebietsgröße von ca. 2,17 ha wird unter Berücksichtigung der vorhandenen Bebauung eine Neuversiegelung von etwa

7.750 m² möglich sein. In Anbetracht der geplanten Sportplatznutzung und den dazu-gehörigen Anlagen ist jedoch eine geringere Flächenversiegelung anzunehmen.

Auch in Verbindung mit den vor Kurzem aufgestellten Bebauungsplänen Nr. 89 und Nr. 90 wird die mögliche Grundfläche unter 20.000 m² bleiben (s. Tabelle), so dass § 13a (1) S. 2, Nr. 1 BauGB Anwendung findet. Im Bebauungsplan Nr. 89, der die Ausweisung von Gemeinbedarfsflächen für soziale Zwecke beinhaltet, wird keine Grundflächenzahl (GRZ) festgesetzt. Es ist davon auszugehen, dass für die geplanten Gemeinbedarfsnutzungen maximal 80 % der Fläche in Anspruch genommen werden und 20 % der Freiraumgestaltung verbleiben. Im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 90 werden mit der Festsetzung eines Dauerkleingartens nur geringfügige Versiegelungsmöglichkeiten geschaffen. Entsprechend dem geltenden Bundeskleingartengesetz (§ 3) ist die Versiegelung je Gartenparzelle auf maximal 24 m² begrenzt. Es sind ca. 30 Parzellen vorgesehen, so dass eine maximale Versiegelung von 750 m² entstehen kann.

Bebauungsplan Nr.	Plangebiets- größe	Zulässige Grundfläche / mögliche Versiegelung
89	12.096 m ²	ca. 9.677 m ² (ca. 80 % Versiegelung)
90	11.875 m ²	≤ 750 m ²
91	21.734 m ²	7.750 m ²
Gesamt		<u>≤ 18.177 m²</u>

4.2 Belange des Denkmalschutzes

Im Rahmen der Bauleitplanung sind gem. § 1 (6) Nr. 5 BauGB die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu beachten. Im Bebauungsplan Nr. 91 wird nachrichtlich auf die Meldepflicht von ur- und frühgeschichtlichen Bodenfunden im Zuge von Bauausführungen mit folgendem Text hingewiesen: „Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Stützpunkt Oldenburg – Archäologische Denkmalpflege oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig sind der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.“

4.3 Belange des Immissionsschutzes

In der Bauleitplanung sind die mit der Planung verbundenen unterschiedlichen Belange untereinander und miteinander zu koordinieren, so dass Konfliktsituationen vermieden werden und die städtebauliche Ordnung sichergestellt wird. Demnach ist die Beurteilung der Lärmsituation ein wesentlicher Belang in der Bauleitplanung.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 91 werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Schulsportplatzes mit umlaufender Kampfbahn geschaffen. Unmittelbar südlich der festgesetzten Gemeinbedarfsflächen schließt sich eine vorhandene Wohnbebauung an. Im Bebauungsplan Nr. 91 wird der betreffende Planbereich als allgemeines Wohngebiet (WA) festgesetzt. Im Sinne der planerischen Lärmvorsorge ist entsprechend der DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ daher zu prüfen, ob sich die geplante Sportnutzung und die damit potenziell verbundenen Lärm-entwicklung mit den angrenzenden Wohnnutzungen vereinbaren lässt.

Zu diesem Zweck ist von der TED GmbH, Bremerhaven eine Stellungnahme zur schalltechnischen Beurteilung des Planvorhabens eingeholt worden. Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine konkrete Planung für die Ausführung des Schulsportplatzes vorliegt, konnte keine umfassende Bewertung durchgeführt werden, sondern es wurden seitens des Lärmgutachters ausschließlich Ausführungshinweise für die Detailplanung der Schulsportanlage hervorgebracht.

Aus Sicht des Lärmgutachters weisen Schulsportanlagen generell geringere Schallemissionen auf als Sportanlagen, die vornehmlich für den Vereinssport genutzt werden. Durch die Schulanutzung beschränkt sich der Betrieb der Sportanlage auf den Tageszeitraum wochentags von 8.00 – 20.00 Uhr. Entsprechend dieser Nutzungscharakteristik wird im Rahmen der Stellungnahme empfohlen, die künftigen Sportanlagen (Fußballfeld, Basketballfeld o. ä.) in einem Mindestabstand von 20 Metern zu dem südlich angrenzenden allgemeinen Wohngebiet (WA) anzuordnen. Alternativ zu einem Mindestabstand kann eine Schallschutzwand oder Schallschutzwall an der südlichen Grenze vorgesehen werden. Generell sollten die geräuschintensiveren Anlagenteile (z. B. Startschussposition) den größtmöglichen Abstand zur Wohnbebauung aufweisen. Unter Berücksichtigung dieser Ausführungshinweise sind durch einen Regelbetrieb der Schulsportanlage im Bereich der angrenzenden Wohnbebauung keine unverträglichen Geräuschimmissionen zu erwarten. Vereinzelt stattfindende Sonderveranstaltungen sind als „seltene Ereignisse“ im Sinne der 18. BImSchV zulässig.

Die Gemeinde Rastede wird im Rahmen der Ausführungsplanung für die Sportplatzanlage die schalltechnischen Empfehlungen entsprechend berücksichtigen und einen Mindestabstand von 20 Metern zur Wohnbebauung einhalten. Geräuschintensive Sportanlagenteile werden gezielt im nördlichen Planbereich angeordnet. Ein- bis zweimal pro Woche soll eine Nutzung der leichtathletischen Anlagen durch den Sportverein stattfinden. Sofern dieses gemäß der künftigen Detailplanung nicht möglich sein sollte, wird Mithilfe einer Lärmschutzanlage (Wall oder Wand) für den nötigen Schallschutz im Bereich der Wohnbebauung gesorgt. Den Belangen des Immissionsschutzes wird auf diese Weise Rechnung getragen.

5.0 INHALT DES BEBAUUNGSPLANES

5.1 Art der baulichen Nutzung

Im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 91 wird der südlich am Buschweg gelegene Planbereich, der im westlichen Teil bereits ein Wohngebäude aufweist, entsprechend den südlich angrenzenden Wohnbaustrukturen als allgemeines Wohngebiet (WA) gem. § 4 BauNVO festgesetzt. Zur Sicherung des örtlichen Wohngebietscharakters sind die gem. § 4 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungsarten (Betriebe de Beherbergungsgewerbes, Gartenbaubetriebe, Tankstelle etc.) nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 (6) BauNVO).

5.2 Maß der baulichen Nutzung

Im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 91 wird das Maß der baulichen Nutzung über die Festsetzung einer Grundflächenzahl (GRZ) gem. § 16 (2) Nr. 1 BauNVO bestimmt. Zur Schaffung eines nutzungsgerechten Entwicklungsspielraumes für die geplanten Sportanlagen wird die Grundflächenzahl (GRZ) im Bereich der Gemeinbedarfsfläche auf 0,4 festgesetzt.

Für das im südlichen Plangebiet vorgesehene allgemeine Wohngebiet (WA) wird ebenfalls eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 festgesetzt, die der örtlich vorherrschenden Bebauungsdichte entspricht. Das Maß der baulichen Nutzung wird zudem über die Festsetzung eines Vollgeschosses sowie über die Begrenzung der absoluten Gebäudehöhe (GH) gem. § 16 (2) Nr. 2 BauNVO auf 10,00 m begrenzt, um einer übermäßigen Höhenentwicklung der Gebäude entgegenzuwirken.

Für die Gebäudehöhe sind die in der textlichen Festsetzung definierten Höhenbezugspunkte (§ 18 (1) BauNVO) maßgebend. Als unterer Bezugspunkt gilt die Straßenoberkante (Fahrbahnmitte) der nächsten Erschließungsstraße (Buschweg). Als oberer Bezugspunkt zählt die obere Gebäudekante.

5.3 Gemeinbedarfsflächen

Entsprechend der eingangs unter Anlass und Ziel der Planung dargelegten Zielsetzung dient der Bebauungsplan Nr. 91 der städtebaulichen Verdichtung des innerörtlichen Bereiches von Rastede durch Gemeinbedarfsnutzungen. Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung Schulsportanlagen für die nördlich angrenzende Grundschule Feldbreite wird im Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 91 eine Gemeinbedarfsfläche für sportlichen Zwecken dienenden Gebäuden und Einrichtungen gem. § 9 (1) Nr. 5 BauGB festgesetzt. Auf diese Weise wird der bereits durch Gemeinbedarfsnutzungen geprägte Ortsbereich an der Feldbreite im Mittelzentrum Rastede um eine weitere Einrichtung ergänzt.

5.4 Abweichende Bauweise

Zur Sicherung der örtlichen Siedlungsstruktur gegenüber einer unverträglichen Verdichtung wird innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA) eine abweichende Bauweise (a) gem. § 22 (4) BauNVO festgesetzt. Im Rahmen der abweichenden Bauweise (a) sind Gebäudelängen bis 25,00 m zulässig, so dass ausschließlich ortstypische Einzel- und Doppelhäuser und keine überdimensionierten Gebäude (Mehrfamilienhausanlagen) entstehen. Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind auf die Gebäudelänge nicht anzurechnen.

5.5 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA) werden die überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksflächen durch die Festsetzung der Baugrenzen gem. § 23 (1) BauNVO so dimensioniert, dass eine zusammenhängende Baufläche für die angestrebte Wohnbebauung bereitgestellt wird. Folglich wird die Baugrenze in einem Mindestabstand von jeweils 3,00 m zu den Grundstücksgrenzen festgesetzt.

6.0 VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

• Äußere Erschließung

Die Erschließung der geplanten Schulsportfläche erfolgt über die an der Feldbreite aktuell geplante Gemeinbedarfsfläche und deren Parkplatzbereich. Die Verkehrsanbindung des allgemeinen Wohngebietes geschieht über direkten Anschluss an den Busweg.

Die ÖPNV-Anbindung erfolgt über den in ca. 600 m Entfernung liegenden Bahnhof. Des Weiteren sind im Umfeld des Plangebietes mehrere Bushaltestellen (für die Regionallinie 340 sind es die Haltestellen "Bahnhof" und "Abzweigung Bhfstr." und für die vorrangig auf die Schülerbeförderung ausgerichteten Linien die Bushaltestellen "Schule, Feldbreite" und "KGS").

• Gas- und Stromversorgung

Die Gasversorgung und die Versorgung mit elektrischer Energie erfolgt durch den Anschluss an die Versorgernetze der Energieversorgung Weser-Ems (EWE).

• Schmutz- und Abwasserentsorgung

Die Schmutz- und Abwasserentsorgung erfolgt im Trennsystem durch den Anschluss an den vorhandenen Kanal im Bereich der Straße Feldbreite.

• Wasserversorgung

Die Wasserversorgung des Plangebietes erfolgt über das vorhandene Versorgungssystem des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV).

• Abfallbeseitigung

Die Abfallentsorgung wird vom Landkreis Ammerland durchgeführt.

• Oberflächenentwässerung

Die Oberflächenentwässerung erfolgt über die Ableitung des im Bereich von versiegelten Flächen anfallenden Niederschlagswassers in das örtlich vorhandene Entwässerungssystem.

• Fernmeldetechnische Versorgung

Die fernmeldetechnische Versorgung des Plangebietes erfolgt über verschiedene Telekommunikationsanbieter.

• Sonderabfälle

Sonderabfälle sind vom Abfallerzeuger einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

• Brandschutz

Die Löschwasserversorgung des Plangebietes wird entsprechend den jeweiligen Anforderungen sichergestellt.

7.0 VERFAHRENSGRUNDLAGEN-/ÜBERSICHT

7.1 Rechtsgrundlagen

Dem Bebauungsplan liegen zugrunde (in der jeweils aktuellen Fassung):

- BauGB (Baugesetzbuch);
- NROG (Niedersächsisches Raumordnungsgesetz);
- BauNVO (Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke: Baunutzungsverordnung),
- PlanzV (Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes: Planzeichenverordnung),
- NBauO (Niedersächsische Bauordnung),
- NNatG (Niedersächsisches Naturschutzgesetz),
- BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz),
- NGO (Niedersächsische Gemeindeordnung).

7.2 Verfahrensübersicht

7.2.1 Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 91 „Schulsportfläche Feldbreite“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB gefasst. Der Aufstellungsbeschluss wurde gem. § 13a (3) BauGB am ortsüblich bekannt gemacht.

7.2.2 Beteiligung der Öffentlichkeit / der Behörden

Die Beteiligung der Öffentlichkeit hat i. R. einer öffentlichen Auslegung nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB vom bis stattgefunden. Ort und Dauer der Auslegung wurden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB am ortsüblich durch die Tageszeitung bekannt gemacht.

Den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit dem Anschreiben vom nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

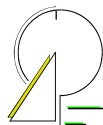
Rastede,

Bürgermeister

7.3 Planverfasser

Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 91 „Schulsportfläche Feldbreite“ erfolgte im Auftrag der Gemeinde Rastede vom Planungsbüro:

**Diekmann &
Mosebach**



Regionalplanung
Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 211 · 26180 Rastede
Telefon (0 44 02) 91 16 30
Telefax (0 44 02) 91 16 40

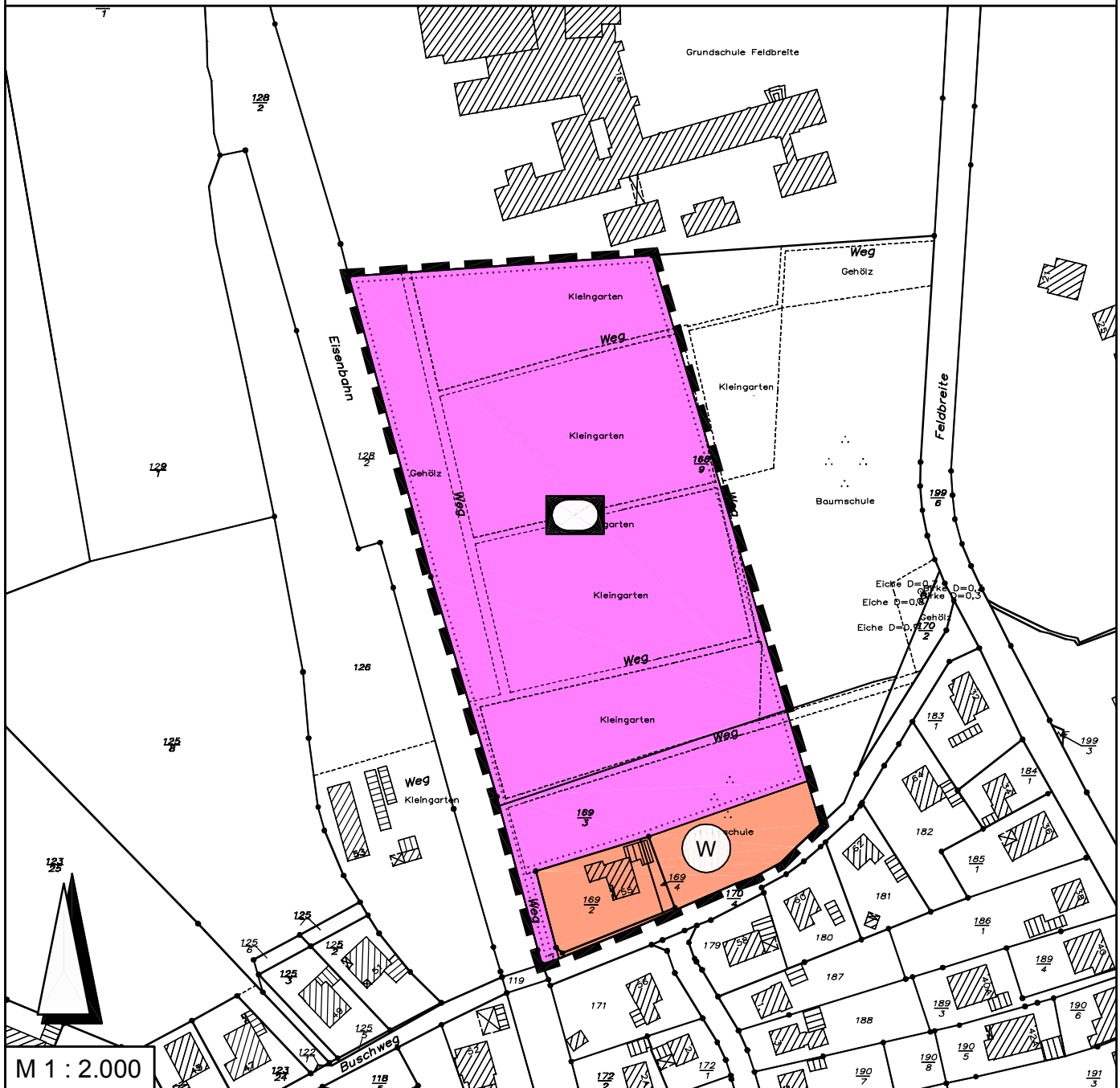
Dipl.-Ing. Olaf Mosebach
(Planverfasser)

ANHANG

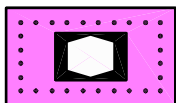
- **5. Berichtigung des Flächennutzungsplanes**

Gemeinde Rastede

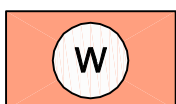
5. Berichtigung des Flächennutzungsplanes



PLANZEICHENERKLÄRUNG



Fläche für den Gemeinbedarf, Zweckbestimmung:
Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen



Wohnbaufläche (W)

Diekmann & Mosebach

Regionalplanung Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 211 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/220

freigegeben am 25.11.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in:

Datum: 24.11.2009

Bebauungsplan 63 B - 3. Änderung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.12.2009	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	15.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 14.12.2009 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die dritte Änderung des Bebauungsplanes 63 B – Ortszentrum Wahnbek nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorzunehmen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 29.09.2009 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2009/156).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 22.10.2009 bis 23.11.2009 statt. Im Rahmen der Auslegung wurden keine wesentlichen Stellungnahmen vorgebracht. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung war aufgrund des vereinfachten Verfahrens gemäß § 13 Abs. 2 BauGB entbehrlich. Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 15.09.09 VA 29.09.09		22.10.09-23.11.09	Rat 15.12. 2009

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.
2. Begründung.



Gemeinde Rastede
Bebauungsplan Nr. 63 B - 3. Änderung - Ortszentrum Wahnbek
Abwägung der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
1	Oldenburgische Industrie- und Handelskammer 26015 Oldenburg 23.11.2009	<p>Zu oben genannten Entwurf nimmt die Oldenburgische IHK wie folgt Stellung:</p> <p>Die Gemeinde Rastede beabsichtigt, die Festsetzung der offenen Bauweise in dem als Mischgebiet ausgewiesenen Plangebiet aufzuheben. Hierdurch soll den Erweiterungswünschen der bestehenden Einzelhändler entsprochen werden.</p> <p>Der NP-Markt und der Drogeriemarkt Schlecker liegen im Zentralen Versorgungsbereich von Wahnbek (vgl. Einzelhandelsgutachten für Gemeinde Rastede, Februar 2006, S. 81). Aufgrund der Festsetzung des Planbereiches als Mischgebiet, sind Einzelhandelsbetriebe bis 800 m² Verkaufsfläche zulässig. Nach unseren Berechnungen umfasst das gesamte Mischgebiet eine Fläche von ca. 3.600 m². Bei einer Grundflächenzahl von 0,6 dürften effektiv ca. 2.160 m² bebaut werden.</p> <p>Nach unserer Kenntnis, erreicht der NP-Markt bereits die zulässige Verkaufsfläche von ca. 800 m². Der Drogeriemarkt Schlecker verfügt über ca. 450 m² Verkaufsfläche und könnte somit nach Aufhebung der bestehenden Festsetzung um 350 m² erweitert werden. Letztlich blieben noch 560 m² für Erweiterungsvorhaben und/oder Wohnbebauung übrig.</p> <p>Wir befürworten generell die Absichten der Gemeinde Rastede, das Ortszentrum Wahnbek stärken zu wollen. Zum Vorhaben haben wir folgende Hinweise:</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Mit dem Verzicht auf die offene Bauweise soll das Versorgungszentrum insgesamt gestärkt werden. In der Vergangenheit hatte sich gezeigt, dass die Festsetzung der offenen Bauweise die baulichen Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten unnötig einschränkt. Konkrete Erweiterungsabsichten der bestehenden Betriebe sind nicht Gegenstand dieser Bebauungsplanänderung. Sofern Erweiterungsabsichten bestehen, sind diese im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens abzuhandeln. Dabei ist die bisherige Ausweisung als Mischgebiet zu beachten.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Oldenburgische Industrie- und Handelskammer	<p>1. Das Vorhaben ist im Entwurf als ein Mischgebiet festgesetzt. Mischgebiete sind nach BauNVO § 6 (1) wie folgt definiert: „Mischgebiete dienen dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören.“ Damit ist der Gebietscharakter auf „Durchmischung“ von Nutzungen“ geprägt (vgl. Söfker: § 6 Mischgebiete: in Ernst/Zinkahn/Bielenberg, Kommentar zum Baugesetzbuch, Lfg. 87 Februar 2008, S. 1 f.). Söfker stellt ebenfalls dar: „Das Mischgebiet muss als Baugebiet beiden Hauptnutzungsarten bauplanungsrechtlich verfügbar sein; dies bedeutet, dass keine der beiden Nutzungsarten ein deutliches Übergewicht über die anderen gewinnen soll. Das Nebeneinander setzt zudem eine wechselseitige Rücksichtnahme der einen Nutzung auf die andere und deren Bedürfnisse voraus. Dabei müssen die beiden Nutzungsarten im Mischgebiet ‚gemischt‘ sein (BVerwG, Beschl. vom 25.11.1985 - 4 B 202.85 -; Urt. vom 21.2.1986 - 4 C 31.83 -, a. a. O., vor §§ 1-15). Dies bedeutet eine quantitative und qualitative Durchmischung des Mischgebiets mit Wohn- und Gewerbenutzung. Dies schließt in quantitativer Hinsicht nicht nur aus, dass eine der Hauptnutzungen in dem Mischgebiet völlig verdrängt wird, sondern auch, dass eine der beiden Hauptnutzungsarten in dem Gebiet nach Anzahl und Umfang beherrschend und damit ‚übergewichtig‘ in Erscheinung tritt.“ (ebenda, S. 12, vgl. auch Ausführungen bei Fickert/Fieseler, 11. Aufl., S. 626 ff.)</p> <p>Wir empfehlen, diesen Sachverhalt im Bebauungsplanentwurf im Sinne des Mischgebietscharakters entsprechend zu berücksichtigen.</p>	<p>Mit der 3. Änderung wird nur ein Teil der im Bebauungsplan Nr. 63 B festgesetzten Mischgebiete erfasst. Insofern ist, was die Durchmischung von Gewerbe und Wohnen anbetrifft, nicht nur der Bereich der 3. Änderung separat, sondern das gesamte Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 63 B zu betrachten. Bei dieser Gesamtbetrachtung ist festzustellen, dass westlich dieses Änderungsbereiches weitere Mischgebietsflächen bestehen. Diese Flächen sind derzeit ungenutzt und für Wohnnutzungen grundsätzlich geeignet. Insofern ist eine Nutzungsmischung möglich. Die Festsetzung des Mischgebietes ist allerdings nicht Gegenstand dieses Änderungsverfahrens. Die grundsätzliche Abwägung dazu hat bereits auf Ebene des Bebauungsplanes Nr. 63 B stattgefunden.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Oldenburgische Industrie- und Handelskammer	<p>2. Der Landkreis Ammerland verfolgt seit einigen Jahren als Ziel die Einhaltung des „Ammerländer Versorgungsgrades“. Danach bewertet der Landkreis Vorhaben als unkritisch, solange eine Grenze von 0,5 m² Verkaufsfläche pro Einwohner eingehalten wird. Der aktuell vorliegende Entwurf des Regionalen Einzelhandelskonzeptes des Landkreises Ammerland enthält ebenfalls diesen Grenzwert. Zukünftige Erweiterungsvorhaben in Rastede (inklusive des Ortsteils Wahnbek) sollten sich daher an diesem Wert orientieren. Wir empfehlen, Kontakt mit dem Landkreis in dieser Frage aufzunehmen.</p> <p>Wir haben gegen das oben genannte Vorhaben dann keine Bedenken, wenn die beiden o. g. Hinweise in der Planung berücksichtigt werden.</p>	<p>Der Hinweis ist nicht Gegenstand der vorliegenden Bauleitplanung und im Zusammenhang mit der hier vorliegenden Änderung des Bebauungsplanes auch irrelevant. Davon abgesehen hält die Gemeinde Rastede in der Sache eine Begrenzung auf eine Verkaufsfläche von 0,5 qm pro Einwohner bei der Beurteilung von Einzelhandelsvorhaben für praxisfern und nicht realistisch. Im Rahmen ihrer grundgesetzlich garantierten kommunalen Planungshoheit beurteilt die Gemeinde Rastede Einzelhandelsvorhaben vielmehr nach der individuellen städtebaulichen, sozialen und räumlichen Struktur im konkreten Einzelfall und lässt sich nicht durch pauschale Vorgaben Dritter, die die örtliche Situation außer Acht lassen, leiten. Aus diesem Grund hält die Gemeinde Rastede eine individualisierte Betrachtung für unbedingt erforderlich und weist eine Beurteilung jedes anstehenden Einzelhandelsvorhabens auf der Grundlage von bestimmten Grenzwerten im Grundsatz als ungeeignet und nicht akzeptabel zurück, da es sich hierbei um eine unangemessene Einmischung in ihre kommunale Planungshoheit handelt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Anmerkungen zur Begrenzung des Einzelhandels auf 0,5 qm pro Einwohner hält die Gemeinde aus den o.g. Gründen für nicht akzeptabel.</p>
<p>Keine Anregungen und Bedenken hatten:</p> <p>1. Landkreis Ammerland, Schreiben vom 18.11.2009</p>			



Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
1	Arkadij Meier Donaustraße 15 26180 Wahnbek 27.10.2009	Wir bitten um einen für uns übersichtlicheren Bauplan des NP-Einkaufszentrums. Wir, als direkter Nachbar vom NP-Gebäude, würden gerne wissen, was da eventuell auf uns zukommen könnte. Bitte um schnelle Rückmeldung. Danke.	Die konkreten Unterlagen zur Baugenehmigung sind nicht Gegenstand dieser 3. Bebauungsplanänderung und können daher von der Gemeinde im Rahmen dieser Bebauungsplanänderung nicht zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Satzung zur

3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63B „Ortszentrum Wahnbek“

**im beschleunigten Verfahren
gemäß § 13 a BauGB**

Dezember 2009



NWP • Planungsgesellschaft mbH • Gesellschaft für räumliche Planung und Forschung
Escherweg 1 • 26121 Oldenburg
Postfach 3867 • 26028 Oldenburg
Telefon 0441/97 174 0 • Telefax 0441/97 174 73
www.nwp-ol.de • info@nwp-ol.de

SATZUNG

§ 1 Geltungsbereich der Änderung

Die Bebauungsplanänderung betrifft das im Bebauungsplan Nr. 63 B bzw. der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 B im östlichen Teil des Geltungsbereiches festgesetzte Mischgebiet (§ 6 BauNVO) – vgl. Übersichtsplan.

§ 2 Inhalt der Änderung

Die gemäß § 22 (2) BauNVO festgesetzte offene Bauweise wird aufgehoben.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Es gilt die BauNVO 1990.

PRÄAMBEL

Aufgrund des § 1 (3) und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Rastede am die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63B nebst Begründung als Satzung beschlossen.

VERFAHRENSVERMERKE

Der Rat der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am den Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 B in Textform beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss ist am ortsüblich bekanntgemacht worden.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) Nr. BauGB erfolgte am

Die ortsübliche Bekanntmachung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgte am

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB erfolgte mit Schreiben vom

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am den Entwurf und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63B in Textform beschlossen.

Die ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung erfolgte am

Die öffentliche Auslegung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63B in Textform erfolgte in der Zeit vom bis

Der Rat der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63B in Textform als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen. Die Begründung hat dem Satzungsbeschluss zugrunde gelegen.

Planverfasser

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von der NWP Planungsgesellschaft mbH, Escherweg 1, 26121 Oldenburg:

Oldenburg, den

Unterschrift

anerkannt:

Rastede, den

Bürgermeister

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss der Gemeinde Rastede ist gemäß § 10 (3) BauGB am im/inbekanntgemacht worden. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63B ist damit am in Kraft getreten.

Rastede, den

Bürgermeister

Verletzung von Vorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 63B, 3. Änderung wurde keine Verletzung von Vorschriften geltend gemacht.

Rastede, den

Bürgermeister

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 B „Ortszentrum Wahnbek“ nach § 13 a BauGB

Begründung

Dezember 2009



NWP • Planungsgesellschaft mbH • Gesellschaft für räumliche Planung und Forschung
Escherweg 1 • 26121 Oldenburg
Postfach 3867 • 26028 Oldenburg
Telefon 0441/97 174 0 • Telefax 0441/97 174 73
www.nwp-ol.de • info@nwp-ol.de



INHALTSVERZEICHNIS

1.	RECHTSGRUNDLAGEN	1
2.	ANLASS UND ZIELE DER PLANUNG	1
3.	RAHMENBEDINGUNGEN	1
3.1	Geltungsbereich	1
3.2	Ergebnisse der Bestandsaufnahme	2
3.3	Bestehende Rechtsverhältnisse	2
4.	GRUNDLAGEN FÜR DIE ABWÄGUNG	2
4.1	ERGEBNISSE DER BETEILIGUNGSVERFAHREN	2
4.1.1	Ergebnisse der öffentlichen Auslegung	2
4.1.2	Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	3
4.2	Einfügen der Änderung in den städtebaulichen Zusammenhang	3
4.3	Belange von Natur und Landschaft	4
5.	INHALTE DER 3. ÄNDERUNG	4
6.	DATEN ZUM VERFAHRENSABLAUF	4

1. RECHTSGRUNDLAGEN

Rechtsgrundlagen für die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 B „Ortszentrum Wahnbek“ der Gemeinde Rastede sind das Baugesetzbuch (BauGB), die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) und die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO), jeweils in der geltenden Fassung.

2. ANLASS UND ZIELE DER PLANUNG

Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 63 B „Ortszentrum Wahnbek“ liegt im Zentrum der Ortslage von Wahnbek, nördlich der Schulstraße. Er setzt für seinen nördlichen Teilbereich Allgemeine Wohngebiete und für den südlichen Teilbereich Mischgebiete fest. Der Bebauungsplan wurde zwischenzeitlich weitestgehend realisiert. Im Südosten des Bebauungsplanes Nr. 63 B wurde ein Versorgungszentrum errichtet. Hier befinden sich ein Lebensmittelmarkt und ein Drogeriemarkt. Die 3. Änderung umfasst lediglich diesen südöstlichen Teil des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 63 B (s. Übersichtsplan).

Für seinen südöstlichen Teilbereich setzt der Bebauungsplan Nr. 63 B eine offene Bauweise fest. Insofern sind hier nur Gebäude bis zu einer Länge von 50 m zulässig. Zwischenzeitlich hat sich aber gezeigt, dass die Festsetzung einer offenen Bauweise die baulichen Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten der vorhandenen Einzelhandelsmärkte unnötig einschränkt. Die Gemeinde Rastede beabsichtigt daher, den Bebauungsplan Nr. 63 B für den südöstlichen Teil zu ändern und im Rahmen dieser 3. Änderung auf die Festsetzung der offenen Bauweise zu verzichten. Damit soll das in den letzten Jahren erfolgreich entwickelte Versorgungszentrum langfristig gestärkt werden. Bei der 3. Änderung handelt es sich um einen reinen Textbebauungsplan.

Die Änderung ist aus städtebaulichen Gründen unproblematisch. Der Verzicht auf die offene Bauweise entspricht grundsätzlich den Zielen des Bebauungsplanes Nr. 63 B, in diesem Teil des Ortes ein zentrales Versorgungszentrum zu schaffen. Insgesamt unterstützt die 3. Änderung die städtebaulichen Ziele der Gemeinde Rastede und trägt mit dazu bei, das Versorgungszentrum zu verfestigen.

3. RAHMENBEDINGUNGEN

3.1 GELTUNGSBEREICH

Der Bebauungsplan Nr. 63 B liegt im Zentrum der Ortslage von Wahnbek, nördlich der Schulstraße. Die 3. Änderung bezieht sich auf den südöstlichen Bereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 63 B bzw. auf das südöstlich gelegene Mischgebiet (s. Übersichtsplan). Der Planteil des Bebauungsplanes Nr. 63 B wird von dieser 3. Änderung nicht berührt. Die 3. Änderung beinhaltet keinen Planteil, sondern besteht lediglich aus textlichen Festsetzungen, Hinweisen und dieser Begründung.

3.2 ERGEBNISSE DER BESTANDSAUFNAHME

Der Bebauungsplan Nr. 63 B ist bereits weitestgehend realisiert. Nördlich befindet sich ein Wohngebiet, südöstlich liegt das Versorgungszentrum mit einem Lebensmittelmarkt und einem Drogeriemarkt. Der Stellplatzbereich liegt westlich des Drogeriemarktes.

3.3 BESTEHENDE RECHTSVERHÄLTNISSE

Flächennutzungsplan

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Rastede stellt das Plangebiet als gemischte Baufläche dar. Die nördlich angrenzenden Flächen werden im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen dargestellt.

Bebauungspläne

Für das Plangebiet liegt der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 63 B „Ortszentrum Wahnbek“ vor. Der rechtskräftige Bebauungsplan setzt für den nördlichen Teil Allgemeine Wohngebiete und für den südlichen Teil Mischgebiete fest. Im zentralen südlichen Bereich wird eine öffentliche Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „Parkplatz / Dorfplatz“ festgesetzt. In den Mischgebieten ist eine maximal zweigeschossige Bauweise mit einer Grundfläche von 0,6 und einer Geschossfläche von 1,0 zulässig. Zudem ist eine offene Bauweise, eine Firsthöhe von 12 m und eine Traufhöhe von 7,0 m festgesetzt.

Für den Bebauungsplan Nr. 63 B wurde ein erstes Änderungsverfahren durchgeführt. Im Rahmen der 1. Änderung wurde die öffentliche Verkehrsfläche und die Eingrünung des Mischgebietes um wenige Meter in Richtung Westen verschoben und das östliche Mischgebiet damit vergrößert. Eine 2. Änderung wurde begonnen aber nicht zur Rechtskraft gebracht. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf diesen Textbebauungsplan.

4. GRUNDLAGEN FÜR DIE ABWÄGUNG

4.1 ERGEBNISSE DER BETEILIGUNGSVERFAHREN

Um die konkurrierenden privaten und öffentlichen Belange fach- und sachgerecht in die Abwägung gemäß § 1 (7) BauGB einstellen zu können, werden Beteiligungsverfahren durchgeführt.

4.1.1 ERGEBNISSE DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG

- Ein Bürger hat um Übersendung eines übersichtlicheren Bauplans zum NP-Einkaufszentrum gebeten.

Die konkreten Unterlagen zur Baugenehmigung sind nicht Gegenstand dieser 3. Bebauungsplanänderung und können daher von der Gemeinde im Rahmen dieser Bebauungsplanänderung nicht zur Verfügung gestellt werden

4.1.2 ERGEBNISSE DER PARALLEL ZUR ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG DURCHGEFÜHRTEN BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

- Die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer hat ausgeführt, dass mit der Änderung den Erweiterungswünschen der bestehenden Einzelhändler entsprochen werden solle, der NP-Markt aber bereits eine Verkaufsfläche von ca. 800 m² aufweise. In Mischgebieten seien nur Einzelhandelsbetriebe bis 800 m² Verkaufsfläche zulässig. Zudem erfordere die Festsetzung eines Mischgebietes eine Durchmischung mit Wohn- und Gewerbenutzung. Der Landkreis Ammerland bewertet Einzelhandelsvorhaben als unkritisch, solange eine Grenze von 0,5 m² Verkaufsfläche pro Einwohner eingehalten wird.

Mit dem Verzicht auf die offene Bauweise soll das Versorgungszentrum insgesamt gestärkt werden. In der Vergangenheit hatte sich gezeigt, dass die Festsetzung der offenen Bauweise die baulichen Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten unnötig einschränkt. Konkrete Erweiterungsabsichten der bestehenden Betriebe sind nicht Gegenstand dieser Bebauungsplanänderung. Sofern Erweiterungsabsichten bestehen, sind diese im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens abzuhandeln. Dabei ist die bisherige Ausweisung als Mischgebiet zu beachten.

Mit der 3. Änderung wird nur ein Teil der im Bebauungsplan Nr. 63 B festgesetzten Mischgebiete erfasst. Insofern ist, was die Durchmischung von Gewerbe und Wohnen anbetrifft, nicht nur der Bereich der 3. Änderung separat, sondern das gesamte Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 63 B zu betrachten. Bei dieser Gesamtbetrachtung ist festzustellen, dass westlich dieses Änderungsbereiches weitere Mischgebietsflächen bestehen. Diese Flächen sind derzeit ungenutzt und für Wohnnutzungen grundsätzlich geeignet. Insofern ist eine Nutzungsmischung möglich. Die Festsetzung des Mischgebietes ist allerdings nicht Gegenstand dieses Änderungsverfahrens. Die grundsätzliche Abwägung dazu hat bereits auf Ebene des Bebauungsplanes Nr. 63 B stattgefunden.

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes stehen der Begrenzung auf 0,5 qm Verkaufsfläche pro Einwohner nicht entgegen. Zukünftige Erweiterungsvorhaben der bestehenden Einzelhandelseinrichtungen oder Neuansiedlungen sind auf Ebene des Baugenehmigungsverfahrens zu beurteilen.

4.2 ENFÜGEN DER ÄNDERUNG IN DEN STÄDTEBAULICHEN ZUSAMMENHANG

Im Zuge dieser 3. Änderung wird auf die Festsetzung einer offenen Bauweise verzichtet. Damit sind auch Gebäudekörper von mehr als 50 m Länge planungsrechtlich zulässig. Die Änderung ist erforderlich, um den vorhandenen Einzelhandelseinrichtungen flexiblere Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten und das Versorgungszentrum langfristig zu stärken. Gebäudelängen von über 50 m entsprechen den typischen Gebäudeformen von größeren Einzelhandelsnutzungen. Die Gebäudekörper werden durch die im Bebauungsplan Nr. 63 B und seiner 1. Änderung festgesetzten Baugrenzen ausreichend begrenzt.

Diese 3. Änderung ist aus städtebaulicher Sicht unproblematisch, da das Plangebiet zu allen Richtungen von Siedlungsstrukturen umgeben ist, so dass eine freie Einsicht von angrenzender Landschaft in das Plangebiet nicht gegeben ist. Im rechtskräftigen Bebauungsplan

Nr. 63 B und seiner 1. Änderung sind zudem Randeingrünungen festgesetzt, so dass auch von den angrenzenden Siedlungsnutzungen die Einsehbarkeit eingeschränkt ist.

Städtebauliche Belange stehen der 3. Änderung damit nicht entgegen.

4.3 BELANGE VON NATUR UND LANDSCHAFT

Bei dem Plangebiet handelt es sich um einen innerörtlichen bebauten Bereich, der durch versiegelte und befestigte Flächen sowie Siedlungsgehölze gekennzeichnet ist.

Im vereinfachten Verfahren wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB abgesehen. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Für die 3. Änderung liegen bereits Baurechte auf Basis des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 63 B vor. Im Zuge dieser 3. Änderung wird lediglich das Maß der baulichen Nutzung geändert, in dem auf die Festsetzung einer offenen Bauweise verzichtet wird. Die übrigen Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung bestehen unverändert fort. Der Eingriff in Natur und Landschaft wird damit durch die Änderung nicht tangiert. Aufgrund der Neuregelung bezüglich der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB und der hier vorliegenden Bedingungen des innerörtlichen, weitgehend bebauten Bereiches sind Eingriffe darüber hinaus auch nicht ausgleichspflichtig.

Belange von Natur und Landschaft stehen dieser Änderung damit nicht entgegen.

5. INHALTE DER 3. ÄNDERUNG

Bei der 3. Änderung handelt sich um einen reinen Textbebauungsplan. Im Zuge der 3. Änderung wird folgende Festsetzung getroffen:

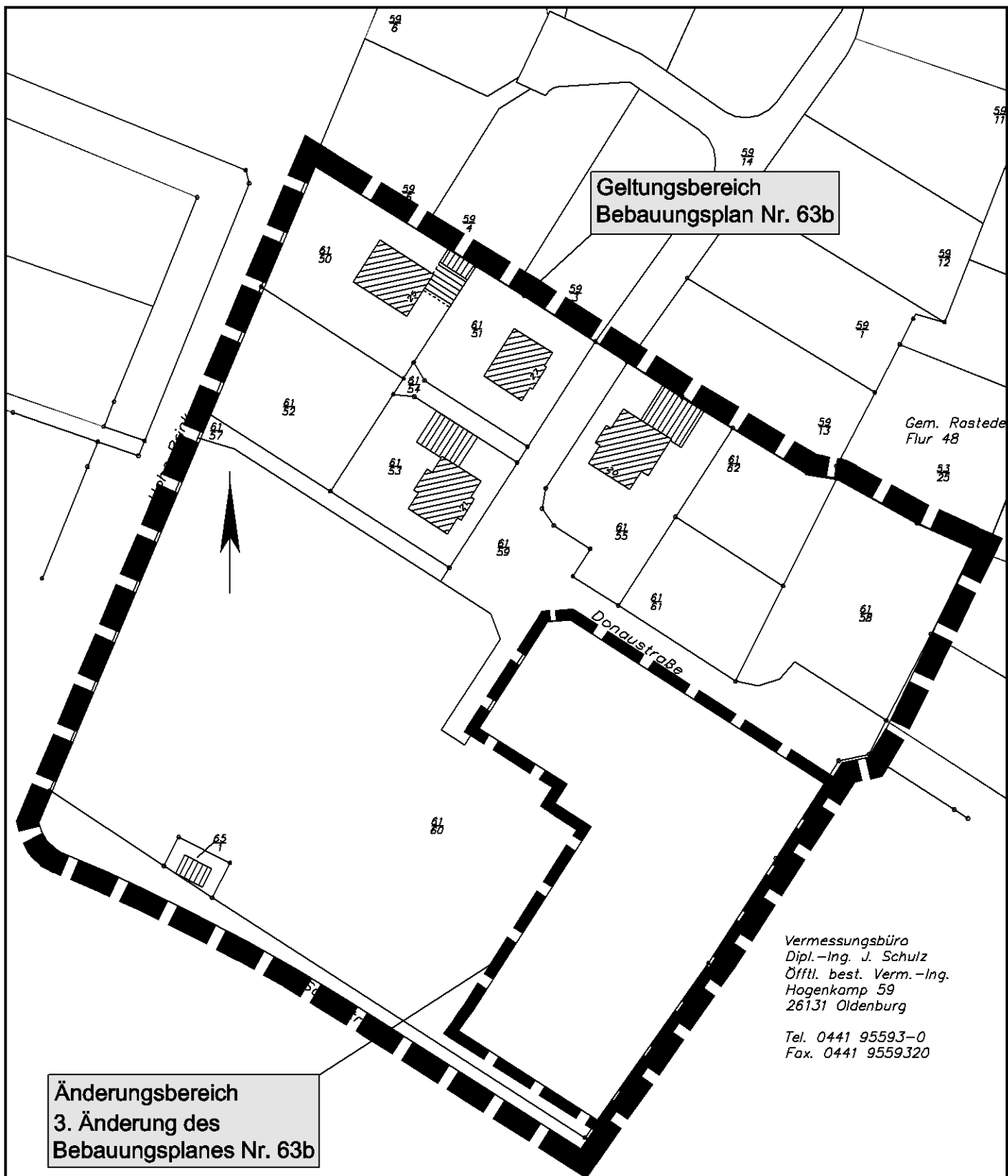
Die Bebauungsplanänderung betrifft das im Bebauungsplan Nr. 63 B bzw. der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 B im östlichen Teil des Geltungsbereiches festgesetzte Mischgebiet (§ 6 BauNVO).

Die gemäß § 22 (2) BauNVO festgesetzte offene Bauweise wird aufgehoben.

6. DATEN ZUM VERFAHRENSABLAUF

Aufstellungsbeschluss
Öffentliche Auslegung
Satzungsbeschluss

Rastede, den
Bürgermeister



Gemeinde Rastede Landkreis Ammerland

Übersichtsplan

Dezember 2009

M 1 : 1.000



NWP - Planungsgesellschaft mbH
Fischweg 1
Postfach 3857
Tel. 0441 97174-0
Internet: www.nwp-cld.de

- Gesellschaft für räumliche Planung und Forschung
- 26121 Oldenburg
- 26228 Oldenburg
- Telefon: 0441 97174-70
- E-Mail: info@nwp-cld.de

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/180

freigegeben am 01.10.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Günther Henkel

Datum: 01.10.2009

Festsetzung der Verkaufspreise für gemeindeeigene Flächen Ecke Bachstraße / Haydnstraße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	27.10.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Der Verkaufspreis für Wohnbauflächen Ecke Bachstraße / Haydnstraße wird auf 64,23 EUR je qm festgesetzt.
2. Der Ablösungsbetrag für die nach der Erschließungsbeitragssatzung ermittelten voraussichtlichen Erschließungsbeiträge wird auf 17,67 EUR festgesetzt.
3. Die Abwasserbeiträge betragen entsprechend den Bestimmungen der Abwasserbeitragssatzung
 - a) für den Schmutzwasserkanal 2,57 EUR pro qm
 - b) für den Regenwasserkanal 0,53 EUR pro qm

zuzüglich der tatsächlich entstandenen Kosten für die Hausanschlusschächte

- a) für den Schmutzwasserschacht 600,00 EUR
- b) für den Regenwasserschacht 600,00 EUR.

Sach- und Rechtslage:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 23.06.2009 die erste Änderung des Bebauungsplanes Nr. 50 – Schützenhofstraße als Satzung beschlossen. Durch diese Bebauungsplanänderung ist der Bereich, der ehemals als Fußball-/Freizeitplatz genutzt worden ist, jetzt für Wohnbauzwecke umgewidmet worden. Die Größe beträgt insgesamt 1.815 qm, die nach den Vorstellungen des Rates und den Verkaufsabsichten zu einer Baumöglichkeit für zwei Grundstücke führen wird.

Eine Berücksichtigung von Erschließungsaufwendungen vergleichbar mit anderen Bauleitplänen ist hier aufgrund des Flächenumfanges nicht möglich, weil Erschließungsanlagen in dem sonst bei Neubaugebieten üblichen Umfang nicht anfallen.

Es wurde deshalb die Kostendarstellung des Bebauungsplanes Nr. 75 – Im Göhlen herangezogen; durch die Erschließungsarbeiten im 3. Bauabschnitt – Bereich ehemalige Kleingartenfläche – kann ein aktueller Wert, soweit nicht ohnehin durch Beitragssatzung im Abwasser-/Oberflächenwasserbereich bestimmt, erreicht werden.

Nach § 97 Nds. Gemeindeordnung dürfen Vermögenswerte der Gemeinde nur zum vollen Wert veräußert werden. Maßgeblicher Anhaltspunkt ist insoweit der Bodenrichtwert, der in diesem Bereich aktuell bei 85,00 EUR je qm liegt. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Werte ergibt sich eine entsprechende Aufteilung auf den Verkaufspreis bzw. die sonstigen Kosten, wie im Beschlussvorschlag dargestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei Verkauf der Grundstücke ergeben sich insgesamt Erträge in Höhe von 154.275,00 EUR.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/056A

freigegeben am 30.09.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Günther Henkel

Datum: 30.09.2009

Entwicklung Sozialstation gGmbH

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

15.12.2009

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

1. Der Geschäftsanteil der Gemeinde Rastede an der Sozialstation Rastede gGmbH (im Folgenden: Sozialstation Rastede) zum Nennbetrag von 50.000 DM wird in zwei Teilgeschäftsanteile zum Nennbetrag von jeweils 25.500 DM und zum Nennbetrag von 24.500 DM geteilt.
2. Die Gemeinde Rastede stimmt der widerruflichen Schenkung und der unentgeltlichen Abtretung des Teilgeschäftsanteiles zum Nennbetrag von 25.500 DM an die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH (im Folgenden: Sozialstation Nordenham) unwiderruflich zu mit der Maßgabe, dass die Gemeinde Rastede nach der Abtretung mit einem Geschäftsanteil zum Nennbetrag von 24.500 DM und die Sozialstation Nordenham mit einem Geschäftsanteil zum Nennbetrag von 25.500 DM an der Sozialstation Rastede beteiligt sein sollen.

Sach- und Rechtslage:

Der Inhalt dieser Vorlage bezieht sich auf die Ausführungen in der Vorlage 2009/056. Diese A-Vorlage soll lediglich den zwischenzeitlichen Werdegang in der Angelegenheit verdeutlichen.

Auf der Grundlage des Beschlusses vom 21.04.2009 mit dem oben genannten Beschlussvorschlag ist die Kommunalaufsicht des Landkreises Ammerland sowie des Landkreises Wesermarsch beteiligt worden. Insbesondere die Kommunalaufsicht des Landkreises Ammerland hatte Klärungsbedarf, der allerdings vollumfänglich bis zur Sommerpause befriedigt werden konnte.

Problematisch gestaltete sich im Anschluss daran das verbindliche Auskunftsverfahren bei den Finanzbehörden. Diese haben offensichtlich in Änderung ihrer eigenen Praxis das ver-

bindliche Auskunftsverfahren mit dem Hinweis beschieden, dass keine klärungsbedürftigen steuerrechtlichen Fragen auftreten. Die Treuhand Oldenburg als beauftragte Stelle für die Durchführung dieses Verfahrens ist – gleichwohl über die Vorgehensweise der Finanzbehörden verwundert - diesem Hinweis der Finanzbehörde mit dem ihrerseitigen Hinweis begegnet, dass steuerrechtliche Probleme hinsichtlich der Bildung des Organschaftsverhältnisses zwischen beiden Sozialstationen nicht bestehen. Nach intensiven Gesprächen zwischen allen Beteiligten ist daher jetzt davon auszugehen, dass das Organschaftsverhältnis auf der Grundlage der bereits im Frühjahr d. J. gefassten Beschlussempfehlung vollzogen werden kann.

Die Gesellschafter der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst bzw. werden diese bis zum 17.12.2009 gefasst haben.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Gemeinde direkt keine; für die Sozialstation gGmbH ergibt sich eine Einsparung der ansonsten im Wege der Umsatzsteuer zu zahlenden Aufwendungen durch die Gestellung von Personaldienstleistungen seitens der Sozialstation Nordenham.

Anlagen:

1. Entwurf der Übergabeerklärung der Geschäftsanteile der Sozialstation Rastede
2. Entwurf des geänderten Gesellschaftsvertrages der Sozialstation Rastede gGmbH
3. Entwurf der Neufassung der Geschäftsordnung der Sozialstation Rastede gGmbH
4. Entwurf des geänderten Gesellschaftsvertrages der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland
5. Entwurf der Neufassung der Geschäftsordnung der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland

Nr. _____ der Urkundenrolle für das Jahr 2009

Verhandelt zu _____
am _____

Vor mir, dem unterzeichnenden Notar im Bezirk des Oberlandesgerichts Oldenburg

mit dem Amtssitz in _____

erschieden heute:

1. Herr _____, geb. am _____, wohnhaft in _____,
_____, ausgewiesen durch Bundespersonalausweis-Nr.
_____/dem Notar von Person bekannt,
2. Herr _____, geb. am _____, wohnhaft in _____,
_____, ausgewiesen durch Bundespersonalausweis-Nr.
_____/dem Notar von Person bekannt,

Der Erschienene zu 1. erklärte vorweg, nachfolgend nicht für sich zu handeln, sondern als alleinvertretungsberechtigter Bürgermeister der Gemeinde Rastede, die Alleingesellschafterin der Sozialstation Rastede gGmbH (HRB 120929) ist. Er legte eine Vertretungsbescheinigung vor, von der eine beglaubigte Abschrift zur Anlage __ dieser Urkunde gemacht wurde.

Ferner erklärte der Erschienene zu 2. vorweg, nachfolgend nicht für sich zu handeln, sondern als alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH (HRB 100506) mit Sitz in 26954 Nordenham, Bahnhofstraße 34. Er legte einen Auszug des Handelsregisters des Amtsgerichts Oldenburg vom _____ vor, von dem eine beglaubigte Abschrift zur Anlage __ dieser Urkunde gemacht wurde.

Der Erschienene zu 1. bat um die Beurkundung der Teilung eines Geschäftsanteils und Abtretung eines künftigen Teilgeschäftsanteils sowie um die Beurkundung der Neufassung des Gesellschaftsvertrages, nachdem die Erschienenen die Frage des Notars nach einer Vorbe-fassung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG verneint hatten:

I. Der Erschienene zu 1. erklärte:

Ich vertrete die Alleingesellschafterin der Sozialstation Rastede gGmbH (HRB 120929), die Gemeinde Rastede. Unter Verzicht auf alle Formen und Fristen der Einberufung und Ankündigung halte ich hiermit eine außerordentliche Gesellschafterversammlung der Sozialstation Rastede gGmbH ab und beschließe einstimmig wie folgt:

1. Der Geschäftsanteil im Nennbetrag von 50.000 DM wird in zwei Teilgeschäftsanteile zum Nennbetrag von 25.500 DM und zum Nennbetrag von 24.500 DM geteilt.
2. Gemäß § 3 Ziff. 7 des Gesellschaftsvertrages der Sozialstation Rastede gGmbH stimme ich der (widerruflichen) Schenkung und der Abtretung des Teilgeschäftsanteils der Gemeinde Rastede an der Sozialstation Rastede gGmbH zum Nennbetrag von 25.500 DM an die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH unwiderruflich zu mit der Maßgabe, dass die Gemeinde Rastede nach der Abtretung mit einem Geschäftsanteil zum Nennbetrag von 24.500 DM und die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH mit einem Geschäftsanteil zum Nennbetrag von 25.500 DM an der Sozialstation Rastede gGmbH beteiligt sein sollen.
3. Der Gesellschaftsvertrag der Sozialstation Rastede gGmbH wird lt. Anlage __ zu dieser Urkunde vollständig neu gefasst. Folgende Änderungen gemäß § 10 Abs. 1 GmbHG sind erfolgt:

Der **Gegenstand des Unternehmens** lautet jetzt:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Einrichtung des öffentlichen Gesundheitswesens, insbesondere die Durchführung ambulanter Gesundheits- und Krankenpflege sowie artverwandter Tätigkeiten im Bereich der sozialen Versorgung der Bevölkerung.

- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar diesem Zweck zu dienen geeignet erscheinen. Sie ist insbesondere berechtigt, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften zu errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder zu pachten oder sich an anderen Unternehmen zu beteiligen.

Die **Geschäftsführung der Gesellschaft** und die **Vertretungsbefugnis der Geschäftsführung** sind jetzt wie folgt geregelt:

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein.
- (2) Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann Geschäftsführern die Befugnis übertragen werden, die Gesellschaft einzeln zu vertreten. In gleicher Weise können Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden. Dies gilt auch dann, wenn ein Geschäftsführer der alleinige Gesellschafter ist.

Die Gesellschafterversammlung ist beendet.

- II. Sodann schließen die Erschienenen zu 1. und 2. den nachfolgenden Übertragungsvertrag und erklären:

§ 1

- (1) Die Gemeinde Rastede überträgt den Teilgeschäftsanteil an der Sozialstation Rastede gGmbH im Nennbetrag von 25.500 DM unentgeltlich auf die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH (Schenkung) und tritt den Teilgeschäftsanteil hierzu an die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH ab. Die Abtretung wird wirksam mit der Veröffentlichung des im Entwurf als Anlage ___ beigefügten geänderten Gesellschaftsvertrages der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH im elektronischen Handelsregister (Übertragungszeitpunkt). Die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland

gGmbH nimmt die Schenkung und die Abtretung dieses Teilgeschäftsanteils dankend an.

- (2) Die Parteien stimmen darin überein, dass die Schenkung des Teilgeschäftsanteils durch die Gemeinde Rastede an die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH bzw. deren Annahme frei widerruflich ist. Diesen Widerruf können die Gemeinde Rastede und die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH jeweils unabhängig voneinander erklären.
- (3) Die Parteien stimmen ferner darin überein, dass sie die Schenkung bzw. deren Annahme frühestens nach Ablauf von zwei Kalenderjahren nach Abschluss dieses Übertragungsvertrags widerrufen dürfen.
- (4) Der Widerruf bedarf der notariellen Form und ist gegenüber dem Bürgermeister der Gemeinde Rastede bzw. der Geschäftsführung der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH zu erklären.
- (5) Die Abtretung des Teilgeschäftsanteils bzw. deren Annahme gemäß § 1 Abs. (1) ist auflösend bedingt mit Zugang eines formwirksamen Widerrufs durch die Gemeinde Rastede bzw. die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH gemäß § 1 Abs. (2) bis (4) sowie mit der wirksamen Abgabe der Erklärung gemäß § 3 Abs. (5).

§ 2

- (1) Die Gemeinde Rastede garantiert den rechtlichen Bestand des übertragenen Teilgeschäftsanteils zum Übertragungszeitpunkt. Ferner garantiert die Gemeinde Rastede, dass die entsprechende Stammeinlage im Übertragungszeitpunkt voll erbracht ist und sie über den Teilgeschäftsanteil frei verfügen kann.
- (2) Im Übrigen schließt die Gemeinde Rastede jede Gewährleistung aus.

§ 3

- (1) Für den Fall des wirksamen Widerrufs einer Partei gemäß § 1 Abs. (3) – (5) sichern die Parteien zu, den vor der Schenkung und Abtretung bestehenden Zu-

stand soweit möglich wieder herzustellen (Rückabwicklung). Ziel der Rückabwicklung der Schenkung/Abtretung ist es, sowohl für die Sozialstation Rastede gGmbH als auch für die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH mindestens die Ertragslage zu erreichen, die vor der Schenkung/Abtretung bestanden hat. Beide Gesellschaften sind in die Lage zu versetzen, so selbständig und lebensfähig am Markt tätig werden zu können, wie dies auch vor der Schenkung/Abtretung des Teilgeschäftsanteils der Fall war.

- (2) Hierzu sind beide Gesellschaften insbesondere mit ausreichendem Verwaltungs- und Pflegepersonal der erforderlichen Qualifikation, mit der erforderlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung (insbes. Fahrzeuge) auf üblichem Stand der Technik und mit einer entsprechenden Anzahl von Kunden auszustatten. Auf Anforderung hat die Sozialstation Rastede gGmbH ab der wirksamen Widerrufserklärung für einen Übergangszeitraum von 6 Monaten Anspruch auf Geschäftsführungsleistungen durch die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH; insbesondere um einen neuen Geschäftsführer sachgerecht einzuarbeiten und um die reibungslose Übergabe der Geschäftsführung zu ermöglichen.
- (3) Altkunden, also solche, die bereits vor dem Übertragungszeitpunkt Leistungen von einer der Gesellschaften bezogen haben, sind allein dieser Gesellschaft wieder als Kunden zuzuordnen. Die jeweils andere Gesellschaft verpflichtet sich, diesen Kunden für einen Übergangszeitraum von einem Kalenderjahr ab der Beendigung der Rückabwicklung (Abs. 7) keine Leistungen aktiv anzubieten.
- (4) Neukunden, also solche, die ab dem Übertragungszeitpunkt Leistungen von einer der Gesellschaften bezogen haben, sind nach dem Geschäftsgebiet der Gesellschaften diesen zuzuordnen. Maßgebend sind die Geschäftsgebiete der Gesellschaften, wie sie vor dem Übertragungszeitpunkt bestanden haben. Die jeweils andere Gesellschaft verpflichtet sich, diesen Kunden für einen Übergangszeitraum von einem Kalenderjahr ab der Beendigung der Rückabwicklung (Abs. 7) keine Leistungen aktiv anzubieten.
- (5) Neukunden, die die Leistungen in keinem der vor dem Übertragungszeitpunkt bestehenden Geschäftsgebiete bezogen haben, sind gleichmäßig auf beide Gesellschaften aufzuteilen. Die jeweils andere Gesellschaft verpflichtet sich, diesen Kunden für einen Übergangszeitraum von einem Kalenderjahr ab der Beendigung der Rückabwicklung (Abs. 7) keine Leistungen aktiv anzubieten.

- (6) Die Parteien können durch schriftliche, ansonsten jedoch formfreie Vereinbarung eine von den vorstehenden Regelungen abweichende Aufteilung der Kunden vornehmen.
- (7) Die Rückabwicklung ist beendet mit einer dies bestätigenden Erklärung der Parteien, die schriftlich, ansonsten jedoch formfrei von beiden Parteien gemeinsam abzugeben ist.

§ 4

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so sollen die übrigen Bestimmungen Bestand haben. Anstelle der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung gilt diejenige wirksame bzw. durchführbare Bestimmung als vereinbart, die die Parteien bei Vertragsschluss gewählt hätten, um den wirtschaftlichen Zweck der zu ersetzenden Bestimmung zu erreichen, wenn sie die Unwirksamkeit bzw. Undurchführbarkeit gekannt hätten. Entsprechendes gilt für eine etwaige Lücke im Vertrag. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages wegen ihres räumlichen, sachlichen, zeitlichen oder betragsmäßigen Anwendungsbereichs unwirksam sein, soll die Bestimmung nicht gänzlich unwirksam sein, sondern als vereinbart gelten mit dem zulässigen Umfang, welcher dem ursprünglich vereinbarten Umfang am Nächsten kommt.

Der Notar wies die Erschienenen darauf hin,

- dass der Verkauf des Geschäftsanteils, falls der Verkauf zur Vereinigung von 95 % oder mehr der Anteile an der Gesellschaft in der Hand des Käufers oder mit ihm verbundene Unternehmen führt, der Grunderwerbsteuer unterliegt und
- dass der Käufer für die nicht eingebrachten Geldanlagen und Fehlbeträge nicht vollwertig geleisteter Sacheinlagen des Verkäufers und aller anderen Gesellschafter unbeschränkt haftet.

Gesellschaftsvertrag

der

Sozialstation Rastede gGmbH

§ 1

Firma, Sitz, Dauer, Kalenderjahr

- (1) Die Firma der Gesellschaft lautet:

"Sozialstation Rastede gGmbH"

- (2) Sitz der Gesellschaft ist Rastede.
- (3) Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.
- (4) Die Dauer der Gesellschaft ist unbefristet.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens, Beteiligungen

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Einrichtung des öffentlichen Gesundheitswesens, insbesondere die Durchführung ambulanter Gesundheits- und Krankenpflege sowie artverwandter Tätigkeiten im Bereich der sozialen Versorgung der Bevölkerung.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar diesem Zweck zu dienen geeignet erscheinen. Sie ist insbesondere berechtigt, im Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften zu errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder zu pachten oder sich an anderen Unternehmen zu beteiligen.

§ 3

Steuerbegünstigung

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

- (4) Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft, es sei denn, sie sind gemeinnützigkeitsrechtlich unschädlich.
- (5) Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.
- (6) Es dürfen keine Personen durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (7) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von ihnen geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an die Gemeinde Rastede, die es unmittelbar und ausschließlich für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51ff. AO zu verwenden hat. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 4

Stammkapital, Stammeinlage

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 50.000,-- DM (in Worten: Fünfzigtausend Deutsche Mark).
- (2) Es hat übernommen die Gemeinde Rastede eine Stammeinlage von 50.000,- DM (in Worten: Fünfzigtausend Deutsche Mark).

§ 5

Organe der Gesellschaft

- (1) Die Organe der Gesellschaft sind:
 - 1. die Geschäftsführung
 - 2. die Gesellschafterversammlung

- (2) Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung sind in Angelegenheiten der Gesellschaft zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit sie nicht aufgrund gesetzlicher, insbesondere kommunalrechtlicher Vorschriften oder aufgrund ihrer Organstellung einer Berichtspflicht unterliegen. Insoweit sind sie von der Verschwiegenheitspflicht befreit.

§ 6

Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein.
- (2) Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann Geschäftsführern die Befugnis übertragen werden, die Gesellschaft einzeln zu vertreten. In gleicher Weise können Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden. Dies gilt auch dann, wenn ein Geschäftsführer der alleinige Gesellschafter ist.
- (3) Für alle Handlungen, die über den gewöhnlichen Betrieb der Gesellschaft hinausgehen, bedarf die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung beschließt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, vgl. § 8 Abs. 4 Buchst. r).
- (4) Im Falle der Auflösung erfolgt die Liquidation durch die Geschäftsführung, wenn sie nicht durch Beschluss der Gesellschafterversammlung anderen Personen übertragen wird.

§ 7

Gesellschafterversammlung

- (1) Der Rat der Gemeinde Rastede entscheidet gemäß § 111 Abs. 1 Satz 1 NGO über den/die Vertreter der Gemeinde Rastede in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft. Der Vertreter der Gemeinde Rastede kann sich vertreten lassen. Körperschaften privaten Rechts werden in der Gesellschafterversammlung von ihrem gesetzlichen Vertreter vertreten. Dieser kann sich durch Erteilung einer rechtsgeschäftlichen Vollmacht vertreten lassen. In diesem Fall ist die Vollmacht im Original vorzulegen und zu den Unterlagen der Gesellschaft zu nehmen.

Die Gesellschafterversammlung wählt einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter aus ihrer Mitte. Der Vorsitzende leitet die Gesellschafterversammlungen.

- (2) Die Geschäftsführung nimmt beratend ohne Stimmrecht an Gesellschafterversammlungen teil, es sei denn, die Gesellschafterversammlung fasst einen hiervon abweichenden Beschluss.
- (3) Gesellschafterversammlungen finden mindestens einmal jährlich in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres am Sitz der Gesellschaft statt. Darüber hinaus findet eine Gesellschafterversammlung statt, wenn das Interesse der Gesellschaft es erfordert oder wenn ein Gesellschafter dies verlangt.
- (4) Die Einladung zur Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung mit Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung.
- (5) Inhalt und die Ergebnisse von Gesellschafterversammlungen sind in einer Niederschrift festzuhalten, die vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen und zu den Unterlagen der Gesellschaft zu nehmen ist. Die Gesellschafter erhalten eine Abschrift der Niederschrift.

§ 8

Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Die Gesellschaftsbeschlüsse werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. Gesellschafterbeschlüsse können auch auf dem Wege schriftlicher Stimmabgabe, ausgenommen per e-Mail, herbeigeführt werden, wenn alle Mitglieder der Gesellschafterversammlung bei der Abstimmung mitwirken und kein Mitglied widerspricht.
- (2) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 75% des Stammkapitals vertreten ist. Ist weniger als 75% des Stammkapitals vertreten, ist innerhalb von vier Wochen eine neue Versammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die unabhängig von der Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist, worauf in der erneuten Einberufung hinzuweisen ist.
- (3) Die Gesellschaftsbeschlüsse sind formlos gültig, soweit nicht das Gesetz oder dieser Vertrag etwas anderes bestimmen.

- (4) Die Gesellschafterversammlung beschließt über die ihr durch Gesetz, diesen Gesellschaftsvertrag und eine etwaige Geschäftsordnung übertragenen Gegenstände. Sie ist insbesondere zuständig für die folgenden Maßnahmen:
- a) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern und Liquidatoren. Mindestens ein Geschäftsführer der Gesellschaft muss personenidentisch sein mit der Geschäftsführung der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH;
 - b) Abschluss, Änderung und Beendigung (Kündigung) von Anstellungsverträgen mit Geschäftsführern,
 - c) Erteilung und Widerruf von Prokura und Handlungsvollmachten,
 - d) Vorschlag eines Abschlussprüfers an das für die Gesellschaft zuständige Rechnungsprüfungsamt,
 - e) Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung des Bilanzgewinns oder Behandlung eines Bilanzverlustes,
 - f) Entlastung der Geschäftsführung,
 - g) grundsätzliche Änderungen der Unternehmensziele,
 - h) Sitzverlegung und Veräußerung bzw. Verpachtung des Unternehmens im Ganzen oder von Unternehmensteilen,
 - i) Aufnahme und Aufgabe eines Geschäftszweiges oder von Zweigniederlassungen,
 - j) Abschluss, Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen im Sinne des AktG,
 - k) Strukturmaßnahmen, die Gegenstands- oder Zweckänderungen gleichkommen,
 - l) Wirtschafts- und Investitionsplan für das kommende Wirtschaftsjahr,
 - m) Umwandlung oder Auflösung der Gesellschaft,
 - n) Änderung des Gesellschaftsvertrages,

- o) Zusammenlegung und Teilung von Gesellschaftsanteilen oder Teilen davon sowie deren Verpfändung, Veräußerung und Abtretung sowie die Aufnahme neuer Gesellschafter,
- p) der Erwerb anderer Unternehmen, der Erwerb, die Veränderung, die Kündigung oder Veräußerung von Beteiligungen;
- q) Schließung von Einrichtungen,
- r) Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
- s) Beschlüsse nach § 6 Abs. (2) und (3) dieser Satzung.

Die Beschlüsse gemäß lit. a) sowie gemäß lit. h) bis s) bedürfen einer Mehrheit von 75% der vorhandenen Stimmen.

- (5) Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht der Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz zwingend andere Mehrheiten vorschreibt.
- (6) Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen. Je Fünfhundert Deutsche Mark eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die den Gesellschaftern jeweils zustehenden Stimmen dürfen von ihren Vertretern nur einheitlich abgegeben werden.
- (7) Beschlüsse der Gesellschafterversammlung können nur innerhalb eines Monats nach Zugang der Niederschrift durch Klage angefochten werden.

§ 9

Jahresabschluss, Verlustausgleich

- (1) Der Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Lagebericht) ist von der Geschäftsführung innerhalb von vier Monaten nach Ende eines Geschäftsjahres aufzustellen und zu unterschreiben.
- (2) Die Abschlussprüfung des Jahresabschlusses erfolgt nach den Vorschriften des § 124 i. V. mit § 123 NGO sowie der §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsätzegesetz. Der für die Gemeinde Rastede zuständigen Prüfungseinrichtung werden die in § 54 Haus-

haltsgrundsatzegesetz vorgesehenen Befugnisse eingeräumt. Die Gesellschafter müssen innerhalb von acht Monaten über die Feststellung des Jahresabschlusses beschließen.

- (3) Die Gemeinde Rastede ist verpflichtet, Verluste (Jahresfehlbeträge nach Ausgleich durch Jahresüberschüsse) der Gesellschaft auszugleichen, solange der Verlust insgesamt 100.000 € nicht überschreitet.

§ 10

Schlussbestimmungen

- (1) Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen der Gesellschafter untereinander und mit der Gesellschaft müssen schriftlich erfolgen, soweit nicht das Gesetz eine notarielle Beurkundung vorschreibt. Das gilt auch für den Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.
- (2) Die Ungültigkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages berührt nicht die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen ist eine angemessene Regelung zu vereinbaren, die dem am nächsten kommt, was die Vertragsschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie den Punkt bedacht hätten. Entsprechend ist zu verfahren, wenn die Durchführung des Vertrages einer Ergänzung bedürftige Lücke ergibt.
- (3) Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger.
- (4) Örtlich zuständig für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist ausschließlich das Gericht des Sitzes der Gesellschaft.

**Geschäftsordnung
für die Geschäftsführung der
Sozialstation Rastede gGmbH**

§ 1

Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft nach den Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in seiner jeweils geltenden Fassung sowie nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und dieser Geschäftsordnung.

§ 2

Die Befugnisse der Geschäftsführung erstrecken sich auf alle Handlungen und Maßnahmen, die der gewöhnliche Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft oder einer von ihr verwalteten Gesellschaft oder gehaltenen Beteiligung mit sich bringen.

§ 3

- (1) Die Geschäftsführung darf gemäß § 6 Abs. (3) des Gesellschaftsvertrages zustimmungsbedürftige Geschäfte und Maßnahmen nur nach vorheriger Zustimmung der Gesellschafterversammlung vornehmen.
- (2) Insbesondere für die nachfolgend aufgeführten Geschäfte und Maßnahmen muss die Geschäftsführung vorab die Zustimmung der Gesellschafterversammlung einholen:
 - a) Übernahme von Bürgschaften und bürgschaftsähnlichen Verpflichtungen, Abschluss von Gewährverträgen und die Stellung anderer Sicherheiten sowie das Eingehen anderer wirtschaftlich gleichbedeutender Rechtsgeschäfte;
 - b) Aufnahme von Krediten (bei Aufnahme von Lieferantenkrediten sowie kurzfristigen Überziehungskrediten bei Kreditinstituten: ab einem Betrag von mehr als 10.000,00 €), sowie Abschluss von Leasingverträgen (mit Ausnahme von Leasingverträgen bis zu einer Gesamthöhe von 1.500,00 € pro Quartal);
 - c) Geschäfte betreffend Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und dingliche Rechte hieran sowie Neubauten und Sanierungsmaßnahmen, jedoch keine Unterhaltungsmaßnahmen im Wert von über 20.000,00 €;
 - d) Führung von Rechtsstreitigkeiten, die einen Abschluss von Vergleichen über fällige Ansprüche oder Verzicht auf Forderungen mit einem Wert in Höhe von je über 20.000,00 € beinhalten, sowie die Vornahme von Rechtsgeschäften und Führung von Rechtsstreitigkeiten gegenüber den Gesellschaftern und Aufsichts-

ratsmitgliedern;

- e) Abschluss, Änderung und Beendigung von Pacht-, Miet- und Dauerlieferungsverträgen ab Überschreiten der Wertgrenze in Höhe von 20.000,00 €;
 - f) Abschluss und Kündigung von Arbeitsverträgen bei einem Jahresgehalt von mehr als 35.000,00 € (brutto) pro Person und von Arbeitsverträgen mit leitenden Angestellten; insbesondere der Pflegedienstleistung;
 - g) Versorgungszusagen jeder Art;
 - h) Erwerb von beweglichen Anlagegütern im Einzelwert von über 15.000 €;
 - i) Verträge zwischen der Gesellschaft und der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH;
- (3) Soweit die in Abs. (1) und (2) genannten Maßnahmen in einem von der Gesellschafterversammlung festgestellten Wirtschaftsplan enthalten sind, bedarf die Geschäftsführung auch bei Überschreitung der in der Geschäftsordnung festgelegten Wert- oder Zeitgrenzen keiner weiteren Zustimmung der Gesellschafterversammlung.
- (4) In Eilfällen dürfen unaufschiebbare Geschäfte der in Abs. (1) und (2) genannten Art durch die Geschäftsführung der Gesellschaft auch ohne vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung vorgenommen werden. Die Geschäftsführung muss die Gesellschafterversammlung umfassend informieren.
- (5) Die Geschäftsführung hat so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan sowie Stellenübersicht) für das kommende Geschäftsjahr aufzustellen, dass die Gesellschafterversammlung vor Beginn des neuen Geschäftsjahres darüber beschließen kann.

Rastede, den _____

Für die
Gesellschafterversammlung der
Sozialstation Rastede gGmbH

Gesellschaftsvertrag

der

Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH

Präambel

Die Stadt Nordenham, die Gemeinde Butjadingen und die Gemeinde Stadland beabsichtigen, mit der gemeinnützigen GmbH die Aufgaben der sozial- und gesundheitspflegerischen Dienste für die Zukunft sicherzustellen und somit die Daseinsvorsorge zu sichern.

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft, Dauer, Kalenderjahr

- (1) Die Gesellschaft führt den Namen "Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH".
- (2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Nordenham.
- (3) Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.
- (4) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft

- (1) Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist es, die Versorgung der Bevölkerung mit dem ambulanten sozial- und gesundheitspflegerischen Dienst, der ambulanten Krankenpflege, der Haus- und Familienpflege und der Altenpflege zu gewährleisten.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar diesem Zweck zu dienen geeignet erscheinen. Sie ist insbesondere berechtigt, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften zu errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder zu pachten oder sich an anderen Unternehmen zu beteiligen.

§ 3

Steuerbegünstigung

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

- (2) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
- (4) Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft, es sei denn, sie sind gemeinnützigkeitsrechtlich unschädlich.
- (5) Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.
- (6) Es dürfen keine Personen durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (7) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von ihnen geleisteten Sacheinlagen übersteigt, im Verhältnis der Beteiligungsquoten an die Gesellschafter, die es unmittelbar und ausschließlich für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51ff. AO zu verwenden haben.

§ 4

Stammkapital, Stammeinlagen

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 76.500,00 (in Worten: Sechssundsiebzigtausendfünfhundert Euro).
- (2) Auf dieses Stammkapital haben als Stammeinlage übernommen die
 - a) Stadt Nordenham € 42.500,00
 - b) Gemeinde Butjadingen € 17.000,00
 - c) Gemeinde Stadland € 17.000,00

§ 5

Organe der Gesellschaft

- (1) Die Organe der Gesellschaft sind
 1. die Geschäftsführung
 2. die Gesellschafterversammlung
 3. der Aufsichtsrat.
- (2) Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrats sind in Angelegenheiten der Gesellschaft zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit sie nicht aufgrund gesetzlicher, insbesondere kommunalrechtlicher Vorschriften oder aufgrund ihrer Organstellung einer Berichtspflicht unterliegen. Insoweit sind sie von der Verschwiegenheitspflicht befreit.

§ 6

Geschäftsführung, Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein.
- (2) Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann Geschäftsführern die Befugnis übertragen werden, die Gesellschaft einzeln zu vertreten. In gleicher Weise können Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden. Dies gilt auch dann, wenn ein Geschäftsführer der alleinige Gesellschafter ist.
- (3) Für alle Handlungen, die über den gewöhnlichen Betrieb der Gesellschaft hinausgehen, bedarf die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat beschließt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, vgl. § 10 Abs. (2).
- (4) Im Falle der Auflösung erfolgt die Liquidation durch die Geschäftsführung, wenn sie nicht durch Beschluss der Gesellschafterversammlung anderen Personen übertragen wird.

§ 7

Gesellschafterversammlung

- (1) Der Stadtrat bzw. die Gemeinderäte der an der Gesellschaft beteiligten Gebietskörperschaften entscheiden jeweils gemäß § 111 Abs. 1 Satz 1 NGO über ihren/ihre Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft. Der/die Vertreter kann/können sich vertreten lassen.

Die Gesellschafterversammlung wählt einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter aus ihrer Mitte. Der Vorsitzende leitet die Gesellschafterversammlungen.

- (2) Die Geschäftsführung nimmt beratend ohne Stimmrecht an Gesellschafterversammlungen teil, es sei denn, die Gesellschafterversammlung fasst einen hiervon abweichenden Beschluss.
- (3) Gesellschafterversammlungen finden mindestens einmal jährlich in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres am Sitz der Gesellschaft statt. Darüber hinaus findet eine Gesellschafterversammlung statt, wenn das Interesse der Gesellschaft es erfordert oder wenn ein Gesellschafter dies verlangt.
- (4) Die Einladung zur Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung mit Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung.
- (5) Inhalt und die Ergebnisse von Gesellschafterversammlungen sind in einer Niederschrift festzuhalten, die vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen und zu den Unterlagen der Gesellschaft zu nehmen ist. Die Gesellschafter erhalten eine Abschrift der Niederschrift.

§ 8

Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Die Gesellschaftsbeschlüsse werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. Gesellschafterbeschlüsse können auch auf dem Wege schriftlicher Stimmabgabe, ausgenommen per e-Mail, herbeigeführt werden, wenn alle Mitglieder der Gesellschafterversammlung bei der Abstimmung mitwirken und kein Mitglied widerspricht.
- (2) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen ist und mehr als 75 % des Stammkapitals vertreten ist. Ist eine ordnungsgemäß

einberufene Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, so kann die Geschäftsführung mit einer Frist von zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung einberufen, die ohne Rücksicht auf die vertretenden Stimmen beschlussfähig ist, worauf in der Einladung hinzuweisen ist.

- (3) Die Gesellschaftsbeschlüsse sind formlos gültig, soweit nicht das Gesetz oder dieser Vertrag etwas anderes bestimmen.
- (4) Die Gesellschafterversammlung beschließt über die ihr durch Gesetz, diesen Gesellschaftsvertrag und eine etwaige Geschäftsordnung übertragenen Gegenstände. Sie ist insbesondere zuständig für die folgenden Maßnahmen:
 - a) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern und Liquidatoren. Mindestens ein Geschäftsführer der Gesellschaft muss personenidentisch mit dem Geschäftsführer der Sozialstation Rastede gGmbH sein;
 - b) Bestellung und Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern und deren Ersatzmitgliedern,
 - c) Abschluss, Änderung und Beendigung (Kündigung) von Anstellungsverträgen mit Geschäftsführern,
 - d) Erteilung und Widerruf von Prokura und Handlungsvollmachten,
 - e) Vorschlag eines Abschlussprüfers an das für die Gesellschaft zuständige Rechnungsprüfungsamt,
 - f) Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung des Bilanzgewinns oder Behandlung eines Bilanzverlustes,
 - g) Entlastung der Geschäftsführung,
 - h) grundsätzliche Änderungen der Unternehmensziele,
 - i) Sitzverlegung und Veräußerung bzw. Verpachtung des Unternehmens im Ganzen oder von Unternehmensteilen,
 - j) Aufnahme und Aufgabe eines Geschäftszweiges oder von Zweigniederlassungen,

- k) Abschluss, Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen im Sinne des AktG,
- l) Strukturmaßnahmen, die Gegenstands- oder Zweckänderungen gleichkommen,
- m) Wirtschafts- und Investitionsplan für das kommende Wirtschaftsjahr,
- n) Umwandlung oder Auflösung der Gesellschaft,
- o) Änderung des Gesellschaftsvertrages,
- p) Zusammenlegung und Teilung von Gesellschaftsanteilen oder Teilen davon sowie deren Verpfändung, Veräußerung und Abtretung sowie die Aufnahme neuer Gesellschafter,
- q) der Erwerb anderer Unternehmen, der Erwerb, die Veränderung, die Kündigung oder Veräußerung von Beteiligungen;
- r) Schließung von Einrichtungen,
- s) vorherige Zustimmung zu einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung (vgl. § 10 Abs. (2),
- t) Beschlüsse nach § 6 Abs. (2) dieser Satzung

Beschlüsse gemäß § 9 Abs. (4) Buchst. a) sind den Aufsichtsratsmitgliedern vorab mitzuteilen. Der Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft gemäß § 9 Abs. (4) Buchst. n) muss einstimmig erfolgen.

- (5) Die Gesellschaftsbeschlüsse werden mit einer 2/3-Mehrheit der in der Gesellschafterversammlung abgegebenen Stimmen gefasst. Das gilt nicht, wenn das Gesetz zwingend oder der Vertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmen.
- (6) Je 8.500,00 EUR Einlage wird eine Stimme gewährt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die den Gesellschaftern jeweils zustehenden Stimmen dürfen von ihren Vertretern nur einheitlich abgegeben werden.
- (7) Beschlüsse der Gesellschafterversammlung können nur innerhalb eines Monats nach Zugang der Niederschrift durch Klage angefochten werden.

§ 9

Aufsichtsrat

- (1) Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus sechs Mitgliedern besteht. Drei Aufsichtsratsmitglieder werden von der Stadt Nordenham und je eines von der Gemeinde Butjadingen, der Gemeinde Stadland und der Gemeinde Rastede entsandt. Die entsandten Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung für die Dauer der laufenden Kommunalwahlperiode bestellt. Diese Amtsdauer gilt auch für Aufsichtsratsmitglieder, die einem Stadt- oder Gemeinderat nicht angehören. Die wiederholte Bestellung ist möglich.
- (2) Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist vom Vorschlagsberechtigten jeweils ein Ersatzmitglied zu benennen und von der Gesellschafterversammlung zu bestellen. Dieses Ersatzmitglied kann das Aufsichtsratsmitglied im Verhinderungsfall vertreten. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied vorzeitig aus dem Aufsichtsrat aus, tritt das Ersatzmitglied für die Dauer der verbleibenden Amtszeit an dessen Stelle. In diesem Fall muss vom Vorschlagsberechtigten ein neues Ersatzmitglied benannt und von der Gesellschafterversammlung bestellt werden.
- (3) Der Aufsichtsrat wählt einen Aufsichtsratsvorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Der Vorsitzende beruft die Sitzungen ein und leitet sie. Im Verhinderungsfall übernimmt der stellvertretende Vorsitzende die Aufgaben des Vorsitzenden.
- (4) Die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat endet außer im Todesfall
 - a) durch Abberufung durch die Gesellschafterversammlung aus wichtigem Grund,
 - b) nach Ablauf der Kommunalwahlperiode,
 - c) durch Rücktritt, der jederzeit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats gegenüber schriftlich und gegen Empfangsnachweis erklärt werden kann.

§ 10

Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats

- (1) Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, die Geschäftsführung zu überwachen und zu überprüfen. Der Aufsichtsrat kann hierzu Einsicht in die Bücher und Schriften der Gesellschaft nehmen und alle sonst erforderlichen Maßnahmen durchführen, um seine Auf-

gabe erfüllen zu können.

- (2) Zu den Aufgaben des Aufsichtsrats gehören insbesondere die Erteilung von Zustimmungen sowie nach vorheriger Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Beschluss einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung gemäß § 6 Abs. (3).

§ 11

Einberufung des Aufsichtsrats, Beschlussfassung

- (1) Der Aufsichtsrat tritt mindestens einmal im Jahr auf Einladung des Vorsitzenden zu einer Sitzung zusammen. Ferner ist der Aufsichtsrat einzuberufen, wenn mindestens ein Mitglied dies schriftlich unter Bezeichnung des Verhandlungsgegenstandes beantragt. Die Einberufung erfolgt mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung. In Eilfällen kann die Frist zur Einberufung des Aufsichtsrats auf zwei Tage verkürzt werden.
- (2) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens 5 seiner Mitglieder in der Aufsichtsratssitzung anwesend bzw. wirksam vertreten sind. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einer 3/4-Mehrheit der jeweils stimmberechtigten Aufsichtsratsmitglieder. Jedes Aufsichtsratsmitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht des Aufsichtsratsmitglieds der Gemeinde Rastede ist begrenzt auf die Ausübung der Gesellschafterrechte durch den Geschäftsführer der Gesellschaft in der Gesellschafterversammlung der Sozialstation Rastede gGmbH. Im Übrigen nimmt dieses Aufsichtsratsmitglied beratend ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil.
- (3) Beschlüsse des Aufsichtsrates können auch auf dem Wege schriftlicher Stimmabgabe, ausgenommen per e-Mail, herbeigeführt werden, wenn alle Aufsichtsratsmitglieder bei der Abstimmung mitwirken und kein Mitglied widerspricht.
- (4) Die Geschäftsführung nimmt beratend ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, es sei denn, der Aufsichtsrat fasst einen hiervon abweichenden Beschluss.

§ 12

Jahresabschluss

- (1) Der Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Lagebericht) ist von der Geschäftsführung innerhalb von vier Monaten seit Schluss des Geschäftsjahres aufzustellen und zu unterschreiben.
- (2) Die Abschlussprüfung des Jahresabschlusses erfolgt nach den Vorschriften des § 124 i. V. mit § 123 NGO sowie der §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsätzegesetz. Den jeweils zuständigen Prüfungseinrichtungen werden die in § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz vorgesehenen Befugnisse eingeräumt. Die Gesellschafter müssen innerhalb von acht Monaten über die Feststellung des Jahresabschlusses beschließen.

§ 13

Austritt aus der Gesellschaft; Abfindung

- (1) Jeder Gesellschafter kann zum Ende eines Kalenderjahres mit einer Frist von 12 Monaten seinen Austritt aus der Gesellschaft erklären. Die Erklärung erfolgt mit eingeschriebenem Brief gegenüber allen Mitgesellschaftern.
- (2) Jeder Gesellschafter kann aus wichtigem Grund seinen sofortigen Austritt aus der Gesellschaft erklären. Der Austritt aus wichtigem Grund erfolgt durch Erklärung des Gesellschafters mit eingeschriebenem Brief gegenüber allen Mitgesellschaftern. In der Erklärung ist der wichtige Grund anzugeben.
- (3) Der Geschäftsanteil des austretenden Gesellschafters gilt als mit Zustimmung des austretenden Gesellschafters auf den Wirksamkeitspunkt eingezogen, es sei denn, die Gesellschafterversammlung beschließt, dass der Geschäftsanteil an die Gesellschaft selbst, an Gesellschafter oder an andere Personen abgetreten wird, und zwar auch dergestalt, dass der Geschäftsanteil teilweise eingezogen und im Übrigen abgetreten wird. Wenn eine Abtretung nicht an die Gesellschaft selbst oder nicht an die Mitgesellschafter im Verhältnis ihrer Beteiligungsquoten erfolgen soll, bedarf der Gesellschafterbeschluss einer Mehrheit aller vorhandenen Stimmen. Die Abtretung wird mit Fassung des notariell zu beurkundenden Gesellschafterbeschlusses wirksam, unabhängig von der Zahlung der Abfindung. Im Falle der Abtretung haftet die Gesellschaft für die Zahlung der Abfindung durch den Erwerber nur mit ihrem über das Stammkapital hinausgehenden Eigenkapital.

- (4) Dem austretenden Gesellschafter steht eine Abfindung zu. Die Abfindung besteht in dem nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile berechneten Anteil des ausscheidenden Gesellschafters am buchmäßigen Reinvermögen der Gesellschaft (Stammkapital zuzüglich Rücklagen und Gewinnvortrag abzüglich Verlustvortrag), wie es in der Handelsbilanz auf den Schluss des letzten vor der Einziehung abgelaufenen Geschäftsjahres ausgewiesen ist. Die Abfindung ist gemäß § 3 Abs. (5) auf den Betrag der eingezahlten Kapitalanteile bzw. den Wert geleisteter Sacheinlagen begrenzt.
- (5) Die Wertermittlung ist vom steuerlichen Berater der Gesellschaft vorzunehmen. Im Streitfall erfolgt sie durch einen von der Wirtschaftsprüferkammer zu benennenden Schiedsgutachter. Seine Kosten tragen der ausscheidende Gesellschafter und die Gesellschaft in entsprechender Anwendung der §§ 91 ff. ZPO.
- (6) Nachträgliche Veränderungen der maßgeblichen Bilanzen der Gesellschaft, insbesondere aufgrund steuerlicher Außenprüfungen, bleiben auf die Höhe der Abfindung ohne Einfluss.
- (7) Die Abfindung ist in vier gleichen Halbjahresraten auszusahlen, die erste ein halbes Jahr nach dem Ausscheiden des Gesellschafters, die weiteren Raten jeweils sechs Monate später. Eine vorzeitige Auszahlung durch die Gesellschaft ist zulässig. Falls die Gesellschaft mit der Zahlung einer Rate trotz Mahnung durch eingeschriebenen Brief länger als zwei Monate nach Erhalt der Mahnung in Verzug ist, wird der gesamte Restbetrag der Abfindung sofort fällig. Entsprechendes gilt, wenn die Gesellschaft Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über ihr Vermögen stellt, über ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet oder sie aufgelöst wird. Ausstehende Abfindungsbeträge sind nicht zu verzinsen.

§ 14

Schlussbestimmungen

- (1) Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger.
- (2) Die Ungültigkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages berührt nicht die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen ist eine angemessene Regelung zu vereinbaren, die dem am nächsten kommt, was die Vertragsschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie den Punkt bedacht hätten. Entsprechend ist zu verfahren,

wenn die Durchführung des Vertrages einer Ergänzung bedürftige Lücke ergibt.

- (3) Alle das Geschäftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen der Gesellschafter untereinander und mit der Gesellschaft müssen schriftlich erfolgen, soweit nicht das Gesetz notarielle Beurkundung vorschreibt. Das gilt auch für den Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.
- (4) Für Streitigkeiten aus diesem Gesellschaftsvertrag wird als Gerichtsstand Nordenham vereinbart.

**Geschäftsordnung
für die Geschäftsführung der
Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH**

§ 1

Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft nach den Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in seiner jeweils geltenden Fassung sowie nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und dieser Geschäftsordnung.

§ 2

Die Befugnisse der Geschäftsführung erstrecken sich auf alle Handlungen und Maßnahmen, die der gewöhnliche Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft oder einer von ihr verwalteten Gesellschaft oder gehaltenen Beteiligung mit sich bringen.

§ 3

- (1) Die Geschäftsführung darf gemäß § 6 Abs. (3) des Gesellschaftsvertrages zustimmungsbedürftige Geschäfte und Maßnahmen nur nach vorheriger Zustimmung des Aufsichtsrates vornehmen.
- (2) Insbesondere für die nachfolgend aufgeführten Geschäfte und Maßnahmen muss die Geschäftsführung vorab die Zustimmung des Aufsichtsrates einholen:
 - a) Übernahme von Bürgschaften und bürgschaftsähnlichen Verpflichtungen, Abschluss von Gewährverträgen und die Stellung anderer Sicherheiten sowie das Eingehen anderer wirtschaftlich gleichbedeutender Rechtsgeschäfte;
 - b) Aufnahme von Krediten (bei Aufnahme von Lieferantenkrediten sowie kurzfristigen Überziehungskrediten bei Kreditinstituten: ab einem Betrag von mehr als 10.000,00 €), sowie Abschluss von Leasingverträgen (mit Ausnahme von Leasingverträgen bis zu einer Gesamthöhe von 1.500,00 € pro Quartal);

- c) Geschäfte betreffend Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und dingliche Rechte hieran sowie Neubauten und Sanierungsmaßnahmen, jedoch keine Unterhaltungsmaßnahmen im Wert von über 20.000,00 €;
 - d) Führung von Rechtsstreitigkeiten, die einen Abschluss von Vergleichen über fällige Ansprüche oder Verzicht auf Forderungen mit einem Wert in Höhe von je über 20.000,00 € beinhalten, sowie die Vornahme von Rechtsgeschäften und Führung von Rechtsstreitigkeiten gegenüber den Gesellschaftern und Aufsichtsratsmitgliedern;
 - e) Abschluss, Änderung und Beendigung von Pacht-, Miet- und Dauerlieferungsverträgen ab Überschreiten der Wertgrenze in Höhe von 20.000,00 €;
 - f) Abschluss und Kündigung von Arbeitsverträgen bei einem Jahresgehalt von mehr als 35.000,00 € (brutto) pro Person und von Arbeitsverträgen mit leitenden Angestellten; insbesondere der Pflegedienstleistung;
 - g) Versorgungszusagen jeder Art;
 - h) Erwerb von beweglichen Anlagegütern im Einzelwert von über 15.000 €;
 - i) Verträge zwischen der Gesellschaft und der Sozialstation Rastede gGmbH;
 - j) Ausübung der Gesellschafterrechte durch den Geschäftsführer der Gesellschaft in der Gesellschafterversammlung der Sozialstation Rastede gGmbH.
- (3) Soweit die in Abs. (1) und (2) genannten Maßnahmen in einem von der Gesellschafterversammlung festgestellten Wirtschaftsplan enthalten sind, bedarf die Geschäftsführung auch bei Überschreitung der in der Geschäftsordnung festgelegten Wert- oder Zeitgrenzen keiner weiteren Zustimmung des Aufsichtsrats. Dies gilt nicht für Maßnahmen nach § 3 Abs. (2) Buchst. i) und j).
- (4) In Eilfällen dürfen unaufschiebbare Geschäfte der in Abs. (1) und (2) genannten Art mit Ausnahme von Maßnahmen nach § 3 Abs. (2) Buchst. i) und j) durch die Geschäftsführung der Gesellschaft auch ohne vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates nach Rücksprache mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden vorgenommen werden. Die Geschäftsführung muss den Aufsichtsrat umfassend informieren.

- (5) Die Geschäftsführung hat so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan sowie Stellenübersicht) für das kommende Geschäftsjahr aufzustellen, dass die Gesellschafterversammlung vor Beginn des neuen Geschäftsjahres darüber beschließen kann.

_____, den _____

Aufsichtsrat
(_____)

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/083

freigegeben am 05.05.2009

Personal

Sachbearbeiter/in: Herr Matthias Wolf

Datum: 05.05.2009

Änderung der Verwaltungskostensatzung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	27.10.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

- Die Satzung der Gemeinde Rastede zur Änderung der Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis vom 10.12.2001 wird im Kostentarif (§ 2) gemäß der beigegeführten Anlage geändert.
- § 11 Abs.1 (Inkrafttreten) der Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis vom 10.12.2001 wird wie folgt geändert: „(1) Diese Satzung tritt nach Ablauf des Tages der Bekanntmachung im Verkündungsblatt in Kraft.“

Sach- und Rechtslage:

Die derzeit gültige Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) ist letztmalig am 10.12.2001 geändert worden. Schwerpunktmäßig handelte es sich hierbei um eine formalrechtliche Anpassung der jeweiligen Kostentatbestände an die neuen Betragsgrößen, die sich aus der Einführung der Eurowährung ergaben. Eine Erhöhung der seinerzeit in D-Mark ausgewiesenen Kostentarife wurde damit ausdrücklich nicht verbunden. Für die betragsmäßige Umrechnung ist ausnahmslos der Euroindexwert zur Anwendung gekommen, was sich in der derzeitigen Fassung des Kostentarifes insbesondere in ungeraden Gebührengößen zeigt.

Nachdem die Verwaltung mittlerweile über einen mehrjährigen Zeitraum praktische Erfahrungswerte mit dem Regelungswerk sammeln konnte, ergibt sich in mehrerlei Hinsicht eine Überarbeitungsbedürftigkeit der Kostentarife. Dies betrifft in besonderem Maße die für die Gebührenerhebung in Teilen geänderten Bemessungsgrundlagen, die, soweit praktisch umsetzbar und dem Gebot einer aufwandsgerechten Gebührenstellung entsprechend, inhaltlich entzerrt werden sollen. Dies drückt sich vordergründig in zahlenmäßig abgerundeten und

damit griffigeren Beträgen aus. Nicht kausal aufwandsbezogene Kostentarife, die auf den sog. „Wert des Gegenstandes i. S. des § 4 Abs. 4 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) i. V. m. § 3 Abs. 2 zweiter Halbsatz Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) als Bemessungsgrundlage abstellen, sind einer eher aufwandsbezogenen Betrachtungsweise gewichen, was sich im Endeffekt in vergrößerten Staffeln ausdrückt. Dies betrifft beispielhaft die im Bereich der Vermögensverwaltung geltenden Gebührenpauschalen sowie nach Pauschalwerten bemessende Gebühren für Entwässerungsgenehmigungen.

Zusammenfassend betrachtet ergeben sich aus dem angepassten Kostentarif Veränderungen nur auf Detailebene. Weder sind inhaltlicher Grundaufbau des Kostentarifs noch die - sowieso rechtlich nur eingeschränkt zur Disposition stehenden - Bemessungsgrößen für die Gebührenhöhen betroffen. Letztere orientieren sich auch zukünftig weiterhin an Pauschalwerten (z. B. Druck-/Kopiekosten) und / oder an in Stundensätzen zu bemessenden Personalkostenaufwendungen. Nur somit lassen sich das erforderliche Maß an Anwendungspraktikabilität /-sicherheit für die Sachbearbeiter einerseits und das gebührenrechtliche Äquivalenzprinzip als Bemessungsfaktor andererseits sachgerecht in Einklang bringen.

Soweit der Kostentarif materielle Veränderungen in Form von gebührenmäßigen Erhöhungen vorsieht, sind diese schwerpunktmäßig vor dem Hintergrund des inflationären Ausgleichs zu sehen. Dabei folgen die ausgewiesenen Kostentarife bzw. Gebühren- und Auslagentatbestände so weit wie möglich den Kostenvorschriften des Landes (hier: Regelungen des NVwKostG sowie die aufgrund dessen erlassene Allgemeine Gebührenordnung). Hintergrund ist, dass von den hier vorgesehenen Gebühren- und Auslagensätzen im Interesse der Übereinstimmung mit den Verwaltungskosten im übertragenen Wirkungskreis möglichst nur dann (im eigenen Wirkungskreis) abgewichen werden soll, wenn die tatsächliche Kostensituation dies erfordert bzw. gebietet.

Im Regelfall sind insoweit allgemein anfallende (statische) und behördenübergreifend grundsätzlich gleich hoch zu veranschlagende Kostentatbestände (z. B. Kopien, Abschriften u. ä.) vor Ort nicht abweichend von der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) zum NVwKostG, die dezidierte Gebührengrößen vorsieht, zu regeln.

Ergänzend ist hinzuzufügen, dass der zur Beschlussfassung vorliegende Kostentarif neben der AllGO inhaltlich den vom Landkreis Ammerland entworfenen Richtlinienatzkatalog für die kreisangehörigen Gemeinden aufgreift. Dieses Regelwerk spezifiziert Teilbereiche der AllGO bzw. fokussiert im Besonderen kommunale Aufgabeninhalte bzw. Kostenbereiche. Weiterhin dient es im Interesse einer ammerlandweit stringenten Gebührenbemessung als Hilfsinstrument für rechtliche Auslegungsschwierigkeiten.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten können nur für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen erhoben werden. Hier ergaben sich in den letzten Jahren höchst unterschiedliche und keiner statistischen Verlässlichkeit unterliegenden „Fallzahlen“, sodass eine gesicherte Prognose auf Vergleichsbasis nicht darstellbar ist.

Anlagen:

Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung.

Anlage

Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung (§ 2) der Gemeinde Rastede vom . .2009

Gebühren (§ 3 der Verwaltungskostensatzung) und Pauschbeträge für Auslagen (§ 6 Abs. 2 Nr. 8 der Verwaltungskostensatzung)

Lfd. Nr.	Gegenstand	Euro
1	<u>Abschriften, Durchschriften und andere Vervielfältigungen</u>	
1.1	Fotokopien	
1.1.1	Fotokopien, schwarzweiß, je Seite	
1.1.1.1	bis zum Format DIN A 4	0,15 €
1.1.1.2	im Format DIN A 3	0,30 €
1.1.1.3	bis zum Format DIN A 4, doppelseitig	0,30 €
1.1.1.4	im Format DIN A 3, doppelseitig	0,40 €
1.1.2	Fotokopien, farbig, je Seite	
1.1.2.1	bis zum Format DIN A 4	0,30 €
1.1.2.2	im Format DIN A 3	0,60 €
1.1.2.3	bis zum Format DIN A 4, doppelseitig	0,60 €
1.1.2.4	im Format DIN A 3, doppelseitig	0,80 €
	Anmerkungen zu Nr. 1.1:	
	a.) Die Gebühr für vom Kostenschuldner selbst erstellte Fotokopien bestimmt sich nach der Nr. 1.1.1. Für von der Behörde erstellte Fotokopien gelten die Pauschbeträge nach Nr. 1.1.2	
	b.) Die Spanne trägt den durch Konstruktion und Einsatzmöglichkeiten der Geräte bedingten Unterschieden in der Höhe des Aufwandes Rechnung. Maßgebend für die Höhe des Pauschbetrages oder der Gebühr im Einzelfall sind Typ und Ausnutzungsgrad des Gerätes.	
1.2	Vervielfältigungen mit Büro-Druckgeräten bis zum Format DIN A 4 in einer Auflage*	
1.2.1	bis zu 10 Stück je Seite	2,00 €
1.2.2	bis zu 50 Stück je Seite	3,00 €
1.2.3	bis zu 100 Stück je Seite	3,60 €
1.2.4	bei höheren Auflagen	
	bis zu 500 Stück je angefangene 100 Stück je Seite	1,30 €
	über 500 Stück je angefangene 100 Stück	1,00 €
	Bei größeren Formaten erhöht sich der Pauschbetrag entsprechend der Größe.	
	Beispiel: Es soll ein Druckstück von 90 Seiten Umfang für verschiedene Interessenten in einer Gesamtauflage von 9 Exemplaren angefertigt werden. Hierfür ergeben sich folgende Werte: $S = 90$, $T = 2,00 \text{ EUR}$; $A = 9$ Nach der Formel $\frac{S \times T}{A}$ sind für ein Exemplar dieses Druckstücks 20,00 Euro zu fordern.	
	*) Die Tarifnummern geben den Gesamtaufwand für in einem Druckvorgang hergestellte Stücke an.	

Lfd. Nr.	Gegenstand	Euro
	Der Aufwand für ein Druckstück ergibt sich, indem man das Produkt aus der Seitenzahl (S) eines Druckstücks und aus dem der jeweiligen Tarifnummer zu entnehmenden und an der Auflagenhöhe orientierten Pauschbetrag (T) durch die tatsächliche Auflagenhöhe (A) dividiert.	
1.3	Schreibauslagen	
1.3.1	Schreibauslagen, je Seite, unabhängig von der Art der Herstellung, in derselben kostenpflichtigen Angelegenheit bis zum Format DIN A 3	
1.3.1.1	für die ersten 50 Seiten	0,50 €
1.3.1.2	für jede weitere Seite	0,15 €
1.3.2	Schreibauslagen, je Seite, unabhängig von der Art der Herstellung, in derselben kostenpflichtigen Angelegenheit bei größeren Formaten als DIN A 3	bis zu 15,00 €
	Anmerkung zu Nr. 1.3: Schreibauslagen werden erhoben für Ausfertigungen, Fotokopien oder Abschriften, die a.) auf Antrag erteilt, angefertigt oder per Telefax übermittelt werden; b.) aus vom Kostenschuldner zu vertretenden Gründen angefertigt werden	
2.	<u>Amtliche Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen und Ausweise</u>	
2.1	Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen	6,00 €
2.2	Beglaubigung von Abschriften, Ablichtungen, Vervielfältigungen und Negativen,	
2.2.1	die die Gemeinde selbst hergestellt hat, je Seite	3,00 €
2.2.2	in anderen Fällen, je Seite	6,00 €
2.3	Beglaubigung von Urkunden und Bescheinigungen für den Gebrauch im Ausland Von der Gebührenerhebung ausgenommen sind Jugendamtsurkunden, die nach § 59 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) ausgestellt worden sind.	6,00 - 34,00 €
2.4	Ausstellung von Zeugnissen, Bescheinigungen und Ausweisen (wenn Gebühren nicht nach anderen Tarifnummern zu erheben sind)	3,00 - 100,00 €
3.	<u>Gewährung von Akteneinsicht, Auskünfte, Aktenüberlassung und -versendung</u>	
3.1	Gewährung von Akteneinsicht	
3.1.1	Einsicht in Akten, Register, Karteien und dergleichen, soweit sie nicht zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt sind und wenn in einer anderen Tarifnummer keine Gebühren vorgesehen sind, für jeden Fall	10,00 €
3.2	Auskünfte aus Akten, Registern, Karteien und dergleichen wenn die Anfrage ohne besondere Ermittlungen beantwortet werden kann	3,00 - 6,00 €
3.2.1	wenn besondere Ermittlungen erforderlich sind	6,00 - 17,00 €
3.3	Schriftliche Auskunft zur Marktforschung und für wirtschaftliche Dispositionen und Prognosen an interessierte Gesellschaften o.ä.	
3.3.1	Grundgebühr	5,00 €
3.3.2	zuzüglich je angefangene Seite	1,50 €

Lfd. Nr.	Gegenstand	Euro
3.4	Auskünfte zum Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifrecht	
3.4.1	mündliche / schriftliche Auskünfte, je angefangene halbe Arbeitsstunde	18,00 - 35,00 €
	Anmerkungen zu Nr. 3.4: Gebühren werden nicht erhoben, a.) wenn die Bearbeitung der Auskunft weniger als eine halbe Stunde erfordert. b.) für Auskünfte, um die aufgrund eines bestehenden oder früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses in eigener Besoldungs-, Versorgungs- oder Tarifangelegenheiten ersucht wird.	
3.5	Aktenüberlassung und -versendung	
3.5.1	Überlassung von Akten, je Akte	15,00 €
3.5.2	Aktenversendung, je Akte	10,00 €
4.	<u>Abgabe von Druckstücken</u>	
4.1	Abgabe von Druckstücken (Ortssatzungen, Abgabensatzungen, Plänen, Tarifen, Straßen- und Stimmbezirksverzeichnissen und dergl.) für jede angefangene Seite jedoch mindestens	0,25 € 1,00 €
4.2	Abgabe von inhaltlich umfangreichen Druckstücken (z. B. Jahresberichte, Verkehrskonzepte, Haushaltspläne) nach Umfang	10,00 - 100,00 €
4.3	Abgaben von inhaltlich umfangreichen Druckstücken auf CD-Rom	10,00 €
5.	<u>Schriftliche Aufnahme eines Antrages</u> oder einer Erklärung, die von Privatpersonen zu deren Nutzen gewünscht wird (die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen ist ausgenommen), je angefangene halbe Stunde	18,00 - 35,00 €
6.	<u>Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegenehmigungen</u> und andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommene Verwaltungstätigkeiten, wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist	5,00 - 500,00 €
7.	<u>Verwaltungstätigkeiten</u> , die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit besonderer Mühewaltung verbunden sind, für je angefangene halbe Stunde	18,00 – 35,00 €
8.	<u>Bearbeitung von Bürgschaftsanträgen; pauschal</u>	10,00 €
9.	<u>Vermögensverwaltung</u>	
9.1	Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter, insbesondere gegenüber Auflassungsvormerkungen und Vorkaufsrechten sowie Belastungsgenehmigungen	
9.1.1	bis zu 50.000,00 Euro des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechts	50,00€
9.1.2	oder des betroffenen Teilbetrages für jede weiteren angefangenen 10.000,00 Euro	10,00 €
9.2	Löschungsbewilligungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter	
9.2.1	bis zu 50.000,00 Euro des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechts	50,00€
9.2.2	für jede weiteren angefangenen 10.000,00 Euro	10,00 €

Lfd. Nr.	Gegenstand	Euro
9.3	Löschungsbewilligungen, Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen für Rechte, die nicht unter die Tarifnummern 9.1 und 9.2 fallen	
9.3.1	bis zu 50.000,00 Euro des Nominalbetrages	50,00 €
9.3.2	für jede weiteren angefangenen 10.000,00 Euro	10,00 €
9.4	Ausstellung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufrechts (Negativzeugnis)* nach § 28 Baugesetzbuch (BauGB)	25,00 €
	<p>Anmerkung zu lfd. Nr. 9.4:</p> <p>Die Erteilung eines Negativzeugnisses nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB ist eine Amtshandlung. Im Hinblick auf die Bindung des grundbuchrechtlichen Vollzuges jeder Auflassung an die Vorlage eines solchen Zeugnisses liegt seine Erteilung insoweit im öffentlichen Interesse. Trotzdem ist die Erhebung von Kosten nicht nach § 4 Abs. 2 NKAG, § 2 Abs. 1 VwKostG ausgeschlossen, weil nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB das Zeugnis nur auf Antrag erteilt wird.</p> <p>Erhebt eine Gemeinde Gebühren für die Erteilung eines Negativzeugnisses, muss sie berücksichtigen, dass nur für die Zeugniserteilung selbst Kosten erhoben werden können. Die Prüfung, ob ein Vorkaufsrecht besteht und ob es ausgeübt werden soll, hat die Gemeinde dagegen nach Mitteilung des jeweiligen Kaufvertrages überwiegend im öffentlichen Interesse von Amts wegen durchzuführen.</p>	
10	<u>Aufstellung über den Stand des Steuerkontos</u> für jedes Haushaltsjahr	2,00 €
11	<u>Zweitausfertigungen</u> von Steuer- oder sonstigen Quittungen	2,00 €
12	<u>Ersatzstücke</u> für verloren gegangene Hundesteuermarken	2,50 €
13	<u>Bescheinigung über öffentliche Abgaben</u> früherer Jahre für jedes Jahr	2,50 €
14	<u>Erschließungsbeitragsbescheinigungen</u> (Anliegerbeitragsbescheinigung) bis zu 3 Aktenausfertigungen für jede weitere Ausfertigung	40,00 € 15,00 €
15	<u>Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmern an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden, je angefangene halbe Stunde der Beaufsichtigung einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle oder von der vorhergehenden Baustelle.</u>	18,00 - 35,00 €
16	<u>Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge, technische Arbeiten, und zwar für</u>	
16.1	Büroarbeiten je angefangene halbe Arbeitsstunde	18,00 – 35,00 €
16.2	Außenarbeiten je angefangene halbe Arbeitsstunde einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle bzw. von der vorhergehenden Baustelle	18,00 - 35,00 €

Lfd. Nr.	Gegenstand	Euro
17	<u>Abgabe von Verdingungsunterlagen bei öffentlichen Ausschreibungen mit einem überschlägig ermittelten Wert von</u>	
17.1	bis zu 10.000,00 €	10,00 €
17.2	über 10.000,00 € bis 50.000,00 €	15,00 €
17.3	über 50.000,00 € bis 250.000,00 €	25,00 €
17.4	über 250.000,00 € bis 500.000,00 €	30,00 €
17.5	über 500.000,00 € bis 1.000.000,00 €	40,00 €
17.6	über 1.000.000,00 €	50,00 €
17.7	Abgabe von Datenträgern, pauschal zusätzlich	5,00 €
18	<u>Abgabe von Bauleitplänen bis zu einer Größe von</u>	
18.1	0,2 qm	2,00 €
18.2	0,5 qm	3,00 €
18.3	1,0 qm	5,00 €
18.4	über 1,0 qm	10,00 €
19	<u>Kopien von Bauzeichnungen o. ä.</u>	
19.1	Grundgebühr	5,00 €
19.2	zuzüglich der entstehenden Kopiekosten gemäß lfd. Nr. 1	gemäß lfd. Nr. 1
20	<u>Gebühren aufgrund der geltenden Satzung über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde</u>	
20.1	Erteilung der Entwässerungsgenehmigung	50,00 €
20.1.1	bei außergewöhnlichem Aufwand zusätzlich je angefangene halbe Arbeitsstunde	18,00 - 35,00 €
20.2	Abnahme der Abwasseranlagen, je angefangene halbe Arbeitsstunde	18,00 - 35,00 €
20.3	Sonstige Prüfungsmaßnahmen je angefangene halbe Arbeitsstunde	18,00 - 35,00 €
20.4	Erteilung einer Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang	50,00 €
20.5	Genehmigung zur Einleitung von Abwasser außergewöhnlicher Art sowie Zulassung höherer Einleitungswerte	51,00 - 256,00 €
	Anmerkung zu lfd. Nr. 20.5: Hierbei handelt es sich um die Verwaltungsgebühr für die satzungsrechtliche Anschlussgenehmigung, nicht aber um eine Genehmigungsgebühr entsprechend der Verordnung aufgrund des § 151 NWG (Indirekteinleiterverordnung), für die in der AIIGO eine Gebührenstelle (vgl. Tarifnummer 71 - 2,2 -) vorgesehen ist. Der Gebührenrahmen ist entsprechend den örtlichen Gegebenheiten auszuweiten bzw. einzuschränken. Soweit im Einzelfall besondere Auslagen (z.B. für besondere Untersuchungen der Abwasserqualität durch Inanspruchnahme Dritter) entstehen, sind diese neben der Gebühr nach der Tarifnummer 20.5 zu erheben.	
20.6	Entnahme und Untersuchung von Abwasserproben, die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln des Anschlussnehmers erforderlich werden	51,00 - 256,00 €
	Anmerkung zu lfd. Nr. 20.6: Der Gebührenrahmen ist entsprechend den örtlichen Verhältnissen, insbesondere dem Kreis der Anschlussnehmer, zu bestimmen. Soweit die Gemeinde Dritte mit der Untersuchung beauftragen muss, werden diese Kosten als Auslagen neben der Gebühr erhoben.	

Lfd. Nr.	Gegenstand	Euro
21	<u>Bescheinigungen nach § 69 a NGO</u> (für Anzeige beim Landkreis)	50,00 €
22	<u>Bauvorhaben mit genehmigungspflichtigen Grundstücksentwässerungsanlagen</u>	
22.1	ohne Prüfung der gesicherten Erschließung	75,00 €
22.2	mit Prüfung der gesicherten Erschließung (in Sonderfällen mit besonderem Aufwand, z. B. für Tankstellen, Großküchen wird eine Gebühr nach dem tatsächlichen Aufwand erhoben)	100,00 €
23	<u>Archiv</u>	
23.1	Für familiengeschichtliche Auskünfte wird die Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben. Sie beträgt je angefangene halbe Arbeitsstunde	18,00 - 35,00 €
23.2	Schriftliche Auskunft aus Urkunden und alten Akten je Seite	2,00 €
24	<u>Rechtsbehelfe</u> Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe, soweit nicht § 4 der Verwaltungskostensatzung anzuwenden ist und der Rechtsbehelf erfolglos bleibt oder der Rechtsbehelf Erfolg hat, die angefochtene Verwaltungstätigkeit aber aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben vorgenommen bzw. abgelehnt worden ist, einschließlich der Entscheidungen über Widersprüche Dritter Anmerkung zu lfd. Nr. 24: Innerhalb dieses Rahmens sollte die Gebühr für Entscheidungen gegen die Festsetzung von Verwaltungskosten in der Regel 10 v.H. der strittigen Kosten nicht übersteigen, sofern nicht das Maß des Verwaltungsaufwandes im Einzelfall eine höhere Gebühr erfordert.	15,00 – 500,00 €

Anmerkung:

Die Stundensätze für den personalisierten Verwaltungsaufwand richten sich nach dem RdErl. d. MF v. 15.04.2008 (Nds. MBl. Seite 509)
Bezug: RdErl. d. MF vom 19.06.2001 (Nds. MBl. S. 419), zuletzt geändert durch RdErl. vom 20.01.2004 (Nds. MBl. S. 100, 214)

Gesamtstundenansätze

	EUR höherer Dienst ab A 13 h. D. BBesO alt. VergGr. II – I BAT	EUR gehobener Dienst A 9 – 13 BBesO alt. VergGr. Vb – II BAT	EUR mittlerer Dienst A 5 – A 9 BBesO alt. VergGr. VIII – Vb BAT	EUR einfacher Dienst bis A 5 BBesO alt. VergGr. X – VIII BAT
Angabe je Arbeitsstunde	69	53	44	36

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2009/148

freigegeben am 25.08.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Berger, Moritz

Datum: 25.08.2009

Haushalt 2008 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	08.09.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des gesamten Haushaltsjahres 2008 in Höhe von jeweils unter 5.000,00 Euro.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage befinden sich die über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem gesamten Haushaltsjahr 2008, welche die Zuständigkeitsgrenze von 5.000,00 Euro nicht erreicht haben (Zuständigkeit Bürgermeister). Gemäß Ratsbeschluss vom 19.09.2001 wird der Rat hiermit im Rahmen der Arbeiten für die Jahresrechnung 2008 unterrichtet.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Haushaltsstellen im Haushaltsjahr (Minderausgaben oder Mehreinnahmen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem Haushaltsjahr 2008 unter 5.000,00 Euro.

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zum 31.12.2008

Hinweis: Soweit in der Tabelle mehrere über-/ außerplanmäßige Ausgaben (Begründungen) mehrfach hintereinander aufgeführt sind, liegt dies daran, dass die Deckungsmittel aus mehreren Haushaltsstellen geholt wurden. Jeder Deckungsfall verursacht in der folgenden Tabelle eine gesonderte Eintragung.

Budget		Datum	Glied.	Grupp.	Betrag	Begründung	überpl. Ausgabe	außerpl. Ausgabe
1101	Allgemeines Ordnungsrecht	01.10.2008	1100	651200	400,00 EUR	Mehraufwand im Bereich "Bücher- und Zeitschriften" infolge vermehrter Ergänzungslieferungen.	x	
		02.10.2008	1100	650100	1.500,00 EUR	Mehraufwand im Bereich "Druckkosten Personalausweise" aufgrund von Gesetzesänderungen (erster kostenloser Ausweis ab Geburt).	x	
1102	Feuerwehr	20.11.2008	1300	550000	1.200,00 EUR	Aufgrund von mehreren Fahrzeugreparaturen reichen die veranschlagten Mittel nicht aus.	x	
		11.12.2008	1300	500000	2.340,00 EUR	Aufgrund von unvorhersehbaren Feuchtigkeitsproblemen aus dem Untergrund des Mannschaftsraumes der FFW Rastede hatte der Linoleumboden unreparierbare Blasen geschlagen. Um dem Problem langfristig entgegenzuwirken und gleichzeitig eine bessere Reinigungsmöglichkeit zu erzielen, wurde entschieden einen Fliesenbelag einzubauen.	x	
		16.12.2008	1300	520000	2.500,00 EUR	Aufgrund von neuen gesetzlichen Bestimmungen müssen die Atemschutzgeräte zweimal jährlich überprüft werden. Außerdem müssen die Lungensautomaten nach jedem Einsatz/ Übung gewechselt sowie die Masken gereinigt und desinfiziert werden. Dieser Mehraufwand war nicht eingeplant.	x	
		18.12.2008	1300	550000	500,00 EUR	Aufgrund von mehreren unvorhergesehenen Ausgaben bei der Fahrzeugunterhaltung reichen die veranschlagten Mittel nicht aus (neue Reifen LF 8 Loy-Barghorn, Getriebeschaden RW Rastede).	x	
1103	Standesamt	24.06.2008	0500	562000	810,00 EUR	Die Personalverschiebungen im Rathaus machen die Ausbildung des neuen Fachbereichsleiters des GB 2 - zum Standesbeamten - erforderlich.		x
		17.07.2008	0500	636000	120,00 EUR	Die Kosten für die Updates des Standesamtsprogramms sind höher ausgefallen als geplant.	x	
		03.09.2008	0500	678000	2.000,00 EUR	Aufgrund der Umbaumaßnahme im Rathaus wurden sämtliche Trauungen ab August 2008 unentgeltlich in das Palais verlegt (=Mehraufwand bei der Erstattung von Personalkosten).	x	
2101	Allgemeine Schulangelegenheiten	05.02.2008	2920	651200	200,00 EUR	Es wurde versäumt einen Ansatz für "Bücher- und Zeitschriften" anzumelden.		x
		28.05.2008	2920	638000	130,00 EUR	Nicht eingeplante Aufwendungen für einen Dolmetscher. Dieser war für taubstumme Eltern eines Schülers bei einer Klassenkonferenz erforderlich.		x

		03.09.2008	2140	672300	3.292,06 EUR	Anstatt der fünf werden nun acht Schüler in Ede- wecht (Astrid-Lindgren-Schule) beschult. Das Kostenvolumen ist mit ansteigender Schülerzahl kontinuierlich mit angestiegen. Die neue Größe wird im HH 2009 berücksichtigt.	x	
		20.11.2008	2920	540100	320,00 EUR	Aufgrund höherer Nachzahlungen stehen für die Bezahlung der Stromrechnungen für die Bushalte- stellen für Oktober/ November 2008 nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung.	x	
		18.12.2008	2920	510001	645,00 EUR	Mehraufwand bei der Unterhaltung von Bushaltesstellen infolge von Vandalismus.	x	
2103	GS Hahn-Lehmden	18.12.2008	2103	500011	730,00 EUR	Mehraufwand für nicht eingeplante Arbeiten an der Außenanlage (Reparatur eines Pollers und eines Kombigerätes).	x	
		18.12.2008	2103	414000	1.252,97 EUR	Tariferhöhung 2008	x	
2105	GS Loy	18.12.2008	2105	500011	1.650,00 EUR	Im Zusammenhang mit dem Einbau der Fluchttür- en mussten nicht eingeplante Arbeiten durchge- führt werden (notwendige Strauchrückschnitte durch den Bauhof).	x	
2107	GS Feldbreite	27.11.2008	2107	935001	187,00 EUR	Anschaffung eines nicht eingeplanten Hochdruck- reinigers (KGS/ GS-Feldbreite)	x	
		18.12.2008	2107	500011	1.485,00 EUR	Es mussten Kanalspülarbeiten durchgeführt sowie ein Fallschutz beim Hangelbogen neu angelegt werden. Diese Mittel waren im HH nicht veran- schlagt.	x	
		18.12.2008	2107	414000	988,13 EUR	Tariferhöhung 2008	x	
2201	Schule für Lernhilfe (Voßbarg)	28.05.2008	2140	520100	116,77 EUR	Die genaue Höhe der Wartungskosten für die Sportgeräte waren bei der Haushaltsplanung noch nicht bekannt.	x	
		09.12.2008	2140	935400	4.000,00 EUR	Anschaffung eines nicht eingeplanten Elektro- Heißluftdämpfers für die Mensa.	x	
		18.12.2008	2140	500011	2.310,00 EUR	Mehraufwand bei den Außenanlagen. Das vor- handene Erdreich einer Beetfläche musste voll- ständig ausgetauscht werden, da dass Beet mit "Quicke" kontaminiert war und ein Ausbreiten auf andere Pflanzenflächen verhindert werden sollte.	x	
		18.12.2008	2140	414000	3.045,49 EUR	Tariferhöhung 2008	x	
2301	KGS	06.11.2008	2811	935005	221,00 EUR	Mehrauszahlungen für den Bau und die Einricht- ung der Containerklassen (VA-Vorlage 2008/ 085).		x
2401	Jugendpflege	22.09.2008	4515	652000	300,00 EUR	Mehraufwand bei Post- und Fernmeldegebühren.	x	
2402	Jugendtreff Villa Hartmann	18.12.2008	4605	414000	2.594,07 EUR	Tariferhöhung 2008	x	
3200	Bücherei	18.12.2008	3520	414000	1.890,21 EUR	Tariferhöhung 2008	x	
3300	Heimatspflege	28.10.2008	7601	500000	1.000,00 EUR	Mehraufwand für nicht eingeplante Malerarbeiten beim Dorfgemeinschaftshaus Bekhausen.	x	
4101	Allg. Sozialverwaltung	09.12.2008	4000	414000	4.570,00 EUR	Mehrbedarf bei den Personalkosten aufgrund Neueinrichtung Familienservicebüro.	x	
4501	Kiga Mühlenstraße	18.12.2008	4640	500011	305,00 EUR	Es mussten mehr Spielgeräte instandgesetzt werden als im Haushalt geplant. Dadurch fehlen nun Haushaltsmittel für den Sandaustausch.	x	
4505	Kiga Marienstraße	18.12.2008	4644	500011	285,00 EUR	Infolge einer Reparatur an der Holzrampe werden mehr Mittel benötigt als im Haushalt geplant.	x	

4507	Förderung von Kindertagesstätten	27.11.2008	4642	654000	147,90 EUR	In der Planungsphase 2008 war noch nicht absehbar in welchem Umfang die Arbeit im Familienservicebüro auch Dienstreisen erforderlich macht.	x	
4802	Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer	18.12.2008	4360	414000	199,96 EUR	Tariferhöhung 2008	x	
5101	Freibad Rastede	18.12.2008	5700	414000	1.893,91 EUR	Tariferhöhung 2008	x	
5103	Hallenbad	26.08.2008	5720	652000	500,00 EUR	Es ist ein zusätzlicher DSL-Anschluss erforderlich, um eine Verbindung des Servers (Kassenanlage) im Hallenbad zum Rathaus und Freibad herzustellen. HH-Mittel wurden nicht eingeplant.	x	
5301	Sporthalle Kleibrok	28.05.2008	5651	520100	812,54 EUR	Die genaue Höhe der Wartungskosten für die Sportgeräte waren bei der Haushaltsplanung noch nicht bekannt.	x	
5303	Sporthalle Wahnbek	12.06.2008	5653	520100	695,23 EUR	Die genaue Höhe der Wartungskosten für die Sportgeräte waren bei der Haushaltsplanung noch nicht bekannt.	x	
5304	Sportraum Loy	12.06.2008	5654	520100	160,52 EUR	Die genaue Höhe der Wartungskosten für die Sportgeräte waren bei der Haushaltsplanung noch nicht bekannt.	x	
5400	Sportförderung	09.02.2008	5500	718200	3.600,00 EUR	Dem SV Loy ist ein Zuschuss für das Walzen und Ansähen des Ersatzsportplatzes gewährt worden.	x	
6101	Straßen	10.03.2008	6300	932000	1.000,00 EUR	Die Kosten für die Beurkundungen der Auflassungen und entsprechender Löschungsbewilligungen, für den Erwerb von Straßenflächen "Ausbau Eichendorffstr.", sind der Gemeinde erst jetzt durch die zuständigen Notare in Rechnung gestellt worden. Die HH-Mittel waren im HH-Jahr 2008 nicht eingeplant.	x	
		20.05.2008	6300	932000	2.000,00 EUR	Die Kosten für die Beurkundungen der Auflassungen und entsprechender Löschungsbewilligungen, für den Erwerb von Straßenflächen "Ausbau Eichendorffstr.", sind der Gemeinde erst jetzt durch die zuständigen Notare in Rechnung gestellt worden. Die HH-Mittel waren im HH-Jahr 2008 nicht eingeplant.	x	
		30.05.2008	6000	411000	20,00 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. für Beamte ab den 01.06.08 geändert.	x	
		30.05.2008	6000	410000	1.217,90 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. für Beamte ab den 01.06.08 geändert.	x	
		30.05.2008	6000	430000	930,57 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. für Beamte ab den 01.06.08 geändert.	x	

		22.12.2008	6310	950060	4.400,00 EUR	Nicht eingeplante Auszahlungen bei der Maßnahme BBPl. 75 - Göhlen (3. BA) für die Räumungsarbeiten des Kleingartengeländes Schützenhofstraße.	x	
6102	Straßenreinigung	18.12.2008	6750	414000	276,68 EUR	Tarifierhöhung 2008	x	
7100	Schmutzwasser	30.05.2008	7000	411000	140,00 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. für Beamte ab den 01.06.08 geändert.	x	
7200	Regenwasser	30.05.2008	7100	411000	40,00 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. für Beamte ab den 01.06.08 geändert.	x	
		30.05.2008	7100	410000	2.435,79 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. für Beamte ab den 01.06.08 geändert.	x	
		30.05.2008	7100	434000	1.861,15 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Zusammenhang mit der NKR-Umstellung hat sich die Budgetverteilung (abrechnungstechnisch) ab 01.05.08 bzw. für Beamte ab den 01.06.08 geändert.	x	
		22.12.2008	7100	680000	1.823,92 EUR	Die kalk. Kosten (Abschreibungen) sind lt. Abschreibungsvorschau (SAP) 2008 um den v.g. Betrag höher ausgefallen als veranschlagt.	x	
8300	Bauwesen	16.09.2008	6000	562000	84,00 EUR	Aufgrund der Neuorganisation im Rathaus ist es zu Personalverschiebungen gekommen, die einen erhöhten Schulungsbedarf erforderten.	x	
		31.10.2008	6000	562000	140,00 EUR	Mehraufwand im Bereich Aus- und Fortbildung (Vergaberecht).	x	
		27.11.2008	6000	562000	290,00 EUR	Aufgrund von Umsetzungen zu Jahresanfang wurden im Gb 3 mehr Mittel für die Fortbildung der neuen Mitarbeiter benötigt. Infolge dessen stehen für reguläre Seminare nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung.	x	
		27.11.2008	6000	414000	2.000,00 EUR	Aufgrund einer veränderten Budgetaufteilung müssen die HH-Mittel entsprechend verschoben werden.	x	
8400	Planung	27.11.2008	6100	630100	4.200,00 EUR	unvorhergesehene Kosten für die Fachberatung bei städtebaulichen Verträgen	x	
8600	Bauhof	18.12.2008	7720	414000	4.758,28 EUR	Tarifierhöhung 2008	x	
8800	Organisation	18.11.2008	0200	641000	2.200,00 EUR	Aufgrund der Erhöhung der Haftpflichtversicherungsumlage in 2008 reichen die veranschlagten Mittel nicht aus.	x	
					80.716,05 EUR			

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/142

freigegeben am 10.08.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 10.08.2009

Darlehensaufnahme aus der KSBK

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	18.08.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Aufnahme der nachstehenden Darlehen aus der Kreisschulbaukasse wird zugestimmt.

Maßnahme	Darlehen KSBK	Investitionszuschuss nachrichtlich
GS Hahn-Lehmden Durchführung von Brandschutz- u. Elektro- arbeiten	103.300 €	
GS Kleibrok Sanierung von zwei Klassenräumen und An- bringung von Sonnenschutz	5.000 €	
KGS Rastede, Gebäude Wilhelm- straße/Feldbreite Anlegung eines zweiten Rettungsweges und Durchführung von Brandschutzmaßnahmen	97.200 €	97.200 €
Schule am Voßbarg Einrichtung einer Küche mit Essraum	2.300 €	2.300 €
Hallenbad Rastede Sanierung des Umkleidebereiches, der Duschen und WC-Anlagen im Hallenbad Rastede		
Hallenbad	96.200 €	44.300 €
Betriebsvorrichtung	16.800 €	7.700 €
Turnhalle Feldbreite Durchführung von Sanierungsmaßnahmen	500.000 €	
Insgesamt:	820.800 €	151.500 €

Die Darlehen sind zinslos und in 20 Jahre zurückzuzahlen.

Sach- und Rechtslage:

Der Landkreis Ammerland hat für sechs Maßnahmen zinslose Darlehen aus der Kreisschulbaukasse bis zu einer Höhe von insgesamt 820.800 € gewährt. Eine endgültige Festsetzung der Höhe des jeweils tatsächlich gewährten Darlehens erfolgt durch den Landkreis Ammerland nach Vorlage eines Verwendungsnachweises.

Für die Maßnahmen wurden auch zum Teil Investitionszuschüsse (nachrichtlich im Beschlussvorschlag aufgeführt) bewilligt. Die Investitionszuschüsse können entsprechend dem Baufortschritt abgerufen werden. Die Investitionszuschüsse werden in der Anlagenbuchhaltung gemäß den Abschreibungsrichtlinien im gleichen Zeitraum wie das geförderte Anlagegut abgeschrieben.

Die Darlehen sind dagegen ab dem Jahr nach der Auszahlung mit 5 v. H. der ursprünglichen Darlehenssumme (20 Jahresraten) zu tilgen. Aufgrund des Liquiditätsengpasses der Kreisschulbaukasse wird sich die Auszahlung der Darlehen bis zum Jahre 2010 verzögern.

Finanzielle Auswirkungen:

Nach Auszahlung des Gesamtbetrages der Darlehen im Jahre 2010 in Höhe von insgesamt 820.800 € ist ab dem Jahr 2011 mit einer Tilgungssteigerung in Höhe von 41.040 € jährlich zu rechnen.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/201

freigegeben am 06.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 06.11.2009

Kreditrichtlinie für die Gemeinde Rastede

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die „Richtlinie der Gemeinde Rastede für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten nach § 92 Abs. Satz 2 NGO“ wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Am 27.02.07 hat der Rat der Gemeinde eine Kreditrichtlinie beschlossen (2006/222). Der Beschluss war erforderlich, weil die NGO den Erlass einer solchen Richtlinie vorschreibt.

Es hat sich im Rahmen der Rechnungsprüfung herausgestellt, dass die Richtlinie einerseits zwar den rechtlichen Anforderung genügt, aber andererseits nicht so konkrete Vorgaben für die Verwaltung enthält, dass je Haushaltsjahr auf einen gesonderten Ermächtigungsbeschluss für die Aufnahme von Krediten je Haushaltsjahr verzichtet werden könnte. Außerdem kann die Gelegenheit genutzt werden, die Richtlinie den Regelungen des neuen Haushaltsrechts anzupassen.

In der Anlage ist der neue Richtlinienentwurf beigefügt. Der Text spricht für sich und bedarf deshalb keiner weiteren besonderen Erläuterung. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Richtlinie für die Kreditvergabepraxis grundsätzlich keine Änderungen gegenüber der bisherigen Aufnahmepraxis enthält.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Kreditrichtlinie

Richtlinie der Gemeinde Rastede für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten nach § 92 Abs. 1 Satz 2 NGO

§ 1 Anwendungsbereich

Diese Richtlinie gilt für die Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie für die Umschuldung von Krediten (§ 92 Abs. 1 NGO) und die Aufnahme von Liquiditätskrediten (§ 94 NGO).

I. Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

§ 2 Definition

Kredite im Sinne dieses Abschnittes sind das unter der Verpflichtung zur Rückzahlung von Dritten oder von Sondervermögen mit Sonderrechnung aufgenommene Geldkapital als endgültiges Deckungsmittel (§ 59 Nr. 32 GemHKVO) zur Finanzierung von Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung im Rahmen der gemeindlichen Aufgaben.

§ 3 Kreditaufnahme

(1) Nach den Grundsätzen der Finanzmittelbeschaffung ist die Aufnahme von Krediten nur zulässig, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre (§ 83 Abs. 3 NGO).

(2) Die Aufnahme von Krediten ist nur im Rahmen des in der Haushaltssatzung vom Rat beschlossenen und von der Kommunalaufsicht genehmigten Gesamtbetrages zulässig. Dies gilt auch für einen im Rahmen einer Nachtragshaushaltssatzung geänderten oder bestätigten Gesamtbetrages. Daneben ist eine Kreditaufnahme auch in den Fällen des § 88 Abs. 2 NGO oder im Rahmen noch bestehender Ermächtigungen aus Vorjahren nach § 92 Abs. 3 NGO zulässig.

(3) Bei der Aufnahme von Krediten ist der haushaltswirtschaftliche Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Vor der Aufnahme eines Kredites sind deshalb vergleichbare Angebote verschiedener Kreditgeber einzuholen und entsprechend zu bewerten. Wenigstens drei Angebote sollten eingeholt werden.

§ 4 Anforderungen an Kreditverträge

(1) Der Tilgungssatz soll zwei Prozent nicht unterschreiten. Die Vereinbarung von sog. Zinsgleitklauseln (Anbindung der Zinssätze an bestimmte Sätze wie z.B. Basiszinssatz der EZB oder Euribor) ist grundsätzlich nicht erlaubt.

(2) Die Zahlungstermine für die Zins- und Tilgungsleistungen sind im Regelfall halbjährlich zu vereinbaren.

(3) Der Gemeinde Rastede müssen als Schuldnerin in den Kreditverträgen mindestens die gleichen Kündigungsrechte wie dem Kreditgeber zustehen. In der Regel sollen Kündigungsrechte auf den Fall des vertragswidrigen Verhaltens und auf fest terminierte Zinsanpassungen beschränkt werden. Es ist sicherzustellen, dass das Kündigungsrecht des § 489 Abs. 1 und 2 BGB nicht ausgeschlossen wird. Bei Krediten mit einer vertraglichen Festzinsperiode ist ein einseitiges Kündigungsrecht des Kreditgebers auszuschließen.

(4) Ein Recht des Kreditgläubigers, die Forderung an einen Dritten abzutreten, darf nur mit Zustimmung der Gemeinde erfolgen.

§ 5 Kreditsicherungsverbot

Für die Aufnahme von Krediten dürfen keine Sicherheiten bestellt werden. Ausnahmen bedürfen einer Ermächtigung durch den Verwaltungsausschuss. Die Bestellung von Sicherheiten bedarf der Zulassung durch die Kommunalaufsichtsbehörde (§ 92 Abs. 7 NGO).

§ 6 Fremdwährungskredite

Fremdwährungskredite dürfen nicht aufgenommen werden

§ 7 Unterrichtung

Der Verwaltungsausschuss ist über aufgenommene Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen laufend zu unterrichten. Die Unterrichtung des Rates über die in einem Haushaltsjahr aufgenommenen Kredite erfolgt spätestens mit der Vorlage des Jahresabschlusses. Die Unterrichtung beinhaltet Angaben über den Kreditgeber und die vereinbarten Konditionen, insbesondere über Auszahlungskurs, Zinssatz, Zinsbindungsfrist, Tilgung sowie die voraussichtliche Laufzeit.

§ 8 Kreisschulbaukasse

Die Regeln der Kreisschulbaukasse für den Landkreis Ammerland über die Aufnahme von Krediten gehen dieser Richtlinie vor.

II. Kredite für Umschuldung

§ 9 Definition

Umschuldung ist die Rückzahlung eines Kredites durch die Aufnahme eines neuen Kredites, in der Regel bei einem anderen Kreditgeber. Wesensmerkmal ist der Abschluss eines neuen Kreditvertrages.

Unschädlich ist die Abwicklung der Umschuldung verteilt über den Zeitraum des Haushaltsjahres (der Zeitpunkt der Rückzahlung des und die Neuaufnahme eines neuen Kredites fallen auseinander).

§ 10 Anforderungen

(1) Auf Umschuldungen finden § 3 Abs. 3 sowie die §§ 4 und 5 bis 7 entsprechende Anwendung.

(2) Bei Umschuldungen soll der neue Kredit die bisher erreichte Tilgung zuzüglich ersparter Zinsen fortsetzen, damit die Kreditlaufzeit nicht künstlich verlängert wird und die künftige Kreditaufnahme nicht mit Umschuldungskrediten kumuliert. Ausnahmen müssen mit Veränderungen bei der gewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechender Teile des Anlagevermögens oder mit anderen haushalts- und finanzwirtschaftlichen Vorteilen begründet werden.

III. Kredite zur Liquiditätssicherung (§ 94 NGO)

§ 11 Definition

Nach § 94 Abs. 1 NGO dürfen Kommunen zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlung Liquiditätskredite (§ 59 Nr. 36 GemHKVO) bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen, sofern keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.

§ 12 Anforderungen

Auf Umschuldungen finden § 3 Abs. 3, § 4 Abs. 2 bis 4 und die §§ 5 bis 7 entsprechende Anwendung.

IV. Zuständigkeit und Inkrafttreten

§ 13 Zuständigkeit

Die Zuständigkeit für die Aufnahme von Krediten im Sinne dieser Richtlinie liegt, soweit in dieser Richtlinie nicht anders geregelt beim Bürgermeister.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 16.12.2009 in Kraft.

Rastede, den

- Decker -
Bürgermeister

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) § 489 BGB Ordentliches Kündigungsrecht des Darlehensnehmers

(1) Der Darlehensnehmer kann einen Darlehensvertrag, bei dem für einen bestimmten Zeitraum ein fester Zinssatz vereinbart ist, ganz oder teilweise kündigen,

1. wenn die Zinsbindung vor der für die Rückzahlung bestimmten Zeit endet und keine neue Vereinbarung über den Zinssatz getroffen ist, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat frühestens für den Ablauf des Tages, an dem die Zinsbindung endet; ist eine Anpassung des Zinssatzes in bestimmten Zeiträumen bis zu einem Jahr vereinbart, so kann der Darlehensnehmer jeweils nur für den Ablauf des Tages, an dem die Zinsbindung endet, kündigen;

2. wenn das Darlehen einem Verbraucher gewährt und nicht durch ein Grund- oder Schiffspfandrecht gesichert ist, nach Ablauf von sechs Monaten nach dem vollständigen Empfang unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/199

freigegeben am 05.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 05.11.2009

Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Märkte" in der Gemeinde Rastede ab 2010 mit Blick auf die Ergebnisse 2006 bis 2008 und Kalkulation 2009

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Das Ergebnis der Kostenrechnung 2006 bis 2008 wird zur Kenntnis genommen.
2. Das entstandene Defizit aus dem Jahre 2006 wird nicht ausgeglichen.
3. Die entstandenen Überschüsse aus den Jahren 2007 und 2008 werden nicht fortgeschrieben.
4. Der Gebührensatz wird für das Jahr 2010 nicht verändert.
5. Die öffentliche Interessenquote für die öffentliche Einrichtung Wochenmarkt wird nicht geändert.

Sach- und Rechtslage:

Allgemein:

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung Märkte. Zu dieser öffentlichen Einrichtung gehören die Bereiche Wochenmarkt, Frühjahrsmarkt und sonstige Märkte. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf Grundlage einer Satzung Gebühren festgesetzt. Eine solche Satzung besteht für den Frühjahrsmarkt und die „Sonstigen Märkte“ nicht, da diese Märkte zwischenzeitlich privatisiert wurden.

Am 27.02.2007 wurde vom Rat eine Gebühr für den Wochenmarkt für drei Jahre (2007 bis 2009) in Höhe von 1,60 € pro angefangenen Meter Frontlänge je Marktbesuch festgesetzt. Ab 2010 ist eine neue Gebühr zu kalkulieren. Grundlage für die Kalkulation sind die Ergebnisse 2006 bis 2008 sowie die Kalkulation für 2009.

Ergebnis der Kostenrechnungen 2006 bis 2008:

Wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich, schließt die Kostenrechnung 2006 unter Berücksichtigung einer öffentlichen Interessenquote von 20 % - wie erwartet - mit einem Defizit ab. Laut Ratsbeschluss vom 27.02.2007 ist das Defizit in Höhe von 1.352,13 € nicht auszugleichen.

2006	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
		32,74 %	20%	80%
Kosten	22.223,89 €	7.275,19 €	4.444,78 €	17.779,11 €
Einnahmen	16.426,98 €	0,00 €	0,00 €	16.426,98 €
	-5.796,91 €	7.275,19 €	4.444,78 €	-1.352,13 €

Nach der im Jahre 2007 beschlossenen Gebührenerhöhung von 30 Cent auf 1,60 € pro lfd. Meter Marktstand und der Berücksichtigung des 20 %igen öffentlichen Interesses wurde ein rechnerischer Überschuss in Höhe von 1.621,16 € erwirtschaftet.

2007	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
	Ergebnis	32,08 %	20%	80%
Kosten	21.123,56 €	6.776,39 €	4.224,71 €	16.898,85 €
Einnahmen	18.520,01 €	0,00 €	0,00 €	18.520,01 €
	-2.603,55 €	6.776,39 €	4.224,71 €	1.621,16 €

Der rechnerische Überschuss für 2008 beträgt 3.242,85 €

2008	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
	Kalkulation	42,97 %	20%	80%
Kosten	19.834,04 €	8.522,48 €	3.966,81 €	15.867,23 €
Einnahmen	19.110,08 €	0,00 €	0,00 €	19.110,08 €
	-723,96 €	8.522,48 €	3.966,81 €	3.242,85 €

Entwicklung der Kosten für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

Aufwendungen

	Kalkulation	Ergebnis		
	2006	2006	2007	2008
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80 €	1,80 €
Abwassergebühren	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Stromkosten	650,00 €	1.109,49 €	969,80 €	1.486,45 €
Heizkosten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Abfallbeseitigung	7.000,00 €	6.722,69 €	6.351,53 €	3.950,37 €
Straßenreinigung	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Grundsteuer	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Miete Marktplatz	5.200,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Bekanntmachungskosten	300,00 €	51,12 €	54,76 €	120,49 €
Regiekosten/ Umlage	6.500,00 €	7.275,19 €	6.776,39 €	8.522,48 €
Personalkosten der Verwaltung/ direkte Buchung	6.000,00 €	5.932,25 €	3.473,15 €	3.724,28 €
Personalkosten der Verwaltung/ Umlagen Löhne		42,35 €	2.389,68 €	897,87 €
Anteilige Kosten „Öffentliche Toilette“	1.045,98 €	1.088,99 €	1.106,45 €	1.130,29 €
insgesamt:	26.697,78 €	22.223,89 €	21.123,56 €	19.834,04 €

Bei der Entwicklung der einzelnen Kostenpositionen fällt auf, dass die Stromkosten von Jahr zu Jahr schwanken. Obwohl zum 01.07.2007 die MWST von 16 % auf 19% angehoben wurde, fällt der Stromverbrauch im Jahre 2007 niedriger aus. Im Jahre 2008 wurde mehr Strom von den Wochenmarktbetreibern verbraucht und zusätzlich hat die EWE den Strompreis angehoben. Worin die Gründe für die Stromverbraucherschwankungen liegen, lässt sich nicht ergründen, möglich sind aber die Fahrzeug abhängigen Strombedarfe.

Die Reinigung des Marktplatzes wurde immer durch den gemeindeeigenen Bauhof durchgeführt, obwohl in der Satzung geregelt ist: „Der Standplatz ist nach Marktschluss zu säubern und in einem ordentlichen Zustand zu verlassen.“ Mit dieser Regelung war davon ausgegangen worden, zusätzliche Reinigungskosten der Gemeinde zu vermeiden.

Mitte des Jahres 2007 wurden alle Marktbezieher nochmals auf die Satzungsregelung aufmerksam gemacht mit der Bitte, den Standplatz nach dem Wochenmarktbetrieb sauber zu verlassen. Aus diesem Grund wurde den Marktbeziehern für die Abfallbeseitigung ein Container auf dem Marktplatz zur Verfügung gestellt. Es hat sich herausgestellt, dass die Marktbezieher der Satzungsregelung nicht voll nachkommen und somit Kosten für eine anschließende Reinigung des Marktplatzes durch den Bauhof weiterhin anfallen.

Die Kosten konnten zwischenzeitlich durch Optimierungen im Bereich des Bauhofes von 6.351,53 € auf 3.950,37 € gesenkt werden.

Die Bekanntmachungskosten sind von Jahr zu Jahr unterschiedlich hoch, da im Voraus nicht zu erkennen ist, wie oft der Marktbetrieb auf einen anderen Platz umgelegt werden muss, weil am Wochenmarkttag auf dem Marktplatz eine andere Veranstaltung stattfindet.

Zu den Regiekosten siehe Ausführungen unter Kalkulation 2009.

Unter den Personalkosten wurden zum einen die Personalkosten der Verwaltung, die sich direkt der Kostenstelle Wochenmarkt zuordnen lassen, und zum anderen die Personalkosten, die durch eine Umlage errechnet werden, gebucht. Bei den Personalkosten haben sich im Ergebnis 2006 und 2007 keine gravierenden Änderungen ergeben. Durch Verringerung der Arbeitszeitanteile im Jahre 2007 und Anpassung der Ansätze im Jahre 2008 konnten im Budget „Wochenmarkt“ die Personalkosten im Ergebnis 2008 gegenüber dem Ergebnis 2007 um 1.240,68 € verringert werden.

	Kalkulation 2006	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008
Personalkosten - direkte Buchung	6.000,00 €	5.932,25 €	3.473,15 €	3.724,28 €
Personalkosten - Umlagen Löhne		42,35 €	2.389,68 €	897,87 €
insgesamt:	6.000,00 €	5.974,60 €	5.862,83 €	4.622,15 €

Bei den anteiligen Kosten für die Benutzung der „Öffentlichen Toilette“ auf dem Marktplatz gibt es keine gravierenden Veränderungen.

Erträge

	Kalkulation 2006	Ergebnis		
		2006	2007	2008
Benutzungsgebühren	13.300,00	14.176,50 €	16.505,80 €	16.417,60 €
Erstattung von Verwaltungsausgaben	1.700,00	2.250,48 €	1.917,54 €	2.692,48 €
insgesamt:	15.000,00	16.426,98 €	18.423,34 €	19.110,08 €

Ab 2007 sind die Gebühreneinnahmen gestiegen. Diese Mehreinnahmen sind auf die Gebührenerhöhung ab 01.01.2007 zurück zu führen. Bei der Erstattung von Verwaltungsausgaben handelt es sich um Stromkosten, die die Marktbezieher je nach Verbrauch der Gemeinde erstatten.

Kalkulation 2009

Da davon auszugehen ist, dass der Wochenmarkt in gleicher Art und Weise betrieben wird wie in den Vorjahren, ist die Gebührenkalkulation 2009 die Grundlage für die Gebührenfestsetzung in den Folgejahren. Auf die wesentlichen Veränderungen wird im nachstehenden Text näher eingegangen.

Aufwendungen	Kalkulation 2009
Frischwasser	1,80 €
Stromkosten	1.200,00 €
Abfallbeseitigung	3.750,00 €
Kosten für die Verlegung Marktplatz (vorher bei den Abfallbeseitigungskosten eingerechnet)	300,00 €
Bekanntmachungskosten	150,00 €
Regiekosten	11.389,20 €
Personalkosten	4.984,00 €
Anteil Kosten Öffentliche. Toilette	1.100,00 €
insgesamt:	22.875,00 €

Erträge	
Benutzungsgebühren	16.500,00 €
Erstattung von Verwaltungsausgaben	2.100,00 €
insgesamt:	18.600,00 €
kalkuliertes Defizit	-4.275,00 €
abzüglich 20 % öffentliches. Interesse	4.575,00 €
rechnerischer Überschuss	300,00 €

Die Position der Kosten für die Verlegung des Marktplatzes war bisher bei den Abfallbeseitigungskosten als „Sachkosten“ eingerechnet, denn der Bauhof stellt unter anderem Kosten für notwendige Absperrungen in Rechnung, wenn der Wochenmarkt verlegt werden muss.

Die Personalkosten und Abfallbeseitigungskosten konnten ab dem Jahre 2008 gesenkt werden. Die Umstellung auf das neue Haushaltsrecht (Doppik) ab 2009 führt jedoch zu einer anderen Belastung bei den Regiekosten. Die Planungskosten 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation werden nach verschiedenen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte umgelegt, somit auch auf das Produkt „Wochenmarkt“. Die Regiekosten in einer Höhe von 11.389,20 € betragen - wie in der untenstehenden Tabelle nachrichtlich aufgeführt – rund die Hälfte der Gesamtkosten. Dieses vor 2009 praktizierte Berechnungsverfahren für Regiekosten war nicht „gerecht“, weil Einsparungen bei den Produkten zu Belastungen bei anderen Produkten geführt haben. Die Verteilung der Regiekosten ab 2009 ist erfolgsunabhängig und damit neutral. Große Schwankungen bei den Regiekosten müssten damit zukünftig ausbleiben.

Kalkulation	Gesamtkosten	Regiekosten	abzüglich	verbleiben gebühren-
2009		(nachrichtlich)	öffentl. Interesse	relevante Kosten
		49,79 %	20%	80%
Kosten	22.875,00 €	11.389,20 €	4.575,00 €	18.300,00 €
Einnahmen	18.600,00 €	0,00 €	0,00 €	18.600,00 €
	-4.275,00 €	11.389,20 €	4.575,00 €	300,00 €

Die kalkulierten Einnahmen in Höhe von 18.600 € setzen sich aus den Erstattungsbeträgen für Strom in Höhe von 2.100 € und Benutzungsgebühren in Höhe von 16.500 € zusammen. Mehreinnahmen können erzielt werden, wenn einige Marktbezieher den Wochenmarkt nach einem nicht so strengen Winter früher besuchen. Mit Mindereinnahmen muss nach einem strengen Winter gerechnet werden.

Bei Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge kann eine vollständige Kostendeckung nicht erreicht werden. Die Deckungslücke beträgt 20 % der Aufwendungen und entspricht damit recht genau der festgesetzten öffentlichen Interessenquote von 20%.

Gebührenfestsetzung für 2010

Bekanntlich hat die Gemeinde Rastede im Jahr 2009 aufgrund der neuen Vorschriften des Gemeindehaushaltsrechtes das Finanzverfahren umgestellt. Aufgrund der fehlenden Erfahrung und der absehbaren Korrekturnotwendigkeiten sollte zunächst das Ergebnis des zweiten Haushaltsjahres im Doppikverfahren abgewartet werden. Die Ergebnisse dürften dann genauer sein, als dies zurzeit der Fall ist.

In diesem Zusammenhang wird dann aber auch zu prüfen sein, ob und inwieweit die öffentliche Interessenquote nach wie vorberechtigt ist. Der Wochenmarkt erfreut sich ausgesprochen großer Beliebtheit und das nicht nur bei den Kunden, sondern insbesondere auch bei den Anbietern. Wenn aber ein Nachfrageüberhang bei der Vergabe von Wochenmarktplätzen besteht, muss eine öffentliche Interessensquote, die ja gerade Versorgungslücken im Auge hat, eben nicht mehr gerechtfertigt sein.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage

Anlagen:

Keine

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/202**

freigegeben am 09.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 09.11.2009**Festsetzung von Gebührensätzen im Bereich der Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert und beschlossen, dass für die Kosten rechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ und „Straßenreinigung“ fortgeschriebene Gebührensätze ab 2010 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,55 €

2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwasser/Fäkalschlamms 63,00 €
- b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers/Fäkalschlamms 52,50 €

3. Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 13,50 €

Sach- und Rechtslage:**Zentrale Abwasserbeseitigung**

Der fortgeschriebene kalkulierte Überschuss in der Nachkalkulation 2008 zum 31.12.2008 beträgt insgesamt 434.640,31 € Zum 01.01.2009 wurde die Gebühr für die Abwasserbe-

seitigung Schmutzwasser nach Jahren von 2,60 € auf 2,55 € gesenkt. Durch die Senkung des Gebührensatzes wird sich der voraussichtlich kalkulierte Überschuss zum 31.12.2009 um 65.838,36 € auf insgesamt 368.801,95 € verringern. Auch im Jahre 2010 wird der restliche Überschuss noch nicht voll abgebaut werden können. Der Gebührensatz sollte deshalb unverändert bleiben.

Dezentrale Abwasserbeseitigung

Die Gebührensätze wurden für Hauskläranlagen und für abflusslose Gruben ab 2005 bis 2007 insgesamt um 20 € angehoben, um das kumulierte Defizit der vergangenen Jahre nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Diese Gebührenerhöhungen haben dazu geführt, das kumulierte Defizit mit einem Höchststand im Jahre 2004 mit 23.077,72 € bis zum 31.12.2007 (Ergebnis der Kostenrechnung 2007) auf 13.120,13 € sinken zu lassen.

In der Nachkalkulation 2008 konnte das bis zum 31.12.2007 aufgelaufene Defizit in Höhe von 13.120,13 € rechnerisch um einen Betrag in Höhe von 6.115,87 € auf insgesamt 7.009,82 € verringert werden und die Gebührenberechnung 2009 weist rechnerisch zum 31.12.2009 ein fortgeschriebenes Defizit in Höhe von nur noch 670,48 € aus.

Bei gleich bleibendem Gebührensatz wird davon ausgegangen, dass im Jahre 2010 auch das restliche Defizit abgebaut werden kann. Es ist vertretbar, die Gebührensätze 2010 unverändert zu lassen.

Straßenreinigung

Unter Berücksichtigung eines rechnerisch nachkalkulierten Überschusses zum 31.12.2008 in Höhe von 9.225,19 € wurde die Straßenreinigungsgebühr 2009 auf 11,80 € festgesetzt. Der gesamte Überschuss wurde dem Gebührenzahler somit im Jahre 2009 zurückgegeben. Grund dieser Entscheidung war, dass im Jahre 2009 für die Zeit ab 2010 eine erneute Ausschreibung der Straßenreinigung vorgenommen werden sollte und sich durch die Neuregelung der Straßenreinigung möglicherweise der Kreis der Gebührenschuldner ändert.

Eine Neuregelung der Straßenreinigung ab 2010 wurde noch nicht entworfen. Demzufolge wird eine Ausschreibung über die Straßenreinigungskosten ab 2010 nicht durchgeführt und der laufende Vertrag mit der Straßenreinigungsfirma wird um ein weiteres Jahr verlängert. Ob die Straßenreinigung ab 2011 bezüglich der Art und des Umfangs neu geregelt wird, bleibt abzuwarten.

In der Gebührenkalkulation für 2009 wurde ein Gebührensatz – ohne Berücksichtigung des kalkulierten Überschusses aus 2008 – in Höhe von 14,11 € kalkuliert. Da das tatsächliche Ergebnis 2008 und die Nachkalkulation 2009 noch nicht vorliegt und der Gebührensatz der letzten Jahre (2006 bis 2008) konstant 13,50 € betragen hat, wird vorgeschlagen auch für das Jahr 2010 den Gebührensatz auf 13,50 € festzusetzen. Die Fortgeltung des Gebührensatzes von 11,80 € würde ein Defizit aufbauen, was vermieden werden sollte.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/203**

freigegeben am 11.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 09.11.2009**Gebührensatzsatzung 2010 für die öffentlichen Einrichtungen
Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2009/203 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2010 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen ist der Vorlage 2009/202 zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Anlagen:

Gebührensatzsatzung 2010

**Satzung
über die Festsetzung der Gebührensätze 2010 für
die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von
Abwasser und die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung
der Gemeinde Rastede**

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBl., Seite 473), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.05.2009 (Nds. GVBl., Seite. 191),

§ 149 Abs. 1 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) i.d.F.der Bekanntmachung vom 25. Juli 2007 (Nds. GVBl., Seite. 345), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.April 2007 (Nds. GVBl., Seite 144),

§ 2 Abs. 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur dezentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur zentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede

und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i.d.F. der Neubekanntmachung vom 23.01.2007 (Nds. GVBl., Seite 41), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 13.05.2009 (Nds. GVBl., Seite 191)

hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 15.12.2009 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,55 €

§ 2

Gebührensätze für die dezentrale Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- | | |
|---|---------|
| a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamms | 63,00 € |
| b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten
Abwassers / Fäkalschlamms | 52,50 € |

§ 3

Gebührensätze für die von der Gemeinde betriebene öffentliche Straßenreinigung

Der Gebührensatz beträgt für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung jährlich 13,50 €

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2010 in Kraft.

Rastede, den 15.12.2009

Decker
- Bürgermeister -

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/188**

freigegeben am 14.10.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 14.10.2009**Jahresabschluss 2008 des optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	03.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Jahresabschluss 2008 wird mit einer Bilanzsumme von 1.031.044,38 € und einem Jahresüberschuss von 20.039,48 € festgestellt. Der Überschuss wird zur Tilgung des Darlehns verwendet.

Sach- und Rechtslage:

Die Wirtschaftsprüfer Zink & Partner GBR, Oldenburg, hat den Jahresabschluss 2008 für den optimierten Regiebetrieb Bauhof Rastede erstellt.

Der Prüfungsbericht beinhaltet folgende Prüfungsbemerkung:

"Der Jahresabschluss des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede", Rastede, wurde von uns auf Grundlage der uns vorgelegten Bücher und Bestandsnachweise sowie der erteilten Auskünfte erstellt und der Lagebericht auf Plausibilität beurteilt. Die Buchführung und das Inventar haben wir auf ihre Plausibilität beurteilt. Dabei sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sprechen."

Der Jahresabschluss ergibt folgendes Ergebnis:

1. Ergebnis zum 31.12.2008 – Umsatzsumme 1.031.044,38 € Vorjahr 1.267.153,44 €
2. G+V-Rechnung für das Wirtschaftsjahr 2009 – Jahresüberschuss 20.039,48 € Vorjahr 89.797,03 €

Der geringere Überschuss gegenüber dem Jahr 2007 begründet sich durch eine hohe Zahl von krankheitsbedingten Ausfalltagen.

Gemäß § 11 der Einrichtungsverordnung für kaufmännisch geführte Unternehmen ist über die Verwendung der erwirtschafteten Überschüsse ein Beschluss erforderlich.

Es ist vorgesehen den Überschuss 2008 zur Tilgung des letzten Darlehns zu verwenden. Eine Vorfälligkeitsentschädigung ist nicht zu leisten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Darstellung in den Anlagen.

Anlagen:

Anlage 1 – Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008

Anlage 2 – Bilanz zum 31.12.2008

Anlage 3 – Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2008

Anlage 4 – Erläuterungen zur Bilanz

Anlage 5 – Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008

Anlage 6 – Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz zum 31.12.2008

Anlage 7 – Rechtliche Grundlagen

Moslestraße 3 | 26122 Oldenburg | Postfach 5142 | 26041 Oldenburg
Tel. +49 (0) 441 980 50-0 | Fax +49 (0) 441 980 50-180 | www.pkf.de

"Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"

Rastede

Bericht über die Erstellung
des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2008

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Erstellungsauftrag	1
II. Wirtschaftliche Grundlagen	1
III. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung	
1. Allgemeines	2
2. Erstellungsinhalte	
a) Vorjahresabschluss	2
b) Angaben der gesetzlichen Vertreter	3
IV. Erläuterungen zur Rechnungslegung	
1. Erläuterungen zur Buchführung	3
2. Erläuterungen zum Jahresabschluss	
a) Allgemeines	4
b) Wesentliche Bewertungsgrundlagen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2008	4
c) Änderungen der wesentlichen Bewertungsgrundlagen gegenüber dem Vorjahresabschluss, sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	5
3. Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	
a) Vermögenslage	6
b) Finanzlage	7
c) Ertragslage	8
V. Ergebnis der Arbeiten und Wiedergabe der Bescheinigung	9

Anlagen	Nr.	Seiten
Bilanz zum 31. Dezember 2008	1	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008	2	1
Anhang für das Geschäftsjahr 2008	3	1 - 3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008	4	1 - 7
Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2008 (Anlage 1) sowie ausgewählter Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (Anlage 2)	5	1 - 6
Rechtliche Grundlagen 1		6
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002	7	1 - 2

I. Erstellungsauftrag

Die Gemeinde Rastede hat uns mit Schreiben vom 13. Februar 2009 beauftragt, den Jahresabschluss des

**"Bauhof Rastede
Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"
26180 Rastede**

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008 sowie den Lagebericht zum 31. Dezember 2008 unter analoger Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches nach den "Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Wirtschaftsprüfer" (HFA Stellungnahme 4/1996 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.), sowie den Vorschriften der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom) zu erstellen und auf Plausibilität zu prüfen.

Grundlage für die Erstellung sind die uns vorgelegten Bücher und Bestandsnachweise sowie die uns erteilten Auskünfte.

Der vorliegende Bericht ist an den "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" gerichtet.

Für die Ausführung dieses Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als **Anlage 7** beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002 vereinbart.

Die Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Wirtschaftsprüfer im Sinne der Stellungnahme HFA 4/1996 und die weiteren einschlägigen Standards des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), Düsseldorf, sind bei der Erstellung beachtet worden.

II. Wirtschaftliche Grundlagen

Der Bauhof arbeitet im Sinne eines optimierten Regiebetriebes, d.h. der Bauhof arbeitet nach betriebswirtschaftlichen Regeln und ist gewinnorientiert eingestellt. Im ersten Schritt beinhaltet dieses den Auftrag, Kostendeckung bei Preisen zu erreichen, die mit der privaten Wirtschaft vergleichbar sind. Im zweiten Schritt soll sich der Bauhof um Aufträge der Verwaltung bemühen, die diese sonst an die freie Wirtschaft vergibt. Dieses erlaubt ein Wach-

sen des Bauhofes. Im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes und im Rahmen des Lageberichtes hat der Bauhof auf diese Zielsetzung besonders einzugehen.

III. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung

1. Allgemeines

Unser Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" zum 31. Dezember 2008 umfasst sämtliche Tätigkeiten, die erforderlich sind, um aufgrund der uns vorgelegten Bücher und Bestandsnachweise sowie der eingeholten Auskünfte zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Anhang (**Anlagen 1 bis 3**) nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften zu erstellen.

Darüber hinaus haben wir durch geeignete Maßnahmen auch die dem Jahresabschluss zugrunde liegende Buchführung und den Lagebericht zum 31. Dezember 2008 auf Plausibilität zu beurteilen.

Der "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" trägt für die Rechnungslegung der Gesellschaft und die uns gemachten Angaben die Verantwortung.

Die Erstellung ist unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, der rechnungslegungsbezogenen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der §§ 242, 264 ff. HGB, sowie der fachlichen Verlautbarungen des IDW erfolgt.

Die Erstellungshandlungen sind, soweit sie nicht in diesem Bericht dargestellt sind, in unseren Arbeitspapieren nach Art, Umfang und Ergebnis festgehalten.

Unsere Erstellungsarbeiten haben wir im Wesentlichen im August und September 2009 in unseren Geschäftsräumen durchgeführt.

2. Erstellungsinhalte

a) Vorjahresabschluss

Der Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2007 ist ebenfalls von uns erstellt und unter dem 30. Juli 2008 mit einer Bescheinigung folgenden Wortlauts versehen worden:

"Der Jahresabschluss des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede", Rastede, wurde von uns auf Grundlage der uns vorgelegten

Bücher und Bestandsnachweise sowie der erteilten Auskünfte erstellt und der Lagebericht auf Plausibilität beurteilt. Die Buchführung und das Inventar haben wir auf ihre Plausibilität beurteilt. Dabei sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sprechen."

b) Angaben der gesetzlichen Vertreter

Die für unsere Tätigkeit notwendigen Aufklärungen und Nachweise wurden vollständig und bereitwillig erbracht. Nach der schriftlich abgegebenen berufsüblichen Vollständigkeitserklärung, die auch die Angaben zu nahe stehenden Personen umfasst und die wir zu unseren Akten genommen haben, sind in den uns vorgelegten Büchern und Unterlagen alle buchungspflichtigen Geschäftsvorfälle erfasst und alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Risiken berücksichtigt. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ereignet.

IV. Erläuterungen zur Rechnungslegung

1. Erläuterungen zur Buchführung

Es sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen könnten, dass die Buchführung für das Geschäftsjahr 2008 nicht den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Die Finanzbuchführung einschließlich der Nebenbücher (Debitoren- und Kreditorenkontokorrent) wird unter Einsatz der Software der Classic Line abgewickelt. Eine Anlagenbuchführung wird nicht geführt. Stattdessen wird ein Wirtschaftsplan erstellt, in welchem ein nach einzelnen Anlagegütern aufgeschlüsselter Anlagenspiegel enthalten ist. Dieser wird in Excel geführt. Es wird beabsichtigt, ab dem Geschäftsjahr 2010 eine Anlagenbuchführung einzurichten.

Der Kontenplan ist den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst und ausreichend tief gegliedert. Er ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffs.

Das Vorratsvermögen zum Bilanzstichtag wird im Rahmen einer körperlichen Inventur am 31. Dezember 2008 erfasst.

Die Abstimmung der Nebenbücher mit den Sachkonten der Hauptbuchhaltung ist gewährleistet.

Die Buchführung erfolgt zeitnah. Die Buchungen sind ordnungsmäßig belegt. Die Belege werden übersichtlich und geordnet aufbewahrt.

2. Erläuterungen zum Jahresabschluss

a) Allgemeines

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem Schema für große Kapitalgesellschaften (§§ 266, 275 HGB).

Bei der Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung ist das Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) angewendet worden.

b) Wesentliche Bewertungsgrundlagen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2008

Der Jahresabschluss für den "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" ist auf der Basis folgender wesentlicher Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden:

Die **Sachanlagen** werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige nutzungsbedingte Abschreibungen, angesetzt. Geringwertige Anlagegüter werden im Sinne des § 6 Abs. 2 a EStG über fünf Jahre als Poolbewertung abgeschrieben.

Die **Vorräte** sind zu Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet worden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Verbindlichkeiten werden gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

c) Änderungen der wesentlichen Bewertungsgrundlagen gegenüber dem Vorjahresabschluss, sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Gegenüber dem Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2007 hat es keine Änderungen bei den Bewertungsgrundlagen und keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichem Einfluss auf die Gesamtaussage des Jahresabschluss, d.h. auf das vom Jahresabschluss vermittelte Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, gegeben.

3. Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

a) Vermögenslage

Es folgt eine Gegenüberstellung der zusammengefassten Bilanzen zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007. Einzelheiten zu den Bilanzpositionen finden sich in den Erläuterungen in der **Anlage 5**.

Aktivseite	31.12.2008		31.12.2007		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
<u>Anlagevermögen</u>					
Sachanlagen	808	78,4	874	69,0	-66
<u>Umlaufvermögen</u>					
Vorräte	10	1,0	4	0,3	6
Forderungen gegen die Gemeinde Rastede	213	20,6	389	30,7	-176
	223	21,6	393	31,0	-170
	1.031	100,0	1.267	100,0	-236
 Passivseite					
Eigenkapital	838	81,3	1.050	82,9	-212
<u>Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen</u>					
Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde Rastede	124	12,0	166	13,1	-42
Sonstige kurzfristige Passiva einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	69	6,7	51	4,0	18
	193	18,7	217	17,1	-24
	1.031	100,0	1.267	100,0	-236

b) Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel gibt die folgende Kapitalflussrechnung, die die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt und den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) entspricht.

	2008 TEUR	2007 TEUR
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	20	89
2. Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	117	123
3. Zunahme/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	-16	-15
4. Cashflow i.e.S. (Summe aus 1 bis 3)	121	197
5. Abnahme/Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Vorräte	-6	7
6. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	37	-12
7. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 4 bis 6)	152	192
8. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1	143
9. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-52	-50
10. Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 8 und 9)	-51	93
11. Auszahlungen an Unternehmenseigner (Dividenden, Erwerb eigener Anteile, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	-232	0
12. Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-45	-138
13. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 11 und 12)	-277	-138
14. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 7, 10 und 13)	-176	147
15. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	389	242
16. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	213	389
Zusammensetzung des Zahlungsmittelfonds am Ende der Periode – Kassenverrechnungskonto	213	389

c) Ertragslage

Es folgt eine Gegenüberstellung der zusammengefassten Gewinn- und Verlustrechnungen für die Geschäftsjahre 2008 und 2007. Einzelheiten zu den wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung finden sich in den Erläuterungen in der **Anlage 5**.

	2008		2007		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	1.182	100,0	1.380	100,0	-198
Materialaufwand	164	13,9	310	22,5	-146
Rohergebnis	<u>1.018</u>	<u>86,1</u>	<u>1.070</u>	<u>77,5</u>	<u>-52</u>
Sonstige betriebliche Erträge	<u>11</u>	<u>0,9</u>	<u>0</u>	<u>0,0</u>	<u>11</u>
Personalaufwand	565	47,8	537	38,9	28
Abschreibungen	117	9,9	124	9,0	-7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	317	26,8	305	22,1	12
Ertragsunabhängige Steuern	4	0,3	4	0,3	0
	<u>1.003</u>	<u>84,8</u>	<u>970</u>	<u>70,3</u>	<u>33</u>
Betriebsergebnis	<u>26</u>	<u>2,2</u>	<u>100</u>	<u>7,2</u>	<u>-74</u>
Zinsaufwendungen	6	0,5	10	0,7	-4
Finanzergebnis	<u>6</u>	<u>0,5</u>	<u>10</u>	<u>0,7</u>	<u>-4</u>
Jahresüberschuss	<u>20</u>	<u>1,7</u>	<u>90</u>	<u>6,5</u>	<u>-70</u>

V. Ergebnis der Arbeiten und Wiedergabe der Bescheinigung

Nach dem Abschluss des Erstellungsauftrags haben wir dem "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" für den als **Anlagen 1 bis 3** beigefügten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 sowie dem in **Anlage 4** wiedergegebenen Lagebericht folgende Bescheinigung erteilt:

"Der Jahresabschluss des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede", Rastede, wurde von uns auf Grundlage der uns vorgelegten Bücher und Bestandsnachweise sowie der erteilten Auskünfte erstellt und der Lagebericht auf Plausibilität beurteilt. Die Buchführung und das Inventar haben wir auf ihre Plausibilität beurteilt. Dabei sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sprechen."

Den vorstehenden Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2008 (Bilanzsumme EUR 1.031.044,38; Jahresüberschuss EUR 20.039,48) des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede", haben wir in Übereinstimmung mit der Stellungnahme "Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Wirtschaftsprüfer" (IDW HFA 4/1996) und in entsprechender Anwendung der Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstattet.

Oldenburg, den 27. Oktober 2009

ZINK & PARTNER GBR
Wirtschaftsprüfer
Rechtsanwälte · Steuerberater

i.V.

(Rohsiepe)
Wirtschaftsprüfer

(Walter)
Steuerberater

Anlagen

	Nr.	Seiten
Bilanz zum 31. Dezember 2008	1	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008	2	1
Anhang für das Geschäftsjahr 2008	3	1 - 3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008	4	1 - 7
Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2008 (Anlage 1) sowie ausgewählter Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (Anlage 2)	5	1 - 6
Rechtliche Grundlagen 1		6
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002	7	1 - 2

**"Bauhof Rastede
Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"**
26180 Rastede**Bilanz zum 31. Dezember 2008****A K T I V S E I T E**

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>31.12.</u> <u>2007</u> TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
– Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1,00		0
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und Bauten	378.929,77			387
2. Technische Anlagen und Maschinen	39.159,00			51
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>390.079,00</u>	<u>808.167,77</u>	808.168,77	436
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
– Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		9.748,05		4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
– Forderungen gegen die Gemeinde Rastede		<u>212.969,56</u>	222.717,61	389
C. Rechnungsabgrenzungsposten			158,00	0
			<u>1.031.044,38</u>	<u>1.267</u>

P A S S I V S E I T E

	<u>EUR</u>	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>31.12.</u> <u>2007</u> TEUR
A. Eigenkapital			
1. Stammkapital	450.000,00		450
2. Kapitalrücklage	277.915,33		278
3. Gewinnvortrag	89.797,03		232
4. Jahresüberschuss	<u>20.039,48</u>	837.751,84	90
B. Rückstellungen			
– Sonstige Rückstellungen		29.853,00	46
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	35.446,74		0
2. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde Rastede	124.119,45		166
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>3.873,35</u>	163.439,54	5
		<u>1.031.044,38</u>	<u>1.267</u>

**"Bauhof Rastede
Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"**
26180 Rastede

**Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008**

	EUR	2008 EUR	2007 TEUR
1. Umsatzerlöse	1.181.617,71		1.380
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>10.844,03</u>	1.192.461,74	0
3. Materialaufwand			
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		163.681,72	310
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	435.329,06		410
b) Soziale Abgaben	<u>129.664,18</u>	564.993,24	127
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		116.768,02	124
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		316.572,64	305
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>6.185,21</u>	<u>10</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		24.260,91	94
9. Sonstige Steuern		<u>4.221,43</u>	<u>4</u>
10. Jahresüberschuss		<u><u>20.039,48</u></u>	<u><u>90</u></u>

"Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"
26180 Rastede

Anhang für das Geschäftsjahr 2008

Allgemeine Angaben

Gemäß § 9 des EinrVO-Kom finden die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluss der großen Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches (§§ 242 bis 287) sinngemäß Anwendung, soweit sich aus dieser Vorschrift nichts anderes ergibt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die abnutzbaren Gegenstände des **Anlagevermögens** werden planmäßig linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Für **geringwertige Anlagegüter** wurde gemäß § 6 Abs. 2 a EStG eine Poolabschreibung über fünf Jahre vorgenommen.

Für die **Vorräte** erfolgt eine körperliche Aufnahme der Bestände zum Bilanzstichtag. Die Waren wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bewertet.

Forderungen werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die **Kapitalanteile** sind gemäß § 283 HGB zum Nennbetrag angesetzt.

Rückstellungen werden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die **Verbindlichkeiten** sind gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die **Forderungen** haben sämtlich eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Die **sonstigen Rückstellungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	EUR
Urlaubsverpflichtung	15.300,00
Geleistete Mehrstunden	11.853,00
Abschlusskosten	2.700,00
	<u>29.853,00</u>

Die Restlaufzeiten der **Verbindlichkeiten** sind dem nachstehenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeiten			Gesamt
	bis 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	35.446,74	0,00	0,00	35.446,74
(Vorjahr:	0,00	0,00	0,00	0,00)
Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde Rastede	10.497,12	43.339,19	70.283,14	124.119,45
(Vorjahr:	5.223,63	30.307,05	130.485,09	166.015,77)
Sonstige Verbindlichkeiten	3.873,35	0,00	0,00	3.873,35
(Vorjahr:	5.320,84	0,00	0,00	5.320,84)
	49.817,21	43.339,19	70.283,14	163.439,54
(Vorjahr:	10.544,47	30.307,05	130.485,09	171.336,61)

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von EUR 1.848,88 (Vj.: EUR 1.170,45) sowie Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von EUR 2.024,47 (Vj.: EUR 0,00) enthalten.

Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr wurden im Durchschnitt 14 Arbeitnehmer beschäftigt.

Rastede, den 27. Oktober 2009

gez. Gemeinde Rastede

Erläuterungen zur Bilanz

	<u>Kumulierte Anschaffungs- und Herstellungskosten</u>				<u>Kumulierte Abschreibungen</u>				<u>Buchwerte</u>	
	Stand 1.1.2008	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2008	Stand 1.1.2008	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2007
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
– Software	2.365,36	0,00	0,00	2.365,36	2.364,36	0,00	0,00	2.364,36	1,00	1,00
	<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>				<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>				<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>	
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke und Bauten	621.230,57	0,00	0,00	621.230,57	234.482,80	7.818,00	0,00	242.300,80	378.929,77	386.747,77
2. Technische Anlagen und Maschinen	161.013,51	1.846,88	22.343,25	140.517,14	110.425,51	12.143,88	21.211,25	101.358,14	39.159,00	50.588,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	1.068.584,11	50.489,14	55.769,62	1.063.303,63	632.184,11	96.806,14	55.765,62	673.224,63	390.079,00	436.400,00
	<hr style="border-top: 1px solid black;"/>	<hr style="border-top: 1px solid black;"/>	<hr style="border-top: 1px solid black;"/>	<hr style="border-top: 1px solid black;"/>	<hr style="border-top: 1px solid black;"/>	<hr style="border-top: 1px solid black;"/>	<hr style="border-top: 1px solid black;"/>	<hr style="border-top: 1px solid black;"/>	<hr style="border-top: 1px solid black;"/>	<hr style="border-top: 1px solid black;"/>
	1.850.828,19	52.336,02	78.112,87	1.825.051,34	977.092,42	116.768,02	76.976,87	1.016.883,57	808.167,77	873.735,77
	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>
	1.853.193,55	52.336,02	78.112,87	1.827.416,70	979.456,78	116.768,02	76.976,87	1.019.247,93	808.168,77	873.736,77
	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>	<hr style="border-top: 3px double black;"/>

**"Bauhof Rastede
Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"**
26180 Rastede

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008

Inhaltsverzeichnis	Seite
A. Darstellung des Bauhofes	
1. Rechtlicher Rahmen des Bauhofes	2
2. Wirtschaftliches Ziel	2
B. Wirtschaftliche Aktivitäten	
1. Aufgaben	2
2. Auftragseingänge im Geschäftsjahr	3
3. Auftragsabwicklung	3
4. Residenzort GmbH	3
C. Wirtschaftliche Aktivitäten	
– Personal	4
D. Darstellung der Lage	
1. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	4
2. Geplante, geleistete Arbeitsstunden und Begründung für geleistete Mehrstunden	6
3. Geplante und geleistete Investitionen	6
4. Bau einer Streusalz- und Maschinenhalle	7
E. Voraussichtliche Entwicklung	
– Planungen des Folgejahres	7

A. Darstellung des Bauhofes

1. Rechtlicher Rahmen des Bauhofes

Der Bauhof wird im Sinne des § 108 Abs.3 Ziff.3 NGO als Einrichtung verstanden, die als Hilfsbetrieb ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde dient. Entsprechend § 110 Abs. 2 NGO wird die Einrichtung ganz nach kaufmännischen Grundsätzen geführt. Die „Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter nichtwirtschaftlicher Einrichtungen“ vom 09.12.1987 (Nds. GVBl. S. 229) in der Fassung vom 13.11.1996 (Nds. GVBl. S. 468) findet Anwendung. Ebenfalls finden die „Muster für Wirtschaftsplan, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und den Kontenrahmen kaufmännisch geführter Einrichtungen“ lt. RdErl. des MI vom 09.12.1987 (Nds.MBl. S. 1080) Beachtung.

Die Kasse des Bauhofes ist eine Sonderkasse im Sinne des § 104 NGO. Auf die Sonderkasse finden grundsätzlich die für die Gemeindekasse geltenden Vorschriften der GemKVO entsprechende Anwendung (§ 42 Gemeindekassenverordnung).

2. Wirtschaftliches Ziel

Der Bauhof arbeitet im Sinne eines optimierten Regiebetriebes, d. h. der Bauhof arbeitet nach betriebswirtschaftlichen Regeln und ist gewinnorientiert eingestellt. Im ersten Schritt beinhaltet dieses den Auftrag, Kostendeckung bei Preisen zu erreichen, die mit der privaten Wirtschaft vergleichbar sind. Im zweiten Schritt soll sich der Bauhof um Aufträge der Verwaltung bemühen, die diese sonst an die freie Wirtschaft vergibt. Dieses erlaubt ein Wachsen des Bauhofes. Im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes und im Rahmen des Lageberichtes hat der Bauhof auf diese Zielsetzung besonders einzugehen.

B. Wirtschaftliche Aktivitäten

1. Aufgaben

Der Bauhof hat einen festgelegten Aufgabenkreis. Innerhalb dieses Aufgabenkreises erledigt der Bauhof seine Aufgaben auf der Grundlage konkreter Einzel- oder Daueraufträge.

Der Tätigkeitsbereich ist in drei Kategorien unterteilt. Die Zuordnung einzelner Aufgaben zu den Kategorien ist variabel gestaltet. Im Laufe der Zeit können sich Verschiebungen ergeben.

– Kategorie 1

Aufgaben, die vom Bauhof aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht oder der gesetzlichen Zuständigkeit (Winterdienst) oder der unmittelbaren Zugriffsmöglichkeit (sofortige Behebung von Straßenschäden) durchgeführt werden.

– Kategorie 2

Aufgaben, die aufgrund einer zeitlichen Zugriffsmöglichkeit in Verbindung mit dem Anspruch nach Ortsbilderscheinung oder Individualleistung eine Erledigung durch den Bauhof nach sich ziehen sollte.

– Kategorie 3

Aufgaben, die von ihrer zeitlichen und inhaltlichen Bedeutung her zwar auch durch den Bauhof, aber auch durch jeden sonstigen Dritten erledigt werden könnten. Maßgeblich hierfür ist das jeweils aktuell gültige Preis-/Leistungsverhältnis.

2. Auftragseingänge im Geschäftsjahr

Die Dauer- und Einzelaufträge werden grundsätzlich von der Gemeindeverwaltung an den Bauhof gestellt. Weitere Aufträge erhält der Bauhof von der Residenzort Rastede GmbH sowie von anderen Veranstaltern, die ihre Veranstaltungen in der Gemeinde Rastede durchführen.

3. Auftragsabwicklung

Die Abwicklung der Daueraufträge erfolgt in Eigenverantwortung des Bauhofes sowie in Absprache mit den dafür zuständigen Geschäftsbereichen der Gemeindeverwaltung.

Der Arbeitsumfang eines jeden Dauerauftrags wird sowohl hinsichtlich seiner Arbeiten als auch der dadurch entstehenden Kosten innerhalb eines Wirtschaftsplanes definiert.

Die Einzelauftragserteilung erfolgt zusätzlich zu den Daueraufträgen und ist somit nicht Bestandteil des Wirtschaftsplanes.

4. Residenzort GmbH

Die Residenzort GmbH ist ein vom Gemeinderat eingerichteter selbstständig arbeitender Geschäftsbereich, der die öffentliche Repräsentation der Gemeinde Rastede wahrzunehmen hat. Die Vermarktung des Turnierplatzes fällt ebenfalls in den Aufgabenbereich der Residenzort GmbH.

C. Wirtschaftliche Aktivitäten

– Personal

Der Personalbestand des Bauhofes setzt sich aus vierzehn Mitarbeitern zusammen, wovon dreizehn Mitarbeiter in Vollzeit (39,0 Stunden) und ein Mitarbeiter in Teilzeit (32,5 Stunden) beschäftigt sind. Diese teilen sich auf in Bauhofsleiter, Verwaltungsfachkraft und Arbeiter.

Zusätzlich wurden auf dem Bauhof im Wirtschaftsjahr durchschnittlich bis zu fünf Beschäftigte nach dem Bundessozialhilfegesetz eingesetzt.

D. Darstellung der Lage

1. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

– Vermögenslage

Es folgt eine Gegenüberstellung der zusammengefassten Bilanzen zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007. Einzelheiten zu den Bilanzpositionen finden sich in den Erläuterungen in der **Anlage 5**.

A k t i v s e i t e	31.12.2008		31.12.2007		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
<u>Anlagevermögen</u>					
Sachanlagen	808	78,4	874	69,0	-66
<u>Umlaufvermögen</u>					
Vorräte	10	1,0	4	0,3	6
Forderungen gegen die Gemeinde Rastede	213	20,6	389	30,7	-176
	223	21,6	393	31,0	-170
	1.031	100,0	1.267	100,0	-236
P a s s i v s e i t e					
Eigenkapital	838	81,3	1.050	82,9	-212
<u>Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen</u>					
Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde Rastede	124	12,0	166	13,1	-42
Sonstige kurzfristige Passiva einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	69	6,7	51	4,0	18
	193	18,7	217	17,1	-24
	1.031	100,0	1.267	100,0	-236

– Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel gibt die folgende Kapitalflussrechnung, die die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt und den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) entspricht.

	2008 TEUR	2007 TEUR
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	20	89
2. Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	117	123
3. Zunahme/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	-16	-15
4. Cashflow i.e.S. (Summe aus 1 bis 3)	121	197
5. Abnahme/Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Vorräte	-6	7
6. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	37	-12
7. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 4 bis 6)	152	192
8. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1	143
9. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-52	-50
10. Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 8 und 9)	-51	93
11. Auszahlungen an Unternehmenseigner (Dividenden, Erwerb eigener Anteile, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	-232	0
12. Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-45	-138
13. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 11 und 12)	-277	-138
14. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 7, 10 und 13)	-176	147
15. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	389	242
16. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	213	389
Zusammensetzung des Zahlungsmittelfonds am Ende der Periode		
– Kassenverrechnungskonto	213	389

– Ertragslage

Es folgt eine Gegenüberstellung der zusammengefassten Gewinn- und Verlustrechnungen für die Geschäftsjahre 2008 und 2007. Einzelheiten zu den wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung finden sich in den Erläuterungen in der **Anlage 5**.

	2008		2007		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	1.182	100,0	1.380	100,0	-198
Materialaufwand	164	13,9	310	22,5	-146
Rohergebnis	1.018	86,1	1.070	77,5	-52
Sonstige betriebliche Erträge	11	0,9	0	0,0	11
Personalaufwand	565	47,8	537	38,9	28
Abschreibungen	117	9,9	124	9,0	-7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	317	26,8	305	22,1	12
Ertragsunabhängige Steuern	4	0,3	4	0,3	0
	1.003	84,8	970	70,3	33
Betriebsergebnis	26	2,2	100	7,2	-74
Zinsaufwendungen	6	0,5	10	0,7	-4
Finanzergebnis	6	0,5	10	0,7	-4
Jahresüberschuss	20	1,7	90	6,5	-70

2. Geplante, geleistete Arbeitsstunden und Begründung für geleistete Mehrstunden

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2008 wurde von 19.400 Arbeitsstunden, die für die im Jahr anfallenden Arbeiten benötigt werden, ausgegangen.

Tatsächlich wurden aber für die im Wirtschaftsjahr 2008 angefallenen und ausgeführten Arbeiten 19.594 Arbeitsstunden benötigt. Für den Winterdienst fielen 2.612 Bereitschaftsstunden an.

3. Geplante und geleistete Investitionen

In dem für das Wirtschaftsjahr 2008 erstellten Wirtschaftsplan ist für die Beschaffung von Fahrzeugen und Arbeitsmaschinen (Holzzerkleinerer, Schlepper, Besander, Dreiseitenkipper, Bau eines Schleppdaches sowie diverser Kleingeräte) eine Investitionssumme in Höhe von 167.500 Euro vorgesehen.

Tatsächlich angeschafft wurden ein Besander, Holzzerkleinerer, sowie diverse Kleingeräte mit einem Gesamtaufwand von 49.527,34 Euro. Geplant war für diese Geräte eine Investitionssummen von 51.000,00 Euro. Außerplanmäßig wurden Ausgaben für einen Sicherheitsschrank, nach Auflage des GUV, in Höhe von 2.808,68 Euro getätigt.

Die Anschaffung eines Schleppers, eines Dreiseitenkippers und einer stationären Druckluftanlage wurde zurückgestellt.

4. Bau einer Streusalz- und Maschinenhalle

Der geplante Bau einer neuen Streusalzhalle in Kombination mit einer Maschinenhalle (Investitionssummen 204.800,00 Euro) wurde zurückgestellt.

E. Voraussichtliche Entwicklung

– Planungen des Folgejahres

Der Bau der neuen Streusalz- und Maschinenhalle wird für das Kalenderjahr 2009 angestrebt.

Des Weiteren ist die Anschaffung eines Hochdruckreinigers, eines Trilo-Saugwagens, eines Großflächenmähers sowie eines Transporters mit Dreiseitenkipper und Ladekran beabsichtigt. Die Summe dieser Investitionen beläuft sich nach Planungen auf eine Höhe von ca. 180.000,00 Euro.

Kleingeräte werden nach Bedarf angeschafft, die Kosten hierfür sind mit 6.000,00 Euro geplant.

Rastede, den 27. Oktober 2009

gez. Gemeinde Rastede

**Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2008 (Anlage 1) sowie ausgewählter Posten
der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (Anlage 2)**

I. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz

**1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche
Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten
und Werten**

	31.12.2008	31.12.2007
	EUR	EUR
Software Classic Line	1,00	1,00

2. Sachanlagen

	Stand 1.1.2008	Zugänge	Abgänge	Ab- schreibungen	Stand 31.12.2008
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Grundstücke und Bauten	386.747,77	0,00	0,00	7.818,00	378.929,77
b) Technische Anlagen und Maschinen	50.588,00	1.846,88	1.132,00	12.143,88	39.159,00
c) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	436.400,00	50.489,14	4,00	96.806,14	390.079,00
	873.735,77	52.336,02	1.136,00	116.768,02	808.167,77

Die **Zugänge** setzen sich wie folgt zusammen:

	EUR
<u>b) Technische Anlage und Maschinen</u>	
Stemmhammer	1.846,88
<u>c) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>	
Schredder	24.506,02
Besander	17.407,32
Sicherheitsschrank	2.808,68
Büroschränke	2.101,71
Geringwertige Anlagegüter	3.665,41
	50.489,14
	52.336,02

Bei den **Abgängen** handelt es sich im Wesentlichen um einen Schredder sowie diverse Kleingeräte (Motorsäge, Laubsauger etc.). Größtenteils waren diese bereits auf EUR 1,00 abgeschrieben.

3. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>31.12.2007</u> EUR
Streusalz	3.018,38	1.859,37
Diesel	2.046,25	0,00
Sonstige Hilfsstoffe	1.487,50	476,00
Hansegrand	819,91	79,33
Schlacke	495,64	142,80
Quarzsand	467,31	0,00
Brechsand	420,69	113,53
Mineralgemisch	342,01	360,57
Füllsand	297,38	0,00
Lava	276,03	136,85
Kaltbitumen	76,95	849,66
Wesersand	0,00	70,80
	<u>9.748,05</u>	<u>4.088,91</u>

4. Forderungen gegen die Gemeinde Rastede

	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>31.12.2007</u> EUR
Kassenverrechnungskonto	125.483,26	310.901,99
Übrige	87.486,30	78.425,77
	<u>212.969,56</u>	<u>389.327,76</u>

5. Rechnungsabgrenzungsposten

	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>31.12.2007</u> EUR
Kfz-Steuer 2009	158,00	0,00

6. Eigenkapital

	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>31.12.2007</u> EUR
Stammkapital	450.000,00	450.000,00
Kapitalrücklage	277.915,33	277.915,33
Gewinnvortrag 1. Januar	322.225,76	232.428,73
Ausschüttung der Gewinne aus 2003, 2004 und 2005	192.740,65	0,00

Ausschüttung des Gewinns aus 2006	39.688,08	0,00
Jahresüberschuss	<u>20.039,48</u>	<u>89.797,03</u>
	<u>109.836,51</u>	<u>322.225,76</u>
	<u>837.751,84</u>	<u>1.050.141,09</u>

Per Beschluss vom 16. Dezember 2008 wurde der Gewinn des Jahres 2007 auf das Jahr 2008 vorgetragen.

7. Sonstige Rückstellungen

	Stand 1.1.2008 EUR	(V) (A)	Verbrauch Auflösung EUR	Zuführung EUR	Stand 31.12.2008 EUR
Urlaubsverpflichtungen	11.200,00	(V)	11.200,00	15.300,00	15.300,00
Geleistete Mehrstunden	5.250,00	(V)	5.250,00	11.853,00	11.853,00
Abschlusskosten	2.400,00	(V)	2.400,00	2.700,00	2.700,00
Altersteilzeit	24.915,74	(V)	19.105,32	0,00	0,00
		(A)	5.810,42		
Berufsgenossenschaften	1.910,00	(V)	1.910,00	0,00	0,00
		(V)	39.865,32		
	<u>45.675,74</u>	(A)	<u>5.810,42</u>	<u>29.853,00</u>	<u>29.853,00</u>

8. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
Lt. Saldenliste	<u>35.446,74</u>	<u>0,00</u>

9. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde Rastede

	2008 EUR
Stand 1. Januar	166.015,77
Tilgung	5.223,63
Sondertilgung	39.700,00
Zinsen für zweites Halbjahr 2008	<u>3.027,31</u>
Stand 31. Dezember	<u>124.119,45</u>

10. Sonstige Verbindlichkeiten

	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>31.12.2007</u> EUR
<u>Aus Steuern</u>		
Umsatzsteuer 2008	671,63	0,00
Umsatzsteuer-Vorauszahlung Dezember 2008	658,38	0,00
Umsatzsteuer 2007	<u>518,87</u>	<u>1.170,45</u>
	<u>1.848,88</u>	<u>1.170,45</u>
<u>Im Rahmen der sozialen Sicherheit</u>		
Gartenbau-Berufsgenossenschaft	1.199,87	0,00
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft	<u>824,60</u>	<u>0,00</u>
	<u>2.024,47</u>	0,00
<u>Übrige</u>		
Zinsen Anteil 2007	<u>0,00</u>	<u>4.150,39</u>
	<u>3.873,35</u>	<u>5.320,84</u>

II. Erläuterungen zu ausgewählten Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

1. Sonstige betriebliche Erträge

	2008	2007
	EUR	EUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	5.810,42	0,00
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	5.033,61	0,00
	<u>10.844,03</u>	<u>0,00</u>

2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

	2008	2007
	EUR	EUR
Abschreibungen auf Sachanlagen	116.034,61	123.371,36
Abschreibung geringwertiger Anlagegüter	733,41	1.187,72
	<u>116.768,02</u>	<u>124.559,08</u>

3. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2008	2007
	EUR	EUR
<u>Betriebskosten</u>		
Instandhaltungskosten	120.570,38	97.681,03
Fahrzeugkosten	71.364,34	62.430,81
Mieten und Pachten	16.043,02	14.241,48
Energiekosten	7.589,44	8.161,86
Dienst- und Schutzkleidung	4.883,41	3.719,00
Übrige	307,81	206,17
	<u>220.758,40</u>	<u>186.440,35</u>

Verwaltungskosten

Verwaltungskostenumlage	21.000,00	21.000,00
Gebühren und Abgaben	10.064,40	13.182,21
Rechts- und Beratungskosten	3.757,66	2.925,44
Reinigung	3.275,09	2.948,12
Telefon und Funk	2.381,74	2.215,81
Bürobedarf	876,59	564,29
Reisekosten	487,20	0,00
Fortbildungskosten	31,20	270,00
	<u>41.873,88</u>	<u>43.105,87</u>

Übertrag:	262.632,28	229.546,22
-----------	------------	------------

	<u>2008</u> EUR	<u>2007</u> EUR
Übertrag:	262.632,28	229.546,22
<u>Übrige</u>		
Fremdvergabe	52.804,36	67.980,14
Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	1.136,00	6.861,63
Sonstige	<u>0,00</u>	<u>574,22</u>
	<u>53.940,36</u>	<u>75.415,99</u>
	<u>316.572,64</u>	<u>304.962,21</u>

4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

	<u>2008</u> EUR	<u>2007</u> EUR
Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten	<u>6.185,21</u>	<u>10.289,87</u>

5. Sonstige Steuern

	<u>2008</u> EUR	<u>2007</u> EUR
Kfz-Steuern	<u>4.221,43</u>	<u>4.077,43</u>

Rechtliche Grundlagen

Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform:	Der Bauhof wird als optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede gemäß § 108 Abs. 3 NGO aufgeführt. Es gelten gemäß § 110 Abs. 2 Satz 2 NGO die Vorschriften der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom).
Firma:	Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede
Sitz des Unternehmens:	Rastede
Geschäftsjahr:	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Gegenstand der Gesellschaft:	Der Bauhof arbeitet im Sinne eines optimierten Regiebetriebes, d. h. der Bauhof arbeitet nach betriebswirtschaftlichen Regeln und ist gewinnorientiert eingestellt. Im ersten Schritt beinhaltet dieses den Auftrag Kostendeckung bei Preisen zu erreichen, die mit der privaten Wirtschaft vergleichbar sind. Im zweiten Schritt soll sich der Bauhof um Aufträge der Verwaltung bemühen, die diese sonst an die freie Wirtschaft vergibt. Dieses erlaubt ein Wachsen des Bauhofes. Im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes und im Rahmen des Lageberichtes hat der Bauhof auf diese Zielsetzung besonders einzugehen.
Dauer der Gesellschaft:	Das Unternehmen ist auf unbestimmte Dauer geschlossen.
Leitung:	Hans-Hermann Ammermann, Rastede

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/173

freigegeben am 25.09.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Frank Dudek

Datum: 25.09.2009

Haushalt 2007 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	03.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 wird mit einem Ergebnis in der Einnahme und in der Ausgabe i. H. v. jeweils 38.201.509,53 Euro beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung erteilt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 100 Abs. 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO – in der derzeit gültigen Fassung i. V. m. dem Beschluss des Rates vom 21.02.2006 zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts) stellt der Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung fest.

Die Jahresrechnung wird zusammen mit dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Jahresrechnung 2007 und der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Prüfungsbericht dem Rat vorgelegt. Der Rat beschließt gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 NGO über die Jahresrechnung und entscheidet zugleich über die Entlastung des Bürgermeisters. Die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung 2007 können dem als Anlage beigefügten Rechenschaftsbericht entnommen werden.

Die Jahresrechnung ist nebst Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland zur Prüfung vorgelegt worden. Die einzelnen Prüfbemerkungen sind dem anliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 zu entnehmen. Auch die verwaltungsseitige Stellungnahme zum Prüfbericht ist als Anlage beigefügt.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich hinsichtlich der Prüfung der Jahresrechnung 2006 keine Gründe ergeben haben, die der vorgeschlagenen Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie der Entlastung des Bürgermeisters als Hauptverwaltungsbeamten durch den Rat der Gemeinde Rastede gemäß § 101 Abs. 1 NGO entgegenstehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

- Anlage 1: Bescheinigung Vollständigkeit
- Anlage 2: Rechenschaftsbericht
- Anlage 3: Prüfbericht RPA
- Anlage 4: Stellungnahme zum Prüfbericht

Jahresrechnung 2007

Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2007 wird festgestellt.

Rastede 25.09.2009



Decker
- Bürgermeister -

Rechenschaftsbericht

über die Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2007

Gemäß § 100 Abs. 1 S. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. In diesem sind nach § 44 Abs. 4 S. 1 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) insbesondere die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen darzustellen bzw. zu erläutern. Zudem ist nach § 44 Abs. 4 S. 2 GemHVO im Rahmen des Rechenschaftsberichtes ein Überblick über die Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Haushaltsjahres zu gewähren.

I. Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2007

A) Daten der Haushaltsplanung

1. Haushaltssatzung

Die Haushaltssatzung 2007 der Gemeinde Rastede wurde am 27.02.2007 mit Beschluss des Rates erlassen. Mit Verfügung vom 13.03.2007 wurde die Haushaltssatzung vom Landkreis Ammerland als Aufsichtsbehörde im Rahmen der Rechtsaufsicht genehmigt. Auf den Erlass einer Nachtragssatzung wurde verzichtet.

Folgende Einnahme- und Ausgabevolumen wurden veranschlagt:

- **im Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme	25.713.300 Euro
in der Ausgabe	25.713.300 Euro
- **im Vermögenshaushalt**

in der Einnahme	8.660.600 Euro
in der Ausgabe	8.660.600 Euro

Desweiteren wurden in der Haushaltssatzung folgende Festsetzungen getroffen:

- Höhe der Kreditermächtigung 553.300 Euro
- Höhe der Verpflichtungsermächtigungen 0 Euro
- Höhe der zulässigen Kassenkredite 1.500.000 Euro

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern wurden für 2007 – wie im Vorjahr – in folgender Höhe festgesetzt:

- Grundsteuer A 280 v.H.
- Grundsteuer B 300 v.H.
- Gewerbesteuer 310 v.H.

2. Weitere Eckdaten zur Haushaltsplanung

Neben den in der Haushaltssatzung getroffenen Festsetzungen sind folgende Eckdaten zur Haushaltsplanung 2007 herauszustellen:

- Zuführung zum Vermögenshaushalt
322.500 Euro
- Rücklagenentnahme 3.862.400 Euro
- Ordentliche Tilgung 306.000 Euro
(Pflichtzuführung)
- Nettokreditaufnahme 16.500 Euro
- Investitionsvolumen 6.031.200 Euro

B) Ergebnisse der Jahresrechnung

1. Haushaltrechnung

Die Haushaltsrechnung für 2007 weist folgendes Ergebnis aus:

Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	29.348.413,09 €
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	<u>8.867.203,63 €</u>
Summe Soll-Einnahmen	38.215.616,72 €

+ neue Haushaltseinnahmereste	0,00 €
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00 €
- Abgang alter Kasseneinnahmereste	14.107,19 €

Summe bereinigter Soll-Einnahmen	38.201.509,53 €
---	------------------------

Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	29.258.877,41 €
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	7.296.913,87 €
(darin enthalten: Überschuss nach § 42 III S.2 GemHVO:	<u>1.042.670,49 €</u>
Summe Soll-Ausgaben	36.555.791,28 €

+ neue Haushaltsausgabereste	
Verwaltungshaushalt	115.135,97 €
Vermögenshaushalt	1.917.541,75 €

- Abgang alter Haushaltsausgabereste	
Verwaltungshaushalt	39.707,48 €
Vermögenshaushalt	347.251,99 €

- Abgang alter Kassenausgabereste	0,00 €
-----------------------------------	--------

Summe bereinigter Soll-Ausgaben	38.201.509,53 €
--	------------------------

Etwaiger Unterschied	
	bereinigte Soll-Einnahme
	38.201.509,53 €
abzüglich	bereinigte Soll-Ausgabe
	<u>38.201.509,53 €</u>
Fehlbetrag	<u><u>0,00 €</u></u>

Im Abschluss sind enthalten:	
Zuführung an den Vermögenshaushalt	4.307.469,13 €
Zuführung an den Verwaltungshaushalt	0,00 €

2. Abschlussergebnis Verwaltungshaushalt

	Haushaltssoll	Ergebnis	+ / –
Einnahmen	25.713.300,00	29.334.305,90	+ 3.621.005,90
Ausgaben	<u>25.713.300,00</u>	<u>25.026.836,77</u>	– 686.463,23
Überschuss	0,00	4.307.469,13	

Im Ergebnis schloss der Verwaltungshaushalt mit Einnahmen i. H. v. 29.334.305,90 Euro und mit Ausgaben i. H. v. 25.026.836,77 Euro ab. Dem Vermögenshaushalt konnte somit ein Betrag i. H. v. 4.307.469,13 Euro zugeführt werden. Die veranschlagte Mindestzuführung i. H. v. 306.000 Euro wurde somit erheblich überschritten. Die Verbesserung im Ergebnis resultiert aus den Minderausgaben i. H. v. 686.463,23 Euro bei Realisierung von Mehreinnahmen i. H. v. 3.621.005,90 Euro.

3. Abschlussergebnis Vermögenshaushalt

	Haushaltssoll	Ergebnis	+ / –
Einnahmen	8.660.600,00	8.867.203,63	+ 206.603,63
Ausgaben	<u>8.660.600,00</u>	<u>7.824.533,14</u>	– 836.066,86
Überschuss	0,00	1.042.670,49	

Im Ergebnis schloss der Vermögenshaushalt mit Einnahmen i. H. v. 8.867.203,63 Euro und mit Ausgaben i. H. v. 7.824.533,14 Euro ab. Die Einnahme beinhaltet die Zuführung vom Verwaltungshaushalt i. H. v. 4.307.469,13 Euro, eine Rücklagenzuführung i. H. v. 0,00 Euro und Kreditaufnahmen aus der Kreisschulbaukasse i. H. v. 245.500,00 Euro. Im Rahmen des Jahresabschlusses konnte der verbliebene Überschuss der Einnahmen über den Ausgaben i. H. v. 1.042.670,49 Euro der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

4. Zuführung zum Vermögenshaushalt

a) Pflicht- und Sollzuführung

Soweit sich aus der Gegenüberstellung von Solleinnahmen und Sollausgaben im Verwaltungshaushalt ein Überschuss ergibt, ist dieser dem Vermögenshaushalt zuzuführen. Gemäß § 22 Abs. 1 S. 2 GemHVO muss die Zuführung mindestens so hoch sein, dass damit die ordentliche Tilgung der Kredite gedeckt werden kann (Pflichtzuführung). Zudem soll die Zuführung die aus speziellen Entgelten gedeckten Abschreibungen umfassen (§ 22 Abs. 1 S. 3 GemHVO).

Im Haushaltsplan wurde eine (Pflicht-)Zuführung zum Vermögenshaushalt i. H. v. 306.000 Euro veranschlagt.

Nach den Ergebnissen der Haushaltsrechnung 2007 stellt sich die Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt wie folgt dar:

- Mindesthöhe der Zuführung nach § 22 Abs. 1 S. 2 GemHVO (Pflichtzuführung)

Ordentliche Tilgung von Krediten	298.204,69 €
+ Kreditbeschaffungskosten (§ 22 Abs. 2 GemHVO)	<u>0,00 €</u>
= Pflichtzuführung nach § 22 Abs.1 S.2 GemHVO	298.204,69 €

- Zuführung mindestens in Höhe der durch spezielle Entgelte gedeckten Abschreibungen nach § 22 Abs. 1 S. 3 GemHVO

- Schmutzwasser, einschl. Fäkalschlamm	669.969,98 €
	<u>1.431,99 €</u>
	671.401,97 €
- Regenwasser	0,00 €
- Märkte	0,00 €
- Obdachloseneinrichtung (Entgeltdeckung 38,86 %)	2.093,78 €
- <u>Straßenreinigung</u>	<u>0,00 €</u>
= Mindestzuführung nach § 22 Abs. 1 S. 3 GemHVO	673.495,75 €

- Tatsächliche Zuführung (Anordnungssoll) 4.307.469,13 €

- Gegenüberstellung Anordnungssoll – Mindestzuführung
- = Nettozuführung 3.633.973,38 €

Im Ergebnis (Anordnungssoll) beträgt die Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt 4.307.469,13 Euro. Abzüglich der Pflichtzuführung nach § 22 Abs. 1 GemHVO i. H. v. 673.495,75 Euro ergibt sich eine Nettozuführung i. H. v. 3.633.973,38 Euro.

b) Unterjährige Zuführung zum Vermögenshaushalt

Im Rahmen einer eingeführten Budgetierung erlaubt es die Gemeindehaushaltsverordnung innerhalb der untersten Budgetebene (Teil- oder Anteilbudget) Haushaltsmittel im Verwaltungshaushalt zu sparen, um sie im Vermögenshaushalt für Anschaffungen bereitzustellen, gemäß § 18 Abs. 3 GemHVO. Darüber hinaus können nach § 17 Abs. 3 GemHVO Mehreinnahmen oder nicht verwendete zweckgebundenen Einnahmen im Verwaltungshaushalt für Mehrausgaben im Vermögenshaushalt verwendet werden.

Die Bereitstellung im Vermögenshaushalt setzt eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt nach dem bekannten haushaltsrechtlichen Verfahren voraus. Dieses Verfahren wurde 2007 in 11 Fällen angewandt. Dabei wurden insgesamt Haushaltsmittel i. H. v. 12.813,03 Euro dem Vermögenshaushalt zugeführt. Tatsächlich hätten unterjährig 31.596,65 Euro für 15 Fälle zugeführt werden müssen. Die zusätzliche Buchung der unterjährigen Zuführung wurde versehendlich bei vier Beträgen übersehen. Dieses Versehen wurde durch die Jahresabschlusszuführung bereinigt.

Verschiebung	gegenseitige/einseitige Deckungsfähigkeit (Minderausgaben)	unechte Deckungsfähigkeit (Mehreinnahmen)	Gesamt
innerhalb Teilhaushalt	11.100,94 €	2.031,00 €	13.131,94 €
außerhalb Teilhaushalt	18.465,00 €		
	29.565,94 €	2.031,00 €	31.596,94 €

c) Finanzwirtschaftliche Bedeutung der Zuführung

Tatsächliche Zuführung an den Vermögenshaushalt 4.307.469,13 €

Anteil der Bruttozuführung (4.307.469,13 €) an den Ist-Ausgaben des Vermögenshaushaltes

- einschließlich Rücklagenzuführung (8.414.380,94 €) 51,19 %
- ohne Rücklagenzuführung (7.371.710,45 €) 58,43 %

Anteil der Nettozuführung (3.633.973,38 €) an den um die Ausgaben für Tilgung und Kreditbeschaffungskosten bereinigten Ist-Ausgaben des Vermögenshaushaltes

- einschließlich Rücklagenzuführung (5.792.850,02 €) 62,73 %
- ohne Rücklagenzuführung (4.750.188,53 €) 76,50 %

Anteil der Zuführungen im Sinne der §§ 17 Abs. 3 und 18 Abs. 3 GemHVO (31.596,65 €) an der Nettozuführung (3.633.973,38 €)

0,86 %

5. Allgemeine Rücklage

Zur Deckung der Ausgaben im Vermögenshaushalt war für das Haushaltsjahr 2007 eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage i. H. v. 3.862.400 Euro vorgesehen. Das Rechnungsergebnis weist tatsächlich eine Rücklagenentnahme i. H. v. 0,00 Euro aus. Aufgrund der hohen Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt und entsprechender Minderausgaben im Vermögenshaushalt war im Ergebnis ein Rückgriff auf die allgemeine Rücklage nicht erforderlich.

Eine Rücklagenzuführung war für das Haushaltsjahr 2007 nicht ausgewiesen. Das Rechnungsergebnis weist im Vermögenshaushalt allerdings einen Einnahmeüberschuss i. H. v. 1.042.670,49 Euro aus. Da der Einnahmeüberschuss nicht zur Deckung von Fehlbeträgen im Verwaltungshaushalt herangezogen werden musste, konnte dieser nach § 22 Abs. 3 GemHVO der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Die Allgemeine Rücklage weist zum 31.12.2007 einen Bestand i. H. v. 5.532.299,75 Euro aus.

Übersicht über die Entwicklung der Allgemeinen Rücklage:

Rücklagenbestand am 01.01.2007	5.532.299,75 €
Rücklagenentnahme in 2007	0,00 €
Rücklagenzuführung in 2007	1.042.670,49 €
Rücklagenbestand am 31.12.2007	6.574.970,24 €

Der Bestand der Allgemeinen Rücklage muss nach § 20 Abs.2 GemHVO mindestens 1 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes nach dem Durchschnitt der drei dem entsprechenden Haushaltsjahr vorangehenden Jahre betragen. Dieser Mindestbestand soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse).

Zur Ermittlung des Mindestbestandes für das Haushaltsjahr sind folgende Ausgabevolumen (Anordnungssoll) heranzuziehen:

2004	26.051.760,53 €
2005	31.244.745,12 €
2006	27.221.685,05 €
Durchschnitt	28.172.730,24 €
Mindestbestand	281.727,30 €

Mit einer Höhe von rund 6,5 Mio. Euro liegt der Rücklagenbestand weit über dem Mindestbestand der Allgemeinen Rücklage.

6. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Mit Beschluss der Haushaltssatzung hat der Rat der Gemeinde Rastede den Rahmen für die Haushaltsführung festgelegt. Nach dem Kassenwirksamkeitsprinzip und dem Grundsatz der Haushaltswahrheit sind dabei alle nach sorgfältigen Berechnungen und Schätzungen voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben zu veranschlagen.

Im Laufe des Haushaltsjahres weicht die Entwicklung der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben jedoch von der Planung ab. Sind über den im Haushaltsplan vorgegebenen Rahmen hinaus Ausgaben zu leisten, so können im Hinblick auf eine flexible Haushaltsführung über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben eingegangen werden.

Innerhalb der Budgets sind auf jeweils unterster Ebene im Rahmen der Budgetierungsbestimmungen die Ausgaben gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus ist diese Deckungsfähigkeit nicht gegeben und es handelt sich um über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben im haushaltsrechtlichen Sinn.

Der über- bzw. außerplanmäßige Bedarf erfüllte die Voraussetzung der Unvorhergesehenheit und der Unabweisbarkeit. Die Deckung erfolgte innerhalb des laufenden Haushaltsjahres überwiegend durch Minderausgaben bei anderen Ausgabehaushaltsstellen.

Bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 5.000 Euro wird der Rat unverzüglich informiert. Für alle übrigen über- und außerplanmäßigen Ausgaben erfolgt die Unterrichtung des Rates spätestens im Rahmen der Jahresrechnung.

Im Verwaltungshaushalt wurden folgende überplanmäßige Ausgaben vorgenommen:

	<u>Anzahl</u>	<u>Volumen</u>
• außerplanmäßige Ausgaben	6	42.417,00 €
• überplanmäßige Ausgaben	<u>75</u>	<u>412.684,68 €</u>
gesamt	81	455.101,68 €

Im Vermögenshaushalt wurden folgende Mittelverschiebungen vorgenommen:

	<u>Anzahl</u>	<u>Volumen</u>
• außerplanmäßige Ausgaben	21	586.198,54 €
• überplanmäßige Ausgaben	<u>8</u>	<u>138.674,75 €</u>
gesamt	29	724.873,29 €

Auch wenn es im Laufe des Haushaltsjahres zu einer Vielzahl von über- und außerplanmäßigen Ausgaben gekommen ist, so sind dennoch verpflichtende Gründe für den Erlass einer Nachtragssatzung nicht eingetreten. Zudem sind die über- und außerplanmäßigen Ausgaben keine Abweichungen von den Planungsabsichten des Rates, weil lediglich auf

Ausgabennotwendigkeiten reagiert wurde und sich die mit dem Haushaltsplan verbundenen Ausgabenziele nicht verändert haben.

Eine Einzeldarstellung über die im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt vorgenommenen außer- und überplanmäßigen Ausgaben ist als **Anlage 1** beigefügt. Aus der Anlage können die einzelnen Begründungen entnommen werden.

7. Haushaltsreste

Als Ausnahme vom Grundsatz der zeitlichen Bindung von Haushaltsansätzen können nach § 19 GemHVO Ausgabeermächtigungen in das folgende Haushaltsjahr übertragen werden, ohne dass eine Veranschlagung im neuen Haushaltsplan erforderlich ist. Die zeitliche Übertragbarkeit der Ausgaben ist unter bestimmten Voraussetzungen im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt möglich.

Verwaltungshaushalt

Im Verwaltungshaushalt können Ausgabeansätze übertragen werden, soweit es die wirtschaftliche Aufgabenerfüllung fördert, gemäß § 19 Abs. 2 GemHVO. Mit Einführung der Budgetierung gelten nach § 8 Abs. 3 der GemHVO die Voraussetzungen für die Übertragung von Ausgabeansätzen des Verwaltungshaushaltes als von vornherein erfüllt. Im Verwaltungshaushalt wurden auf 46 Haushaltsstellen Ausgabereste i. H. v. insgesamt 115.135,97 Euro gebildet und ins Folgejahr übertragen. Von diesem Betrag entfallen 110.135,97 Euro auf bereits über Aufträge gebundene Haushaltsmittel. Das Volumen der im Verwaltungshaushalt übertragenen Haushaltsausgabereste umfasst 0,35 % des Anordnungssolls im Ergebnis i. H. v. 29.334.305,90 Euro. Die Übertragung der Haushaltsansätze entfällt auf folgende Gruppierungsbereiche:

Gruppierungsbereich		Anordnungssoll - im Ergebnis -	Haushaltsreste	Anteil
5	Sachlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	4.962.827,01 €	102.651,73 €	2,07 %
	davon			
52	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenst.	112.048,33 €	8.697,36 €	7,76 %
56	Besondere Aufwendungen für Bedienstete	73.576,76 €	5.899,00 €	8,02 %
57 bis 59	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	592.625,81 €	1.473,26 €	0,25 %
6	Sachlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	5.205.964,93 €	6.829,24 €	0,13 %
	davon			
636	Kosten der EDV	131.759,41 €	1.114,89 €	0,85 %
63	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	144.965,78 €	5.114,35 €	3,53 %
7	Zuweisungen und Zuschüsse	1.124.457,01 €	5.655,00 €	0,50 %
	davon			
71	Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	1.058.829,64 €	5.655,00 €	0,53 %
gesamt			115.135,97 €	

Eine Einzeldarstellung der im Verwaltungshaushalt übertragenen Haushaltsausgabereste ist als **Anlage 2 a** beigelegt.

Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt bleiben die Ausgabeermächtigungen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Für Baumaßnahmen und Beschaffungen begrenzt der § 19 Abs. 1 GemHVO die Verfügbarkeit auf einen Zeitraum von längstens zwei Jahren nach Abschluss des Haushaltsjahres, in dem der Gegenstand oder der Bau in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Im Vermögenshaushalt wurden auf 78 Haushaltsstellen Ausgabereste i. H. v. insgesamt 2.138.863,50 Euro gebildet – vorrangig bei bereits begonnenden Tiefbaumaßnahmen – und ins Folgejahr übertragen. Von diesem Betrag entfallen 1.238.300,52 Euro auf bereits über Aufträge gebundene Haushaltsmittel. Das Volumen der im Vermögenshaushalt übertragenen Haushaltsausgabereste umfasst 13,96 % des Anordnungssolls im Ergebnis in Höhe von 8.867.203,63 Euro. Die Übertragung der Haushaltsansätze entfällt auf folgende Gruppierungsbereiche:

Gruppierungsbereich		Anordnungssoll - im Ergebnis -	Haushaltsreste	Anteil
9	Ausgaben des Vermögenshaushaltes	8.867.203,63 €	2.138.863,50 €	13,96 %
	davon			
93	Vermögenserwerb	797.671,90 €	176.511,92 €	22,13%
94	Hochbau	974.115,72 €	261.177,52 €	26,81%
95	Tiefbau	2.713.846,11 €	1.514.618,18 €	55,81%
96	Planung	55.683,47 €	21.294,49 €	38,24%
98	Zuweisungen und Zuschüsse	659.363,82 €	165.261,39 €	25,06%
gesamt			2.138.863,50 €	

Eine Einzeldarstellung der im Vermögenshaushalt übertragenen Haushaltsausgabereste ist als **Anlage 2 b** beigelegt.

Auch wenn mit Einführung der Budgetierung die Voraussetzungen für die Übertragung von Ausgabeansätzen des Verwaltungshaushaltes als von vornherein erfüllt gelten und im Vermögenshaushalt die Ausgabeermächtigungen über das ursprüngliche Haushaltsjahr hinaus fortbestehen, so besteht nach wie vor das Ziel, die Anzahl und die Höhe der Haushaltsausgabereste zu reduzieren. Dies soll dadurch erreicht werden, dass die Veranschlagung der Haushaltsansätze in Abstimmung auf die einzelnen Haushaltsjahre sorgfältiger und bedarfsgerechter vorgenommen wird. Im Vergleich zum Vorjahr senkte sich der prozentuale Anteil von seinerzeit 17,97 % auf nun 13,96 %. Die Haushaltsreste werden nach wie vor als zu hoch betrachtet.

8. Entwicklung der Kassenlage

Eine jederzeitige Liquidität der Gemeindekasse konnte im Haushaltsjahr 2007 gesichert werden. Die Allgemeine Rücklage wurde im Laufe des Haushaltsjahres 2007 als Kassenverstärkungsmittel herangezogen. Eine Inanspruchnahme eines Kassenkredites zur Kassenbestandsverstärkung war in 2007 nicht erforderlich. Freie Kassenmittel wurden wirtschaftlich angelegt und entsprechende Zinsen vereinnahmt.

9. Verwahrung und Vorschüsse

Grundsätzlich sind bei Ausführung des Haushaltsplanes zu leistende Ausgaben und einzunehmende Einnahmen unverzüglich bei der entsprechenden Haushaltsstelle zu buchen. Nur unter den Voraussetzungen des § 31 GemHVO und des § 10 GemKVO können Einnahmen und Ausgaben als Verwahrung oder Vorschuss gebucht werden. Eine Beordnung der Verwahr- und Vorschusskonten ist laufend vorzunehmen. Ziel ist es, die Konten soweit wie möglich zum Jahresende auszugleichen.

a) Verwahrung

Zum 31.12.2007 verbleiben folgende Verwahrbestände:

0000.410102.9	Förderpreis Rastede – Schulprojekt	5.461,30 €
0000.010103.3	Sonstige durchlaufende Gelder	100,00 €
	- Personal und Innere Dienste -	
0000.010105.2	Kommunaler Schadenausgleich	713,57 €
	- Schadensfälle -	
0000.410402.0	Sonstige durchlaufende Gelder	-892,84 €
	- Fachbereich Schule, Sport und Kultur -	
0000.020201.9	Allgemeine Rücklage	6.574.970,24 €
0000.420221.6	Müllabfuhrgebühren	-9.602,67 €
0000.050322.8	Fundsachen - Geldbeträge	49,26 €
0000.050323.4	Sonstige durchlaufende Gelder – Ordnung	273,00 €
0000.050501.4	Sonstige durchlaufende Gelder – Soziales	220,00 €
0000.060661.9	Sicherheitssummen	55.260,00 €
0100.400002.0	Kirchensteuer	-715,46 €
	Verwahrkonten insgesamt	6.625.836,40 €

b) Vorschüsse

Zum 31.12.2007 wurden folgende Kontostände nachgewiesen:

1000.460605.0	Bauhof *	-6.016,22 €
1000.060606.5	Bauhof *	54.642,15 €
1000.060662.9	Bauhof *	210.309,96 €
1000.910101.7	Vorschüsse an Bedienstete	-200,00 €
1000.310102.1	Sonstige Vorschüsse - Personal und Innere Dienste	200,00 €
1000.910402.6	Kommunaler Schadenausgleich - Bagatellschäden	-717,11 €
1000.920201.1	Betriebsmittelvorschüsse	-7.640,00 €
1000.950502.0	Vorschüsse SGB II	-1.023,00 €
1000.950601.3	Sonstige Vorschüsse - GB 3 (Hochbau)	-10.000,00 €
1000.960606.3	Bauhof (2006)*	-11.771,92 €
1000.360607.7	Bauhof (2007)*	96.348,78 €
1000.960663.0	Bauhof, BgA Rennplatz	-22.435,09 €
	Vorschusskonten insgesamt	301.697,55 €

* Hinweis:

Der Regiebetrieb Bauhof besitzt keine eigenen Geldkonten. Für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs sind deshalb Vorschuss-/Verwahrkonten als Kassenverrechnungskonto des Bauhofes bei der Gemeinde Rastede eingerichtet worden, die mit dem Kassenverrechnungskonto der kaufmännischen Buchführung des Bauhofes identisch sein müssen. Um einen entsprechenden Abgleich zwischen den in den unterschiedlichen Buchungssystemen ge-

fürten Konten (Vorschusskonten der Gemeinde und Kassenverrechnungskonto des Bauhofes) zu vereinfachen, werden – erstmalig ab dem Haushaltsjahr 2005 – für jedes Haushaltsjahr gesonderte Vorschusskonten eingerichtet. Dennoch ist der Abgleich der Kassenverrechnungskonten sehr schwer, was u.a. daran liegt, dass der Bauhof in seiner Buchhaltung keine „offene Posten“-Rechnung führt.

Die einzelnen Begründungen der zum Jahresabschluss 2007 verbliebenen Verwahrgelder/Vorschüsse sind als **Anlage 3** beigefügt.

10. Nebenrechnung nach § 12 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) für die leitungsgebundenen kostenrechnenden Einrichtungen

Über die Gebühr zahlt der Gebührenpflichtige die Abschreibungen für die Einrichtung Abwasserbeseitigung. Diesen vom Gebührenzahler entrichteten Abschreibungen stehen die Aufwendungen gegenüber, die die Gemeinde als Finanzier und Errichter der Einrichtung bisher gehabt hat. Die Differenz zwischen den Spalten 1 und 2 der nachfolgenden Tabellen ist das Ergebnis der Nebenrechnung, das in der Spalte 3 beziffert ist.

Ein Ergebnis mit negativem Vorzeichen sagt aus, dass der entsprechende Betrag vom Gebührenzahler noch an die Gemeinde „zurückzuzahlen“ ist. Ein Ergebnis mit positivem Vorzeichen sagt dagegen aus, dass der entsprechende Betrag von der Gemeinde in der Rücklage für Investitionen bereitgehalten werden muss.

a) öffentliche Einrichtung Schmutzwasserbeseitigung

		Abschreibungen	Aufwendungen auf die die Abschreibungen angerechnet werden = verwendete Abschreibungen	Noch nicht verwendete Abschreibungen („-“ = noch Rückzahlung an Gem.)
		1	2	3
1 a)	bisherige Abschreibungen aus Spalte 6 (= „bisherige Abschreibungen“) des Musters 12 (= Anlagennachweise) zu § 39 Abs. 2 GemHVO	10.770.516,42 €		
1 b)	bisherige Abschreibungen (1a)) soweit sie im jeweiligen Jahr erwirtschaftet wurden. Erwirtschaftet sind die Abschreibungen in dem Umfang, wie die Einnahmen die Kosten der Einrichtung decken.	10.721.175,74 €		
2 a)	bisherige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, für die keine Beiträge und Zuweisungen gezahlt worden sind.		1.943.082,05 €	
2 b)	bisherige Tilgungen von Krediten für diese Einrichtung			
	- spezielle Darlehen		3.180.486,28 €	
	- allgemeine Darlehen		2.237.597,68 €	
2 c)	bisherige Anteile für die Refinanzierung allgemeiner Deckungsmittel (= Darlehen der Gemeinde)		7.518.382,47 €	
	Summe Spalte 2:		14.879.548,49 €	
3.	bisher nicht verwendete Abschreibungen = Ergebnis der Nebenrechnung	10.721.175,74 €	14.879.548,49 €	– 4.158.372 €

nachrichtlich:

- aufgenommene Fremddarlehen in der Gesamtsumme:

- speziell für Abwasser aufgenommen 3.703.550,68 €
- Anteil an den Allgemeindeckungsdarlehen 2.457.494,95 €

- von der Gemeinde gegebene Darlehen 8.948.630,45 €

b) öffentliche Einrichtung Regenwasserbeseitigung

		Abschreibungen	Aufwendungen auf die die Abschreibungen angerechnet werden = verwendete Abschreibungen	noch nicht verwendete Abschreibungen („-“ = noch Rückzahlung an Gem.)
		1	2	3
1 a)	bisherige Abschreibungen aus Spalte 6 (= „bisherige Abschreibungen“) des Musters 12 (= Anlagennachweise) zu § 39 Abs. 2 GemHVO	1.358.127,00 €		
1 b)	bisherige Abschreibungen (1a)) soweit sie im jeweiligen Jahr erwirtschaftet wurden. Erwirtschaftet sind die Abschreibungen in dem Umfang, wie die Einnahmen die Kosten der Einrichtung decken.	454.288,77 €		
2 a)	bisherige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, für die keine Beiträge und Zuweisungen gezahlt worden sind.		1.448.413,38 €	
2 b)	bisherige Tilgungen von Krediten für diese Einrichtung			
	- spezielle Darlehen		196.949,94 €	
	- allgemeine Darlehen		534.871,00 €	
2 c)	bisherige Anteile für die Refinanzierung allgemeiner Deckungsmittel (= Darlehen der Gemeinde)		1.670.820,58 €	
	Summe Spalte 2		3.851.054,90 €	
3.	bisher nicht verwendete Abschreibungen = Ergebnis der Nebenrechnung	454.288,77 €	3.851.054,90 €	- 3.396.766,13 €

nachrichtlich:

- aufgenommene Fremddarlehen in der Gesamtsumme:

- speziell für Regenwasser aufgenommen 210.742,01 €
- Anteil an den Allgemeindeckungsdarlehen 506.190,66 €
- von der Gemeinde gegebene Darlehen 2.244.137,60 €

11. Zusammenfassung

Der Haushaltsplan wurde mit dem Ziel aufgestellt, im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ausgeglichen zu sein, keine Steuern anzuheben und keine Kredite (Kreditmarkt) aufzunehmen, dafür aber aus der Rücklage rd. 3,86 Mio Euro zu entnehmen. Was die Steuereinnahmen und Einnahmen aus dem Finanzausgleich betrifft, war, wie im Vorjahr, von einer tendenziellen Belebung der Konjunktur und damit von einer Verbesserung der Einnahmesituation ausgegangen worden, die aber durch Ausgabepositionen wie die Gewerbesteuerumlage zu einem Teil kompensiert wird. Die Erwirtschaftung einer Nettoinvestitionsrate konnte allerdings nur auf 16.500 Euro prognostiziert werden.

Die reale Entwicklung des Haushalts 2007 sah dann jedoch anders aus:

Verwaltungshaushalt:

Die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel (Steuereinnahmen, Finanzausgleich) haben im Saldo (also abzüglich Gewerbesteuerumlage und Kreisumlage) zu rd. 2,7 Mio Euro Mehreinnahmen geführt. Verantwortlich hierfür waren insbesondere die Grundsteuer B, die Gewerbesteuer und die Beteiligung an der Einkommensteuer. Von den veranschlagten Personalausgaben wurden rd. 150.000 Euro nicht benötigt, Haushaltsmittel für die Bewirtschaftung wurden im Umfang von rd. 310.000 Euro nicht in Anspruch genommen, für die bauliche Unterhaltung wurden rd. 140.000 nicht beauftragt und bei der Unterhaltung der Außenanlagen wurden rd. 55.000 Euro nicht benötigt.

Vermögenshaushalt:

Beim Erwerb des Grundvermögens wurden rd. 96.000 nicht benötigt. Im Bereich Hochbau wurden rd. 340.000 Euro nicht in Anspruch genommen und im Bereich Tiefbau wurden veranschlagte rd. 410.000 Euro nicht ausgegeben.

Diese Entwicklung in beiden Haushalten hat dazu geführt, dass die hohe und nicht veranschlagte Nettoinvestitionsrate dem Vermögenshaushalt zugeführt und auf die geplante Rücklagenentnahme in Höhe von 3,86 Mio Euro verzichtet werden konnte.

Bei allen Veränderungen im Haushaltsjahr ist jedoch festzustellen, dass sich im Laufe des Jahres an den haushalts- und finanzpolitischen Zielen nichts verändert hat. Es wurden auch keine investitionspolitischen Veränderungen derart beschlossen, die ein grundsätzliches Überdenken der Haushaltsplanung erforderlich gemacht hätten. Soweit über- und außerplanmäßige Maßnahmen und damit auch entsprechende Ausgaben durchgeführt wurden, sind diese politisch beraten worden. Sehr von Bedeutung ist dabei, dass über- und außerplanmäßige Ausgaben durch Minderausgaben an anderer Stelle oder durch Mehreinnahmen finanziert wurden. Im Verwaltungshaushalt wurden – ohne den Bereich Innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten – rd. 281.000 Euro über- und außerplanmäßig ausgegeben, im Vermögenshaushalt waren es rd. 900.000 Euro. Bei keiner der betroffenen Maßnahmen handelt es sich jedoch um Ausgaben, die im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Haushaltes erheblich sind. Auch die Summe aller über- und außerplanmäßigen Ausgaben ist im Verhältnis zur Gesamtsumme des jeweiligen Haushalts nicht besonders erheblich.

Aus den v.g. Gründen und weil im Übrigen keine sonstigen verpflichtenden Gründe für eine Nachtragshaushaltssatzung bestanden, wurde keine Nachtragshaushaltssatzung erlassen. Seitens des Rechnungsprüfungsamtes wurde in den vergangenen Jahren diese wiederholte „Zurückhaltung“ bei der Nachtragshaushaltsplanung bemängelt. Dennoch vertritt die Gemeinde die Auffassung, dass eine Nachtragshaushaltsplanung unter den gegebenen Bedingungen nicht zwingend erforderlich gewesen ist.

C) Gegenüberstellung Haushaltsplanung – Jahresergebnisse

Bei der Gegenüberstellung der Daten aus der Haushaltsplanung mit denen aus der Jahresrechnung wird deutlich, dass in den wenigsten Fällen die Haushaltsansätze in ihrer veranschlagten Höhe in Anspruch genommen bzw. realisiert werden. Dies liegt oftmals in der Natur der Sache, da die Entwicklung vieler Einnahme- oder Ausgabepositionen zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nur schwer vorhersehbar ist. Dabei ist es sicherlich erfreulich, wenn das Jahresergebnis aufgrund von Mehreinnahmen oder Minderausgaben im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt Überschüsse ausweist, so dass durch eine hohe Zuführung zum Vermögenshaushalt u. a. sich eingeplante Kreditaufnahmen reduzierten oder durch eine entsprechende Zuführung zur Rücklage Haushaltsmittel für Investitionen zukünftiger Jahre zur Verfügung stehen.

Auch wenn das Jahresergebnis 2007 entsprechende Überschüsse im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt ausweist, soll im Rahmen dieses Rechenschaftsberichtes aufgezeigt werden, in welchen Bereichen die Jahresergebnisse von den Daten der Haushaltsplanung abweichen. Dabei wird das Haushaltssoll dem Anordnungssoll im Ergebnis gegenübergestellt. Dies geschieht im Rahmen des budgetorientierten Haushaltes auf Ebene der Budgets, der Teilbudgets und auf der untersten Ebene, den Anteilbudgets, unter dem Aspekt der gemeindlichen Aufgabenerfüllung. Darüber hinaus erfolgt eine Gegenüberstellung im Rahmen des herkömmlichen Haushaltes auf der Ebene der Einzelpläne. Ergänzend dazu erfolgt noch eine Betrachtung nach Gruppierungen (mit Erläuterungen zu den erheblichen Abweichungen) und abschließend eine Betrachtung einzelner Haushaltsstellen.

Der Haushaltsplan ist die Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden. Trotz positiver Jahresergebnisse muss daher angestrebt werden, Haushaltsansätze zu bilden, die der tatsächlich entstehenden Kassenwirksamkeit sehr nahe kommen, um einerseits glaubwürdig zu bleiben und andererseits mit zu hohen Ausgabeansätzen oder zu niedrigen Einnahmeansätzen den kommunalpolitischen Handlungsspielraum nicht unnötig einzuschränken.

1. im Rahmen des budgetorientierten Haushaltes

In den nachfolgenden Übersichten erfolgt getrennt für den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt ein Vergleich des Haushaltssolls mit dem Anordnungssoll im Ergebnis auf den verschiedenen Budgetebenen:

Nachstehende Bemerkungen sind zu berücksichtigen:

Die in der Gemeindehaushaltsverordnung vorgesehene Budgetierung wird in ihren Gestaltungsmöglichkeiten weitestgehend umgesetzt. Es wurde allerdings nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, neben den gebildeten Budgets, die jeweils alle Einnahme- und Ausgabepositionen einer gemeindlichen Aufgabe abdecken (Einrichtung einer gegenseitigen Deckung in vertikaler Richtung), auch noch Sammelnachweise (horizontale Deckung) einzurichten. Hiervon wurde Abstand genommen, weil die gleichzeitige Deckungsfähigkeit in beide Ausrichtungen zu Unübersichtlichkeiten führen könnte und die horizontale Deckungsfähigkeit (Sammelnachweise) dem eigentlichen Budgetierungsgedanken nicht Rechnung trägt.

a) auf Ebene der Budgets

Verwaltungshaushalt		Einnahmen			Ausgaben			Defizitabdeckung		
Budget		HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß
10	Ordnung	166.600,00	199.919,02	-33.319,02	776.000,00	752.215,23	23.784,77	-609.400,00	-552.296,21	-57.103,79
20	Schulen und Jugend	822.700,00	856.730,41	-34.030,41	2.923.400,00	2.580.962,46	342.437,54	-2.100.700,00	-1.724.232,05	-376.467,95
30	Kultur	11.300,00	14.349,70	-3.049,70	646.600,00	599.292,08	47.307,92	-635.300,00	-584.942,38	-50.357,62
40	Soziales	1.634.800,00	1.643.614,97	-8.814,97	4.039.300,00	3.909.971,50	129.328,50	-2.404.500,00	-2.266.356,53	-138.143,47
50	Sport	489.300,00	383.362,39	105.937,61	1.952.700,00	1.681.957,83	270.742,17	-1.463.400,00	-1.298.595,44	-164.804,56
60	Straßen, Plätze	399.500,00	413.219,40	-13.719,40	2.353.800,00	2.367.629,44	-13.829,44	-1.954.300,00	-1.954.410,04	110,04
70	Abwasser	2.229.300,00	2.282.366,86	-53.066,86	2.800.100,00	2.527.585,06	272.514,94	-570.800,00	-245.218,20	-325.581,80
80	Service	19.959.800,00	23.540.743,15	-3.580.943,15	10.221.400,00	14.914.692,30	-4.693.292,30	9.738.400,00	8.626.050,85	1.112.349,15
Gesamthaushalt		25.713.300,00	29.334.305,90	-3.621.005,90	25.713.300,00	29.334.305,90	-3.621.005,90	0,00	0,00	0,00

Vermögenshaushalt		Einnahmen			Ausgaben			Defizitabdeckung		
Budget		HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß
10	Ordnung	500,00	2100,00	-1.600,00	135.300,00	114.336,88	20.963,12	-134.800,00	-112.236,88	-22.563,12
20	Schulen und Jugend	217.600,00	177.787,60	39.812,40	668.400,00	410.891,29	257.508,71	-450.800,00	-233.103,69	-217.696,31
30	Kultur	0	0	0,00	6.000,00	1.685,00	4.315,00	-6.000,00	-1.685,00	-4.315,00
40	Soziales	0	0	0,00	498.400,00	505.709,99	-7.309,99	-498.400,00	-505.709,99	7.309,99
50	Sport	0	97104,2	-97.104,20	1.200.500,00	1.053.971,79	146.528,21	-1.200.500,00	-956.867,59	-243.632,41
60	Straßen, Plätze	1.255.900,00	1.185.460,18	70.439,82	2.352.600,00	1.843.204,27	509.395,73	-1.096.700,00	-657.744,09	-438.955,91
70	Abwasser	355.900,00	427.444,32	-71.544,32	509.500,00	764.534,50	-255.034,50	-153.600,00	-337.090,18	183.490,18
80	Service	6.830.700,00	6.977.307,33	-146.607,33	3.289.900,00	4.172.869,91	-882.969,91	3.540.800,00	2.804.437,42	736.362,58
Gesamthaushalt		8.660.600,00	8.867.203,63	-206.603,63	8.660.600,00	8.867.203,63	-206.603,63	0,00	0,00	0,00

b) auf Ebene der Teilbudgets

Verwaltungshaushalt				Einnahmen			Ausgaben			Defizitabdeckung		
Teilbudget	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß
1100 Ordnung	166.600,00	199.919,02	-33.319,02	776.000,00	752.215,23	23.784,77	-609.400,00	-552.296,21	-57.103,79			
2100 Grundschulen	101.600,00	116.082,49	-14.482,49	1.348.500,00	1.157.957,81	190.542,19	-1.246.900,00	-1.041.875,32	-205.024,68			
2200 Sonderschule	101.900,00	132.544,05	-30.644,05	329.100,00	256.567,04	72.532,96	-227.200,00	-124.022,99	-103.177,01			
2300 KGS	579.200,00	559.039,11	20.160,89	990.600,00	922.005,90	68.594,10	-411.400,00	-362.966,79	-48.433,21			
2400 Jugendpfl./-hilfe	40.000,00	49.064,76	-9.064,76	255.200,00	244.431,71	10.768,29	-215.200,00	-195.366,95	-19.833,05			
3100 Palais	0,00	0,00	0,00	212.700,00	215.448,03	-2.748,03	-212.700,00	-215.448,03	2.748,03			
3200 Bücherei	10.300,00	12.655,72	-2.355,72	247.700,00	238.638,57	9.061,43	-237.400,00	-225.982,85	-11.417,15			
3300 Heimatpflege	1.000,00	1.693,98	-693,98	186.200,00	145.205,48	40.994,52	-185.200,00	-143.511,50	-41.688,50			
4100 Allg. Soz.Verw.	700,00	700,00	0,00	71.700,00	63.625,91	8.074,09	-71.000,00	-62.925,91	-8.074,09			
4200 Leist. BSHG	95.400,00	93.438,79	1.961,21	129.100,00	143.668,36	-14.568,36	-33.700,00	-50.229,57	16.529,57			
4250 Grundsicherung SGB II	611.400,00	599.918,58	11.481,42	591.600,00	586.246,55	5.353,45	19.800,00	13.672,03	6.127,97			
4300 Leis. AsylbLG	44.600,00	18.490,63	26.109,37	44.600,00	18.410,63	26.189,37	0,00	80,00	-80,00			
4500 Kindertagesstätten	757.000,00	831.906,68	-74.906,68	2.948.300,00	2.902.938,08	45.361,92	-2.191.300,00	-2.071.031,40	-120.268,60			
4700 bedarfsorientierte Grundsicherung	16.000,00	2.116,43	13.883,57	16.000,00	2.030,00	13.970,00	0,00	86,43	-86,43			
4800 Obdachl.Angeleg.	109.700,00	97.043,86	12.656,14	238.000,00	193.051,97	44.948,03	-128.300,00	-96.008,11	-32.291,89			
5100 Bäder	488.400,00	381.775,90	106.624,10	1.022.000,00	902.945,30	119.054,70	-533.600,00	-521.169,40	-12.430,60			
5200 Sportplätze	100,00	166,40	-66,40	298.000,00	270.542,93	27.457,07	-297.900,00	-270.376,53	-27.523,47			
5300 Sporthallen	700,00	1320,09	-620,09	537.200,00	414.260,08	122.939,92	-536.500,00	-412.939,99	-123.560,01			
5400 Sportförderung	100,00	100,00	0,00	95.500,00	94.209,52	1.290,48	-95.400,00	-94.109,52	-1.290,48			
6100 Straßen	384.900,00	400.315,50	-15.415,50	1.930.200,00	1.927.638,68	2.561,32	-1.545.300,00	-1.527.323,18	-17.976,82			
6200 Plätze	14.600,00	12.903,90	1.696,10	423.600,00	439.990,76	-16.390,76	-409.000,00	-427.086,86	18.086,86			
7100 Schmutzwasser	2.227.300,00	2.281.235,61	-53.935,61	2.288.700,00	2.115.116,97	173.583,03	-61.400,00	166.118,64	-227.518,64			
7200 Regenwasser	2.000,00	1.131,25	868,75	454.600,00	376.251,76	78.348,24	-452.600,00	-375.120,51	-77.479,49			
7300 Sonst. öffentl. Einr.	0,00	0,00	0,00	56.800,00	36.216,33	20.583,67	-56.800,00	-36.216,33	-20.583,67			
8100 Personal	120.200,00	104.851,22	15.348,78	117.800,00	109.849,22	7.950,78	2.400,00	-4.998,00	7.398,00			
8200 Allg. Finanzen	17.244.400,00	20.947.576,93	-3.703.176,93	7.561.600,00	12.350.854,92	-4.789.254,92	9.682.800,00	8.596.722,01	1.086.077,99			
8300 Bauwesen	242.000,00	224.834,51	17.165,49	241.400,00	235.943,64	5.456,36	600,00	-11.109,13	11.709,13			
8400 Planung	150.200,00	152.257,59	-2.057,59	147.100,00	129.501,07	17.598,93	3.100,00	22.756,52	-19.656,52			
8500 Liegenschaften	149.200,00	157.392,28	-8.192,28	127.000,00	135.690,57	-8.690,57	22.200,00	21.701,71	498,29			
8600 Bauhof	604.200,00	559.915,51	44.284,49	585.300,00	552.231,59	33.068,41	18.900,00	7.683,92	11.216,08			
8700 Kommunalmarketing	343.600,00	351.211,52	-7.611,52	340.500,00	274.666,93	65.833,07	3.100,00	76.544,59	-73.444,59			
8800 Organisation	1.092.100,00	1.035.975,77	56.124,23	1.089.900,00	1.118.652,91	-28.752,91	2.200,00	-82.677,14	84.877,14			
8900 Frauenbeauftragte	13.900,00	6.727,82	7.172,18	10.800,00	7.301,45	3.498,55	3.100,00	-573,63	3.673,63			
Gesamthaushalt	25.713.300,00	29.334.305,90	-3.621.005,90	25.713.300,00	29.334.305,90	-3.621.005,90	0,00	0,00	0,00			

Vermögenshaushalt		Einnahmen			Ausgaben			Defizitabdeckung		
Teilbudget		HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß
1100	Ordnung	500,00	2100,00	-1.600,00	135.300,00	114.336,88	20.963,12	-134.800,00	-112.236,88	-22.563,12
2100	Grundschulen	0,00	3837,32	-3.837,32	127.500,00	125.685,03	1.814,97	-127.500,00	-121.847,71	-5.652,29
2200	Sonderschule	11.800,00	30.975,79	-19.175,79	10.700,00	9.822,41	877,59	1.100,00	21.153,38	-20.053,38
2300	KGS	205.800,00	142.974,49	62.825,51	529.200,00	274.430,25	254.769,75	-323.400,00	-131.455,76	-191.944,24
2400	Jugendpfl./-hilfe	0,00	0,00	0,00	1.000,00	953,60	46,40	-1.000,00	-953,60	-46,40
3100	Palais	0,00	0,00	0,00	500,00	1.000,00	-500,00	-500,00	-1.000,00	500,00
3200	Bücherei	0,00	0,00	0,00	500,00	685,00	-185,00	-500,00	-685,00	185,00
3300	Heimspflege	0,00	0,00	0,00	5.000,00	0,00	5.000,00	-5.000,00	0,00	-5.000,00
4100	Allg. Soz.Verw.	0,00	0,00	0,00	0,00	5488,01	-5.488,01	0,00	-5.488,01	5.488,01
4200	Leist. BSHG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4250	Grundsicherung SGB II	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4300	Leis. AsylbLG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4400	Sozialstation	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4500	Kindertagesstätten	0,00	0,00	0,00	498.400,00	500.221,98	-1.821,98	-498.400,00	-500.221,98	1.821,98
4700	bedarfsorientierte Grundsicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4800	Obdachl.Angeleg.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5100	Bäder	0,00	0,00	0,00	83.000,00	50.589,12	32.410,88	-83.000,00	-50.589,12	-32.410,88
5200	Sportplätze	0,00	59600,00	-59.600,00	738.000,00	651.555,79	86.444,21	-738.000,00	-591.955,79	-146.044,21
5300	Sporthallen	0,00	37504,20	-37.504,20	320000	304475,77	15.524,23	-320.000,00	-266.971,57	-53.028,43
5400	Sportförderung	0,00	0,00	0,00	59.500,00	47.351,11	12.148,89	-59.500,00	-47.351,11	-12.148,89
6100	Straßen	1.249.400,00	1.185.460,18	63.939,82	1.835.400,00	1.330.184,31	505.215,69	-586.000,00	-144.724,13	-441.275,87
6200	Plätze	6.500,00	0,00	6.500,00	517.200,00	513.019,96	4.180,04	-510.700,00	-513.019,96	2.319,96
7100	Schmutzwasser	245.500,00	343.884,52	-98.384,52	367.000,00	690.420,94	-323.420,94	-121.500,00	-346.536,42	225.036,42
7200	Regenwasser	110.400,00	83.559,80	26.840,20	142.500,00	74.113,56	68.386,44	-32.100,00	9.446,24	-41.546,24
7300	Sonst. öffentl. Einr.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8100	Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8200	Allg. Finanzen	5.033.500,00	4.890.942,61	142.557,39	2.627.000,00	3.760.938,41	-1.133.938,41	2.406.500,00	1.130.004,20	1.276.495,80
8300	Bauwesen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8400	Planung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8500	Liegenschaften	30.000,00	39.434,40	-9.434,40	1.000,00	503,35	496,65	29.000,00	38.931,05	-9.931,05
8600	Bauhof	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8700	Kommunalmarketing	1.767.100,00	2.046.784,31	-279.684,31	477.000,00	360.480,94	116.519,06	1.290.100,00	1.686.303,37	-396.203,37
8800	Organisation	100,00	146,01	-46,01	184.900,00	50.947,21	133.952,79	-184.800,00	-50.801,20	-133.998,80
8900	Frauenbeauftragte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamthaushalt		8.660.600,00	8.867.203,63	-206.603,63	8.660.600,00	8.867.203,63	-206.603,63	0,00	0,00	0,00

c) auf Ebene der Anteilbudgets

Verwaltungshaushalt		Einnahmen			Ausgaben			Defizitabdeckung		
Anteilbudget		HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß
1101	Allgemeines Ordnungsrecht	94.100,00	112.404,40	-18.304,40	357.200,00	342.062,73	15.137,27	-263.100,00	-229.658,33	-33.441,67
1102	Feuerwehr	37.400,00	44.882,60	-7.482,60	305.200,00	305.849,93	-649,93	-267.800,00	-260.967,33	-6.832,67
1103	Standesamt	15.200,00	23.473,10	-8.273,10	83.600,00	81.392,13	2.207,87	-68.400,00	-57.919,03	-10.480,97
1104	Märkte	19.900,00	19.158,92	741,08	30.000,00	22.910,44	7.089,56	-10.100,00	-3.751,52	-6.348,48
2101	Allgemeine Schulangelegenheiten	72.000,00	88.169,62	-16.169,62	123.800,00	129.567,32	-5.767,32	-51.800,00	-41.397,70	-10.402,30
2102	Grundschule Kleibrok	5.800,00	6.760,89	-960,89	247.300,00	225.751,83	21.548,17	-241.500,00	-218.990,94	-22.509,06
2103	Grundschule Hahn-Lehmden	10.600,00	1.394,41	9.205,59	252.300,00	167.073,33	85.226,67	-241.700,00	-165.678,92	-76.021,08
2104	Grundschule Wahnbek	6.300,00	6.172,40	127,60	281.700,00	242.891,32	38.808,68	-275.400,00	-236.718,92	-38.681,08
2105	Grundschule Loy	400,00	6.850,58	-6.450,58	116.500,00	100.830,62	15.669,38	-116.100,00	-93.980,04	-22.119,96
2106	Grundschule Leuchtenburg	600,00	628,53	-28,53	106.900,00	91.857,68	15.042,32	-106.300,00	-91.229,15	-15.070,85
2107	Grundschule Feldbreite	5.900,00	6.106,06	-206,06	222.000,00	201.709,51	20.290,49	-216.100,00	-195.603,45	-20.496,55
2201	Schule für Lernhilfe	101.900,00	132.544,05	-30.644,05	327.100,00	254.843,24	72.256,76	-225.200,00	-122.299,19	-102.900,81
2301	KGS	579.200,00	559.039,11	20.160,89	990.600,00	922.005,90	68.594,10	-411.400,00	-362.966,79	-48.433,21
2401	Jugendpflege	39.300,00	48.364,76	-9.064,76	144.500,00	141.230,29	3.269,71	-105.200,00	-92.865,53	-12.334,47
2402	Jugendtreff Villa Hartmann	700,00	700,00	0,00	110.700,00	103.201,42	7.498,58	-110.000,00	-102.501,42	-7.498,58
3101	Palais	0,00	0,00	0,00	164.400,00	172.727,14	-8.327,14	-164.400,00	-172.727,14	8.327,14
3102	Archiv	0,00	0,00	0,00	31.500,00	27.773,71	3.726,29	-31.500,00	-27.773,71	-3.726,29
3103	Ausstellungen, Veranstaltungen	0,00	0,00	0,00	16.800,00	14.947,18	1.852,82	-16.800,00	-14.947,18	-1.852,82
3200	Bücherei	10.300,00	12.655,72	-2.355,72	247.700,00	238.638,57	9.061,43	-237.400,00	-225.982,85	-11.417,15
3300	Heimatspflege	1.000,00	1.693,98	-693,98	186.200,00	145.205,48	40.994,52	-185.200,00	-143.511,50	-41.688,50
4101	Allgemeine Sozialverwaltung	700,00	700,00	0,00	71.700,00	63.625,91	8.074,09	-71.000,00	-62.925,91	-8.074,09
4202	Hilfe zum Lebensunterhalt	80.000,00	73.269,15	6.730,85	113.700,00	123.626,54	-9.926,54	-33.700,00	-50.357,39	16.657,39
4204	Hilfe zur Arbeit - örtlicher Träger	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4206	Hilfe zur Pflege	7.000,00	3.565,13	3.434,87	7.000,00	3.565,13	3.434,87	0,00	0,00	0,00
4207	Hilfen zur Gesundheit	5.400,00	306,72	5.093,28	5.400,00	306,72	5.093,28	0,00	0,00	0,00
4210	Hilfen zur Überwindung be. Soz. Schwierigkeiten	3.000,00	16.297,79	-13.297,79	3.000,00	16.169,97	-13.169,97	0,00	127,82	-127,82
4251	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	416.200,00	379.268,82	36.931,18	396.400,00	364.460,48	31.939,52	19.800,00	14.808,34	4.991,66
4252	Grundsicherung nach dem SGB II - originäre Aufgaben	83.000,00	65.768,76	17.231,24	83.000,00	68.267,55	14.732,45	0,00	-2.498,79	2.498,79
4253	Grundsicherung nach dem SGB II - Aufgaben i. R. der Option	112.200,00	154.881,00	-42.681,00	112.200,00	153.518,52	-41.318,52	0,00	1.362,48	-1.362,48
4301	Leistungen nach § 2 - nicht abrechnungsfähig	3.200,00	1.737,31	1.462,69	3.200,00	1.657,31	1.542,69	0,00	80,00	-80,00

4302	Leistungen nach § 2 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4303	Grundleistungen nach § 3 - nicht abrechnungsfähig	300,00	3.256,53	-2.956,53	300,00	3.256,53	-2.956,53	0,00	0,00	0,00
4304	Grundleistungen nach § 3 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4305	Krankenhilfe nach § 4 - nicht abrechnungsfähig	41.100,00	13.496,79	27.603,21	41.100,00	13.496,79	27.603,21	0,00	0,00	0,00
4306	Krankenhilfe nach § 4 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00			0,00	0,00	0,00	0,00
4308	Arbeitsgelegenheiten nach § 5 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4309	Sonstige Leistungen nach § 6 - nicht abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4310	Sonstige Leistungen nach § 6 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00			0,00	0,00	0,00	0,00
4501	KiGa Mühlenstraße	216.600,00	236.906,72	-20.306,72	706.000,00	681.436,70	24.563,30	-489.400,00	-444.529,98	-44.870,02
4502	KiGa Voßbarg	126.400,00	129.473,76	-3.073,76	443.000,00	442.914,32	85,68	-316.600,00	-313.440,56	-3.159,44
4503	KiGa Neusüdende	153.000,00	156.193,64	-3.193,64	414.500,00	387.875,85	26.624,15	-261.500,00	-231.682,21	-29.817,79
4504	KiGa Loy	123.500,00	132.614,44	-9.114,44	307.600,00	318.258,75	-10.658,75	-184.100,00	-185.644,31	1.544,31
4505	KiGa Marienstraße	137.500,00	146.438,12	-8.938,12	344.100,00	327.895,18	16.204,82	-206.600,00	-181.457,06	-25.142,94
4507	Förderung von Kindertagesstätten	0,00	30.280,00	-30.280,00	733.100,00	744.557,28	-11.457,28	-733.100,00	-714.277,28	-18.822,72
4700	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	16.000,00	2.116,43	13.883,57	16.000,00	2.030,00	13.970,00	0,00	86,43	-86,43
4801	Einrichtungen für Wohnungslose	31.500,00	28.201,50	3.298,50	106.800,00	71.533,96	35.266,04	-75.300,00	-43.332,46	-31.967,54
4802	Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer	78.200,00	68.842,36	9.357,64	131.200,00	121.518,01	9.681,99	-53.000,00	-52.675,65	-324,35
4900	Sonstige Sozialleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5101	Freibad Rastede	127.400,00	87.403,74	39.996,26	383.300,00	309.224,93	74.075,07	-255.900,00	-221.821,19	-34.078,81
5102	Badeanstalt Hahn	5.500,00	5.160,79	339,21	10.300,00	8.843,34	1.456,66	-4.800,00	-3.682,55	-1.117,45
5103	Hallenbad	355.500,00	289.211,37	66.288,63	628.400,00	584.877,03	43.522,97	-272.900,00	-295.665,66	22.765,66
5200	Sportplätze	100,00	166,40	-66,40	298.000,00	270.542,93	27.457,07	-297.900,00	-270.376,53	-27.523,47
5301	Sporthalle Kleibrok	100,00	275,68	-175,68	73.300,00	51.386,51	21.913,49	-73.200,00	-51.110,83	-22.089,17
5302	Sporthalle Hahn-Lehmden	100,00	100,00	0,00	82.800,00	60.334,70	22.465,30	-82.700,00	-60.234,70	-22.465,30
5303	Sporthalle Wahnbek	100,00	100,00	0,00	89.400,00	76.667,13	12.732,87	-89.300,00	-76.567,13	-12.732,87
5304	Sportraum Loy	0,00	0,00	0,00	7.200,00	5.968,80	1.231,20	-7.200,00	-5.968,80	-1.231,20
5305	Turnhalle Feldbreite	100,00	100,00	0,00	48.400,00	35.901,27	12.498,73	-48.300,00	-35.801,27	-12.498,73
5306	Mehrzweckhalle Feldbreite	300,00	744,41	-444,41	205.100,00	163.527,07	41.572,93	-204.800,00	-162.782,66	-42.017,34
5307	Turnhalle Wilhelmstraße	0,00	0,00	0,00	31.000,00	20.474,60	10.525,40	-31.000,00	-20.474,60	-10.525,40
5400	Sportförderung	100,00	100,00	0,00	95.500,00	94.209,52	1.290,48	-95.400,00	-94.109,52	-1.290,48

6101	Straßen	332.400,00	345.980,00	-13.580,00	1.850.600,00	1.839.376,96	11.223,04	-1.518.200,00	-1.493.396,96	-24.803,04
6102	Straßenreinigung	52.500,00	54.335,50	-1.835,50	79.600,00	88.261,72	-8.661,72	-27.100,00	-33.926,22	6.826,22
6201	Park- und Gartenanlagen	14.500,00	12.803,90	1.696,10	195.000,00	189.365,35	5.634,65	-180.500,00	-176.561,45	-3.938,55
6202	Plätze	100,00	100,00	0,00	57.500,00	55.776,50	1.723,50	-57.400,00	-55.676,50	-1.723,50
6203	Kinderspielplätze	0,00	0,00	0,00	171.100,00	194.848,91	-23.748,91	-171.100,00	-194.848,91	23.748,91
7100	Schmutzwasser	2.227.300,00	2.281.235,61	-53.935,61	2.288.700,00	2.115.116,97	173.583,03	-61.400,00	166.118,64	-227.518,64
7200	Regenwasser	2.000,00	1.131,25	868,75	454.600,00	376.251,76	78.348,24	-452.600,00	-375.120,51	-77.479,49
7300	sonstige öffentl. Einr.	0,00	0,00	0,00	56.800,00	36.216,33	20.583,67	-56.800,00	-36.216,33	-20.583,67
8100	Personal	120.200,00	104.851,22	15.348,78	117.800,00	109.849,22	7.950,78	2.400,00	-4.998,00	7.398,00
8200	Allg. Finanzen	17.244.400,00	20.947.576,93	-3.703.176,93	7.561.600,00	12.350.854,92	-4.789.254,92	9.682.800,00	8.596.722,01	1.086.077,99
8300	Bauwesen	242.000,00	224.834,51	17.165,49	241.400,00	235.943,64	5.456,36	600,00	-11.109,13	11.709,13
8400	Planung	150.200,00	152.257,59	-2.057,59	147.100,00	129.501,07	17.598,93	3.100,00	22.756,52	-19.656,52
8500	Liegenschaften	149.200,00	157.392,28	-8.192,28	127.000,00	135.690,57	-8.690,57	22.200,00	21.701,71	498,29
8600	Bauhof	604.200,00	559.915,51	44.284,49	585.300,00	552.231,59	33.068,41	18.900,00	7.683,92	11.216,08
8700	Kommunalmarketing	343.600,00	351.211,52	-7.611,52	340.500,00	274.666,93	65.833,07	3.100,00	76.544,59	-73.444,59
8800	Organisation	1.092.100,00	1.035.975,77	56.124,23	1.089.900,00	1.118.652,91	-28.752,91	2.200,00	-82.677,14	84.877,14
8900	Frauenbeauftragte	13.900,00	6.727,82	7.172,18	10.800,00	7.301,45	3.498,55	3.100,00	-573,63	3.673,63
Gesamthaushalt		25.713.300,00	29.334.305,90	-3.621.005,90	25.713.300,00	29.334.305,90	-3.621.005,90	0,00	0,00	0,00

Vermögenshaushalt		Einnahmen			Ausgaben			Defizitabdeckung		
Anteilbudget		HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß	HHSoll	AOSoll	Überschuß
1101	Allgemeines Ordnungsrecht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1102	Feuerwehr	500,00	2.100,00	-1.600,00	135.300,00	114.336,88	20.963,12	-134.800,00	-112.236,88	-22.563,12
1103	Standesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1104	Märkte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2101	Allgemeine Schulangelegenheiten	0,00	0,00	0,00	5.000,00	4.041,90	958,10	-5.000,00	-4.041,90	-958,10
2102	Grundschule Kleibrok	0,00	0,00	0,00	22.400,00	22.341,73	58,27	-22.400,00	-22.341,73	-58,27
2103	Grundschule Hahn-Lehmden	0,00	0,00	0,00	17.200,00	16.641,99	558,01	-17.200,00	-16.641,99	-558,01
2104	Grundschule Wahnbek	0,00	0,00	0,00	18.400,00	14.067,96	4.332,04	-18.400,00	-14.067,96	-4.332,04
2105	Grundschule Loy	0,00	0,00	0,00	25.000,00	23.425,35	1.574,65	-25.000,00	-23.425,35	-1.574,65
2106	Grundschule Leuchtenburg	0,00	0,00	0,00	11.300,00	10.510,58	789,42	-11.300,00	-10.510,58	-789,42
2107	Grundschule Feldbreite	0,00	3.837,32	-3.837,32	28.200,00	34.655,52	-6.455,52	-28.200,00	-30.818,20	2.618,20
2201	Schule für Lernhilfe	11.800,00	30.975,79	-19.175,79	10.700,00	9.822,41	877,59	1.100,00	21.153,38	-20.053,38
2301	KGS	205.800,00	142.974,49	62.825,51	529.200,00	274.430,25	254.769,75	-323.400,00	-131.455,76	-191.944,24
2401	Jugendpflege	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2402	Jugendtreff Villa Hartmann	0,00	0,00	0,00	1.000,00	953,60	46,40	-1.000,00	-953,60	-46,40
3101	Palais	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3102	Archiv	0,00	0,00	0,00	500,00	1.000,00	-500,00	-500,00	-1.000,00	500,00
3103	Ausstellungen, Veranstaltungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3200	Bücherei	0,00	0,00	0,00	500,00	685,00	-185,00	-500,00	-685,00	185,00
3300	Heimatpflege	0,00	0,00	0,00	5.000,00	0,00	5.000,00	-5.000,00	0,00	-5.000,00
4101	Allgemeine Sozialverwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	5.488,01	-5.488,01	0,00	-5.488,01	5.488,01
4202	Hilfe zum Lebensunterhalt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4204	Hilfe zur Arbeit - örtlicher Träger	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4206	Hilfe zur Pflege	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4207	Hilfen zur Gesundheit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4210	Hilfen zur Überwindung be. Soz. Schwierigkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4251	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4252	Grundsicherung nach dem SGB II - originäre Aufgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4253	Grundsicherung nach dem SGB II - Aufgaben i. R. der Option	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4301	Leistungen nach § 2 - nicht abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

4302	Leistungen nach § 2 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4303	Grundleistungen nach § 3 - nicht abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4304	Grundleistungen nach § 3 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4305	Krankenhilfe nach § 4 - nicht abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4306	Krankenhilfe nach § 4 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4308	Arbeitsgelegenheiten nach § 5 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4309	Sonstige Leistungen nach § 6 - nicht abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4310	Sonstige Leistungen nach § 6 - abrechnungsfähig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4501	KiGa Mühlenstraße	0,00	0,00	0,00	10.700,00	10.367,84	332,16	-10.700,00	-10.367,84	-332,16
4502	KiGa Voßbarg	0,00	0,00	0,00	12.500,00	12.414,07	85,93	-12.500,00	-12.414,07	-85,93
4503	KiGa Neusüdende	0,00	0,00	0,00	1.500,00	1.557,00	-57,00	-1.500,00	-1.557,00	57,00
4504	KiGa Loy	0,00	0,00	0,00	11.600,00	11.457,28	142,72	-11.600,00	-11.457,28	-142,72
4505	KiGa Marienstraße	0,00	0,00	0,00	700,00	669,82	30,18	-700,00	-669,82	-30,18
4507	Förderung von Kindertagesstätten	0,00	0,00	0,00	461.400,00	463.755,97	-2.355,97	-461.400,00	-463.755,97	2.355,97
4700	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4801	Einrichtungen für Wohnungslose	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4802	Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4900	Sonstige Sozialleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5101	Freibad Rastede	0,00	0,00	0,00	22.000,00	21.154,22	845,78	-22.000,00	-21.154,22	-845,78
5102	Badeanstalt Hahn	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5103	Hallenbad	0,00	0,00	0,00	61.000,00	29.434,90	31.565,10	-61.000,00	-29.434,90	-31.565,10
5200	Sportplätze	0,00	59.600,00	-59.600,00	738.000,00	651.555,79	86.444,21	-738.000,00	-591.955,79	-146.044,21
5301	Sporthalle Kleibrok	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5302	Sporthalle Hahn-Lehmden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5303	Sporthalle Wahnbek	0,00	1.504,20	-1.504,20	0,00	0,00	0,00	0,00	1.504,20	-1.504,20
5304	Sportraum Loy	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5305	Turnhalle Feldbreite	0,00	0,00	0,00	0,00	70.247,17	-70.247,17	0,00	-70.247,17	70.247,17
5306	Mehrzweckhalle Feldbreite	0,00	36.000,00	-36.000,00	320.000,00	234.228,60	85.771,40	-320.000,00	-198.228,60	-121.771,40
5307	Turnhalle Wilhelmstraße	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5400	Sportförderung	0,00	0,00	0,00	59.500,00	47.351,11	12.148,89	-59.500,00	-47.351,11	-12.148,89

6101	Straßen	1.249.400,00	1.185.460,18	63.939,82	1.835.400,00	1.330.184,31	505.215,69	-586.000,00	-144.724,13	-441.275,87
6102	Straßenreinigung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6201	Park- und Gartenanlagen	6.500,00	0,00	6.500,00	412.200,00	403.786,00	8.414,00	-405.700,00	-403.786,00	-1.914,00
6202	Plätze	0,00	0,00	0,00	65.000,00	70.950,00	-5.950,00	-65.000,00	-70.950,00	5.950,00
6203	Kinderspielplätze	0,00	0,00	0,00	40.000,00	38.283,96	1.716,04	-40.000,00	-38.283,96	-1.716,04
7100	Schmutzwasser	245.500,00	343.884,52	-98.384,52	367.000,00	690.420,94	-323.420,94	-121.500,00	-346.536,42	225.036,42
7200	Regenwasser	110.400,00	83.559,80	26.840,20	142.500,00	74.113,56	68.386,44	-32.100,00	9.446,24	-41.546,24
7300	sonstige öffentl. Einr.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8100	Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8200	Allg. Finanzen	5.033.500,00	4.890.942,61	142.557,39	2.627.000,00	3.760.938,41	-1.133.938,41	2.406.500,00	1.130.004,20	1.276.495,80
8300	Bauwesen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8400	Planung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8500	Liegenschaften	30.000,00	39.434,40	-9.434,40	1.000,00	503,35	496,65	29.000,00	38.931,05	-9.931,05
8600	Bauhof	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8700	Kommunalmarketing	1.767.100,00	2.046.784,31	-279.684,31	477.000,00	360.480,94	116.519,06	1.290.100,00	1.686.303,37	-396.203,37
8800	Organisation	100,00	146,01	-46,01	184.900,00	50.947,21	133.952,79	-184.800,00	-50.801,20	-133.998,80
8900	Frauenbeauftragte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamthaushalt		8.660.600,00	8.867.203,63	-206.603,63	8.660.600,00	8.867.203,63	-206.603,63	0,00	0,00	0,00

2. im Rahmen des herkömmlichen Haushaltsplanes auf Ebene der Einzelpläne

In Ergänzung zum vorangehenden Vergleich erfolgt in den folgenden Übersichten auf Ebene der Einzelpläne ein Vergleich zwischen dem Haushaltssoll und dem Anordnungssoll im Ergebnis getrennt nach Verwaltungs- und Vermögenshaushalt:

• Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Einzel- plan	Haushalts- soll	Anordnungs- soll	Abweichung	
			in EUR	in %
0	2.455.600,00	2.257.699,65	-197.900,35	-8,06
1	126.700,00	152.502,99	25.802,99	20,37
2	782.700,00	807.665,65	24.965,65	3,19
3	10.300,00	12.655,72	2.355,72	22,87
4	1.674.800,00	1.692.679,73	17.879,73	1,07
5	503.800,00	396.166,29	-107.633,71	-21,36
6	470.000,00	467.905,15	-2.094,85	-0,45
7	2.858.900,00	2.867.158,84	8.258,84	0,29
8	203.700,00	218.608,97	14.908,97	7,32
9	16.626.800,00	20.461.262,91	3.834.462,91	23,06
gesamt	25.713.300,00	29.334.305,90	3.621.005,90	14,08

• Einnahmen des Vermögenshaushaltes

Einzel- plan	Haushalts- soll	Anordnungs- soll	Abweichung	
			in EUR	in %
0	100	146,01	46,01	46,01
1	500	2.100,00	1.600,00	320,00
2	217.600,00	177.787,60	-39.812,40	-18,30
3	0	0	0,00	0,00
4	0	0	0,00	0,00
5	6.500,00	97.109,00	90.609,00	1393,98
6	2.912.500,00	3.159.458,84	246.958,84	8,48
7	459.900,00	500.229,97	40.329,97	8,77
8	30.000,00	39.429,60	9.429,60	31,43
9	5.033.500,00	4.890.942,61	-142.557,39	-2,83
gesamt	8.660.600,00	8.867.203,63	206.603,63	2,39

• Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Einzel- plan	Haushalts- soll	Anordnungs- soll	Abweichung	
			in EUR	in %
0	1.986.500,00	1.914.281,77	-72.218,23	-3,64
1	623.400,00	610.358,40	-13.041,60	-2,09
2	2.668.300,00	2.336.565,07	-331.734,93	-12,43
3	615.100,00	573.132,23	-41.967,77	-6,82
4	4.465.500,00	4.349.217,80	-116.282,20	-2,60
5	2.147.700,00	1.871.323,18	-276.376,82	-12,87
6	2.363.500,00	2.337.365,82	-26.134,18	-1,11
7	3.723.100,00	3.350.820,87	-372.279,13	-10,00
8	103.600,00	77.839,32	-25.760,68	-24,87
9	7.016.600,00	11.913.401,44	4.896.801,44	69,79
gesamt	25.713.300,00	29.334.305,90	7.306.874,90	33,17

- **Ausgaben des Vermögenshaushaltes**

Einzel- plan	Haushalts- soll	Anordnungs- soll	Abweichung	
			in EUR	in %
0	184.900,00	147.693,21	-37.206,79	-20,12
1	135.300,00	114.336,88	-20.963,12	-15,49
2	667.400,00	409.937,69	-257.462,31	-38,58
3	1.000,00	1.685,00	685,00	68,50
4	539.400,00	544.947,55	5.547,55	1,03
5	1.612.700,00	1.457.757,79	-154.942,21	-9,61
6	2.272.800,00	1.555.703,93	-717.096,07	-31,55
7	619.100,00	970.445,82	351.345,82	56,75
8	1.000,00	503,35	-496,65	-49,67
9	2.627.000,00	3.664.192,41	1.037.192,41	39,48
gesamt	8.660.600,00	8.867.203,63	206.603,63	2,39

3. in der Betrachtung nach Gruppierungen

Im Rahmen der Budgetierung ist die haushaltsmäßige Entwicklung mehr aus dem Blickwinkel der einzelnen gemeindlichen Aufgaben (Budgets) zu betrachten und nicht mehr vorrangig aus dem Blickwinkel der verschiedenen Einnahme- und Ausgabearten. Gleichwohl ist eine entsprechende Betrachtung nach Gruppierungen sinnvoll, da hierüber die Entwicklung der einzelnen Einnahme- und Ausgabegruppen innerhalb eines Haushaltsjahres aufgezeigt werden kann und Abweichungen der Jahresergebnisse zu den Haushaltsansätzen deutlich hervortreten. Aus diesem Grunde wurden die Jahresergebnisse nach den wichtigen Einnahme- und Ausgabearten zusammengestellt. Die folgende Übersicht gibt hierüber Auskunft. Zu den erheblichen Abweichungen zwischen Jahresergebnissen und Haushaltsansätzen bei einzelnen Einnahme- und Ausgabegruppierungen werden nachfolgend entsprechende Erläuterungen gegeben. Dabei wurden prozentuale Abweichungen von mindestens plus bzw. minus zehn Prozent als „erheblich“ definiert.

➤ Übersicht siehe nächste Seiten

Gruppierung	Einnahmeart	2007	2007	Differenz	Prozent
		HH-Ansatz	Ergebnis	Ansatz-Erg.	%

Einnahmen des Verwaltungshaushalts

000, 001	Grundsteuer A und B	2.165.000	2.288.766,99	123.767	5,72%
003	Gewerbesteuer	5.500.000	8.009.167,47	2.509.167	45,62%
010	Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer	4.262.700	4.965.924,00	703.224	16,50%
012	und Beteiligung an der Umsatzsteuer	359.600	378.898,00	19.298	5,37%
02, 03	sonstige Gemeindesteuern	68.500	69.925,89	1.426	2,08%
00 - 03	Steuern zusammen	12.355.800	15.712.682,35	3.356.882	27,17%
04-06	Allgemeine Zuweisungen				
041, 051, 061	vom Land	2.355.100	2.628.432,00	273.332	11,61%
062	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	275.000	274.994,17	-6	0,00%
0	Steuern, Allgem. Zuweis. u. Umlagen zusammen	14.985.900	18.616.108,52	3.630.209	24,22%
10, 11, 12	Gebühren u. ähnl. Entgelte, zweckgeb. Abgaben	3.225.600	3.190.941,71	-34.658	-1,07%
13, 14, 15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, Sonst.	299.200	289.284,83	-9.915	-3,31%
16, 17	Zuweis./Zuschüsse f. lfd. Zwecke, Erstattungen				
161, 171	vom Land	424.500	525.344,60	100.845	23,76%
162, 163, 172	von Gemeinden u. Gemeindeverbänden,	1.291.900	1.258.800,52	-33.099	-2,56%
173	von Zweckverbänden u. dgl.				
164-169, 174-178	von übrigen Bereichen	3.481.800	3.195.779,12	-286.021	-8,21%
1	Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb zusammen	8.723.000	8.460.150,78	-262.849	-3,01%
20	Zinseinnahmen	56.900	373.723,01	316.823	556,81%
21, 22, 24-28	übrige Finanzeinnahmen	1.947.500	1.884.323,59	-63.176	-3,24%
2	sonstige Finanzeinnahmen zusammen	2.004.400	2.258.046,60	253.647	12,65%
0 - 2	Einnahmen des Verwaltungshaushalts zusammen:	25.713.300	29.334.305,90	3.621.006	14,08%

Einnahmen des Vermögenshaushalts

30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	322.500	4.307.469,13	3.984.969	1235,65%
31	Entnahmen aus Rücklagen	3.862.400	0,00	-3.862.400	-100,00%
32, 33, 34	Rückfl. v. Darl. u. Kapitaleinlagen, Einnahmen a. Veräuß. v. Beiteiligungen u. v. Sachen d. Anlagevermögens	1.808.500	2.150.522,34	342.022	18,91%
35	Beiträge und ähnl. Entgelte	1.477.500	1.345.322,04	-132.178	-8,95%
36	Zuw./Zusch.f. Invest./Inv.-Förderungsmaßnahmen				
361	vom Land	291.000	503.136,00	212.136	72,90%
362, 363	v. Gemeinden, Gemeindeverb., Zweckverb. u. dgl.	345.400	315.254,12	-30.146	-8,73%
364-368	von übrigen Bereichen	0	0,00	0	0,00%
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen				
372, 373	von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und dgl.	553.300	245.500,00	-307.800	-55,63%
374-378	vom sonstigen öffentlichen Bereich u. Kreditmarkt	0	0,00	0	0,00%
378	Umschuldungen	0	0,00	0	0,00%
3	Einnahmen des Vermögenshaushalts zusammen	8.660.600	8.867.203,63	206.604	2,39%
0 - 3	Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen	34.373.900	38.201.509,53	3.827.610	11,14%

Gruppierung	Ausgabeart	2007	2007	Differenz	Prozent
		HH-Ansatz	Ergebnis	Ansatz-Erg.	%
Ausgaben des Verwaltungshaushalts					
4	Personalausgaben	6.277.700	6.127.655,51	-150.044	-2,39%
50 - 66	Sächl. Verw.-/ Betr.-Aufwand (ohne Gr. 67/68)	6.540.700	5.881.667,20	-659.033	-10,08%
670-678	Erstattungen v. Ausgaben d. Verw.-Haushaltes	390.700	397.685,15	6.985	1,79%
679	Innere Verrechnungen	2.715.400	2.442.693,15	-272.707	-10,04%
68	Kalkulatorische Kosten	1.554.100	1.446.746,44	-107.354	-6,91%
5/6	Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand zusammen	11.200.900	10.168.791,94	-1.032.108	-9,21%
71,72	Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke, Schuldendiensthilfen				
715,716,725	kommunale Sonderrechnungen und sonstige	34.100	34.031,50	-69	-0,20%
726	öffentliche Sonderrechnungen				
714,717,718					
724,727,728	an übrige Bereiche	1.073.800	1.024.798,14	-49.002	-4,56%
73 - 79	Leistungen d. Sozialhilfe u. ä.	110.200	65.627,37	-44.573	-40,45%
7	Zuweisungen und Zuschüsse zusammen (nicht für Investitionen)	1.218.100	1.124.457,01	-93.643	-7,69%
80, 877	Zinsausgaben	292.200	264.754,31	-27.446	-9,39%
810	Gewerbesteuerumlage u. ä.	1.313.000	2.137.876,00	824.876	62,82%
82, 83	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	5.076.400	5.180.720,00	104.320	2,05%
84, 85	Übrige Finanzausgaben	12.500	22.582,00	10.082	80,66%
86	Zuführung zum Verm.-Haush.(Pflichtzuführung)	306.000	300.534,89	-5.465	-1,79%
86	Zuführung zum Verm.-Haush.(Nettozuführung)	16.500	4.006.934,24	3.990.434	24184,45%
893 895	Deckung von Soll-Fehlbeträgen	0	0,00	0	0,00%
8	Sonstige Finanzausgaben zusammen	7.016.600,00	11.913.401,44	4.896.801	69,79%
4-8	Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zusammen	25.713.300	29.334.305,90	3.621.006	14,08%
Ausgaben des Vermögenshaushalts					
90	Zuführung zum Verwaltungshaushalt				
91	Zuführung zur Rücklage	0	1.042.670,49	1.042.670	0,00%
92	Gewährung von Darlehen				
925	an kommunale Sonderrechnungen	0	0,00	0	0,00%
98	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen				
982, 981	an Gemeinden/Gemeindeverbände	85.700	89.379,31	3.679	4,29%
987	an private Unternehmen	38.400	6.735,40	-31.665	-82,46%
988, 986	an übrige Bereiche	558.100	563.249,11	5.149	0,92%
93	Vermögenserwerb				
930	Beteiligungen	0	0,00	0	0,00%
932	Erwerb von Grundstücken	385.000	289.311,63	-95.688	-24,85%
935	Erwerb v. bewegl. Sachen d. Anlagevermögens	486.600	508.360,27	21.760	4,47%
94, 95, 96	Baumaßnahmen	4.477.400	3.743.645,30	-733.755	-16,39%
98,93,94-96	Invest./Invest.-Förderungsmaßnahmen gesamt	6.031.200	5.200.681,02	-830.519	-13,77%
97	Tilgung v. Krediten, Rückzahl. Innerer Darlehen				
970	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	0	0,00	0	0,00%
971	an Land	2.400	2.330,20	-70	-2,91%
972,973	an Gemeinden, Gemeinde-/Zweckverb. u. dgl.	225.600	220.290,68	-5.309	-2,35%
974-978	an übrige Bereiche, Kreditmarkt	78.000	77.914,01	-86	-0,11%
977	Umschuldungen/außerordentl. Tilgungen	2.323.400	2.323.317,23	-83	0,00%
92	Deckung von Soll-Fehlbeträgen				
9	Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammen	8.660.600	8.867.203,63	206.604	2,39%
4 - 9	Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen	34.373.900	38.201.509,53	3.827.610	11,14%

Im Folgenden werden die erheblichen Abweichungen bei einzelnen Gruppierungsbereichen erläutert (ausgenommen die Gruppierungsbereiche, die sich ausschliesslich auf die Umsetzung der Leistungserfüllung nach dem SGB II und dem SGB XII beziehen):

Einnahmen

Verwaltungshaushalt

- **Realsteuern**

Das Ergebnis (10.297.934,46 Euro) liegt bei den Realsteuern mit 2.632.934,46 Euro (= 34,12 %) deutlich über dem Haushaltsoll von 7.665.000 Euro. Dies ist vorrangig durch die Mehreinnahme bei der Gewerbesteuer i. H. v. 2.509.167,47 Euro begründet. Das Anordnungssoll (8.009.167,47 Euro) liegt hier im Ergebnis somit 45,62 % über dem Haushaltsoll. Die tatsächliche Höhe der Gewerbesteuer ist abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung verschiedener im Gemeindegebiet ansässiger Unternehmen und lässt sich im Rahmen der Haushaltsplanung nur schwer vorhersagen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden während der Haushaltsplanung die Gewerbesteuerereinnahmen für 2007 höher, wenn auch zurückhaltend kalkuliert. Es hat sich zurückblickend gezeigt, dass man den positiven Entwicklungstendenzen zu vorsichtig begegnete.

- **Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer**

Entgegen den Prognosen aus den Orientierungsdaten fiel der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aufgrund der allgemeinen konjunkturellen Belebung im Ergebnis (4.965.924,00 Euro) deutlich höher aus. Hier konnte eine Mehreinnahme i. H. v. 703.224,00 Euro (= 16,50 %) erzielt werden. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer war ein leichtes Plus i. H. v. 19.298,00 Euro zu verzeichnen. Im Ergebnis konnten hier 378.898,00 Euro vereinnahmt werden.

- **Gebühren und ähnliche Entgelte, zweckgebundene Abgaben**

Insgesamt weicht das Anordnungssoll in den Gruppierungen 10, 11 und 12 in Höhe von 3.190.941,71 Euro mit 34.658,71 Euro und damit -1,07% nur unwesentlich vom Haushaltsansatz ab. Ein nennenswertes Minus in Höhe von 30.280,00 gab es bei den Benutzungsgebühren im Freibad, welches jedoch auf das schlechte Sommerwetter und dementsprechende geringere Besucherzahlen zurückzuführen ist. Bei den Verwaltungsgebühren war im Ergebnis insgesamt eine Mehreinnahme i. H. v. 13.595,74 Euro (= 13,73 %) zu verzeichnen.

- **Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen**

Bei den sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (Grupp. 15) war eine Minderausgabe in Höhe von 14.207,76 Euro zu verzeichnen. Diese liegt insbesondere daran, dass bei der Vorsteuererstattung eine letzte Ansatzanpassung während der Haushaltsberatungen und deren Auswirkung vesehendlich übersehen wurde. Selbst die deutlichen Mehreinnahmen durch die Ausgleichszahlungen im Rahmen verschiedener Schadensregulierungen seitens der Versicherungen konnten diesen Fehler innerhalb der Gruppierung nicht signifikant ausgleichen.

- **Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes**

Bei Aufstellung des Haushaltes konnten der erhöhte Landeszuschuss für das beitragsfreie Kindergartenjahr ab dem 01.08.2007 nicht berücksichtigt werden. Alleine die Position generierten Mehreinnahmen von annähernd 100.000 Euro.

- Zinseinnahmen

Aufgrund der im Laufe des Haushaltsjahres 2007 durchgehend hohen Liquidität konnten durch entsprechende Anlagen hohe Zinseinnahmen erzielt werden. Somit liegt gegenüber dem Haushaltssoll i. H. v. 56.900 Euro eine Mehreinnahme i. H. v. 316.823,01 Euro vor.

- Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen und anderen Beteiligten

Die Gewinnanteile aus den Beteiligungen fielen im Ergebnis (= 29.299,43 Euro) positiver aus als im Rahmen der Haushaltsplanung veranschlagt. Dadurch ist eine Mehreinnahme i. H. v. 6.699,43 Euro entstanden.

- Konzessionsabgaben

Die Einnahme in Höhe von 62.452,10 Euro bei der Konzessionsabgabe für Gas lag in 2007 geringfügig über den Erwartungen (Ansatz 54.700 Euro). Im Ergebnis liegt eine Mehreinnahme i. H. v. 7.752,10 Euro vor.

Vermögenshaushalt

- Zuführung vom Verwaltungshaushalt

Der Überschuss der Einnahmen über den Ausgaben im Verwaltungshaushalt i. H. v. 4.307.469,13 Euro konnte dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Im Rahmen der Haushaltsplanung konnte lediglich die Pflichtzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung (= 298.204,69 Euro) ausgewiesen werden. Im Ergebnis liegt die Zuführung somit 3.984.969,13 Euro über dem veranschlagten Haushaltssoll. Des Weiteren wird auf die Ausführungen zu Kapitel B) Pkt. 4. verwiesen.

- Entnahmen aus der Rücklage

Die geplante Entnahme aus der Rücklage fand im Jahr 2007 nicht statt. Hier wird auf die Ausführungen zu Kapitel B) Pkt. 5 verwiesen.

- Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens

Im Ergebnis konnten hier Einnahmen i. H. v. 2.150.522,34 Euro angeordnet werden. Veranschlagt waren dagegen Einnahmen i. H. v. 1.808.500 Euro, so dass eine Mehreinnahme i. H. v. 342.022,34 Euro = 18,91 % vorliegt. Begründet ist dies durch den Verkauf von Wohnbaugrundstücken, der teilweise erst in Folgejahren realisiert werden sollte.

- Beiträge und ähnliche Entgelte

Einhergehend mit den hohen Einnahmen aufgrund der Veräußerung der Baugrundstücke fallen auch die Einnahmen aus Beiträgen in 2007 höher aus. Dagegen konnten die für 2007 geplanten Abrechnungen von Straßenausbaumaßnahmen in 2007 nicht umgesetzt werden, weil mit einzelnen Maßnahmen noch gar nicht begonnen wurde und bereits begonnene

Maßnahmen in 2007 – bis auf eine Ausnahme - nicht abgeschlossen werden konnten. Die veranschlagten Straßenausbaubeiträge für 2007 entfallen hier somit. Im Ergebnis wurden im Bereich der Gruppierung „Beiträge und ähnliche Entgelte“ Einnahmen i. H. v. 1.345.322,04 Euro realisiert. Dies entspricht einer Mindereinnahme i. H. v. 132.177,96 Euro.

- Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Da verschiedene Straßenausbaumaßnahmen in 2007 umgesetzt bzw. abgeschlossen wurden, die bereits in 2006 abgeschlossen sein sollten, erhielt die Gemeinde Rastede die hierfür in 2006 eingeplanten Zuweisungen seitens des Landes erst in 2007. Dies führt u. a. zu einer Mehreinnahme i. H. v. 212.136 Euro = 72,90 % im Bereich dieser Gruppierung. Insbesondere ist hier die Zuweisung für die Maßnahme „Eichendorffstraße“ herauszuheben, aus der eine Zuweisung von 180.000 Euro hervorging.

Zusätzlich ist anzumerken, dass die Gewährung der Zuweisungen bzw. deren tatsächlicher Zufluss nur schwer für ein konkretes Haushaltsjahr festzulegen, da die Auszahlung letztendlich auch von der Haushaltssituation des Landes und der entsprechenden Ausstattung einzelner Fördertöpfe abhängig ist.

- Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen

In 2007 wurden lediglich Kredite im Rahmen der Kreisschulbaukasse i. H. v. 245.500,00 Euro aufgenommen. Eine Kreditaufnahme am Kreditmarkt war für 2007 nicht veranschlagt.

Ausgaben

Verwaltungshaushalt

- Personalausgaben

Die Minderausgaben bei den Personalkosten in Höhe von 150.044,49 € (2,39 %) sind bei einem Personalvolumen von 6,3 Millionen € äußerst gering. Bei der Veranschlagung der Personalkosten waren insgesamt 415 Haushaltsstellen zu berücksichtigen. Die Minderausgaben im HH-Jahr 2007 sind u.a. durch verspätete Stellennachbesetzungen entstanden.

- Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen

Für die Unterhaltung der gemeindlichen Grundstücke und baulichen Anlagen wurden Haushaltsmittel i. H. v. insgesamt 861.600 Euro veranschlagt. Im Ergebnis liegen für 2007 Ausgaben i. H. v. 711.980,38 Euro vor. Auf den einzelnen Haushaltsstellen in diesem Gruppierungsbereich kommt es zu Mehr- und Minderausgaben. Im Saldo wird eine Minderausgabe i. H. v. 149.619,62 Euro ausgewiesen. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass pauschal gebildete Ansätze nicht in voller Höhe ausgeschöpft worden sind.

- Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen, u.s.w.

Fast über die gesamten Anteilbudgets hinweg konnten gegenüber den veranschlagten Bewirtschaftungskosten Einsparungen erzielt werden. Im Ergebnis (1.438.107,85 Euro) fallen in diesem Gruppierungsbereich Minderausgaben i. H. v. 311.692,15 Euro an. Von den 65 Haushaltsstellen sind gerade bei den Bewirtschaftungskosten des Freibades signifikante Unterschiede des Ergebnisses zum Ansatz festzustellen. Gerade im Freibadbereich ist man stark wetter- und diesbezüglich besucherabhängig. Durch geringere Besucherzahlen musste das Wasser nicht so oft erwärmt bzw. ausgetauscht werden. Dies ersparte bei den Ausgabepositionen Gas und Abgaben fast 38.000 Euro an Betriebskosten.

- Geschäftsausgaben

Geschäftsausgaben wurden in Höhe von 388.900 Euro veranschlagt. Verausgabt wurden 347.845,57 Euro, woraus sich eine Abweichung von – 10,56 % ergibt. Auch hier verteilen sich die Abweichungen gleichmäßig auf eine Vielzahl von Haushaltsstellen. Herauszuheben sind hier lediglich folgende Bereiche: Bei den Post- und Fernmeldegebühren ergeben sich Minderausgaben i. H. v. 14.937,67 Euro (-16,33 %). Hier verteilen sich die Minderausgaben über die einzelnen Teil- bzw. Anteilbudgets. Die Haushaltsansätze für Öffentliche Bekanntmachungen wurden nur i. H. v. 12.611,89 Euro verausgabt, da z. B. aufgrund einer geringeren Anzahl von Planfeststellungsverfahren (Anteilbudget 8400 – Planung) weniger Bekanntmachungen angefallen sind, wie ursprünglich eingeplant. Die Minderausgabe beträgt hier 12.788,11 Euro. Allgemein kann festgehalten werden, dass die veranschlagten Mittel als Pauschalbeträge in diesem Gruppierungsbereich nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden mussten.

- Zinsausgaben

Aufgrund der nicht benötigten Kassenkredite zur Liquiditätssicherung sowie der Sonder tilgung von Kreditmarktmitteln hat sich auch die Zinsbelastung in 2007 entsprechend reduziert. Entgegen dem veranschlagten Haushaltssoll i. H. v. 292.200 Euro betrug die Zinsbelastung lediglich 264.754,31 Euro. Die Reduzierung der Zinsbelastung zeichnete sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes 2007 noch nicht in vollem Umfange ab.

- Gewerbesteuerumlage

Entsprechend dem hohen Gewerbesteueraufkommen in 2007 i. H. v. 8.009.167,47 Euro ergibt sich hier aufgrund der direkten Abhängigkeit eine höhere Ausgabe bei der Gewerbesteuerumlage. Demnach beträgt die Gewerbesteuerumlage 2.137.876,00 Euro und liegt im Ergebnis 824.876,00 Euro über dem Haushaltssoll.

- Weitere Finanzausgaben

Erstattungsbeträge für Steuererstattungen werden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben verzinst. Neben kleineren Erstattungen von Gewerbesteuer, die sich aus geänderten Grundlagenbescheiden des Finanzamtes ergeben, erfolgte in 2007 für einen Großbetrieb eine nachträgliche Änderung bei der Festsetzung der Gewerbesteuer für zurückliegende Kalenderjahre. Dadurch ergibt sich gegenüber dem Ansatz eine Mehrausgabe i. H. v. 10.082,00 Euro.

- Zuführung zum Vermögenshaushalt

Aufgrund des guten Ergebnisses im Verwaltungshaushalt fällt die Zuführung zum Vermögenshaushalt mit 4.307.469,13 Euro deutlich höher aus als die veranschlagte Pflichtzuführung i. H. v. 298.204,69 Euro. Siehe auch unter Kapitel B) Pkt. 4.

- Zinsausgaben für äußere Kassenkredite

Die in § 4 der Haushaltssatzung verankerte Legitimation zur Inanspruchnahme von Kassenkrediten wurde aufgrund der vorhandenen Liquidität in der Gemeindekasse nicht in Anspruch genommen. Daher wurden auch keine Zinsausgaben für äußere Kassenkredite fällig.

Vermögenshaushalt

- Vermögenserwerb

Die Gemeinde hat für das Jahr 2007 vorgesehene Baulandflächen in den Baugebieten BPlan 79 B, 78 A und 78 B noch nicht erworben, da der Verkauf anderer gemeindeeigenen Baulandflächen leicht rückgängig ist, so dass von den hierfür veranschlagten 385.000,00 Euro insgesamt nur 289.311,63 Euro ausgegeben wurden. Der Ankauf von Bauerwartungsland ist nur schwer planbar, da hier die Realisierung von vielen nicht vorhersehbaren Faktoren abhängig ist.

Im Rahmen des Erwerbes von beweglichen Sachen wird im Ergebnis ein Anordnungssoll für 2007 i. H. v. 508.360,27 Euro ausgewiesen. Gegenüber dem Haushaltsanatz liegt lediglich eine Mehrausgabe i. H. v. 21.760,27 Euro zu vor.

- Hochbau

Die im Bereich Hochbau veranschlagten 1.316.700,00 Euro wurden im Haushaltsjahr 2007 um 342.584,28 Euro weniger ausgeschöpft. Dies entspricht -26,02%. Dies resultiert u.a. daraus, dass hinsichtlich der Sanierung des Altbaus der KGS ein günstigeres Ergebnis im Umfang von 136.660,40 € erzielt wurde und bei der Erneuerung der Heizungs-, Warmwasser- und Lüftungszentrale mit einem Blockheizkraftwerk der Sporthalle Feldbreite 85.771,40 € erspart wurden, da zwei Warmwasserspeicher nicht ersetzt werden mussten. Zusätzlich war hier auch das Ausschreibungsergebnis niedriger. Des Weiteren wurden Sanierungsmaßnahmen des Rathauses verschoben, weshalb eine zusätzliche Differenz von 145.742,86 € entsteht. Inhalt der Sanierungsmaßnahmen sind der Einbau von Brandschutztüren, einer Sicherheits-Lichtanlage und die Erneuerung der Treppenhauseinfassade.

- Tiefbau

Von den 3.124.700,00 Euro im Bereich Hochbau wurden 2.713.846,11 Euro ausgegeben. Dies entspricht Minderausgaben in Höhe von -410.853,89 (-13,15%). Einige Maßnahmen konnten günstiger abgerechnet werden als veranschlagt (z. B. Sanierung Sportplatz Hahn-Lehmden, Tiefbaumaßnahme Fünfhäuserweg BBPlan 80 Loy). Einige Maßnahmen wie die Erweiterung des BBPlanes 15 a Liethe, Ausbau Voßbarg, Planstraße Sandkontor und Sanierung Turnierplatz wurden im Haushaltsjahr 2007 nicht durchgeführt. Zusätzlich liegen noch keine Schlussrechnungen der Maßnahmen Oldenburger Straße und für das BBPlan-Gebiet 78 a Ostermoor vor, die ebenfalls zur Abweichung des Ergebnisses beitragen.

- Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen

Gegenüber den veranschlagten Haushaltsmitteln i. H. v. 682.200 Euro fällt das Anordnungssoll mit 659.363,82 Euro nur unwesentlich geringer aus. Die Minderausgabe i. H. v. 22.836,18 Euro ist vorrangig dadurch begründet, dass eine Maßnahme in 2007 nicht mehr realisiert wurde, für die ein Zuschuss für Investitionen Dritter innerhalb der Haushaltsplan-aufstellung bereitgestellt wurde.

4. Betrachtung einzelner Haushaltsstellen

Die als Anlage beigefügten Übersichten enthalten sämtliche Haushaltsstellen des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes, bei denen das Anordnungssoll im Ergebnis vom Haushaltsansatz um mindestens ± 25 Prozent abweicht. Gleichzeitig muss die Abweichung absolut mindestens 10.000 Euro betragen. Zudem sind die Haushaltsstellen aufgeführt, bei denen entgegen einem nicht veranschlagten Haushaltsansatz ein Anordnungssoll im Ergebnis ausgewiesen wurde. Die Haushaltsstellen sind in den Einnahmen und den Ausgaben nach den Anteilbudgets sortiert.

Anlage 4 a – Verwaltungshaushalt Einnahme

Anlage 4 b – Vermögenshaushalt Einnahme

Anlage 4 c – Verwaltungshaushalt Ausgabe

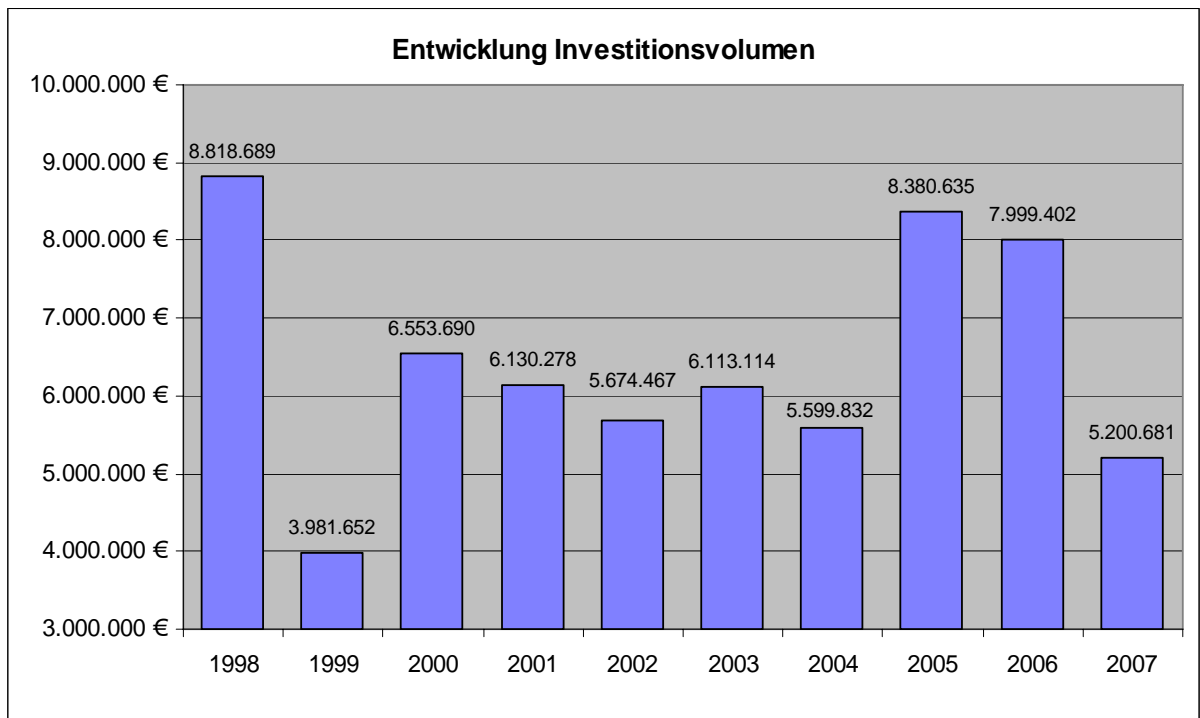
Anlage 4 d – Vermögenshaushalt Ausgabe

D) Überblick über die Haushaltswirtschaft

1. Allgemeines

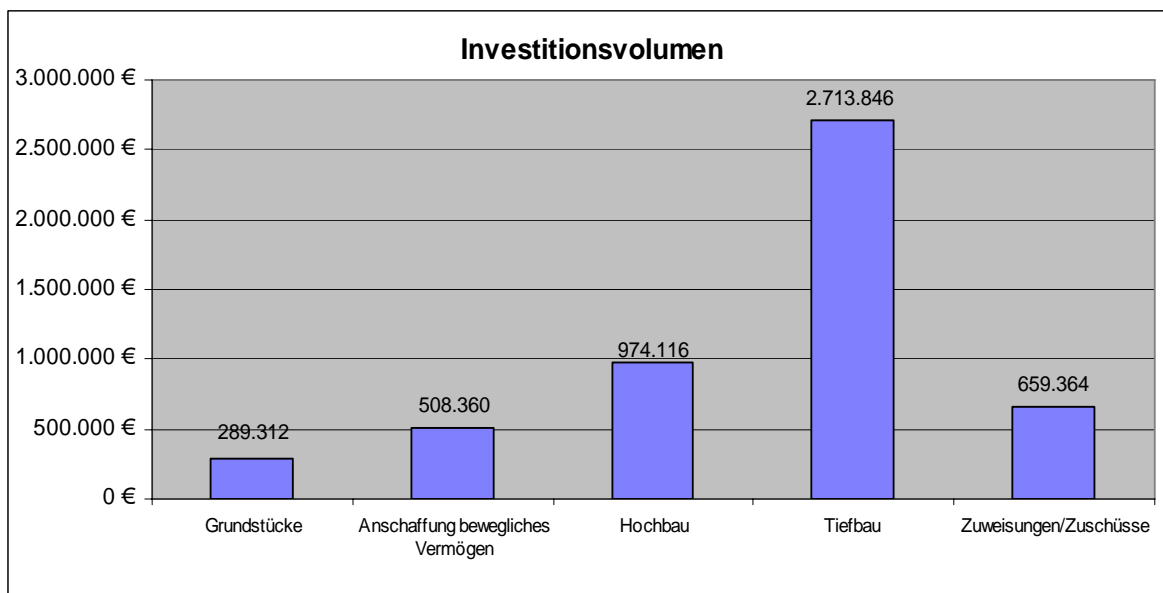
Nachfolgend soll auf die Tätigkeit der Gemeinde Rastede im Bereich der Investitionen und der Investitionsförderungsmaßnahmen eingegangen werden.

2. Investitionen und Investitionsförderung



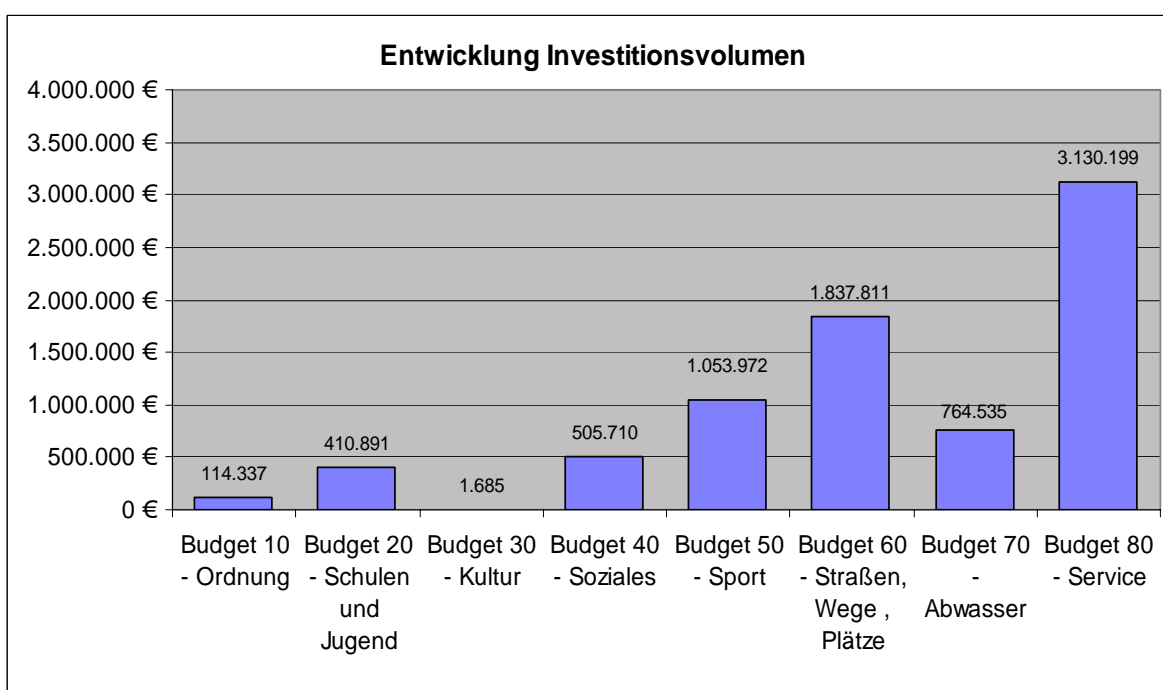
Der Vermögenshaushalt weist in 2007 für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen ein Haushaltsvolumen i. H. v. 5.200.681,02 Euro aus. Gegenüber dem Vorjahre 2006 ist das Investitionsvolumen rückgängig und hat nun wieder das Niveau des Volumens der Jahre 1999 bis 2004 erreicht.

Die Ausgaben für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen entfallen dabei auf folgende Bereiche:



Der Schwerpunkt bei den Investitionen lag in 2007 im Bereich Tiefbau. Hier beträgt das Ausgabevolumen – vorrangig für verschiedene Erschließungs- und Straßenausbaumaßnahmen – insgesamt 2.713.846 Euro. Zudem wurden weitere 974.116 Euro für verschiedene Baumaßnahmen im Bereich Hochbau investiert, zu denen insbesondere die Maßnahmen an der Mehrzweckhalle Feldbreite, am Altbau der KGS und am Sportplatz Hahn-Lehmden (Sanitärgebäude) zählen. Da im Vorjahr vorgesorgt wurde, bestand ein im Rahmen der Wohnungsbauförderung im Vergleich zum Vorjahr für den Ankauf von Grundstücken im Jahr 2007 nur der Bedarf einer Ausgabe in Höhe von 289.312 Euro.

Der folgenden Grafik kann entnommen werden, welches Ausgabevolumen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf die einzelnen Budgets entfällt:



3. Abgeschlossene Baumaßnahmen

In der folgenden Übersicht sind die Baumaßnahmen aufgeführt, die in 2007 abgeschlossen worden sind und deren Durchführung sich über mehrere Haushaltsjahre erstreckt hat:

Glied.	Grupp.	Anteilsbudget		Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	Gesamt
2810	940016	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Umbau zur Ganztagschule			234.246,10	13.810,61	248.056,71
2810	361001	2301	KGS	Zuschuss vom Land			209.416,01	0,00*	209.416,01
2811	940011	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Umbau zur Ganztagschule; Gebäude Feldbreite			656.735,82	122.047,19	778.783,01
2811	361000	2301	KGS	Zuschuss vom Land; Gebäude Feldbreite			587.121,82	0,00*	587.121,82
6310	950011	6101	Straßen	Tiefbaumaßnahme; BBPl. Nr. 21 D-Südende		5.618,27	269,93	0,00	5.888,20
6310	940000	6101	Straßen	Sanierung Straßenbeleuchtung	73.794,79	47.660,36	61.872,34	18.584,06	201.911,55
7030	950006		Schmutzwasser	Sanierungsmaßnahmen			4.135,96	63.878,41	68.014,37

Alle Angaben in Euro (IST – Zahlen).

*) Entsprechende Zuschusszahlungen der Maßnahmen gingen erst im Jahr 2008 ein.

2. Regiekostenrechnung

Seit dem die Gemeinde Rastede einen budgetorientierten Haushalt aufstellt, verrechnet sie auch die Regiekosten. Diese Berechnung wurde gemacht, weil mit der Aufstellung des budgetorientierten Haushaltes auch die Vorstellung verbunden ist, die Produktkosten innerhalb eines Budgets vollständig darzustellen.

Mit der Einführung des Neuen Haushaltsrechts – für die Gemeinde also für die Zeit ab 2009 – ist es von den haushaltsrechtlichen Zielen her zwingend, dass die Regiekosten den Produktkosten zugerechnet werden. Erforderlich ist es also für die Gemeinde Rastede, ab 2009 die Regiekostenverteilung nach den Bedingungen des Neuen Haushaltsrechts neu zu ermitteln.

Die Vorüberlegungen zu der neuen Regiekostenrechnung haben gezeigt, dass die bisherige Berechnung verbesserungswürdig ist. Im Hinblick auf die grundlegende Änderung ab 2009 und aufgrund der sehr zeit- und personalintensiven Vorbereitung der Haushaltsumstellung wurde davon Abstand genommen, die Berechnung der Buchungsbeträge näher zu hinterfragen - die sich aus der Berechnungsdatei sich ergebenden Beträge wurden gebucht.

II. Kredit- und Vermögenswirtschaft im Haushaltsjahr 2007

1. Kreditwirtschaft

<u>Neuaufnahmen</u>	<u>Haushaltssoll</u>	<u>Ergebnis</u>
• Kreditmarkt	0,00 €	0,00 €
• Kreisschulbaukasse	553.300,00 €	245.500,00 €
<u>Tilgung</u>		
• Kreditmarkt	78.000,00 €	77.914,01 €
• Sondertilgung	2.323.400,00 €	2.323.317,23 €
• Kreisschulbaukasse	225.600,00 €	220.290,68 €
<u>Zinsen</u>	292.200,00 €	264.754,31 €
<u>Schuldendienstleistung</u> gesamt	2.919.200,00 €	2.886.276,23 €

In der Haushaltssatzung wurde der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen – lediglich im Rahmen der Kreisschulbaukasse – auf insgesamt 553.300 Euro festgesetzt. Zur Finanzierung der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen war die Aufnahme von Kreditmitteln am Kreditmarkt nicht vorgesehen, da zur Deckung dieser Ausgaben ein entsprechender Rückgriff auf den Rücklagenbestand vorgesehen war. Im Ergebnis wurden im Rahmen der Kreisschulbaukasse lediglich Kreditmittel i. H. v. 245.500,00 Euro in Anspruch genommen. Zudem war aufgrund der positiven Entwicklung des Haushaltsjahres 2007 ein Rückgriff auf die Allgemeine Rücklage nicht erforderlich.

Im Ergebnis weist das Haushaltsjahr 2007 eine negative Nettoneuverschuldung i. H. v. 2.376.021,92 Euro aus.

2. Schuldenentwicklung

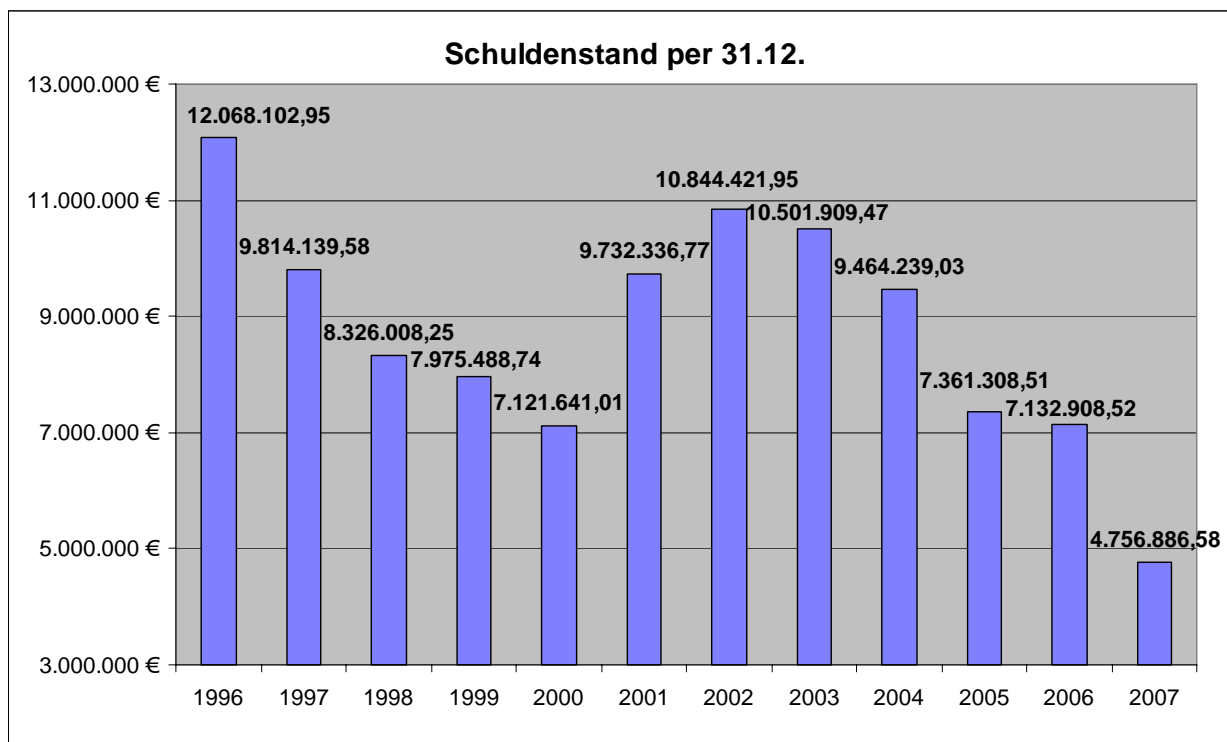
Gemäß den Vorschriften der §§ 39 und 40 Abs. 2 und 3 GemHVO ist der Stand der Schulden in der Jahresrechnung zu Beginn und zu Ende des Haushaltsjahres festzustellen.

Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	0,00 €
Schuldenaufnahme aus der Kreisschulbaukasse	245.500,00 €
Neuverschuldung 2007	<u>245.500,00 €</u>

Tilgung Kreditmarkt	77.914,01 €
Sondertilgung	2.323.317,23 €
Tilgung Kreisschulbaukasse	220.290,68 €
Gesamttilgung 2007	<u>2.621.521,92 €</u>

Schuldenstand am 01.01.2007	7.132.908,50 €
Zugang durch Neuverschuldung	245.500,00 €
Abgang durch Tilgung	298.204,69 €
Abgang durch Sondertilgung	2.323.317,23 €
sonstige Zugänge	0,00 €
sonstige Abgänge	0,00 €
Schuldenstand am 31.12.2007	<u>4.756.886,58 €</u>

Der Schuldenstand beträgt pro Einwohner der Gemeinde Rastede 230,77 Euro; bei einem Schuldenstand gesamt i. H. v. 4.756.886,58 Euro und 20.613 Einwohnern zum Stichtag 30.06.2007.



3. Vermögensentwicklung

Stand des Vermögens am 01.01.2007 **99.197.596,75 €**

Dieser genannte Betrag basiert auf eine nicht zwingend vorgeschriebene Vermögensrechnung.

Ab dem 01.01.2009 wird der Haushalt der Gemeinde Rastede nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung im Rahmen der Gemeindehaushalts- und –kassenverordnung geführt. Damit verbunden ist die Aufstellung einer ersten Eröffnungsbilanz für die eine umfassende Vermögensaufnahme, -erfassung und –bewertung erforderlich ist.

Der o.g. Vermögenswert kann aufgrund des nun anzuwendenden Rechts nicht fortgeschrieben werden. Im Hinblick auf die sehr starke Arbeitsbelastung im Rahmen der Umstellung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft ab dem 01.01.2009 macht es keinen Sinn, den o.g. Vermögenswert auf einer Grundlage fortzuschreiben, die über den 01.01.2009 hinaus keinen Bestand hat. Deshalb wurde davon abgesehen, die Vermögensrechnung alter Art fortzuführen.

Rastede, 23.07.2009

Decker

- Bürgermeister -

III.

Anlagen

Die Anlagen sind wegen der Masse an Material nicht beigelegt. Sie können in der Sitzung vorgelegt werden.

Bericht
des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Ammerland
über die Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Rastede
für das Haushaltsjahr
2007

		Seite
	<u>Kurzdarstellung der Prüfungsfeststellungen/-bemerkungen</u>	
01	Die Jahresrechnung wurde erneut nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist aufgestellt.	10
02	Verschiedene abrechnungsfähige Unterabschnitte (Schülerbeförderung und Soziale Sicherung) weisen Überschüsse oder Fehlbeträge aus, die evtl. über künftige Abrechnungen mit dem Landkreis auszugleichen sind.	18
03	Der Wirtschaftsplan des Nettoregiebetriebes Bauhof war nicht dem Haushaltsplan beigelegt.	20
04	Die zwischen dem Kassenverrechnungskonto und den Verwahrkonten des Bauhofes bestehenden Differenzen sind aufzuklären und endgültig zu beordnen.	21
05	Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 sowie der Lagebericht des Nettoregiebetriebes Bauhof sind nicht unterschrieben.	22
06	Gem. § 110 Abs. 1 NGO darf der Nettoregiebetrieb Bauhof nicht gewinnorientiert geführt werden.	22

1. Vorbemerkungen

1.1 Prüfungsauftrag

Der Auftrag zur Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Rastede ergibt sich aus § 67 Abs. 2 NLO in Verbindung mit § 120 Abs. 2 NGO.

1.2 Prüfungszeit/Prüfer

Die Jahresrechnung wurde in der Zeit vom 29.10. bis 23.12.2008 sowie in den Zeiträumen vom 16. bis 26.02.2009 und vom 28.07. bis 13.08.2009 (mit Unterbrechungen) in den Büroräumen des RPA geprüft. Als Prüfer waren KOAR Frerichs und KOI Weiers tätig.

Der Verwaltung wurde am 17.08.2009 ein Entwurf des Prüfungsberichtes zugesandt. Eine Schlussbesprechung fand nicht statt.

1.3 Prüfungsunterlagen

Die zur Prüfung notwendigen Unterlagen wurden vorgelegt. Etwaige fehlende Unterlagen und Nachweise sind zu den jeweiligen Prüfungsbereichen gesondert aufgeführt.

1.4 Durchführung der Prüfung/Prüfungsumfang

Ab 01.01.2006 gelten für die Prüfung der Jahresrechnung grundsätzlich die Bestimmungen der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO). Aufgrund des Beschlusses des Rates der Gemeinde Rastede vom 21.02.2006 gem. Art. 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschafts-rechtlicher Vorschriften bleiben bestimmte Vorschriften der NGO und zugehörige Verordnungsregelungen in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis längstens **31.12.2008** anwendbar.

Weiterhin bleiben durch Beschlüsse des Rates der Gemeinde vom 21.02.2006 gem. Art. 6 Abs. 4 und Abs. 5 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindewirtschaftsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften

- a) für die **Sozialstation Rastede gGmbH** und für die **Residenzort Rastede GmbH**
- b) für den **Bauhof** als Hilfsbetrieb der Gemeinde mit selbstständiger Wirtschaftsführung

die Vorschriften der NGO (§§ 113, 108 Abs. 3 Ziff. 3 und 110) in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis längstens **31.12.2009** anwendbar.

Nach § 100 Abs. 2 NGO ist die Jahresrechnung innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen. Zu Beginn der Prüfung lagen nicht alle erforderlichen Unterlagen vor. Sie wurden in längeren Zeitabständen bis zum 28.07.2009 nachgereicht.

Die Prüfung der Jahresrechnung erstreckte sich auf Teilbereiche. Sie umfasste das Haushaltsjahr 2007 und wurde auf frühere Haushaltsjahre oder bis zum Prüfungszeitpunkt ausgedehnt, wenn es zur Vervollständigung des Sachverhalts notwendig war oder insbesondere aufgrund einer zeitnahen Prüfung für erforderlich gehalten wurde.

Im Rahmen der Jahresrechnungsprüfung sind Kassenvorgänge und Belege stichprobenweise geprüft worden.

Der Verwaltung wurden während der Prüfungstätigkeiten aufgrund aktueller Anlässe Hinweise und Empfehlungen gegeben. Etwaige Feststellungen von geringer Bedeutung wurden mit den Bediensteten besprochen und nicht mit in den Prüfungsbericht aufgenommen.

Soweit eine Prüfung stattfand, hat das RPA gem. § 120 Abs.1 NGO darauf geachtet, ob

- der Haushaltsplan eingehalten ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- bei den Einnahmen und Ausgaben des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren ist und
- das Vermögen richtig nachgewiesen ist.

2. Jahresrechnung 2006

Der Rat der Gemeinde Rastede hat am 16.12.2008 die Jahresrechnung 2006 beschlossen. Gleichzeitig wurde dem Bürgermeister die Entlastung erteilt.

Das nach §§ 100 Abs. 3, 101 Abs. 1 und 2 und 120 Abs. 4 NGO vorgeschriebene weitere Verfahren (Anzeige bei der Aufsichtsbehörde, öffentliche Bekanntmachung und Auslegung der Jahresrechnung einschließlich Rechenschaftsbericht, Bericht des Rechnungsprüfungsamtes und Stellungnahme des Bürgermeisters) wurde eingehalten. Das Haushaltsjahr 2006 ist damit abgeschlossen.

3. Grundlagen der Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr 2007

3.1 Haushaltssatzung

Der Rat der Gemeinde Rastede hat die Haushaltssatzung am 27.02.2007 beschlossen. Eine Nachtragssatzung wurde nicht erlassen.

Die Bestimmungen über die Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Aufsichtsbehörde, die öffentliche Bekanntmachung und Auslegung (§ 86 Abs. 2 NGO) einschließlich des Beteiligungsberichtes (§ 116 a NGO) wurden beachtet. Die Haushaltssatzung ist damit rechtswirksam geworden.

Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung am 04.04.2007 (§ 84 Abs. 3 NGO) waren die Vorschriften über die **vorläufige Haushaltsführung** (§ 88 NGO) zu berücksichtigen.

3.2 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan schloss in Einnahmen und Ausgaben wie folgt ab:

	<u>Verwaltungshaushalt:</u>	<u>Vermögenshaushalt:</u>
	Beträge in Euro	
Einnahmen	25.713.300,00	8.660.600,00
Ausgaben	25.713.300,00	8.660.600,00
Fehlbedarf	0,00	0,00

Die Vorschrift des § 82 Abs. 3 NGO, wonach der Haushalt in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein soll, wurde damit erfüllt.

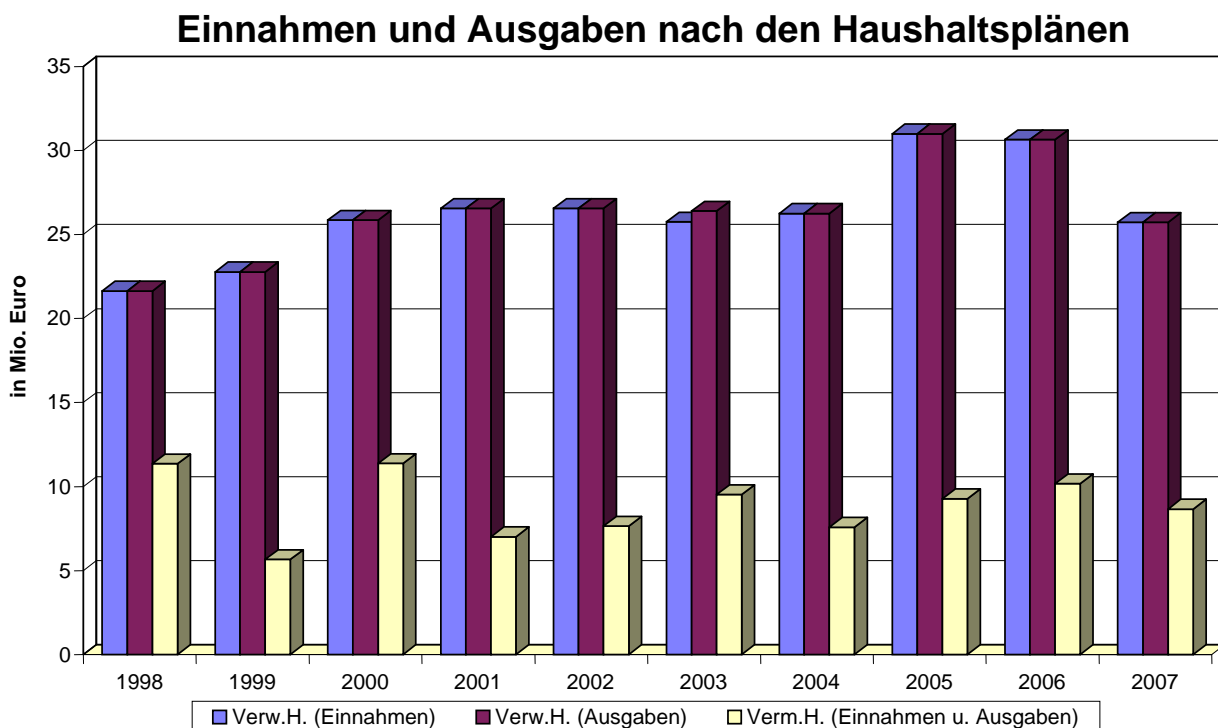
Die **Bestandteile** des Haushaltsplanes und die Pflichtanlagen (§ 2 GemHVO) sind vorhanden.

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 wurde in budgetierter Form (8 Budgets) aufgestellt. Sammelnachweise wurden im Zusammenhang mit der Aufstellung der Budgets nicht eingerichtet.

Der budgetierte Haushaltsplan der Gemeinde wurde mit einem hauseigenen EDV-Programm aus dem nach § 5 GemHVO und dem verbindlich vorgeschriebenen Gliederungs- und Gruppierungsplan zu erstellenden Haushaltsplan entwickelt.

Anhand einer Überprüfung wurde festgestellt, dass alle im Rahmen des UVN-Fin-Verfahrens erfassten Haushaltsdaten vollständig in das Budgetprogramm übernommen worden sind. Der in Budgetform erstellte und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegte Haushaltsplan enthielt demnach alle erforderliche Haushaltszahlen.

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes und des Vermögenshaushaltes der Jahre 1998 bis 2007 (Stand jeweils Haushaltsplan) wird mit der nachstehenden Grafik verdeutlicht:



3.3 Finanzplan/Investitionsprogramm

Nach § 90 Abs. 1 NGO haben die Gemeinden ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen. Als Grundlage hierfür ist nach § 90 Abs. 3 NGO ein Investitionsprogramm aufzustellen. Gem. § 24 Abs. 4 GemHVO soll der Finanzplan für die einzelnen Jahre in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen sein.

Gem. § 90 Abs. 5 NGO ist der Finanzplan dem Rat zur Kenntnis vorzulegen, das Investitionsprogramm ist dagegen gem. § 40 Abs. 1 Ziffer 8 NGO vom Rat zu beschließen.

Der Finanzplan für das Haushaltsjahr 2007 umfasst die Planungsjahre 2006 bis 2010.

Der Rat der Gemeinde hat das Investitionsprogramm in der Sitzung am 27.02.2007 zusammen mit dem Haushaltsplan 2007 und der Haushaltssatzung beschlossen und den Finanzplan zur Kenntnis genommen.

Zwischen der Haushaltsplanung (Haushaltsansatzstatistik) und der Finanzplanung sowie den Einnahmen des Finanzplanes und des Investitionsprogrammes ergaben sich keine Abweichungen.

Ein Abgleich der Ausgabenseite **des beschlossenen Investitionsprogramms mit der Finanzplanung** ergab für das Haushaltsjahr 2006 **keine Übereinstimmung**. In der Finanzplanung waren höhere investive Ausgaben aufgeführt als lt. Beschluss des Rates im Investitionsprogramm vorgesehen waren. Es handelte sich hierbei um die Gewährung eines Darlehens an den Bauhof in Höhe von rd. 28 T€ (Gruppierungsziffer 925).

Die Finanzplanung weist im **Verwaltungshaushalt** für das Haushaltsjahr 2006 ein ausgeglichenes Ergebnis sowie für die Jahre 2007 bis 2010 Nettoinvestitionsraten in Höhe von 17 T€ bis 516 T€ aus.

Der **Vermögenshaushalt** weist in den einzelnen Haushaltsjahren ebenfalls ausgeglichene Haushalte aus. Zum Ausgleich waren neben Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage (für 2006 bis 2008 insgesamt rd. 9,4 Mio. €) auch nachstehend aufgeführte Kreditaufnahmen vorgesehen:

2007	=	553 T€
2008	=	4.077 T€
2009	=	300 T€
2010	=	1.011 T€

In den vorgenannten Beträgen für 2008 und 2010 sind Kredite vom Kreditmarkt in Höhe von 3.677 T€ bzw. 861 T€ enthalten; bei den übrigen Beträgen handelt es sich ausschließlich um zinsfreie Kredite aus der Kreisschulbaukasse (KSBK).

Lt. der Finanzplanungsdaten ergab sich für den Planungszeitraum 2007 bis 2010 eine Neuverschuldung von rd. 2,2 Mio. €. Nach der Haushaltsrechnung wurden für 2007 lediglich KSBK-Kredite in Höhe von 245.500,00 € aufgenommen. Damit wurden die Planzahlen um rd. 308 T€ unterschritten.

Die vorgesehene Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage im lfd. Haushaltsjahr in Höhe von 3.862.400,00 € wurden komplett nicht durchgeführt, statt dessen konnte eine Zuführung in Höhe von 1.042.670,49 € vorgenommen werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Finanzwirtschaft der Gemeinde im Finanzplanungszeitraum bislang eine deutlich **positivere Entwicklung** genommen hat.

3.4 Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Nach § 91 Abs. 1 NGO dürfen Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben für Investitionen und für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren nur eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan hierzu ermächtigt. Unter Beachtung der Voraussetzungen des § 91 NGO können Verträge geschlossen und Aufträge erteilt, es dürfen jedoch keine kassenwirksamen Ausgaben hieraus geleistet werden.

In § 3 der Haushaltssatzung wurde der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen (VE) vom Rat auf **0,00 €** festgesetzt. Aus diesem Grunde konnten die gem. §§ 2 Abs. 2 Nr. 3 und 40 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO grundsätzlich erforderlichen Anlagen zum Haushaltsplan bzw. zur Jahresrechnung entfallen.

3.5 Haushaltsveranschlagung/Einhaltung des Haushaltsplans

3.5.1 Veranschlagung

Nach § 7 Abs. 1 GemHVO sind die Einnahmen und Ausgaben nur in Höhe der im Haushaltsjahr voraussichtlich eingehenden oder zu leistenden Beträge zu veranschlagen; sie sind sorgfältig zu schätzen, soweit sie nicht konkret ermittelt werden können.

3.5.2 Einhaltung der Haushaltsansätze

Ein Vergleich des vom Rat verabschiedeten Haushaltssolls mit dem von der Verwaltung ausgeführten lfd. Anordnungssoll (**ohne** Haushaltsreste) ergibt folgende Abweichungen (es werden die Salden der Mehr-/Mindereinnahmen bzw. -ausgaben und die Abweichungen dargestellt:

	Einnahmen	Abweichung	Ausgaben	Abweichung
	- Beträge in Euro -		- Beträge in Euro -	
Verwaltungshaushalt				
Haushaltsansatz	25.713.300,00		25.713.300,00	
lfd. Anordnungssoll	29.348.413,09		29.258.877,41	
Saldo	3.635.113,09	14,14%	3.545.577,41	13,79%
Mittelübertragung an Vermögenshaushalt gem. § 18 III GemHVO *)			11.100,94	
Saldo danach			3.556.678,35	13,83%
Vermögenshaushalt				
Haushaltsansatz	8.660.600,00		8.660.600,00	
lfd. Anordnungssoll	8.867.203,63		7.296.913,87	
Saldo	206.603,63	2,39%	-1.363.686,13	-15,75%
Mittelübertragung vom Verw.haushalt gem. § 18 III GemHVO			-11.100,94	
Saldo danach			-1.374.787,07	-15,87%

*) ergänzende Ausführungen siehe Seite 6 des Rechenschaftsberichtes

Im **Verwaltungshaushalt** sind im Gesamtergebnis sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite hohe Abweichungen eingetreten. Die größten prozentualen Differenzen bei den **Einnahmen** gab es in den Einzelplänen (EP) 1, 5 und 9 und bei den **Ausgaben** in den EP 2, 5 und 9.

Insgesamt überstieg das lfd. Anordnungssoll deutlich die Haushaltsveranschlagung. Auf der Einnahmenseite ergaben sich im EP 9 erheblich höhere Steuereinnahmen, die auf

der Ausgabenseite eine entsprechend höhere „Überschuss“-Zuführung an den Vermögenshaushalt ergab.

Im **Vermögenshaushalt** fiel die Abweichung bei den Einnahmen insgesamt gering aus. Bei den Ausgaben wurde die Haushaltsveranschlagung insbesondere in den EP 3, 6, 7 und 9 jedoch deutlich unterschritten.

Im Rechenschaftsbericht sind die Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen unter Punkt C) ab Seite 18 ff ausführlich in tabellarischer Form dargestellt sowie ab Seite 33 zu Einnahme- und Ausgabearten auch erläutert bzw. begründet. Darüber hinaus wurden in den Anlagen 4 a) bis 4 d) zum Rechenschaftsbericht erhebliche Abweichungen zu den jeweiligen Haushaltsstellen aufgelistet und begründet. Hierauf wird verwiesen.

3.5.3 Haushaltsvermerke

Mit Vermerken zur Deckungsfähigkeit (§§ 17 und 18 GemHVO) innerhalb der Anteilsbudgets bzw. Teilbudgets (§ 8 Abs. 3 GemHVO) und gesondert für die Personalausgaben sowie mit Übertragbarkeitsvermerken (§§ 8 Abs. 3 und 19 Abs. 2 GemHVO) sind die Möglichkeiten für eine flexible Mittelbewirtschaftung geschaffen worden (siehe Haushaltsplan 2007 Seiten 55 bis 69 - Personalkosten - und Seiten 36 bis 41 - Regelungen und Erläuterungen zur Neugestaltung und Bewirtschaftung des Haushaltes -).

3.5.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Über- und außerplanmäßige Ausgaben sind nach § 89 Abs. 1 NGO nur zulässig, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind; ihre Deckung muss gewährleistet sein. In Fällen von unerheblicher Bedeutung entscheidet der Bürgermeister; ansonsten hat der Rat gem. § 40 Abs. 1 Nr. 8 NGO die Zustimmung zu erteilen.

Der Gemeinderat hat am 17.09.2001 Richtlinien beschlossen, mit denen die Zuständigkeiten für die Zustimmungen zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben geregelt wurden, in denen jedoch noch nicht die Einführung der Eingleisigkeit berücksichtigt ist. Nach den Richtlinien gilt folgende Regelung:

- a) **ab einer Wertgrenze von 5.000,00 €** ist die Zustimmung des Gemeindedirektors im Einvernehmen mit dem Bürgermeister erforderlich, wenn die Deckung mit Mitteln aus einem anderen Budget erfolgt. Hierüber ist der Rat unverzüglich zu unterrichten.
- b) In allen übrigen Fällen alleinige Zustimmung des Gemeindedirektors, wobei der Rat im Rahmen der Jahresrechnung zu unterrichten ist.

Nach Einführung der Eingleisigkeit gilt folgende **Handhabung**:

- zu a) hier wird die Zustimmung des Bürgermeisters und das Einvernehmen mit dem stellvertretenden Bürgermeister eingeholt,
- zu b) alleinige Zustimmung des Bürgermeisters.

Hinsichtlich der Unterrichtung des Rates werden die Richtlinien unverändert angewandt.

Nach § 42 Abs. 1 GemHVO sind in der Haushaltsrechnung u. a. den Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben des Haushaltsjahres die entsprechenden Haushaltsansätze und die über- und außerplanmäßig bewilligten Ausgaben gegenüberzustellen.

Die Jahresrechnung der Gemeinde weist auch für das Haushaltsjahr 2007 eine Vielzahl über- und außerplanmäßiger Ausgaben aus. Dem Rat wurden in seiner Sitzung am 11.12.2007 die im Haushaltsjahr 2007 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 5.000,00 € zur Kenntnis gegeben.

Auf die Ausführungen hierzu im Rechenschaftsbericht zu Ziffer 6., Seite 8/9 sowie auf die als Anlage 1 a und 1 b beigefügten Auflistungen mit Begründungen wird verwiesen.

3.6 Liquiditätskredite und Kassenliquidität

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde laut § 4 der Haushaltssatzung auf **1,5 Mio. €** festgesetzt.

Die Kassenliquidität konnte im Haushaltsjahr 2007 während des gesamten Jahres durch eigene Mittel sichergestellt werden. Die Mittel der allgemeinen Rücklage wurden im Laufe des Haushaltsjahres 2007 als Kassenverstärkungsmittel herangezogen. Eine Aufnahme **äußerer Kassenkredite** war **nicht** erforderlich. Dementsprechend sind hierfür auch keine Zinsausgaben angefallen.

Verfügbare Mittel, die zur Abdeckung von Zahlungsverpflichtungen vorübergehend nicht benötigt wurden, sind zinsbringend angelegt worden. Die **Zinseinnahmen** beliefen sich auf insgesamt 235.686,94 € (HHSt. 9100.206000.2/207000.0)

3.7 Kreditermächtigung, Kreditaufnahmen und Umschuldungen, Schuldenmanagement

3.7.1 Kreditermächtigung

Der Gemeinderat hat in § 2 der Haushaltssatzung den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf **553.300 €** festgesetzt. Laut Haushaltsplan waren **ausschließlich** zinsfreie Kreditaufnahmen aus der Kreisschulbaukasse vorgesehen.

Durch das Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts in Niedersachsen und zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften vom 15.11.2005 wurde u. a. der § 92 Abs. 1 NGO dahingehend geändert, dass die Kommunen **Richtlinien für die Aufnahme von Krediten** aufzustellen haben. Hierfür ist gem. § 40 Abs. 1 Nr. 13 ausschließlich der Rat zuständig.

Der Rat der Gemeinde hat am 27.02.2007 die Richtlinie beschlossen, die sich mit ihrem Inhalt überwiegend an das von den kommunalen Spitzenverbänden herausgegebene Muster orientiert. Die Richtlinie ist mit Wirkung vom 01.03.2007 in Kraft getreten.

3.7.2 Kreditaufnahmen

3.7.2.1 Kreditaufnahmen im Rahmen der Vorjahresermächtigung

Der Jahresabschluss **2006** ist im Vermögenshaushalt ohne die Bildung von Haushaltseinnahmeresten (HER) ausgeglichen worden. Kreditaufnahmen aus der Vorjahresermächtigung konnten somit nicht anfallen.

3.7.2.2 Kreditaufnahmen für das laufende Haushaltsjahr

Gemäß § 92 Abs. 1 NGO dürfen Kredite nur unter der Voraussetzung des § 83 Abs. 3 NGO im Vermögenshaushalt und nur für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung aufgenommen werden. Danach ist eine Kreditaufnahme nur zulässig, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre (Subsidiaritätsprinzip).

Die **Kreditermächtigung lt. Haushaltssatzung** und die tatsächliche Inanspruchnahme bzw. deren Abwicklung stellten sich wie folgt dar:

	- Beträge in Euro -
Kreditermächtigung	553.300,00
abzügl. Kreditaufnahme aus der Kreisschulbaukasse	245.500,00
abzügl. Kreditaufnahme vom Kreditmarkt	0,00
Kreditaufnahmen zusammen	245.500,00
restliche Kreditermächtigung	307.800,00
davon Übertrag i.d. Folgejahr (HER Kreditmarkt)	0,00
davon Übertrag i.d. Folgejahr (HER Kreisschulbaukasse)	0,00
in Anspruch genommene Kreditermächtigung zusammen	245.500,00
nicht ausgeschöpfte Kreditermächtigung	307.800,00

Die **satzungsmäßige Kreditermächtigung** wurde damit nicht vollständig in Anspruch genommen.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Kreditaufnahmen für das lfd. Haushaltsjahr entsprechend den Bestimmungen der §§ 92 Abs. 1 und 83 Abs. 3 NGO erfolgt sind (mit den Krediten dürfen nur Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in entsprechender Höhe finanziert werden und vorrangig einzusetzende Einnahmen sind zu berücksichtigen).

Im Haushaltsjahr 2007 sind für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen **keine** Nettoaufwendungen (Ausgaben in den Einzelplänen 0 - 8 abz. vorrangiger Einnahmen) entstanden; vielmehr überstiegen die Einnahmen die Ausgaben um rd. 2,1 Mio. €. Es ergab sich somit **kein Kreditbedarf**. Die **Kreditaufnahme aus der Kreisschulbaukasse**, die dennoch getätigt wurde, kann **unbeanstandet** bleiben, da hierfür ein gesonderter Verwendungsnachweis zu erbringen ist und außerdem die Gemeinde hierfür keine Zinsleistungen erbringen muss.

3.7.2.3 Abwicklung der Kreditgeschäfte für Neuaufnahmen und Schuldendienstverpflichtungen

Im Haushaltsjahr 2007 wurden ausschließlich Kredite aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von insgesamt 245.500,00 € aufgenommen. Die Kredite sind mit einer jährlichen Tilgungsrate von 5 % zu tilgen. Daraus ergibt sich über einen Zeitraum von 20 Jahren eine **jährliche Zahlungsverpflichtung von 12.275,00 €**

3.7.3 Umschuldungen und außerordentliche Tilgungen

Im Haushaltsjahr 2007 wurden keine Umschuldungen vorgenommen.

Die bereits im Haushaltsplan veranschlagte **außerordentliche Tilgung** wurde in der eingeplanten Höhe von **2.323.317,23 €** ausgeführt.

Es wurden insgesamt vier Kommunalkredite (davon drei KfW-Kredite) vorzeitig abgelöst, für die eine **Vorfälligkeitsentschädigung** von insgesamt **89.461,25 €** gezahlt worden ist.

In einem Fall wurde keine Vorfälligkeitsentschädigung in Rechnung gestellt. In den drei übrigen Fällen, für die Zinsbindungen bis 2010, 2012 und bis 2020 bestanden, wurden angemessene Entschädigungsbeträge von den Kreditgebern berechnet. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten waren die vorzeitigen Kreditablösungen somit gerechtfertigt.

3.7.4 Schuldenmanagement/Schuldenverwaltungsprogramm

Der Geschäftsbereich Haushalt und Finanzen führt nach wie vor ein EDV-Schuldenverwaltungsprogramm mit allen erforderlichen Daten über die von der Gemeinde aufgenommenen Kredite. Damit besteht eine Übersicht über die Kreditgeber, Kreditkonditionen und Kündigungsfristen für jeden aufgenommenen Kredit. Darüber hinaus führt die Gemeinde eine Gesamtübersicht über alle von der Gemeinde aufgenommenen Kredite. Hieraus können die Entscheidungsgrundlagen für Kreditlaufzeiten bei Neuaufnahmen bzw. Umschuldungen gewonnen werden.

Neben den Darlehen der Kreisschulbaukasse wurden am Ende des Haushaltsjahres lediglich noch zwei Kreditmarktdarlehen geführt.

3.8 Steuerhebesätze

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern wurden durch § 5 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 - gegenüber dem Vorjahr unverändert - wie folgt festgesetzt:

• Grundsteuer A:	280 %	Landesdurchschnitt: 344 % (Vj. 348 %)*
• Grundsteuer B:	300 %	Landesdurchschnitt: 357 % (Vj. 355 %)*
• Gewerbesteuer:	310 %	Landesdurchschnitt: 361 % (Vj. 361 %)*

(* es handelt sich um landesdurchschnittliche Werte für Gemeinden mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern)

Damit liegen die Steuer-Hebesätze weiterhin deutlich (Grundsteuer A um 18,6 %; Grundsteuer B um 16,0 % und Gewerbesteuer um 14,1 %) unter den Durchschnittswerten des Landes.

4. Jahresrechnung

4.1 Allgemeines und Feststellung der Jahresrechnung

- 01 Gemäß § 100 Abs. 2 NGO ist die Jahresrechnung (einschl. der dazugehörigen Anlagen) innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen. Dieser Termin wurde für das Abschlussjahr 2007 erneut nicht eingehalten.

Die Jahresrechnung umfasst den kassenmäßigen Abschluss und die Haushaltsrechnung.

Der kassenmäßige Abschluss wurde entsprechend den Vorgaben des § 41 GemHVO erstellt. Das Abschlussergebnis mit einem Bestand von 8.283.002,43 € stimmt mit dem Stand im Hauptbuch Nr. 258/2007 vom 22.01.2008 überein.

Der Abschluss der Haushaltsrechnung 2007 wurde am 11.02.2008 nach Muster 15 zu § 42 GemHVO aufgestellt.

Die Haushaltsrechnung 2007 wurde mit dem automatisierten Verfahren UVN-Fin von der Verwaltung entsprechend den Vorgaben des § 42 GemHVO erstellt. Sie enthält die unter Berücksichtigung der nach den Verwaltungsvorschriften über die Gliederung und Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und des Landkreises vorgesehenen Daten. Die Übernahme und Addition der Jahresergebnisse der Sachkonten in die Haushaltsrechnung ist Bestandteil des EDV-Programms. Auf die Prüfung der richtigen Übernahme der Bestände in die Haushaltsrechnung wurde deshalb verzichtet.

Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung wurde vom Bürgermeister am 23.07.2009 festgestellt (§100 Abs. 3 NGO).

Der Jahresabschluss 2007 des Bauhofes Rastede, der als optimierter Regiebetrieb geführt wird, ist nach § 9 Abs. 1 der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom) besonderer Teil der Jahresrechnung der Gemeinde Rastede.

Der Jahresabschluss 2007 des Bauhofes ist von einem Wirtschaftsprüfungsunternehmen erstellt worden. Der Jahresrechnung ist der hierüber erstellte Bericht vom 30.07.2008 beigelegt worden. In diesem Bericht sind die nach § 9 Abs. 1 und 2 EinrVO-Kom geforderten Unterlagen (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Lagebericht) enthalten.

4.2 Anlagen zur Jahresrechnung

Der Jahresrechnung sind gem. § 40 Abs. 2 GemHVO folgende Unterlagen beizufügen:

- a) Vermögensübersicht,
- b) Übersicht über die Schulden und die Rücklagen,
- c) Rechnungsquerschnitt und Gruppierungsübersicht,
- d) Nebenrechnungen gem. § 12 Abs. 2,
- e) Übersicht über die in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen,
- f) Rechenschaftsbericht.

Die genannten Unterlagen zu b), c), d) und f) waren vorhanden.

Eine Vermögensübersicht wurde der Jahresrechnung nicht beigelegt, da diese für die Doppikeinführung komplett zu überarbeiten bzw. neu zu erstellen ist. Die Übersicht zu e) war nicht erforderlich, da keine VE veranschlagt wurden.

Zu f) Der Rechenschaftsbericht ist gegenüber den Vorjahren in einigen Teilen geändert worden und hat durch weitere Informationen eine verbesserte Aussagekraft erhalten.

4.3 Jahresergebnis**4.3.1 Ergebnis der Haushalts- und Kassenrechnung**

Nach den Buchungsunterlagen schloss das Haushaltsjahr 2007 wie folgt ab:

	endg. Haus- haltssoll	Reste aus Vorjahren		Anord- nungssoll (lfd. Jahr)	Anord- nungssoll (Re-Ergebnis)	Ist	Reste auf Nachjahre	KR HR	Haushalts- Vergleich Sp. e./ B
a	b	c	d	e	f	g	h	i	j
- Beträge in Euro -									
Verwaltungshaushalt									
Einnahme	25.713.300,00	134.139,36	* KR	29.348.413,09	29.334.305,90	29.095.883,99	372.561,27	KR	3.635.113,09
Ausgabe	25.713.300,00	-481,80	KR	29.258.877,41	29.334.305,90	29.353.136,29	173,00	KR	3.545.577,41
		134.621,16	HR				115.135,97	HR	
Ergebnis	0,00	0,00			0,00	-257.252,30	257.252,30		
* einschl. Übernahme des Ist-Fehlbetrages aus dem Vorjahr in Höhe von 175.270,93 € **)									
Vermögenshaushalt									
Einnahme	8.660.600,00	1.686.040,81	* KR	8.867.203,63	8.867.203,63	10.027.101,72	526.142,72	KR	206.603,63
		0,00	HR				0,00	HR	
Ausgabe	8.660.600,00	-316,87	KR	7.296.913,87	8.867.203,63	8.414.380,94	0,00	KR	-1.363.686,13
		1.686.357,68	HR				2.138.863,50	HR	
Ergebnis	0,00	0,00			0,00	1.612.720,78	-1.612.720,78		
* einschl. Übernahme des Ist-Überschusses aus dem Vorjahr i. H. von 1.327.480,19 €									

**) Der Ist-Fehlbetrag des Vorjahres, der gem. § 34 GemKVO in das Folgejahr vorzutragen und nach den Gruppierungsvorschriften zu Haushaltsstelle 9200.895000 zu buchen ist, wurde als Minusbetrag auf der Einnahmeseite (9200.290000) ausgewiesen.

Der **Ist-Fehlbetrag** des **Verwaltungshaushaltes** i. H. v. **257.252,30 €** entspricht der Summe der Kasseneinnahmereste abzüglich der ausgewiesenen Haushalts- und Kassenausgabereste.

Der **Ist-Überschuss** des **Vermögenshaushaltes** i. H. v. **1.612.720,78 €** entspricht dem Gesamtbetrag der in diesem Haushalt ausgewiesenen Haushaltsausgabereste abzüglich der Kasseneinnahmereste.

Die Ist-Ergebnisse der beiden Teilhaushalte werden im letzten Ausdruck des Hauptbuches der Gemeindekasse Nr. 258/2007 vom 22.01.2008 ausgewiesen.

4.4 Reste (Haushalts- und Kassenreste)**4.4.1 Allgemeines**

Über die am Jahresschluss vorhandenen **Kassenreste** sind der Haushaltsrechnung unter der Ziffer II.4. gesonderte Nachweise für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie für Verwahrung und Vorschuss beigelegt.

Die am Schluss des Haushaltsjahres gebildeten und in das Folgejahr übertragenen **Haushaltsreste** sind in der Anlage 2 a) und b) des Rechenschaftsberichtes aufgelistet und begründet.

4.4.2 Haushaltseinnahmereste (HER)

4.4.2.1 Neue HER

Gem. § 42 Abs. 2 Satz 2 GemHVO dürfen HER für Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 GemHVO und aus Krediten gebildet werden, soweit diese Einnahmen **im folgenden Jahr gesichert** werden können.

Die Gemeinde Rastede hat im Haushaltsjahr 2007 keine Haushaltseinnahmereste gebildet.

4.4.2.2 HER des Vorjahres

Im Vorjahr wurden keine HER gebildet.

4.4.3 Haushaltsausgabereste (HAR)

4.4.3.1 Bildung neuer HAR

Die Zulässigkeit für die Übertragung der HAR im **Verwaltungshaushalt** ergibt sich aus § 8 Abs. 3 in Verbindung mit § 19 Abs. 2 GemHVO. Die Ausgabeermächtigungen bleiben bis zum Ende des folgenden Jahres verfügbar.

In diesem Teilhaushalt wurden im Rahmen des Jahresabschlusses Haushaltsausgabereste i. H. v. insgesamt **115.135,97 €** gebildet. Sie entfallen auf 46 Haushaltsstellen und sind im Rechenschaftsbericht auf Seite 10 und in der Anlage 2 a) zum Rechenschaftsbericht aufgelistet und begründet.

Im **Vermögenshaushalt** bleiben die Ausgabeermächtigungen gem. § 19 Abs. 1 GemHVO bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Gegenstand oder der Bau in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.

In diesem Teilhaushalt wurden neue HAR in Höhe von insgesamt **1.917.541,75 €** gebildet. Ein hoher Anteil ist auch hier durch erteilte Aufträge gebunden. Auf die Ausführungen auf Seite 11 des Rechenschaftsberichtes sowie auf die Anlage 2 b) hierzu wird verwiesen.

Im Verhältnis zu den Haushaltsveranschlagungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Einzelplan 0 - 8 des Vermögenshaushaltes) mit einer Gesamtsumme von 6,03 Mio. € (nur hier fallen Haushaltsausgabereste an) sind die für das Haushaltsjahr 2007 bereitgestellten Haushaltsmittel mit einem Anteil von **31,8 %** nicht in Anspruch genommen worden. Damit hat sich die in den beiden Vorjahren eingetretene positive Entwicklung hinsichtlich bedarfsgerechter Haushaltsveranschlagungen im laufenden Haushaltsjahr nicht fortgesetzt.

4.4.3.2 Abwicklung der HAR aus dem Vorjahr

Die im **Verwaltungshaushalt** gebildeten HAR in Höhe von 134.621,16 € wurden zu 70,5 % (= 94.913,68 €) in Anspruch genommen. Der Restbetrag in Höhe von 39.707,48 € (= 29,5 %) wurde zum Abgang gebracht und demnach nicht benötigt.

Die im **Vermögenshaushalt** aus dem Vorjahr übertragenen HAR wurden im Haushaltsjahr 2007 wie folgt abgewickelt:

Haushaltsreste aus Vorjahr	im lfd. Hj. in Anspruch genommen	Erledigung der verbliebenen HAR aus Vorjahr durch	
		erneute Übertragung	Abgänge (= Einsparung)
a	b	c	d
- Beträge in Euro -			
1.686.357,68	1.117.783,94	221.321,75	347.251,99
100,0%	66,3%	13,1%	20,6%
		568.573,74	
		33,7%	

Die HAR aus dem Vorjahr wurden in Höhe von rd. 1,117 Mio. € (66,3 %) im lfd. Haushaltsjahr abgewickelt. Ein Teilbetrag in Höhe von rd. 221 T€ (13,1 %) wurde erneut in das Folgejahr übertragen. Der restliche Anteil an den HAR in Höhe von **347.251,99 €** (20,6 %) konnte **gänzlich verfallen**.

4.4.4 Offene Forderungen (Kasseneinnahmereste/Bereinigung)

4.4.4.1 Kasseneinnahmereste (KER)

Die im Haushaltsjahr 2007 entstandenen KER sind in den von der Kassenverwaltung angefertigten Listen vom 14.02.2008 aufgeführt, die der Jahresrechnung beigelegt sind.

Die KER im **Verwaltungshaushalt** stellten sich wie folgt dar:

Bezeichnung	2007	% Anteil	2006	% Anteil	+/- gegenüber dem Vorjahr	
KER insgesamt	372.561,27 €	100,00%	309.410,29 €	100,00%	63.150,98 €	20,41%
./. Bereinigung	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00 €	
verbleibende KER	372.561,27 €	100,00%	309.410,29 €	100,00%	63.150,98 €	20,41%

Gemessen am Gesamtbetrag der Solleinnahmen (= Rechnungsergebnis) erreicht die Summe der KER einen Anteil von 1,3 %. Die **höchsten Einzelbeträge** sind entstanden bei der Gewerbesteuer (115.616,75 €), bei der Beteiligung an der Konzessionsabgabe Strom (107.325,00 €) und bei den Mieten und Pachten (48.189,45 €).

Von den KER des Vorjahres in Höhe von 309.410,29 € sind **nicht realisierbare Forderungen** in Höhe von **14.107,19 €** (= 4,6 %) **zum Abgang** gebracht worden. Das Abschlussergebnis des Vorjahres ist damit um diesen Betrag zu hoch ausgewiesen worden.

Im **Vermögenshaushalt** ergab sich folgende Entwicklung:

Bezeichnung	2007	% Anteil	2006	% Anteil	+/- gegenüber dem Vorjahr	
KER insgesamt	526.142,72 €	100,00%	358.560,62 €	100,00%	167.582,10 €	46,74%
./. Bereinigung	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00 €	
verbleibende KER	526.142,72 €	100,00%	358.560,62 €	100,00%	167.582,10 €	46,74%

Gegenüber dem Vorjahr ist hier ein erheblicher Zugang zu verzeichnen. Die Höhe und Zusammensetzung dieser Reste ergibt sich aus der von der Kassenverwaltung erstellten Liste vom 14.02.2008, die der Jahresrechnung beigelegt ist. Die höchsten offenen Forderungen entfallen auf Abwasserbeiträge für Schmutzwasser (rd. 147 T€), Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken - Wohnungsbauförderung - (rd. 99 T€), Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen (rd. 77 T€) sowie Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen (rd. 64 T€).

Die Forderungen aus den KER des Vorjahres in Höhe von 358.560,62 € wurden im Haushaltsjahr 2007 vollständig beglichen. Es wurden **keine** Abgänge vorgenommen.

4.4.4.2 Kassenausgabereste (KAR)

Im **Verwaltungshaushalt** ergab sich ein KAR in Höhe von 173,00 € bei der HHSt. 9000.845000.9 - Zinszahlungen für Steuerrückzahlungen -.

Im **Vermögenshaushalt** sind keine KAR entstanden.

4.5 Haushaltsausgleich (Abschlussergebnis)

4.5.1 Verwaltungshaushalt und Nettoinvestitionsrate

Nach § 22 Abs. 1 GemHVO sind die im Verwaltungshaushalt zur Deckung der Ausgaben nicht benötigten Einnahmen dem Vermögenshaushalt zuzuführen. Die Zuführung **muss** mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden können, soweit dafür keine Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 GemHVO **zur Verfügung** stehen. Die Zuführung **soll** ferner die Ansammlung der allgemeinen Rücklage, soweit sie nach § 20 GemHVO erforderlich ist, ermöglichen und insgesamt **mindestens** so hoch sein, wie die aus **speziellen Entgelten gedeckten Abschreibungen** und die für Zwecke des Vermögenshaushalts gebildeten Rückstellungen.

Die ordentliche Tilgung von Krediten und die Kreditbeschaffungskosten sind **in jedem Falle** durch die Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt zu finanzieren, **auch wenn** dadurch im Verwaltungshaushalt ein **Fehlbedarf ausgewiesen wird**.

Die „**Sollzuführungen**“ zur Ansammlung der allgemeinen Rücklage bzw. in Höhe der durch spezielle gedeckte Abschreibungen sind **nicht zu Lasten des Haushaltsausgleichs** durchzuführen.

Der Haushaltsausgleich für den Verwaltungshaushalt und die Zuführung zum Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2007 ist nachstehend dargestellt:

- Ordentliche Tilgung von Krediten	298.204,69
- Kreditbeschaffungskosten	0,00
Zwischensumme	298.204,69
abzügl. Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 - 4, und zwar	
- Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens	0,00
- Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage	0,00
- Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und für die Förderung von Investitionen Dritter, Beiträge u. ähnliche Entgelte	0,00
= Pflichtzuführung	298.204,69
- Mindestbetrag (aus spez. Entgelten gedeckten Abschreibungen *)	673.495,75
- tatsächliche Zuführung zum Vermögenshaushalt	4.307.469,13
Nettoinvestitionsrate	3.633.973,38

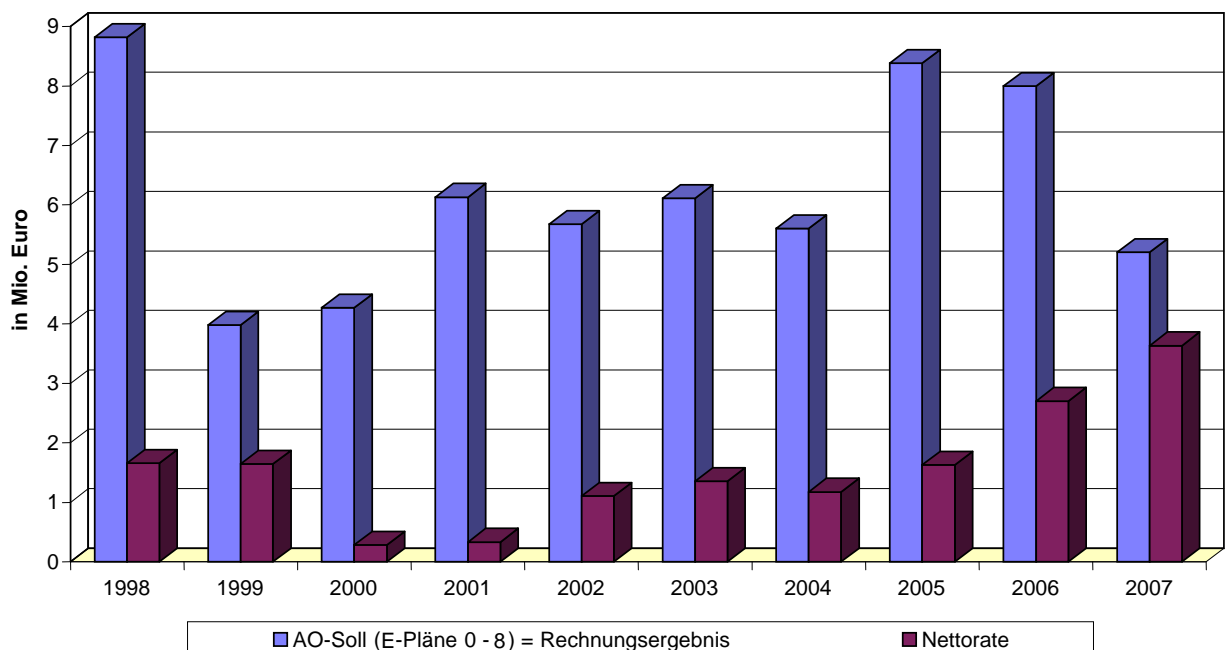
* Abschr. f. Schmutzwasser u. Hauskläranl. (je 100%) sowie der Obdachloseneinricht. (38,86%)

Die Summe der durch spezielle Entgelte gedeckten Abschreibungen übersteigt den Betrag der ordentlichen Kredittilgung. Der höhere Wert ist zu berücksichtigen, für das **Haushaltsjahr 2007** ergibt sich demnach eine **Nettorate** in Höhe von **3.633.973,38 €** (Vorjahr = 2.702.875,46 €).

Zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsmaßnahmen des Vermögenshaushalts (= Ausgaben der Einzelpläne 0 bis 8, lt. Rechnungsergebnis = 5,2 Mio. €) standen im Haushaltsjahr 2007 demnach Mittel des Verwaltungshaushalts (= **Eigenmittel der Gemeinde**) in Höhe von 3,63 Mio. zur Verfügung. Das entspricht einem Anteil von **rd. 70 %**.

Aus der nachstehenden Grafik kann ersehen werden, wie sich die Nettoinvestitionsrate sowie die Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Rechnungsergebnisse) entwickelt haben:

**Ausgaben für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen sowie Nettorate**



Lt. Haushaltsplanung wurde davon ausgegangen, dass der Verwaltungshaushalt neben der Pflichtzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung (303.600,00 €) eine Nettoinvestitionsrate in Höhe von 18.900,00 € erwirtschaften kann. Mit der im Rahmen des Jahresabschlusses tatsächlich vorgenommenen Zuführung über rd. 4,307 Mio. € konnte eine **Verbesserung** im Verwaltungshaushalt **von rd. 3,99 Mio. €** nachgewiesen werden.

Diese Verbesserung ergab sich insbesondere durch **Mehreinnahmen** bei der Gewerbesteuer in Höhe von netto 1,69 Mio. €, beim Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer mit rd. 0,72 Mio. €, bei den Schlüsselzuweisungen vom Land mit rd. 0,28 Mio. €, bei den Bankzinsen mit rd. 0,20 Mio. € sowie durch Minderausgaben im Schulbereich mit rd. 0,32 Mio. € und bei der Schmutzwasserbeseitigung mit rd. 0,20 Mio. €.

4.5.2 Vermögenshaushalt

Soweit sich in der abzuschließenden Jahresrechnung des laufenden Haushaltsjahres nach Gegenüberstellung der Solleinnahmen und Sollausgaben im Vermögenshaushalt unter Berücksichtigung etwaiger Haushaltsreste ein Überschuss ergibt, ist dieser gemäß § 42 Abs. 3 GemHVO der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Nach der Haushaltsplanung war keine Zuführung an die Allgemeine Rücklage vorgesehen. Vielmehr war hier der Ausgleich des Vermögenshaushaltes mit einer Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 3.862.400,00 € eingeplant. Lt. Jahresrechnung konnte hierauf in voller Höhe verzichtet werden.

Weiterhin war es möglich, geplante Kreditaufnahmen von	307.800,00 €
zu vermeiden und zusätzlich einen Überschuss in Höhe von	1.042.700,00 €
außerplanmäßig der allgemeinen Rücklage zuzuführen.	
Für das lfd. Haushaltjahr ergab sich somit eine Verbesserung von	5.212.900,00 €

Nach Abzug der höheren Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt von	3.985.000,00 €
hat sich demnach im Vermögenshaushalt gegenüber der Planung eine Verbesserung in Höhe von	1.227.900,00 €
ergeben.	

Diese Verbesserung ergab sich insbesondere durch Minderausgaben für Baumaßnahmen bei der KGS mit rd. 170 T€, durch Mehreinnahmen und Minderausgaben für Baumaßnahmen im Sport- und Gesundheitsbereich (Epl. 5) mit rd. 240 T€ sowie durch Mehreinnahmen aus Grundstücksveräußerungen und Erschließungsbeiträgen und Minderausgaben für Erschließungsmaßnahmen (Epl. 6) mit rd. 840 T€.

Auf die Ausführungen im Rechenschaftsbericht sowie den Anlagen hierzu wird verwiesen.

4.6 Übertragungen

Der Ist-Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes (257.252,30 €) und die Ist-Überschüsse des Vermögenshaushaltes (1.612.720,78 €) sowie der Verwaehrkonten (6.884.772,29 €) und der Vorschusskonten (42.761,66 €) wurden auf dem Hauptbuch-Nr. 258 vom 22.01.2008 für das Hj. 2007 nachgewiesen. Eine Übernahme in die Bücher des Folgejahres ist am 14.02.2008 (Hauptbuch-Nr. 042) erfolgt.

Feststellung:

Die Übernahme des **Ist-Fehlbetrages** des **Verwaltungshaushaltes** ist im Folgejahr zu der HHSt. 9200.290000.0 (Ist-Überschuss) mit **- 257.252,30 €** gebucht worden. Die

richtige Verbuchung hätte zu der HHSt. 9200.895000 (**Ist-Fehlbetrag**) erfolgen müssen. Da die Ausweisung als „Minusbetrag“ auf der Einnahmenseite erfolgt ist, hat dies jedoch keine Auswirkungen auf die Ergebnisübernahme.

Eine stichprobenweise Überprüfung der in das Haushaltsjahr 2008 übertragenen Haushalts- und Kassenreste ergab keine Feststellungen.

4.7 Schulbudgetierung

Mit Wirkung vom 01.01.2006 hat die Gemeinde das Verfahren der Schulbudgetierung umgestellt und neue verbindliche Regeln zur wirtschaftlichen und ordnungsgemäßen Führung des Budgets in den Schulen erlassen. Ab diesem Zeitpunkt wird das Anordnungs- und Buchungswesen wieder vom Fachbereich Schulen der Gemeindeverwaltung wahrgenommen und der Zahlungsverkehr über die Gemeindekasse abgewickelt. Die Erstellung und Prüfung von Abrechnungen, Kontogegenbüchern sowie Verwendungsnachweisen ist damit entbehrlich geworden.

4.8 Haushaltsvollzug und Veränderung von Ansprüchen (Stundung, Niederschlagung, Erlass)

4.8.1 Abrechnungsfähige Aufgabenbereiche

- 02** Die abrechnungsfähigen Unterabschnitte der Schülerbeförderung und der sozialen Sicherung (Einzelplan 4) wurden geprüft.

Für die Schülerbeförderung ergab sich ein geringer Überschuss, der evtl. dem Landkreis als Kostenträger zu erstatten ist.

Hinsichtlich der mit dem Landkreis abzurechnenden Kosten für die soziale Sicherung ergaben sich in den UA 4100, 4140 geringe Ist-Überschüsse, im UA 4821 ein Ist-Fehlbetrag. Es ist zu prüfen, ob im Rahmen der nächsten Jahresabrechnung hierzu Korrekturen vorzunehmen sind.

4.8.2 Stundung, Niederschlagung und Erlass von Geldansprüchen

Bereits im Vorjahresbericht wurde darauf hingewiesen, dass Prüfungen diesbezüglich erst ab dem Haushaltsjahr 2008 wieder einsetzen werden.

4.9 Kassenwirtschaft

Nach § 119 Abs. 1 NGO obliegt dem RPA u. a. die dauernde Überwachung der Kassen der Gemeinde und ihrer Eigenbetriebe sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht.

4.9.1 Unvermutete Kassenprüfung

Das RPA hat im Haushaltsjahr 2007 aus personellen/zeitlichen Gründen **keine** unvermutete Kassenprüfung bei der Gemeindekasse durchführen können.

5. Einzelbereiche

5.1 Technische Prüfung

In den Monaten September 2007 bis Januar 2008 wurden bei der Gemeinde verschiedene schlussgerechnete Baumaßnahmen durch einen technischen Prüfer in Stichproben geprüft. Hierbei haben sich keine bzw. keine wesentlichen Prüfungsfeststellungen ergeben.

5.2 Prüfung von Abrechnungen und Verwendungsnachweisen

Dem Rechnungsprüfungsamt wurden im Haushaltsjahr 2007 keine Abrechnungen und Verwendungsnachweise zur Prüfung vorgelegt.

5.3 Vergabeverfahren

Die Dienstanweisung der Gemeinde Rastede über die Vergabe von Leistungen nach der VOL, der VOB und der VOF (Vergabeordnung) gilt in der Fassung vom 20.09.2001.

In der Anlage 1 zur DA sind folgende RPA-Vorgabegrenzen festgesetzt:

VOL/VOF/HOAI	über 15.000,00 €
VOB-Hochbaumaßnahmen	über 26.000,00 €
VOB-Tiefbaumaßnahmen	über 55.000,00 €

Dem RPA wurden im Haushaltsjahr 2007 insgesamt 25 Vergaben zur Prüfung vorgelegt. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

5.4 Kostenrechnende Einrichtungen

Einrichtungen, die in der Regel und **überwiegend** aus Entgelten finanziert werden, sind kostenrechnende Einrichtungen. Für die Inanspruchnahme dieser Einrichtungen sind die Gemeinden nach § 5 Abs. 1 Satz 2 NKAG verpflichtet, grundsätzlich kostendeckende Gebühren zu erheben (Kostendeckungsprinzip). Die Kosten hierfür sind nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu ermitteln. Hierbei **sind** Kostenüberdeckungen innerhalb der nächsten drei Jahre auszugleichen; Kostenunterdeckungen **sollen** innerhalb dieses Zeitraumes ausgeglichen werden.

Für die Feststellung der Jahresergebnisse (Über- und Unterdeckung) sind **Betriebsabrechnungen** zu erstellen.

Die Gemeinde Rastede hat für die kostenrechnenden Einrichtungen „Straßenreinigung“, „Schmutzwasserbeseitigung“, „Hauskläranlagen“ und „Märkte“ Kosten- bzw. Betriebsabrechnungen erstellt. Lt. Auskunft des GB Finanzen werden die Ergebnisse der Betriebsabrechnungen fortgeschrieben und bei künftigen Gebührenkalkulationen berücksichtigt. Damit werde grundsätzlich gewährleistet, dass Kostenüber- bzw. unterdeckungen in dem vorgegebenen Zeitraum ausgeglichen werden.

5.5 Bauhof Rastede

5.5.1 Einrichtung des Nettoregiebetriebes/optimierten Regiebetriebes

Der Bauhof der Gemeinde Rastede wird ab 01.01.2003 als Nettoregiebetrieb geführt. Das Rechnungswesen erfolgt mittels der kaufmännischen doppelten Buchführung. Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen gelten die Vorschriften der Verord-

nung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter Einrichtungen (EinrVO-Kom).

Darüber hinaus gelten für den optimierten Regiebetrieb gem. § 1 EinrVO-Kom und § 110 Abs. 1 NGO die Vorschriften über die Haushaltswirtschaft (sechster Teil der NGO, GemHVO u. GemKVO).

5.5.2 Wirtschaftsplan

- 03** Der Wirtschaftsplan, der aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht besteht, ist gem. § 2 Abs. 1 EinrVO-Kom besonderer Teil des Haushaltsplans der Gemeinde. Lt. Inhaltsverzeichnis ist dem Haushaltsplan ab Seite 589 der letzte Jahresabschluss und der Wirtschaftsplan beigelegt. Tatsächlich vorhanden ist jedoch nur der Jahresabschluss zum 31.12.2005 einschl. der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Lageberichtes.

Der Wirtschaftsplan des Bauhofes wurde am 20.02.2007 vom Verwaltungsausschuss beschlossen.

5.5.3 Festsetzungen in der Haushaltssatzung der Gemeinde

Gem. § 2 Abs. 2 EinrVO-Kom sind die Endbeträge des Erfolgs- und des Vermögensplans, die Gesamtbeträge der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und der Verpflichtungsermächtigungen sowie der Höchstbetrag der Kassenkredite für die Einrichtung gesondert festzusetzen.

5.5.3.1 Erfolgs- und Vermögensplan

In § 1 der Haushaltssatzung der Gemeinde wurden die Einnahmen und Ausgaben des Wirtschaftsplans des Optimierten Regiebetriebes des Bauhofes der Gemeinde Rastede wie folgt festgesetzt:

	Erfolgsplan	Vermögensplan
	Beträge in Euro	
Einnahmen	1.317.410,00	444.800,00
Ausgaben	1.317.410,00	444.800,00
Fehlbedarf	0,00	0,00

Die Planansätze des optimierten Regiebetriebes haben sich wie folgt entwickelt:

	Beträge in €				
	2005	2006	+ / - zum Vorjahr	2007	+ / - zum Vorjahr
Erfolgsplan					
Einnahmen	1.140.700,00	1.207.710,00	67.010,00	1.317.410,00	109.700,00
Ausgaben	1.140.700,00	1.207.710,00	67.010,00	1.317.410,00	109.700,00
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Vermögensplan					
Einnahmen	215.400,00	155.600,00	-59.800,00	444.800,00	289.200,00
Ausgaben	215.400,00	155.600,00	-59.800,00	444.800,00	289.200,00
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

5.5.3.2 Kreditermächtigung/Kreditaufnahmen

In § 2 der Haushaltssatzung der Gemeinde wurden die Kreditaufnahmen für den Optimierte Regiebetrieb mit 0,00 € festgesetzt.

5.5.3.3 Verpflichtungsermächtigungen und Kassenkredite

In der Haushaltssatzung der Gemeinde ist ein Gesamtbetrag für Verpflichtungsermächtigungen oder ein Höchstbetrag für Kassenkredite für den Optimierte Regiebetrieb nicht gesondert ausgewiesen. Wenn keine konkreten Festsetzungen hierfür erfolgen müssen, so ist es **dennoch erforderlich**, wie auch für die Kreditermächtigung geschehen, **eine Ausweisung mit 0,00 € vorzunehmen**.

5.5.4 Finanzmittelverwaltung

Die Finanzmittel des Umlaufvermögens befinden sich auf den Konten der Gemeindekasse. Für die buchungsmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs sind Verwahrkonten (1000.060605/060606 und 1000.460605/460606) eingerichtet, die mit dem Kassenverrechnungskonto in der kaufmännischen Buchführung identisch sind und somit die gleichen Bestände aufweisen müssen.

- 04** Kassenverrechnungskonto und Verwahrkonten weisen ab 2003 unterschiedliche Ist-Bestände aus. Im Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2003 vom 05.08.2005 wurde eine Differenz in Höhe von 459,26 € aufgeführt. Laut Stellungnahme der Gemeinde vom 11.08.2005 sollte diese Differenz bereinigt werden. Nach Auskunft des GB Finanzen konnte ein Ausgleich der Konten, der dann zuletzt im Rahmen der Arbeiten zum Jahresabschluss 2007 erfolgen sollte, weiterhin nicht vorgenommen werden. Es wird für erforderlich gehalten, die Differenz kurzfristig aufzuklären bzw. endgültig zu beordnen.

5.5.5 Rückzahlung von Darlehen

Die Gemeinde Rastede hat dem optimierten Regiebetrieb Bauhof seit Beginn folgende Annuitätendarlehen zur Verfügung gestellt:

	Auszahlung	Betrag in €	Zinssatz	Tilgung	Restschuld 31.12. / in €
a)	31.12.2002	193.205,95	5,000%	2,00%	166.015,77
b)	01.01.2003	150.861,56	6,302%	3,07%	0,00

Die Schuldendienstleistungen für das Darlehen zu a) beträgt jährlich 13.524,42 €. Planmäßig wird dieses Darlehen im Jahre 2027 getilgt sein.

Das Darlehen zu b) ist auf Grund der erwirtschafteten Überschüsse des Bauhofes in den zurückliegenden Jahren nicht, wie im Prüfungsbericht des Vorjahres dargestellt, zum Ende des Wirtschaftsjahres 2006 sondern zum Ende des Wirtschaftsjahres 2007 mit einer Restschuld von 130.158,72 € abgelöst worden.

5.5.6 Jahresabschluss und Abschlussergebnis

5.5.6.1 Jahresabschluss

Gem. § 9 Abs. 1 EinrVO-Kom ist der Jahresabschluss des Bauhofes **besonderer Teil der Jahresrechnung der Gemeinde**. Alle hierfür zu erstellenden Unterlagen sind daher der Jahresrechnung der Gemeinde als gesonderte Anlage beizufügen (siehe hierzu auch Ausführungen zu Ziffer 4.1, Seiten 10/11 dieses Prüfungsberichts).

- 05 Der Jahresrechnung ist der Bericht einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 mit Datum vom 30.07.2008 beigelegt. Sowohl der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als auch der Lagebericht, der mit dem Datum vom 24.07.2008 erstellt wurde, sind nicht unterschrieben.

5.5.6.2 Abschlussergebnis

Bei dem Bauhof handelt es sich um einen Hilfsbetrieb nach § 108 Abs. 3 NGO. Dieser ist gem. § 110 Abs. 1 NGO zwar nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen, die Möglichkeit Gewinne zu erzielen, ist damit jedoch nicht gestattet. Es verbleibt bei dem **Grundsatz der Kostendeckung**.

- 06 In dem Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird auf Seite 1 zu Ziffer II. vom Wirtschaftsprüfer und im Lagebericht in der Anlage 4, Seite 2 zu Buchstabe A von der Betriebsleitung ausgeführt, dass der Bauhof **gewinnorientiert** eingestellt ist. Gem. § 110 Abs. 1 NGO ist dies jedoch **unzulässig**.

Der Baubetriebshof stellt die von ihm erbrachten Leistungen den Geschäftsbereichen (Debitoren) in Rechnung. Für das Wirtschaftsjahr 2007 wurde den Auftraggebern ein Stundensatz in Höhe von 36,00 € (wie im Vorjahr) in Rechnung gestellt.

Nach den vorgelegten Jahresabschlüssen wurden seit 2003 folgende Jahresüberschüsse erzielt:

2003	=	45.275,61 €
2004	=	77.162,06 €
2005	=	70.302,95 €
2006	=	39.688,08 €
2007	=	89.797,03 €

Ein Gewinn oder ein Verlust ist entsprechend § 11 EinrVO-Kom zu behandeln. Nach Beschluss des Rates vom 16.12.2008 wird der Gewinn für weitere Investitionen verwendet.

5.6 Sozialstation Rastede gGmbH

Die Sozialstation Rastede gGmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 15.12.1998 mit Wirkung vom 01.01.1999 gegründet. Die Gemeinde Rastede ist alleinige Gesellschafterin. Die Stammeinlage beträgt 25.564,59 € und wurde von der Gemeinde eingezahlt.

Die Abschlussprüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes und der Buchführung hat nach den Vorschriften des § 124 i. V. mit § 123 NGO sowie der §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG) zu erfolgen. Der Gesellschaftsvertrag sieht dieses auch vor. Ferner wurden der für die Gemeinde zuständigen Prüfungseinrichtung die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt.

Inhalt und Umfang dieser erweiterten Jahresabschlussprüfung richten sich nach § 123 Abs. 1 NGO und gemäß § 32 EigBetrVO nach §§ 25 bis 28 EigBetrVO.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2007 und der Lagebericht für das **Geschäftsjahr 2007** der Sozialstation Rastede gGmbH wurden durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Hierzu wird auf den Prüfungsbericht vom 18.04.2008 und auf den Feststellungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Ammerland vom 26.05.2008 verwiesen.

Gemäß der vom Rat am 14.12.1998 beschlossenen Geschäftsordnung für die Gesellschafterversammlung der Sozialstation Rastede gGmbH werden die Angelegenheiten der Gesellschafterversammlung im **Verwaltungsausschuss** der Gemeinde Rastede beraten. Der Vertreter der Gemeinde Rastede in der Gesellschafterversammlung ist an die Beschlüsse von Verwaltungsausschuss und Rat der Gemeinde Rastede gebunden.

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am 01.07.2008 entsprechend den vorstehenden Regelungen den Jahresabschluss für das Jahr 2007 festgestellt. Zugleich wurde dem Geschäftsführer die Entlastung erteilt und über die Deckung des Jahresverlustes beschlossen.

Am 02.07.2008 hat die Gesellschafterversammlung der Sozialstation Rastede den Jahresabschluss festgestellt. Ferner wurde dem Geschäftsführer für das Jahr 2007 Entlastung erteilt. Gleichzeitig wurde über die Deckung des Jahresverlustes beschlossen.

Für die öffentliche Bekanntmachung sind gem. § 32 EigBetrVO die Bestimmungen des § 31 EigBetrVO entsprechend anzuwenden. Der Veröffentlichungsvermerk vom 11.07.2008 (Amtsblatt Nr. 23 für den Landkreis Ammerland) enthielt nicht alle Vorgaben des § 31 EigBetrVO. Es fehlten Aussagen zur Entlastung des Geschäftsführers und zur Behandlung des Fehlbetrages/Verlustes sowie die Veröffentlichung des Prüfungsvermerks der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gem. § 28 Abs. 2 EigBetrVO.

In der Ausgabe des Amtsblattes Nr. 34 vom 17.10.2008 wurde die Veröffentlichung mit allen notwendigen Aussagen nachgeholt.

Auf die öffentliche Auslegung des Jahresabschlusses wurde hingewiesen.

Das Geschäftsjahr 2007 wurde damit ordnungsgemäß abgeschlossen.

5.7 Residenzort Rastede GmbH

Mit Beschluss des Rates vom 06.07.2004 hat der Rat der Gemeinde Rastede der Beteiligung an der Residenzort Rastede GmbH zugestimmt. Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 20.12.2004 gegründet. Bei der Residenzort Rastede GmbH handelt es sich um eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 €. Die Einlage der Gemeinde beträgt 15.000,00 € (= 60 %).

Die Gesellschaft ist am 11.05.2007 in das Handelsregister B 201359 beim Amtsgericht Oldenburg eingetragen worden.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2007 und der Lagebericht für das **Geschäftsjahr 2007** der Residenzort Rastede GmbH wurden von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Hierzu wird auf den Prüfungsbericht vom 22.09.2008 und auf den Feststellungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Ammerland vom 04.11.2008 verwiesen.

Aus den vorgelegten Sitzungsprotokollen ist zu entnehmen, dass die Gesellschafterversammlung in der Sitzung am 11.12.2008 folgende Beschlüsse gefasst hat:

- Der Jahresabschluss 2007 der Residenzort Rastede GmbH wird festgestellt.
- Der Jahresfehlbetrag soll gem. § 20 des Gesellschaftervertrags einen Monat nach Feststellung des Jahresabschlusses ausgeglichen werden.
- Die Verlustübernahme in Höhe von 18.440,10 € wird übernommen.
- Dem Geschäftsführer wird für das Wirtschaftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

Für die öffentliche Bekanntmachung sind gem. § 32 Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) die Bestimmungen des § 31 EigBetrVO entsprechend anzuwenden. In der öffentlichen Bekanntmachung sind u. a. der Prüfungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gem. § 28 Abs. 2 EigBetrVO und die eigenen Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) gem. § 28 Abs. 3 Satz 2 EigBetrVO wiederzugeben.

Die Veröffentlichung im Amtsblatt Nr. 1 vom 09.01.2009 entsprach nicht vollständig diesen Vorgaben. Mit der erneuten Veröffentlichung im Amtsblatt Nr. 8 am 13.03.2009 wurden die Mängel behoben.

Auf die öffentliche Auslegung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde hingewiesen.

Damit wurde das Geschäftsjahr 2007 ordnungsgemäß abgeschlossen.

6. Vorschüsse und Verwahrungen

Für Vorschüsse und Verwahrungen sind die Vorschriften des § 31 GemHVO maßgebend. Demnach darf eine Ausgabe, die sich auf den Haushalt bezieht, als **Vorschuss** nur behandelt werden, wenn

- die Verpflichtung zur Leistung feststeht und
- die Deckung gewährleistet ist,
- die Ausgabe aber noch nicht endgültig im Haushalt gebucht werden kann.

Eine Einnahme, die sich auf den Haushalt bezieht, darf als **Verwahrung** nur behandelt werden, solange ihre endgültige Buchung im Haushalt nicht möglich ist.

Die Vorschrift lässt hiernach Buchungen auf den Verwahr- und Vorschusskonten nur in ganz **begrenztem Umfang** zu. Soweit im Haushaltsplan für Einnahmen und zu leistende Ausgaben entsprechende Haushaltsstellen zur Verfügung stehen, sind derartige Einnahmen und Ausgaben direkt bei diesen Haushaltsstellen auf **Sachkonten** zu buchen, die letztlich die Grundlage für die Haushaltsrechnung bilden. Sind für den Verwendungszweck keine Haushaltsstellen im Haushaltsplan ausgewiesen, ist jeweils das Verfahren für außerplanmäßige Ausgaben nach § 89 NGO durchzuführen.

Der Haushaltsrechnung ist eine aus dem UVN-Fin-Verfahren erstellte EDV-Liste mit allen Verwahr- und Vorschusskonten beigefügt, aus der sich die offenen Posten zum Jahresende 2007 ergeben.

Die Prüfung der Verwahr- und Vorschusskonten ergab, dass sowohl die Umsätze als auch die Bestände am Jahresende **gegenüber den Vorjahren deutlich rückläufig** sind. Das lässt darauf schließen, dass die haushaltsrechtlichen Vorschriften nunmehr verstärkt beachtet werden.

Die am Schluss des Jahres noch vorhandenen Bestände der Vorschuss- und Verwahrkonten wurden von den Fachämtern/Geschäftsbereichen schriftlich begründet (Anlage 3 zum Rechenschaftsbericht).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchungen auf diesen Konten deutlich verringert und damit voraussichtlich auf das notwendige Maß beschränkt worden sind. Die Summen der am Jahresende nicht abgewickelten Bestände sind niedrig (ohne Berücksichtigung des Rücklagenbestandes).

Die Einzelbestände bzw. die verbliebenen Reste der Verwahr- und Vorschusskonten sind vollständig auf die entsprechenden Konten des Folgejahres übernommen worden.

6.1 Vorschusskonten

Die am Schluss des Haushaltsjahres geführten Vorschusskonten wiesen folgende Bestände aus:

lfd. Nr.	Bezeichnung	- Beträge in Euro -
1	Vorschüsse an Bedienstete	-200,00
2	Sonst. Vorschüsse - Pers. u. Innere Dienste -	200,00
3	Kom. Schadensausgleich - Bagatellschäden -	-717,11
4	Betriebsmittelvorschüsse	-7.640,00
5	Vorschüsse SGB II	-1.023,00
6	Sonst. Vorschüsse GB 3/Hochbau	-10.000,00
7	Bauhof 2006	-11.771,92
8	Bauhof 2007	96.348,78
9	Bauhof; BgA Rennplatz	-22.435,09
10	Gesamtbetrag	42.761,66

Die Vorschussbuchungen sind im Vorjahr noch über **Verwahrkonten** abgewickelt worden.

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2007 ist eine Umstellung vorgenommen worden, d. h. dass alle Vorschussbuchungen nunmehr über gesondert eingerichtete Vorschusskonten abgewickelt werden.

6.2 Verwahrkonten

Die Bestände der Verwahrkonten setzen sich wie folgt zusammen:

lfd. Nr.	Bezeichnung	- Beträge in Euro -
1	Förderpreis Rastede - Schulprojekt	5.461,30
2	Sonst. durchl. Gelder - Pers. u. Innere Dienste -	100,00
3	Kom. Schadenausgleich - Schadensfälle -	713,57
4	Sonst. durchl. Gelder - FB Schule, Sport u. Kultur -	-892,84
5	Allgemeine Rücklage	6.574.970,24
6	Müllabfuhrgebühren	-9.602,67
7	Fundsachen - Geldbeträge -	49,26
8	Sonst. durchl. Gelder - Ordnung -	273,00
9	Sonst. Durchl. Gelder - Soziales -	220,00
10	Sicherheitssummen	55.260,00
11	Kirchensteuer	-715,46
12	Bauhof	-6.016,22
13	Bauhof	54.642,15
14	Bauhof	210.309,96
15	Gesamtbetrag	6.884.772,29

6.3 Einzelfeststellungen zu den Vorschuss- und Verwahrkonten

Die in Stichproben durchgeführte Überprüfung der Verbuchungen auf den Vorschuss- und Verwahrkonten ergab keine Feststellungen.

7. Vermögen, Beteiligungen, Schulden

7.1 Vermögen (Bestandsverzeichnisse/Anlagennachweise, Nachweis des Vermögens)

Nach § 96 Abs. 2 NGO sind die gemeindlichen Vermögensgegenstände pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. Der Nachweis der Vermögensgegenstände richtet sich nach § 100 Abs. 1 NGO, §§ 38 und 39 GemHVO. Die Vermögenswerte der Gemeinde werden derzeit im Hinblick auf die zum 01.01.2009 vorgesehene Doppikeinführung neu erfasst bzw. bewertet. Aus diesem Grunde wurde auf eine Fortschreibung der bisherigen Vermögensbuchführung verzichtet.

Nach den haushaltsmäßigen Buchungen (Gruppierungsübersicht) ergaben sich für das Haushaltsjahr 2007 Vermögenszugänge in Höhe von 4.247.872,77 € und Vermögensabgänge von 2.108.873,89 € so dass eine **Vermögensverbesserung** von **2.138.998,88 €** entstanden ist.

7.2 Beteiligungen

Laut Beteiligungsbericht (siehe Haushaltsplan S. 519 ff) ist die Gemeinde in Form der „echten“ Beteiligung, d. h. durch Erwerb von Mitgliedschafts- oder Mitinhaberrechten mit dem Ziel der kommunalen Steuerungs- und Einflussmöglichkeit, an folgenden privatrechtlichen Organisationen beteiligt:

		Beteiligung	
		in Euro	in v.H.
1.	Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft mbH	19.470,00	3,81%
2.	Sozialstation Rastede gGmbH	25.564,59	100,00%
3.	"Huno" Verlag Rastede GmbH	5.200,00	20,00%
4.	Residenzort Rastede GmbH	15.000,00	60,00%
5.	Musikschule Ammerland e.V.	Mitglied und Umlagebeteiligung lt. Satzung (für 2007 = 13.647,49 €)	

Dem Haushaltsplan 2007 ist als Anlage der Beteiligungsbericht (ab Seite 519) beigelegt. Dieser entspricht jetzt in den wesentlichen Teilen der Vorschrift des § 116 a NGO. Hinsichtlich der geforderten Angaben über die Grundzüge des Geschäftsverlaufs sowie die Lage der Unternehmen wird auf die aktuellen Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne verwiesen, die, mit Ausnahme des „Huno“-Verlages, dem Haushaltsplan ebenfalls beiliegen.

Auf die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit zur Einsichtnahme in den Beteiligungsbericht für jedermann (§ 116 a Abs. 3 NGO) wurde im Zusammenhang mit der Bekanntmachung der Haushaltssatzung öffentlich hingewiesen.

7.3 Schulden

7.3.1 Schuldenentwicklung

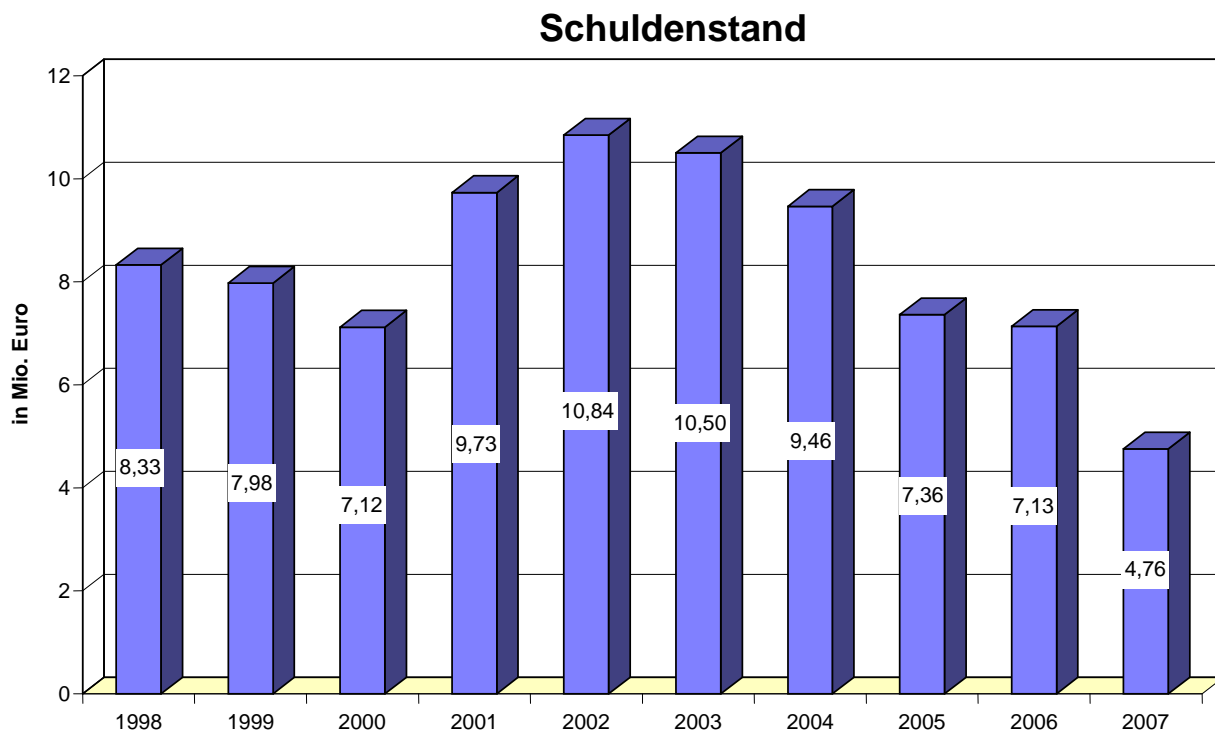
Der Schuldenstand der Gemeinde Rastede hat sich im Haushaltsjahr 2007 wie folgt entwickelt:

	- Beträge in Euro -
- Stand zu Beginn des Jahres	7.132.908,51
- Zugänge (Kreditaufnahmen)	245.500,00
- sonstige Zugänge (Bewertung)	0,00
- Abgänge (ordentl. Tilgung)	298.204,69
- Abgänge (Sondertilgung)	2.323.317,23
- sonstige Abgänge (Bewertung, Verzicht)	0,00
- Stand am Schluss des Jahres	4.756.886,59

Bei den Zugängen handelt es sich um zinslose Kredite aus der Kreisschulbaukasse.

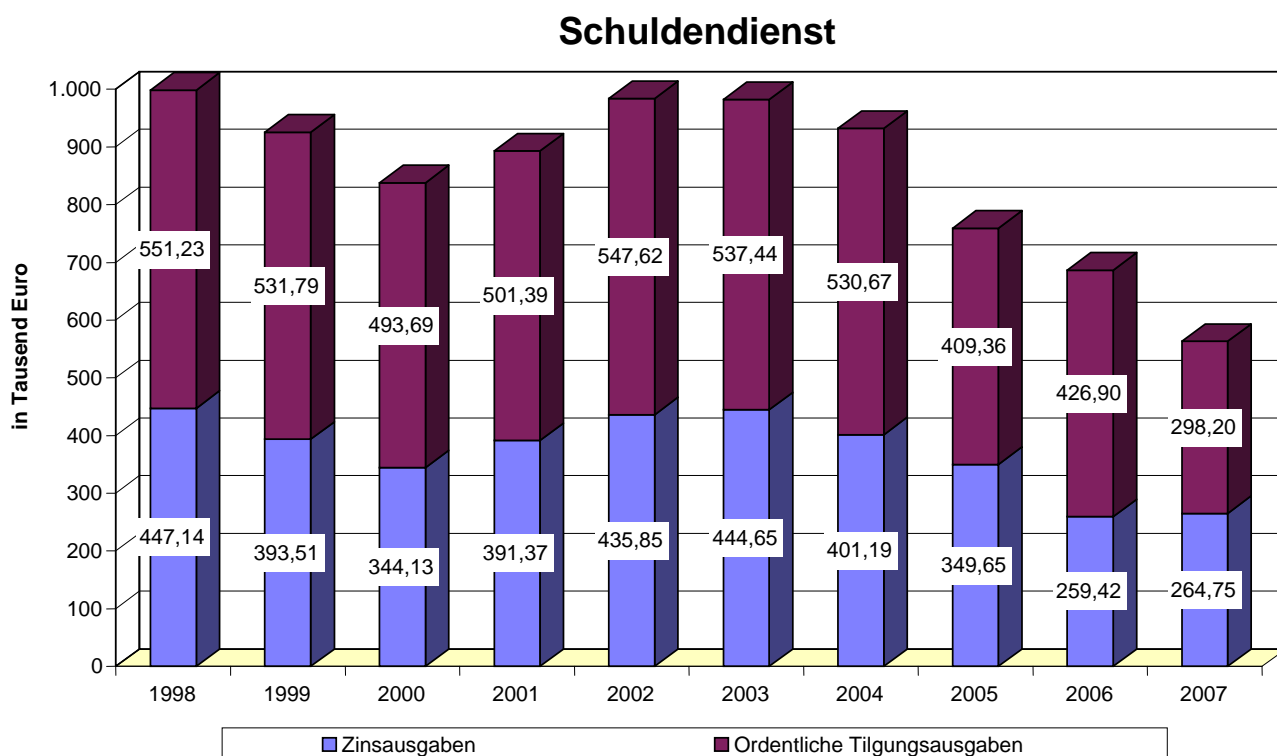
Aufgrund der Sondertilgung/außerordentlichen Tilgung in Höhe von 2.323.317,23 € wurde der Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich reduziert. Damit konnte der Schuldenstand bereits in fünf aufeinander folgenden Jahren **verringert** werden.

Die Entwicklung des Schuldenstandes wird aus der nachstehenden Grafik ersichtlich:



7.3.2 Entwicklung der Schuldendienstleistungen

Anhand der nachfolgenden Grafik wird dargestellt, welche Entwicklung die Folgekosten, d. h. die **ordentlichen Schuldendienstleistungen** (ohne Sondertilgungen) aus dem vorhandenen Kreditbestand genommen haben:

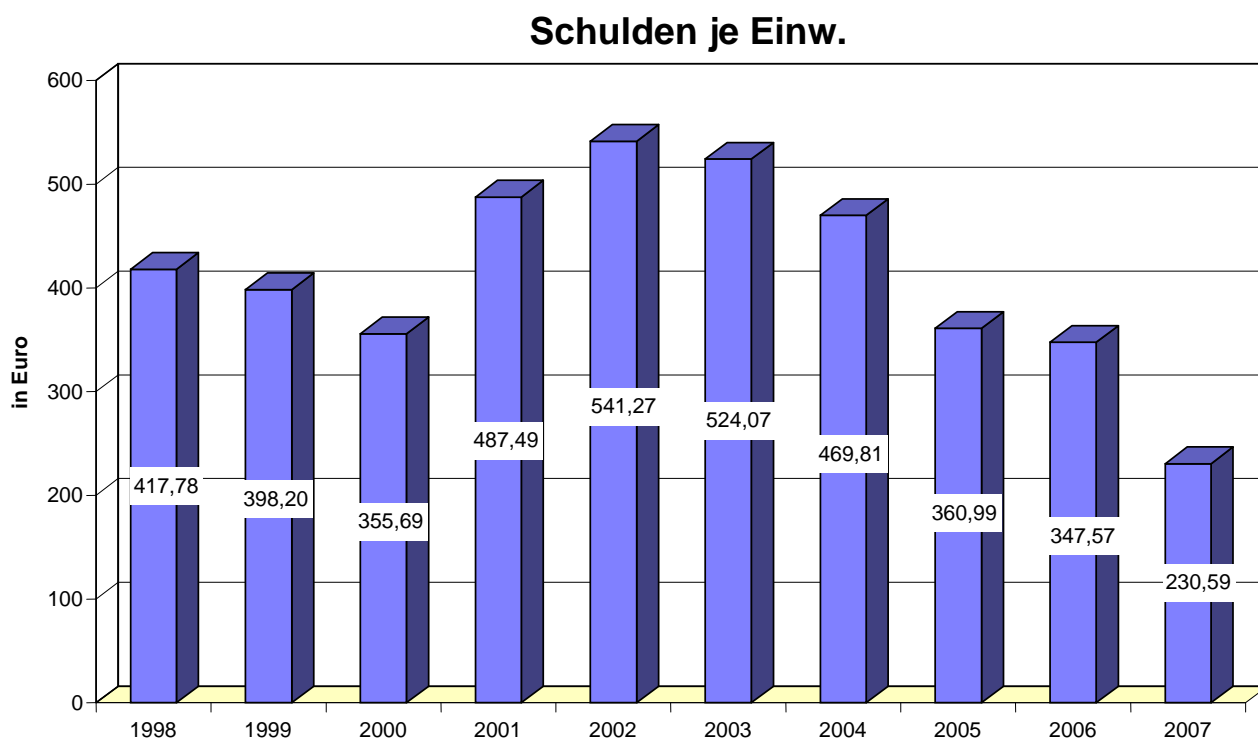


Aus dieser Darstellung wird die **stetige Verringerung** der **Kredit-Folgelasten** in den letzten Jahre deutlich.

7.3.3 Pro-Kopf-Verschuldung

Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen der Gemeinde Rastede von 20.629 (Stand: 31.12.2007) belief sich die **Pro-Kopf-Verschuldung** am Jahresende 2007 auf **230,59 € (Vorjahr: 347,57 €)**. Dieser Wert **unterschreitet deutlich den Landesdurchschnitt**, der sich auf **579,00 €** je Einwohner beläuft.

Die Entwicklung des „Pro-Kopf-Wertes“ ist aus der nachstehenden Grafik zu ersehen:



8. Allgemeine Rücklage

Nach § 20 Abs. 2 GemHVO soll die allgemeine Rücklage die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Zu diesem Zweck muss ein Betrag vorhanden sein, der sich in der Regel auf mindestens 1 vom Hundert der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre beläuft. Maßgebend hierfür ist das **Gesamtanordnungssoll** der abgeschlossenen Haushaltsjahre für den Verwaltungshaushalt.

Der vorgeschriebene **Mindestbetrag** der allgemeinen Rücklage errechnet sich demnach wie folgt:

Haushaltsjahr	- Beträge in Euro -
2004	26.529.299,89
2005	32.030.881,41
2006	27.317.581,67
Summe 2003 bis 2006	85.877.762,97
Durchschnitt	28.625.920,99
Mindestbetrag gem. § 20 Abs. 2 GemHVO	286.259,21

Der Berechnung des Mindestbetrages der Gemeinde (siehe Übersicht „Entwicklung der allgemeinen Rücklage“ vom 18.02.2008 zu Pos. III.4. der Jahresrechnung und Darstellung im Rechenschaftsbericht - Pos. B 5. -) wurde jeweils das **laufende** Anordnungssoll zu Grunde gelegt. Dadurch ergibt sich ein Mindestbetrag in Höhe von 281.727,30 €.

Der **vorhandene Bestand** der allgemeinen Rücklage stellt sich wie folgt dar:

	- Beträge in Euro -
- Bestand zu Beginn des Haushaltsjahres	5.532.299,75
- Entnahmen im Laufe des Haushaltsjahres	0,00
- Zuführungen am Schluss des Haushaltsjahres	1.042.670,49
- Bestand am Schluss des Haushaltsjahres	6.574.970,24

Die Zuführung an die allgemeine Rücklage zum Ausgleich des Vermögenshaushalts von rd. 1,04 Mio. T€ ist durch die Aufnahme von KSBK-Darlehen von insgesamt 245.500,00 € zum Teil kreditfinanziert.

Der vorhandene Bestand der allgemeinen Rücklage übersteigt den gesetzlich geforderten Mindestbetrag um rd. **6,3 Mio. €** (= freiwillige Ansammlung).

Der Bestand der allgemeinen Rücklage ist im Kassenbestand enthalten und wird buchmäßig auf den Verwahrkonten 0000.020201.9/0000.420201.0 in voller Höhe nachgewiesen.

9. Schlussbetrachtung

Nach §§ 119 Abs. 1, 120 NGO hat das RPA die Rechnungen mit allen Unterlagen dahin zu prüfen,

1. ob der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. ob die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
3. ob bei den Einnahmen und Ausgaben des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,
4. ob das Vermögen richtig nachgewiesen ist.

Feststellungen und Anmerkungen hierzu sind in der Kurzdarstellung auf der Seite 1 dieses Prüfungsberichtes aufgeführt. Hierauf, sowie auf die Empfehlungen und besonderen Hinweise im Prüfungsbericht wird hingewiesen.

Anhaltspunkte, die gegen eine Entlastung des Bürgermeisters sprechen, haben sich nicht ergeben.

Nach § 100 Abs. 3 NGO legt der Bürgermeister die Jahresrechnung mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und seiner Stellungnahme zu diesem Bericht dem Rat vor.

Gemäß § 101 Abs. 1 NGO beschließt der Rat über die Jahresrechnung; zugleich entscheidet der Rat über die Entlastung des Bürgermeisters.

Mit dem Beschluss bewertet der Rat, ob die Haushaltswirtschaft gemäß den Festsetzungen durch die Haushaltsatzung bzw. Nachtragssatzung und Beschlüssen nach § 89 NGO (über- und außerplanmäßige Ausgaben) im abgelaufenen Haushaltsjahr ordnungsgemäß geführt worden ist. Dabei ist er an die Feststellungen, die durch das RPA und den Bürgermeister getroffen worden sind, nicht gebunden.

Nach § 120 Abs. 4 NGO ist dieser Bericht um die Stellungnahme des Bürgermeisters zu ergänzen und frühestens nach seiner Vorlage im Rat (§ 100 Abs. 3 NGO) an 7 Tagen öffentlich auszulegen; die Auslegung ist öffentlich bekannt zu machen.

Westerstede, den 31.08.2009

Frerichs

Inhaltsverzeichnis	Seite
Kurzdarstellung der Prüfungsfeststellungen/-bemerkenungen	1
1. Vorbemerkungen	2
1.1 Prüfungsauftrag	2
1.2 Prüfungszeit/Prüfer	2
1.3 Prüfungsunterlagen	2
1.4 Durchführung der Prüfung/Prüfungsumfang	2
2. Jahresrechnung 2006	3
3. Grundlagen der Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr 2007	3
3.1 Haushaltssatzung	3
3.2 Haushaltsplan	3
3.3 Finanzplan/Investitionsprogramm	5
3.4 Verpflichtungsermächtigungen (VE)	6
3.5 Haushaltsveranschlagung/Einhaltung des Haushaltsplanes	6
3.5.1 Veranschlagung	6
3.5.2 Einhaltung der Haushaltsansätze	6
3.5.3 Haushaltsvermerke	7
3.5.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben	7
3.6 Liquiditätskredite und Kassenliquidität	8
3.7 Kreditermächtigung, Kreditaufnahmen und Umschuldungen, Schuldenmanagement	8
3.7.1 Kreditermächtigung	8
3.7.2 Kreditaufnahmen	8
3.7.2.1 Kreditaufnahmen im Rahmen der Vorjahresermächtigung	8
3.7.2.2 Kreditaufnahmen für das laufende Haushaltsjahr	9
3.7.2.3 Abwicklung der Kreditgeschäfte für Neuaufnahmen und Schuldendienst- verpflichtungen	9
3.7.3 Umschuldungen und außerordentliche Tilgungen	9
3.7.4 Schuldenmanagement/Schuldenverwaltungsprogramm	10
3.8 Steuerhebesätze	10
4. Jahresrechnung	10
4.1 Allgemeines und Feststellung der Jahresrechnung	10
4.2 Anlagen zur Jahresrechnung	11
4.3 Jahresergebnis	12
4.3.1 Ergebnis der Haushalts- und Kassenrechnung	12
4.4 Reste (Haushalts- und Kassenreste)	12
4.4.1 Allgemeines	12
4.4.2 Haushaltseinnahmereste (HER)	13
4.4.2.1 Neue HER	13
4.4.2.2 HER des Vorjahres	13
4.4.3 Haushaltsausgabereste (HAR)	13
4.4.3.1 Bildung neuer HAR	13
4.4.3.2 Abwicklung der HAR aus dem Vorjahr	13
4.4.4 Offene Forderungen (Kasseneinnahmereste/Bereinigung)	14
4.4.4.1 Kasseneinnahmereste (KER)	14
4.4.4.2 Kassenausgabereste (KAR)	15
4.5 Haushaltsausgleich (Abschlussergebnis)	15
4.5.1 Verwaltungshaushalt und Nettoinvestitionsrate	15
4.5.2 Vermögenshaushalt	17
4.6 Übertragungen	17

4.7	Schulbudgetierung	18
4.8	Haushaltsvollzug und Veränderung von Ansprüchen (Stundung, Niederschlagung, Erlass)	18
4.8.1	Abrechnungsfähige Aufgabenbereiche	18
4.8.2	Stundung, Niederschlagung und Erlass von Geldansprüchen	18
4.9	Kassenwirtschaft	18
4.9.1	Unvermutete Kassenprüfung	18
5.	Einzelbereiche	19
5.1	Technische Prüfung	19
5.2	Prüfung von Abrechnungen und Verwendungsnachweisen	19
5.3	Vergabeverfahren	19
5.4	Kostenrechnende Einrichtungen	19
5.5	Bauhof Rastede	19
5.5.1	Einrichtung des Netcoregiebetriebes/optimierten Regiebetriebes	19
5.5.2	Wirtschaftsplan	20
5.5.3	Festsetzungen in der Haushaltssatzung der Gemeinde	20
5.5.3.1	Erfolgs- und Vermögensplan	20
5.5.3.2	Kreditermächtigung/Kreditaufnahmen	21
5.5.3.3	Verpflichtungsermächtigungen und Kassenkredite	21
5.5.4	Finanzmittelverwaltung	21
5.5.5	Rückzahlung von Darlehen	21
5.5.6	Jahresabschluss und Abschlussergebnis	22
5.5.6.1	Jahresabschluss	22
5.5.6.2	Abschlussergebnis	22
5.6	Sozialstation Rastede gGmbH	22
5.7	Residenzort Rastede GmbH	23
6.	Vorschüsse/Verwahrungen	24
6.1	Vorschusskonten	25
6.2	Verwahrkonten	26
6.3	Einzelfeststellungen zu den Vorschuss- und Verwahrkonten	26
7.	Vermögen, Beteiligungen, Schulden	26
7.1	Vermögen (Bestandsverzeichnisse/Anlagennachweise, Nachweis des Vermögens)	26
7.2	Beteiligungen	27
7.3	Schulden	27
7.3.1	Schuldenentwicklung	27
7.3.2	Entwicklung der Schuldendienstleistungen	28
7.3.3	Pro-Kopf-Verschuldung	29
8.	Allgemeine Rücklage	30
9.	Schlussbetrachtung	31

Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht 2007 des Rechnungsprüfungsamtes

- 01 *Die Jahresrechnung wurde erneut nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist aufgestellt*

Die Feststellung trifft zu. Insbesondere das Projekt der Umstellung der kameralen auf die doppische Finanzbuchhaltung hat es verhindert die gesetzliche Vorgabe einzuhalten.

- 02 *Verschiedene abrechnungsfähige Unterabschnitte (Schülerbeförderung und Soziale Sicherung) weisen Überschüsse oder Fehlbeträge aus, die evtl. über künftige Abrechnungen mit dem Landkreis auszugleichen sind.*

Der geringe Überschuss für die Schülerbeförderung wird dem Landkreis im Rahmen der folgenden Abrechnung erstattet. Die Ist-Überschüsse im UA 4100 und 4140 wurden dem Landkreis im Rahmen der Abrechnung für 2008 erstattet. Der Ist-Fehlbetrag im UA 4821 wird mit dem Landkreis im Rahmen der folgenden Abrechnung abgerechnet werden.

- 03 *Der Wirtschaftsplan des Nettoregiebetriebes Bauhof war nicht dem Haushaltsplan beigefügt.*

Die Feststellung trifft zu; es handelt sich um ein Versäumnis.

- 04 *Die zwischen dem Kassenverrechnungskonto und den Verwahrkonten des Bauhofes bestehenden Differenzen sind aufzuklären und endgültig zu beordnen*

Die Feststellung trifft zu. Die kamerale Finanzbuchhaltung wurde zum 01.01.2009 auf die doppische Finanzbuchhaltung umgestellt. Der Kassenbestand des Bauhofes wurde für diesen Zeitpunkt endgültig festgestellt und entsprechend als Eröffnungsbestand in die Eröffnungsbilanz der Gemeinde übernommen. Auf der Grundlage des zum 01.01.2009 festgestellten Kassenbestandes werden die ggfs. erforderlichen Korrekturen in der Finanzbuchhaltung des Bauhofes zum 31.12.2008 vorgenommen.

- 05 *Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 sowie der Lagebericht des Nettoregiebetriebes Bauhof sind nicht unterschrieben.*

Die fehlenden Unterschriften werden nachgeholt.

- 06 *Gemäß § 110 Abs. 1 NGO darf der Nettoregiebetrieb Bauhof nicht gewinnorientiert geführt werden.*

Der Bauhof wird nicht gewinnorientiert geführt.

Ziel der für den Bauhof erstellten Kostenrechnung ist es, einen Lohn-Stundensatz zu ermitteln, der lediglich kostendeckend ist. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass der Bauhof auch Schulden hat, die gegenüber der Gemeinde abzutragen sind. Überschüsse werden erwirtschaftet, damit die Schulden getilgt werden. Außerdem, je nach Planung, strebt der Bauhof an, zukünftige im Rahmen seines Gesamtarbeitsauftrages erforderliche Investitionen auch mit Eigenmitteln zu finanzieren. Überschüsse dienen deshalb auch solchen Anschaffungen; eine Gewinnabsicht verfolgt der Bauhof nicht.